

Brühl 2013

Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.)

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013



Extremismus Terrorismus



Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung



Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

**Jahrbuch für Extremismus- und
Terrorismusforschung 2013**

Brühl /Rheinland 2013

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-938407-62-2

Druck: Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn

Impressum:

Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl

www.fhbund.de

Inhalt

Vorwort	1
Grundsatzfragen	
Tom Mannewitz: Ein Vierteljahrhundert nach dem „Ende der Geschichte“.	
Stand und Perspektiven der empirischen Extremismusforschung	3
Armin Pfahl-Traugber: Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen	31
Rechtsextremismus	
Armin Pfahl-Traugber: Das identitäre Demokratieverständnis im Rechtsextremismus. Ideengeschichtliche Hintergründe und gegenwärtige Erscheinungsformen	56
Thomas Pfeiffer: „Nationalismus ist Mädchensache“. Eine Analyse zu Geschlechterrollen und Geschlechterbildern im Rechtsextremismus	77
Elmar Vieregge: Rezeption eines historischen Gewalttäters. Die Bedeutung von Kurt Eggers als Freikorpskämpfer, NS-Dichter und SS-Soldat für den Rechtsextremismus	95
Linksextremismus	
Armin Pfahl-Traugber: Das neue Programm der Partei „Die Linke“ (2011). Eine Analyse aus demokratie- und extremismustheoretischer Perspektive	113
Udo Baron: Linksautonome auf dem Weg zum Linksterrorismus? Das Gefahrenpotential einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt	137

Islamismus

Armin Pfahl-Traughber: Islamistische Ideologie
in deutscher Sprache. Eine extremismustheoretische Analyse
von Aududi- und Qutb-Übersetzungen 161

Behnam Said: Dschihadistische Hymnen.
Begrifflichkeiten, Entstehungsgeschichte und Relevanz
für die deutsche Szene 186

Terrorismus

Torsten Kriskofski: Gemeinsamkeiten und Unterschiede
in der Entwicklung des Rechtsterrorismus
in der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergleichende Analyse
zum Kontext von Gewaltintensität und Organisationsstruktur 210

Florian Hartleb: Die Lehren aus dem Fall „Breivik“:
Einsamer Wolf-Terrorismus als Phänomen sui generis
innerhalb des Terrorismus 229

Zusammenfassungen 262

Autorenverzeichnis 269

**„Spielregeln“ für Beiträge im „Jahrbuch
für Extremismus- und Terrorismusforschung“** 270

Vorwort

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um die vierte Ausgabe des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET). Es will kontinuierlich Analysen zu den im Titel angesprochenen Themen veröffentlichen. Das JET versteht sich insbesondere als Forum für Autoren aus den Sicherheitsbehörden, die hier ihre persönliche Sicht der Dinge auf wissenschaftlicher Grundlage präsentieren können. Darüber hinaus will das Jahrbuch auch Beiträge von Experten zu den Themen Extremismus und Terrorismus aus Hochschulen, Institutionen oder Stiftungen veröffentlichen.

Im Unterscheid zu anderen Jahrbüchern ähnlicher Ausrichtungen finden sich darin nur Aufsätze zu den genannten Inhalten. Wie bei wissenschaftlichen Projekten üblich steht jeder Autor für seinen Beitrag, d. h. er trägt dafür die alleinige Verantwortung und der Inhalt kann auch nicht pauschal seiner jeweiligen Behörde zugerechnet werden. Die Texte finden sich in die Kategorien „Grundsatzfragen“, „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Terrorismus“ eingeteilt.

Nach den beiden Doppelnummern 2009/2010 und 2011/2012 erscheint mit JET 2013 endlich wieder eine reguläre Ausgabe des Jahrbuchs. Auch diesmal gibt es einen thematischen Schwerpunkt im Bereich des „Rechtsextremismus“. Selbst die Beiträge in der Rubrik „Terrorismus“ widmen sich der politisch rechten Variante dieser Form politisch motivierter Gewaltanwendung. Auch in dieser Ausgabe sei Jochen Rosar von der Fachhochschule des Bundes in Brühl für sein hohes Engagement bei der Herausgabe des JET ausdrücklich gedankt.

Armin Pfahl-Traughber

Ein Vierteljahrhundert nach dem „Ende der Geschichte“. Stand und Perspektiven der empirischen Extremismusforschung

Tom Mannewitz

1. Einleitung und Fragestellung

Der Extremismus, der den Terrorismus einschließt, ist in den vergangenen Jahren intensiv erforscht worden – der Extremismus vor allem in Deutschland, der Terrorismus vor allem im englischsprachigen Ausland. Zugleich entstehen an vielen Stellen Herausforderungen neuer Qualität und Quantität für den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte Gewaltenteilung, Menschenrechte und Pluralismus. Ein brauchbarer Indikator für die Omnipräsenz und die Weiterentwicklungen des politischen Extremismus sind die Medienberichte: Seit Jahren wird der Leser/Zuschauer/Hörer unentwegt konfrontiert mit der ambivalenten Rolle von (gewaltbereiten) Islamisten in den Demokratisierungs- und Staatenbildungsprozessen in Vorderasien und im arabischen Raum, mit rechtsextremistischer Gewalt in Form des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU), mit Konfrontationsgewalt zwischen Islamisten und Rechtsextremisten und zwischen Links- und Rechtsautonomen, schließlich mit transnationalem Terrorismus verschiedener Provenienz.

Die höchst unterschiedlich ausfallenden Abwehrstrategien des demokratischen Verfassungsstaates stehen gleichfalls im medialen Scheinwerferlicht – handelt es sich nun um Verfehlungen von Sicherheitsbehörden im Kampf gegen rechtsextremistische Gewalt (wovon nicht nur die Verwicklungen im Rahmen der NSU-Ermittlungen eingeschlossen sind), um neu geschaffene Kooperationsmöglichkeiten von Polizei und Verfassungsschutz (GTAZ, GAR, GETZ) oder um den „Evergreen“ – die NPD-Verbotsdebatte.

Die Statistiken (über)staatlicher Behörden unterstreichen die ungebrochene, ja gestiegene Bedeutung des Extremismus und des Terrorismus seit einiger Zeit – in Deutschland¹ wie im europäischen Ausland². Da-

¹ Siehe die jüngsten Berichte: Bundesministerium des Innern, Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2011, unter: <http://www.bmi.bund.de>

bei ist der Extremismus im nicht-europäischen Ausland noch gar nicht thematisiert: Der Großteil davon fällt hierzulande recht schnell der Vergessenheit anheim oder dringt gar nicht ins Bewusstsein – etwa die Wahlerfolge linksextremistischer Parteien in Indien, rechtsextremistische Kriminalität in Russland oder Bombenanschläge islamistischer Terroristen in Pakistan.

Will der Forschungszweig sich nicht als „Elfenbeinturm-Disziplin“ verstanden wissen, besteht die Notwendigkeit der Erforschung des Extremismus unter anderem aus seiner gesellschaftlichen Bedeutung. Das heißt vor allem, die Wissenschaft muss die potentielle Gefahr des Extremismus – einerseits für Leib und Leben, andererseits für den demokratischen Verfassungsstaat – im Auge haben, nicht nur im eigenen Gesichtskreis. Die Gefahr des Extremismus sollte dabei nicht mit dessen medialer Präsenz vermenget werden. Deshalb stellt sich die Frage, ob die Forschung die neuen Herausforderungen in ihren Blickpunkt genommen hat, ohne medial unbemerkt gebliebene, aber relevante Phänomene zu vernachlässigen. Doch ebenso gut könnte es sein, sie pflegt „Modethemen“ hinterherzulaufen oder neue Entwicklungen nicht ausreichend wissenschaftlich zu würdigen.

Sind die Methoden und Arbeitsweisen der Extremismusforschung zur Erkundung ihres Gegenstandes brauchbar, womöglich einseitig? Wo hat die Forschung Nachhol- und Korrekturbedarf mit Blick auf Forschungsschwerpunkte und Methodik? Der Beitrag versucht, diesen Fragen überblicksartig nachzuspüren. Nach einer kurzen Begriffserläuterung und einer „Inventur“ werden neuralgische Punkte zum Stand und zu den Perspektiven der empirischen Extremismusforschung vorgestellt, die über einzelne inhaltliche Desiderate hinausgehen, weil sie die Arbeits- und Forschungsmethoden des Wissenschaftszweigs betreffen. Zunächst stehen die besonderen, d. h. vor allem inhaltlichen Defizite im Vordergrund, anschließend die allgemeinen, d. h. die methodischen.

/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/05/politisch-motivierte-kriminalitaet-2011.html?nn=3316698 (gelesen am 9. Januar 2013).

² Siehe Europol, TE-SAT 2012. EU Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag 2012.

2. Definitionen des Forschungsgegenstandes

Definitionen gehören zur Extremismusforschung wie das Amen zur Kirche, zumal es sich bei „Extremismus“ und „Terrorismus“ – auch – um politisch brisante Fremdbezeichnungen handelt und das Thema normativ aufgeladen diskutiert und analysiert wird.

Die Extremismusforscher Uwe Backes und Eckhard Jesse formulieren: „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, daß das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, daß der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, daß jede Form von Staatlichkeit als repressiv gilt (Anarchismus).“³

Eine präzise Definition der fundamentalen Werte und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates ist bedeutsam, da von ihr die Schärfe des Extremismusbegriffs abhängt. Uwe Backes: „In dem Bemühen, Minima demokratischer Systeme herauszuarbeiten, lassen sich in der Forschungsliteratur drei Säulen ausmachen, die das Gebäude demokratischer Verfassungsstaaten tragen: Gewaltkontrolle, Pluralismus und Menschenrechte.“⁴ Und weiter: „Da keine der drei Säulen entfallen kann, ohne das Gebäude des demokratischen Verfassungsstaates zum Einsturz zu bringen, genügt für die Einstufung eines politischen Phänomens als ‚extremistisch‘ das Vorliegen einer der drei Stoßrichtungen: Streben nach Autokratie, Antipluralismus, Antidemokratismus, auch wenn sie in der historisch-politischen Vergangenheit meist miteinander verwoben sind.“⁵

Es griffe jedoch zu kurz, den Extremismus nur daran festzumachen, was er ablehnt. Vielmehr kennzeichnen ihn weitere, strukturelle Ge-

³ Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 40

⁴ Uwe Backes, Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Ders./Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 22, Baden-Baden 2010, S. 13-31, hier S. 22.

⁵ Ebd., S. 24.

meinsamkeiten: Es sind dies dem Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber zufolge exklusive Erkenntnis- und dogmatische Absolutheitsansprüche, ein essentialistisches Deutungsmonopol, holistische Steuerungsabsichten, ein deterministisches Geschichtsbild, eine identitäre Gesellschaftskonzeption, dualistischer Rigorismus sowie schließlich die fundamentale Verwerfung.⁶

Wenn die Festlegung darauf, was der Begriff Extremismus bezeichnen soll, umstritten ist, so gilt dies für den Terrorismusbegriff umso mehr, wengleich aus anderen Gründen: Hier handelt es sich ebenso um eine Fremdzuschreibung, die allerdings von den Beschreibenden deswegen so verschiedentlich gebraucht wird, weil sie häufig einem expressiven, keinem analytisch-deskriptiven Zweck dient. Der Terrorismusbegriff läuft aufgrund der Emotionalität, mit der (politische) Akte der Gewalt in den Medien verarbeitet werden, Gefahr, zu verwässern: Die Anschläge der ETA und der IRA, ebenso radikale „Öko-Bewegungen“ und die in ihrer Abscheulichkeit zwar ohne jeden Zweifel erschütternde, an sich jedoch schlichte Gewaltkriminalität des NSU werden damit etikettiert. Wer den Begriff intersubjektiv nachvollziehbar und deskriptiv zu verwenden gedenkt, sollte danach fragen, was schlechterdings darunter fallen kann und was mit anderen Worten (Radikalismus, politisch-motivierte Gewalt, Hate-Crime usw.) präziser benannt ist.

Die Einigung auf ähnliche behördliche Standards im Rahmen der Europäischen Integration weist unter anderem den Vorteil begrifflicher Vereinheitlichung auf. Sie macht es international vergleichenden Arbeiten leichter, Phänomene ins Verhältnis zueinander setzen zu können, ohne zuvor Definitions- und Transformationsakrobatik betreiben zu müssen. In Anlehnung an den Rahmenbeschluss des Europäischen Rates von 2002 soll Terrorismus nachfolgend verstanden werden als „die aggressivste und militanteste Form des politischen Extremismus, bei der die extremistischen Ziele mit Mitteln eines nachhaltig geführten gewaltsamen Kampfes durch systematische Anwendung massiver Gewaltakte verfolgt werden. Kennzeichen des Terrorismus ist die

⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32, hier S. 12-28.

Verübung schwerer Anschläge durch arbeitsteilig organisierte, grundsätzlich verdeckt operierende Gruppen.“⁷ Bestimmte kriminelle Handlungen werden dann als terroristisch eingestuft und entsprechend gehandelt, wenn sie dem Ziel dienen, „die Bevölkerung auf schwer wiegende Weise einzuschüchtern oder öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören.“⁸ Terrorismus ist dieser behördlichen – deswegen aber nicht unbrauchbaren – Definition zufolge also Handlung und Kommunikation zugleich, basierend auf langfristiger und arbeitsteiliger Kooperation mehrerer. Deswegen ist etwa die Gewalt Anders Breiviks nicht als Terrorismus einzustufen, die der RAF in jedem Falle und die des NSU bedingt.⁹ In ihrer Gewaltneigung und Rücksichtslosigkeit nehmen sie sich indes wenig.

3. Überblick über den Forschungsstand

Zwei Enden haben der empirischen Extremismusforschung in der jüngeren Vergangenheit Publikationsfluten beschert: „Das Ende der Illusion“¹⁰ in Osteuropa, also der Untergang kommunistischer Regime, fand tatsächlich statt. „Das Ende der Geschichte“¹¹ wiederum, also die vermeintliche Auflösung des Totalitarismus, erwies sich als irrige These, wie das Aufkommen des international operierenden Islamis-

⁷ Bundesministerium des Innern, Terrorismus, unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Service/Glossar/_functions/glossar.html?nn=105094&lv2=296452&lv3=151976 (9. Januar 2013).

⁸ Ebd.

⁹ Dies sehen andere JET-Autoren anders, vgl. Florian Hartleb, Die Lehren aus dem Fall „Breivik“: Einsamer Wolf-Terrorismus als wichtigstes, aber vernachlässigtes Phänomen sui generis innerhalb des Terrorismus, im vorliegenden Band; Armin Pfahl-Traugber, Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), Brühl 2012, S. 58-101.

¹⁰ Francois Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1998.

¹¹ Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte, München 1992.

mus demonstrierte. Nicht vom Ende der Geschichte, also vom endgültigen Sieg der Demokratie, sondern nur von einem neuen Kapitel ist zu sprechen – schließlich sind die dominanten, d. h. an der Macht befindlichen Totalitarismen des 21. Jahrhunderts nicht mehr die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts. Beide Umformungen historischen Ausmaßes haben dazu beigetragen, die Forschung in den letzten Jahren voranzutreiben.

Um sich einen Überblick über „ausgetretene Pfade“ und „wirres Dickicht“ in diesem Bereich sozialwissenschaftlicher Forschung zu verschaffen, lohnt es sich, nach Unterbereichen zu differenzieren. Der Gegenstandsbereich „Extremismus“ lässt sich gut anhand seiner ideologischen Dimension ordnen. Sie unterscheidet zwischen linkem, rechtem und religiösem Extremismus.¹² Die konkreten Gegenstandsbereiche innerhalb dieser Extremismustypen lassen sich allerdings nur schwerlich mithilfe *eines* Typologisierungsmerkmals aufgliedern: Das Kriterium der Zielstellung extremistischer Phänomene etwa (Parlaments-, Diskurs-, Handlungsorientierung) vernachlässigt die Forschung zu organisierten, nicht-partieförmigen Extremismen ebenso wie zu extremistischen Einstellungen; das Kriterium der Gewaltanwendung (ja/nein) wirkt mit seinen zwei Kategorien kaum systematisierend und erfasst zentrale Gegenstände (z. B. Einstellungen) nicht; die Unterscheidung in Angebot und Nachfrage ist ebenfalls unterkomplex und nicht trennscharf, weil extremistische Handlungen teils Angebot (z. B. extremistisches Demonstrationsgeschehen) und teils Nachfrage (z. B. Motivforschung bei individuellen Handlungen) sind. Aus diesem Grund scheint es angeraten, sich die Forschungsbereiche induktiv zu erschließen.

Von den Studien über extremistische Organisationen sind Parteien, Vereine, internationale Dachverbände usw. eingeschlossen. Kennzeichnend für den Bereich sind formelle Strukturen und in der Regel Mitgliedschaften. Hiervon abgrenzen lässt sich die Erforschung extremistischer Institutionen. Der Institutionenbegriff folgt einem soziologischen Verständnis und wurde hier nur in Ermangelung eines geeigneteren Begriffs gewählt. Gemeint sind damit bestimmte Milieus,

¹²Andere Phänomene – etwa radikale Formen der Ökologiebewegung oder des Feminismus – werden hier deshalb ausgeklammert, weil sie sich zumeist den drei genannten ideologischen Grundformen des Extremismus zuordnen lassen.

sozial verstetigte Handlungsbeziehungen, die den Formalisierungsgrad einer Organisation (noch) nicht erreicht haben – wie etwa bei den Links- und Rechtsautonomen, bei bestimmten Gruppen, die regelmäßig eine bestimmte Moschee besuchen usw. Bei einer Organisation kann man – salopp formuliert – anrufen, bei einer Institution nicht. Der dritte von vier zentralen Forschungsbereichen hat in erster Linie für die Szene bedeutsame Intellektuelle und prägende Strömungen zum Gegenstand – etwa, wenn das Wirken einflussreicher Theoretiker oder die Genese einer ideologischen Richtung erforscht werden. Der Bereich gehört zur empirischen, nicht zur theoretischen Forschung, stehen hier doch nicht ideengeschichtliche oder -kritische Fragen im Vordergrund, sondern vielmehr das Wirken und der Einfluss auf „die Szene“. Der letzte größere Forschungsbereich schließlich lässt sich der politischen Soziologie zuordnen, weil er extremistische Einstellungen und extremistische Verhaltensweisen zu beschreiben und zu erklären sucht. Dazu gehören etwa quantitative Studien zum Extremismuspotential in einer Gesellschaft, Motiv-, Biografie- sowie die Wahlforschung.

Tabelle: Bereiche der empirischen Extremismusforschung

	REX	LEX	FUND
Organisationen (Parteien, Vereine usw.)	I	II	III
Institutionen (Autonome, „Dunstkreise“ usw.)	IV	V	VI
Intellektuelle („Neue Rechte“, „Neue Linke“ usw.)	VII	VIII	IX
Individuelle Einstellungen und Handlungen	X	XI	XII

Wie ist es um die Erforschung dieser insgesamt 12 Forschungsfelder bestellt? Obwohl terminologische Unklarheit das Untersuchungsfeld „Rechtsextremismus“ beherrscht – die identischen Untersuchungsobjekte firmieren als „rechte“, „rechtsextreme“, „rechtsradikale“ und „rechtspopulistische“ Phänomene –, besteht die Kernaufgabe bei der Literatursichtung nicht darin, Studien ausfindig zu machen, sondern die wissenschaftlich wertvolleren von den weniger brauchbaren Arbeiten zu trennen. Bücher zum Thema füllen mittlerweile ganze Regalwände in Bibliotheken. Es besteht allerdings ein massives Ungleichgewicht zugunsten rechtsextremistischer, vor allem parteiförmiger

ger Organisationen (I).¹³ Rechtsextremistische Parteien in Deutschland, im europäischen und nordamerikanischen Ausland sind kein blinder Fleck der Forschung; ungeachtet medialer Aufmerksamkeitswellen handelt es sich um einen „Dauerbrenner“ der Extremismusforschung, dem in Einzelfall- wie Vergleichsstudien nachgespürt wird. Etwas anders sieht es bei der Erforschung linksextremistischer Organisationen (II) aus: Deutschlandfokussierung kennzeichnet diesen Bereich der Wissenschaft. Forschungskontinuität ist nicht seine Stärke, wie die Konzentration der meisten Studien im Zeitraum unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges zeigt.¹⁴ Die für die Rechtsextremismusforschung typische, terminologische Verwirrung gilt hier gleichfalls: Wer sich nicht der normativen Extremismusforschung zu-

¹³Siehe exemplarisch Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden 2007; Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), *The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives*, Göttingen 2011; Paul Hainsworth, *The Extreme Right in Europe and the USA*, London 1994; Piero Ignazi, *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford 2006; Herbert Kitschelt/Anthony J. McGann, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995; Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*, Opladen 1998; Cas Mudde, *Populist radical right parties in Europe*, Cambridge 2007; Henrik Steglich, *Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns*, Göttingen 2010; Richard Stöss, *Die extremistische Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklungen – Ursachen – Gegenmaßnahmen*, Opladen 1989.

¹⁴Siehe exemplarisch Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), *Communist and Post-Communist Parties in Europe. Current Trends and Perspectives*, Göttingen 2008; Martin J. Bull/Paul M. Heywood, *West European Communist Parties After the Revolutions of 1989*, Basingstoke 1994; Gerhard Hirscher (Hrsg.), *Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa. Ausgewählte Fallstudien*, München 2000; ders./Marc Lazar/Patrick Moreau (Hrsg.), *Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?*, München 1998; Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, *Die Linke – eine gescheiterte Partei?*, München 2012; Klaus Krellmann, *Die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Entwicklung zur Sozialdemokratie oder Sekte?*, Stuttgart 1990; Jürgen P. Lang, *Ist die PDS eine demokratische Partei?*, Baden-Baden 2003; Tom Mannewitz, *Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990. Ursachen für Wahlerfolge und -misserfolge*, Baden-Baden 2012; Gero Neugebauer/Richard Stöss, *Die PDS: Geschichte, Organisation, Mitgliederstruktur*, Opladen 1996.

gehörig fühlt, meidet in aller Regel den Linksextremismusbegriff und ersetzt ihn durch den des Kommunismus.

Schlechter ist es um die Erforschung religiös-extremistischer Organisationen (III) bestellt – ganz gleich, welcher religiösen Provenienz. Analysen zu christlich-, hinduistisch- und jüdisch-fundamentalistischen Organisationen sind dünn gesät.¹⁵ Von einem etablierten Zweig in der Wissenschaft zu sprechen, ist hier übertrieben. Studien zu Al-Qaida blähen den Forschungsstand zu islamistischen Organisationen auf, Studien zu weiteren islamistischen Organisationen sind zumindest in Deutschland eher rar.¹⁶

Wenn nach extremistischen Institutionen bzw. Milieus gefragt wird, rückt unweigerlich der seit „9/11“ immer besser erforschte Terrorismus vor allem islamistischer Richtung (VI) ins Blickfeld.¹⁷ Die Auf-

¹⁵Siehe einige wenige Ausnahmen: Andreas Klump, Neuer politischer Extremismus? Eine politikwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel der Scientology-Organisation, Baden-Baden 2003; Carsten Paals, Christlich motivierte Kleinparteien in Deutschland und ihr Verhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Eine Fallstudie anhand der „Christlichen Mitte“ und der „Partei Bibeltreuer Christen“, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), Brühl 2012, S. 264-292; Tobias Wolf, Extremismus im Namen der Religion. Wie der Hindu-Nationalismus die Demokratie in Indien gefährdet, Aachen 2012.

¹⁶Siehe exemplarisch Jason Burke, Al-Qaida. Entstehung, Geschichte, Organisation, Düsseldorf 2004; Michail Logvinov, Zwischen regionalem und internationalem Terrorismus – der Weg der Islamischen Dschihad-Union, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 21, Baden-Baden 2009, S. 180-196; Bahman Nirumand (Hrsg.), Im Namen Allahs. Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der BRD, Köln 1990; Armin Pfahl-Traughber, Das Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten in Deutschland – eine vergleichende Betrachtung der regional und transnational ausgerichteten Anhänger, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 18, Baden-Baden 2006, S. 189-206; Bruce Riedel, Al Qaeda Strikes Back, in: Foreign Affairs, 86 (2007), Heft 3, S. 24-40; Oliver Schröm, Al Qaaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003; Guido Steinberg, Das Netzwerk des islamistischen Terrorismus. Der Nahe und der Ferne Feind, München 2005.

¹⁷Siehe anstatt vieler Dirk Baehr, Charakteristika salafistischer Strömungen in Deutschland, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 22, Baden-Baden 2010, S. 176-191; Kai Hirschmann/Christian Leggemann (Hrsg.), Der Kampf gegen den Terror-

deckung der NSU-Mordserie zeitigte gleichfalls eine Flut an Publikationen zu „rechtem Terror“ (V), wobei deren Qualität unterschiedlicher nicht ausfallen könnte.¹⁸ Wenngleich noch unklar ist, inwieweit es sich um Terrorismus im Sinne des bisherigen Verständnisses von Terrorismus handelt, steht der Institutionencharakter des NSU außer Frage. Aber noch weitere Phänomene gehören zum Gegenstandsreich, vor allem gewaltbereite Links- und Rechtsextremisten: Linksautonome, Rechtsautonome, Antifa, Anti-Antifa, Einzeltäter. Leider mangelt es hier an umfassenden Darstellungen, vereinzelte Aufsätze und Selbstdarstellungen prägen das Bild.¹⁹

rismus. Strategien und Handlungserfordernisse in Deutschland, Berlin 2003; Bruce Hoffman, Terrorismus – der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt a. M. 2008; Walter Laqueur, Terrorismus – die globale Herausforderung, Frankfurt a. M. 1987; Michail Logvinov, Deutschland im Visier des islamistischen Terrorismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 23, Baden-Baden 2011, S. 200-219; Berndt Georg Thamm, Terrorziel Deutschland. Strategien der Angreifer, Szenarien der Abwehr, Berlin 2011; Johannes Urban, Die Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus, Wiesbaden 2006.

¹⁸Siehe Maik Baumgärtner, Das Zwickauer Terror-Trio: Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012; Christian Fuchs/John Goetz, Die Zelle: Rechter Terror in Deutschland, Reinbek 2012; Patrick Gensing, Terror von rechts: Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik, Berlin 2012; Armin Pfahl-Traugher, Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) im Lichte der Entwicklung des deutschen Rechtsterrorismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 24, Baden-Baden 2012, S. 180-196; Bodo Ramelow (Hrsg.), Made in Thüringen: Naziterror und Verfassungsschutzskandal, Hamburg 2012; Andrea Röpke, Im Untergrund, aber nicht allein, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2012) 18-19, S. 4-8; Toralf Staud/Johannes Radke, Neue Nazis: Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts, Köln 2012; Olaf Sundermeyer, Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt, München 2012.

¹⁹Siehe anstatt vieler Marc Brandstetter, Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremistischen Autonomen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 20, Baden-Baden 2008, S. 185-203; Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, Berlin 2002; Karsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden 2011; Saskia Lützing, Die Sicht der Anderen: Eine qualitative Studie zu Biografien von Extremisten und Terroristen, Köln 2010; Matthias

Die Analyse sogenannter „Neuer Linker“ (VII) bzw. „Neuer Rechter“ (VIII) ist deutlich weniger vorangeschritten,²⁰ zumal es sich hier um ein schwer fassbares Phänomen handelt: Die Begriffsintensionen variieren zwischen intellektuellem Extremismus, einem Subtyp zwischen Extremismus und Demokratie und neuen extremistischen Vorstellungen, die sich nur unter Anstrengung den bisherigen Phänomenen zuordnen lassen. Vergleiche werden häufig von vornherein abgelehnt. Die Forschung zu intellektuellem Islamismus („Neuer Islamismus“?) steckt praktisch in den Kinderschuhen (IX).²¹

Die Erforschung extremistischer Einstellungen und entsprechenden Verhaltens (X-XII) kann als eigenständiger Forschungszweig betrachtet werden. Das dürfte daran liegen, dass die Einstellungsforschung nicht nur ausgewiesene Extremismusforscher anzieht, sondern darüber hinaus solche, die Radikalismus, Protest, politische Kultur, politische Sozialisation usw. wissenschaftlich erkunden und mit Extremismus – jedenfalls auf den ersten Blick – nichts zu tun haben. Der Forschungszweig weicht von den bisherigen Teilgebieten der empirischen Extremismusforschung durch zwei Eigenarten ab: In keinem anderen Areal ist die gesellschaftliche Resonanz so groß, in keinem anderen Bereich ist die Abschottung der Wissenschaftler untereinander so hermetisch – eine Folge der normativen Aufladung des Gegenstandsbereichs. Dies führt dazu, dass von einem einigermaßen einheitlich verwendeten, va-

Mletzko, Militante Autonome Gruppen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 11, Baden-Baden 1999, S. 180-199; ders., Gewalthandeln linker und rechter autonomer Szenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2010) 44, S. 9-16; Jan Schedler/Alexander Häusler, Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011.

²⁰Siehe Uwe Backes, Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2001) B 46, S. 24-30; ders., Neue Linke und Neue Rechte, in: ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 5, Bonn 1993, S. 7-28; Armin Pfahl-Traugher, Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.

²¹Siehe stellvertretend Muriel Asseburg, Moderate Islamisten als Reformakteure?, Bonn 2008; Johannes Grundmann, Islamische Internationalisten. Strukturen und Aktivitäten der Muslimbruderschaft und der islamischen Weltliga, Wiesbaden 2005; Sabine Damir-Geilsdorf, Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption, Würzburg 2003; Gilles Kepel, Der Prophet und der Pharao, München 2005.

liden Inventar zur Messung von Extremismus (noch) nicht die Rede sein kann – zumal die Existenz einzelner Extremismusvarianten bisweilen verneint wird. In der aufsteigenden Reihenfolge ihrer Häufigkeit werden erhoben: fundamentalistische (XII),²² linksextremistische (XI)²³ sowie rechtsextremistische (X)²⁴ Orientierungen und Verhaltensweisen. Vergleichende Untersuchungsanlagen haben Seltenheitswert.²⁵

Der Wissenschaftszweig fragt ebenso nach den Bedingungen für antidemokratische Einstellungen und Handlungen auf Individualebene. Insgesamt lassen sich vier größere Ursachenkomplexe ausmachen, deren Integration in einem ganzheitlichen Erklärungsansatz allerdings

²²Siehe die Ausnahme: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Muslimen in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*, Hamburg 2007.

²³Siehe Viola Neu, *Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche. Auswertung einer qualitativen explorativen Studie*, Berlin 2012; Viola Neu, *Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. Wahlverhalten und Einstellungen*, Sankt Augustin 2009.

²⁴Siehe Kai Arzheimer, *Die Wähler der extremen Rechten 1980-2002*, Wiesbaden 2008; Oliver Decker/Elmar Brähler/Johannes Kiess, *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*, Bonn 2012; Heinrich Best/Axel Salheiser, *Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2012*, Erfurt 2012; Richard Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin 2007.

²⁵Siehe die Ausnahmen V. Neu 2009 (Anm. 23); Elisabeth Noelle-Neumann/Ring Erp, *Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984*, Bonn 1984.

noch auf sich warten lässt: persönliche Faktoren,²⁶ sozioökonomische Faktoren,²⁷ politische Faktoren²⁸ und kulturelle Faktoren²⁹.

Eine Gesamtschau kommt zu einem durchwachsenen Urteil: Mit Blick auf die Forschungsgebiete besteht ein beachtlicher Forschungsstand praktisch nur in der Organisationsforschung – islamistische Parteien ausgenommen. Andere Erscheinungsformen des Extremismus werden häufig nur sporadisch und meist in Einzelfalldarstellungen betrachtet – nicht selten im Windschatten Aufsehen erregender Ereignisse. Die Analyse extremistischer Einstellungen und Handlungen, vor allem terroristischer Natur, hinterlässt derzeit noch mehr offene als beantwortete Fragen. Mit Blick auf die ideologischen Spielarten ist die rechte Variante des Extremismus mit Abstand am besten erforscht, es folgt der Linksextremismus und – mit Blick auf den Terrorismus – der Islamismus. Systematische Vergleiche zwischen den Ideologien sind die Ausnahme, nicht die Regel.

²⁶ Siehe Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1995; Else Frenkel-Brunswik, Intolerance of Ambiguity as an Emotional and Perceptual Personality Variable, in: Journal of Personality 18 (1949), S. 108-143; Milton Rokeach, The open and the closed mind, New York 1960; Siegfried Schumann, Politische Einstellungen und Persönlichkeit. Ein Bericht über empirische Forschungsergebnisse, Frankfurt a. M. u. a. 1986, S. 121; Ders., Wahlverhalten und Persönlichkeit, Opladen 1990; Edward A Shils, Authoritarianism: „Right“ and „left“, in: Richard Christie/Marie Jahoda (Hrsg.), Studies in the Scope and Method of „The Authoritarian Personality“, Glencoe 1954, S. 24-49.

²⁷ Siehe stellvertretend Bernd Sommer, Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Wiesbaden 2010; Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin 2011; Erwin K. Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12 (1967), S. 11-29.

²⁸ Siehe exemplarisch Samuel H. Barnes/Max Kaase, Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979; Tedd R. Gurr, Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg, Düsseldorf/Wien 1972.

²⁹ Siehe Ronald Inglehart, The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton 1977.

4. Die Messung extremistischer Einstellungen – kein einheitliches Inventar

So klar die Frage danach beantwortet werden kann, was politischer Extremismus ist, so schwierig verhält es sich mit der Frage danach, (ab) wann jemand als Extremist zu gelten habe. Was ist noch demokratisch, was schon extremistisch? Die Forschung hierzu gewinnt zwar an Boden, denn Wissenschaftler wie Kai Arzheimer, Elmar Brähler, Oliver Decker, Michael Edinger, Wilhelm Heitmeyer, Viola Neu und Richard Stöss haben hierzu kontinuierliche Arbeit geleistet. Gleichwohl kommen sie zu unterschiedlichen Ergebnissen, weil ihre Indikatoren für (links- und rechts)extremistische Einstellungen voneinander abweichen. Mitunter kann die Validität bezweifelt werden: etwa wenn die Items „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ und „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ als Indikatoren für Rechtsextremismus herangezogen werden.³⁰ Die Qualität der Befragungen ist gleichfalls verschieden: Zum Teil sind die Items suggestiv, zum Teil fehlen Missing-Case-Kategorien („weiß nicht“/„keine Angabe“ etc.).

Ziel muss es sein, methodisch einwandfrei eine generelle Itematterie zu entwickeln. Analog zu Theodor W. Adornos „F-Skala“ müsste eine Skala für Extremismus generell, für Linksextremismus, Rechtsextremismus und religiösen Extremismus entwickelt werden, um einen validen, reliablen und intersubjektiv nachvollziehbaren Gesamteindruck der gesellschaftlichen Verbreitung dieser Phänomene gewinnen zu können. Dem stehen bislang wissenschaftliche wie ideologische Grabenkämpfe entgegen. Sie müssen zunächst überwunden werden. Nicht übereinander, sondern miteinander zu reden – das muss das Ziel sein. Dies gilt im Übrigen nicht nur für Forscher aus dem Inland, sondern auch aus dem Ausland, um das Extremismuspotential mehrerer Gesellschaften ins Verhältnis setzen und ein europäisches Lagebild erhalten zu können. Internationale Vergleiche sind bislang noch nicht möglich, jedoch dringend geboten: Die gesellschaftliche Verbreitung von Extremismus ist kein typisch deutsches Phänomen. Wie aber kann die Situation in Deutschland verlässlich eingeschätzt werden, wenn der

³⁰Vgl. O. Decker/E. Brähler/J. Kiess (Anm. 24), S. 29f.

Vergleichsmaßstab fehlt? Außerdem: Wo ist die Demokratie innerhalb der EU am ehesten gefährdet, wo erhält sie den meisten Zuspruch? Wo handelt es sich schon um ein erstarrtes, wo noch um ein volatiles Phänomen? Nach einer Vereinheitlichung der Extremismusskalen inklusive der einzelnen Subtypen wäre es möglich, international vergleichende Langzeitstudien auf teilstandardisierter Basis im Stile des Eurobarometer zu entwickeln, eine derartige Skala womöglich darin zu integrieren.

5. Persönlichkeitsbedingte Extremismusursachen – der Vergessenheit anheimgefallen

Die Erforschung extremistischer Einstellungen und Handlungen ist in den vergangenen Jahren etwas eingeschlafen. Analysewellen hat es vor allem in den 1950er Jahren unter dem Eindruck des Nationalsozialismus und des Faschismus sowie in den 1970er Jahren gegeben, als die „Neuen Sozialen Bewegungen“ Erfolge feierten. Insgesamt kann man zwei Probleme erkennen:

Erstens, psychische Faktoren als Erklärungsvariablen für Extremismus werden seit Jahrzehnten kaum noch untersucht. Seit einiger Zeit schon ruht die Aufmerksamkeit der Ursachenforschung auf der sozioökonomischen Umgebung des Individuums (z. B. Arbeitslosigkeit, Einkommensungleichheit, Prekarisierung der Arbeitswelt, mangelhafte Effektivität des politischen Systems, mangelnde soziale Absicherung, flexible Arbeitsverhältnisse usw.). So gehört der Zusammenhang zwischen den hohen Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre und dem Problem eruptierender rechtsextremistischer Gewalt zum Common Sense der Wissenschaft, der Medien und der Rathäuser des Ostens. Dadurch werden jedoch persönlichkeitsbezogene Faktoren für politischen Extremismus vernachlässigt.³¹ Gerade das Konzept der Ambiguitätsintoleranz³² – der Unfähigkeit also, Widersprüche, mehrdeutige Informationen und schwer verständliche Kons-

³¹Vgl. zu diesem Befund die Beiträge in Siegfried Schumann (Hrsg.), *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden 2005.

³²Siehe Jack Reis, *Ambiguitätstoleranz. Beiträge zur Entwicklung eines Persönlichkeitskonstruktes*, Heidelberg 1997.

tellationen zu verarbeiten und konstruktiv umzusetzen – erscheint viel versprechend, wenn es um die Ursachen der Demokratiefeindschaft geht. Leider wurden nach den Studien Else Frenkel-Brunswiks³³ – eine Schülerin Adornos – keine nennenswerten Versuche seitens der Politikwissenschaft mehr unternommen, das Konzept weiterzuentwickeln, nach seinen Ursachen, den Einflussfaktoren und der Bedeutung für die Extremismusforschung zu fragen. Antworten sind jedoch bedeutsam, denn dies könnte erklären, warum trotz eigentlich ungünstiger Umweltbedingungen (hohe Beschäftigungsquote, gesellschaftliche Gleichheit, sichere Arbeitsplätze) ein gewisser extremistischer Bodensatz immer existieren wird. Damit stellt sich die Frage, ob es möglich ist, Extremismus bzw. eine gewisse Extremismusaffinität überhaupt zu vermeiden.

Das zweite Problem liegt in der unzureichenden Integration verschiedener Erklärungsansätze. Forscher, die sich der Ursachenforschung verschrieben haben, argumentieren nicht selten monokausal unter Rückgriff eines der Ursachenbereiche. Selbst wenn persönlichkeitsbedingte Ursachen der Demokratiefeindschaft vernachlässigt wurden, darf dies künftig nicht dazu verleiten, andere potentielle Faktoren zu ignorieren: Analysen müssten den allgemeinen Forschungsstand integrieren und dabei Lücken aufzeigen, um anschließend ein allgemeines Erklärungsmodell – etwa in biografischer Perspektive – entwickeln zu können. Von einem solchen ist die Wissenschaftsgemeinde bislang noch weit entfernt. Gleiches gilt für die Terrorismus- und Politische-Gewalt-Forschung, die nach den Ursachen für Radikalisierung und Deradikalisierung fragen und verschiedene Ansätze zu einem multi-kausalen Modell verbinden muss.

6. Aktionsorientierter Extremismus – anderen Disziplinen der Vortritt

Die Stärke der Extremismusforschung liegt im Bereich der Organisationsforschung, genauer: bei Parteien. Hier gibt es wenige Lücken. Der diskursorientierte Extremismus („Neue Linke“/„Neue Rechte“) wiederum ist weit davon entfernt, lückenlos erforscht zu sein. Seine akute gesellschaftliche Bedeutung (Bedrohung für Leib und Leben,

³³Vgl. E. Frenkel-Brunswik (Anm. 26).

Demokratiegefährdung) ist aufgrund seines Handlungsstils allerdings gering im Vergleich zu anderen Erscheinungsformen. Vielmehr hängt seine Relevanz von den Einflussmöglichkeiten auf die Gesellschaft als Ganzes oder einzelne ihrer Segmente ab. Der aktionsorientierte Extremismus allerdings stellt aufgrund seiner Gewalt-, zumindest aber Aktionsneigung eine akute Gefahr für Leib und Leben dar, wovon nicht zuletzt die Berichte des Bundesinnenministeriums Zeugnis ablegen.³⁴ Umso Besorgnis erregender sind die Lücken, die in diesem Bereich klaffen: Defizite bestehen etwa bei der Beschreibung und bei dem Vergleich politisch motivierter Gewalttäter rechter, linker und religiöser Provenienz.³⁵ Analysen in diesem Bereich könnten sich quantitativer und makroqualitativer Methoden bedienen, um Statistiken der Sicherheitsbehörden und Akten der Gerichte hinsichtlich Qualität, Quantität und Intensität extremistischer Handlungen auszuwerten.

Ebenso sind die zumeist in einschlägigen Zeitschriften (z. B. Interim, Radikal) und Internetforen (z. B. de.indymedia.org oder linksunten.indymedia.org) ausgetragenen Militanzdebatten in den subkulturellen Milieus untererforscht. Sie prägen aber das Aktionsverständnis der Szenen maßgeblich.

Außerdem sind die Einflüsse sogenannter Theoriezirkel – also vom diskursorientierten Extremismus – auf die meist jugendlichen Milieus bislang unerforscht. Wie sehr prägen sie die Szenen ideologisch? Gibt es wechselseitige Beeinflussungen?

Die Gründe für die Etablierung linksautonomer Zentren und rechtsautonomer „Hochburgen“ sind ein weiteres Desiderat der Extremismusforschung mit Praxisrelevanz. Warum haben beispielsweise Berlin und Hamburg nennenswerte autonome Zentren vorzuweisen, Dresden und München aber nicht? Orte, die mit derartigen Herausforderungen ringen oder deren Entstehung bei sich fürchten, könnten von derartiger Forschung lernen.

³⁴Vgl. Anm. 1.

³⁵Siehe die Ausnahmen: Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, München 2010; M. Mletzko (Anm. 19).

Bislang lag das Hauptaugenmerk auf extremistischen Parteien. Aufgrund seiner Bedeutung vor allem für die Innere Sicherheit ist dem subkulturellen Extremismus jedoch eine gesteigerte Aufmerksamkeit zu schenken, die über die bloße Beschreibung von Einzelfällen und Porträts hinausgeht, wiewohl damit Erkenntnisse von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der Szene verbunden sind. Die politikwissenschaftliche Extremismusforschung überlässt das Feld bislang noch den Kriminologen (wenn es etwa um politisch motivierte Kriminalität geht), den Psychologen (wenn einzelne „Karriereverläufe“ im Vordergrund stehen) und den Soziologen (wenn etwa die sozialen Beziehungen in der Großstadt untersucht werden). Allerdings geht diesen Disziplinen – aufgrund ihres inhaltlichen und methodischen Selbstverständnisses – der demokratiethoretische Blickwinkel ab. Hierfür ist eine eigenständige politikwissenschaftliche Erforschung des aktionsorientierten Extremismus wünschenswert.

7. Dynamik statt Statik – Entwicklungsprozesse im Extremismus

Ein Blick auf die Publikationen zeigt: Die Beschreibung extremistischer Parteien, Personen, Vereine, sonstiger Organisationen und Milieus ist mittlerweile weit gediehen. Eine Vielzahl an Wissenschaftlern, darunter Uwe Backes, Jean-Yves Camus, Stéphane Courtois, Hans-Gerd Jaschke, Eckhard Jesse, Jürgen P. Lang, Michael Minkenberg, Cas Mudde, Patrick Moreau, Gero Neugebauer, Armin Pfahl-Traugher und Richard Stöss, hat hier durch eine gewisse Forschungskontinuität wertvolle Arbeit geleistet.

Defizite bestehen allerdings bei den Fragen danach, wie, warum und unter welchen Voraussetzungen bzw. unter welchen Voraussetzungen *eben nicht* extremistische Institutionen (im soziologischen Sinne) entstehen, erfolgreich werden, sich etablieren, überhaupt extremistisch werden oder sich wieder demokratisieren. Ebenso die Fragen nach den Ursachen dafür, dass Menschen zu Extremisten *werden* und dass sie sich, sind sie einmal extremistisch, der Demokratie wieder zuwenden, sind noch unbeantwortet. Was sind also die Voraussetzungen gelungener Prävention und Intervention? Gibt es Faktoren, die außerhalb der sozioökonomischen Umwelt des Individuums angesiedelt sind? In

Sonderheit liegen die Bedingungen dafür im Dunkeln, die darüber bestimmen, wann Menschen zu Gewalttätern – spontaner oder terroristischer Natur – werden. Ebenso steht die Frage, wie sie aus der „Gewaltspirale“ wieder herauskommen, offen. In längerfristiger Perspektive sind die Ursachen und Kontextbedingungen für die Radikalisierung und die Deradikalisierung einzelner zu ermitteln.³⁶

Die unsystematisch aufgeworfenen Fragen legen die Vermutung nahe, die empirische Extremismusforschung habe Entwicklungsprozesse – etwa die Extremisierung und die De-Extremisierung – in ihrem Untersuchungsfeld zugunsten gegebener Strukturen vernachlässigt. So wie das Interesse an der Ursachenforschung steigt, wenn die Medien von diesem oder jenem spektakulären Ereignis aus der „Szene“ berichten, so lässt das Engagement anschließend wieder nach. Ein Beispiel: Anfang der 1990er Jahre hatten Ursachenanalysen zu rechtsextremistischer Gewalt Konjunktur, als vor allem den Osten Deutschlands eine Welle ausländerfeindlicher Gewalt erfasste. Das Abflauen des Phänomens einige Jahre später wurde allerdings kaum unter die Lupe genommen. Gerade dies wäre jedoch für Praktiker – Stichwort: Präventions- und Interventionsarbeit – wichtig.

Ein weiterer Mangel bei der Analyse von Prozessen, die mit Extremismus und Terrorismus in Verbindung stehen, besteht bei der Frage danach, warum jemand gerade *Links-* oder *Rechtsextremist* oder *Islamist* wird. Hierzu gibt es noch keine befriedigenden Antworten. Bisher lag die Frage im Vordergrund, warum jemand überhaupt extremistisch wird. Es ist indes fraglich, dass der Zufall darüber bestimmen soll, ob jemand einer bestimmten Spielart des Extremismus zufällt, einer anderen aber nicht.

Schließlich steht offen, warum Extremisten und Terroristen zuweilen einen „Lagerwechsel“ vollziehen, warum also aus Rechtsextremisten Linksextremisten werden und aus Linksextremisten Rechtsextremis-

³⁶Siehe exemplarische Ausnahmen: Michael A. Hogg/Christie Meehan/Jayne Farquharson, *The Solace of Radicalism: Self-Uncertainty and Group Identification in the Face of Threat*, in: *Journal of Experimental Social Psychology*, 46 (2010), S. 1061-1066; Peter Neumann/Michael Lawrence Rowan Smith, *The Strategy of Terrorism. How it works, and why it fails*, London 2009; Peter Waldmann, *Radikalisierung in der Diaspora. Wie Islamisten im Westen zu Terroristen werden*, Hamburg 2009.

ten, oder warum aus Rechtsextremisten Islamisten werden usw. Eine extremistische Neigung (beim Terrorismus inklusive Affinität zu systematischer Gewalt) scheint hier ausgemacht, nicht aber, warum es – wenn auch seltene – ideologische Sprünge in den Lebensläufen wie etwa bei Horst Mahler³⁷ oder Reinhold Oberlercher gibt. Freilich müsste bei einer solchen Untersuchung unterschieden werden zwischen einfachen „Mitläufern“ und „führenden Köpfen“, ist doch zu vermuten, dass sich die Ursachen für die Lagerwechsel voneinander unterscheiden.

Einen Desideratekomplex der empirischen Extremismusforschung stellen folglich die Entwicklungsprozesse in ihrem Bereich dar. Im Gegensatz zu extremistischen Strukturen (Parteien, Vereine usw.) sind sie weithin terra incognita.

8. Interaktionsdynamiken zwischen extremistischen Phänomenen

Wer extremistischen und terroristischen Tendenzen vorbeugen will, muss sie kennen. Er muss deshalb danach fragen, wie Individuen, lose Zirkel und feste Organisationen in diesem Bereich interagieren – ob und wie sie kooperieren, wie, warum, worüber und über welche Wege sie kommunizieren, ob sie mit- und übereinander sprechen, wer mit wem rivalisiert, wie verschiedene ideologische Spektren aufeinanderprallen. Schließlich schaffen wiederholte Interaktionen im Laufe der Zeit Institutionen (im soziologischen Sinn), die sich organisatorisch verfestigen können. Überhaupt liegen Interaktionen – auch in Form von Kommunikation – zwischen allen drei Extremen und ihre Folgen für den Gewalteinsatz nach wie vor im Dunkeln.

Ein blinder Fleck der Wissenschaft ist ebenfalls die Dynamik politischer Konfrontationsgewalt zwischen Links- und Rechtsextremismus sowie Islamismus und Rechtsextremismus vor dem Hintergrund von Demonstrationsgeschehen, medialer Inszenierung und der Rolle des Staates. Dies impliziert unter anderem Analysen der Konfrontation von „Antifa“ und „Anti-Antifa“: Wie verlaufen Konfrontationen di-

³⁷Siehe eines der wenigen Porträts über einen der „Wechsler“: Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: Uwe Backes/Ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Band 13, Baden-Baden 2001, S. 183-200.

rekter (physische Gewalt) und indirekter (psychische Gewalt) Natur ab? Gibt es Gewalt? Wenn ja: in welcher Form und Intensität? Worin unterscheiden sich die Konfrontationen zwischen unterschiedlichen Spektren des Extremismus und zwischen verschiedenen Ländern?

Die Vernetzung militanter Szenen über Ländergrenzen hinweg ist weitgehend unerforscht, spielt aber eine wichtige Rolle in den Extremismusbereichen. Sie tritt beispielsweise jährlich am 13. Februar in Dresden zutage, da es Neonationalsozialisten wie „Antifa“-Anhänger schaffen, europaweit ihre Kontakte zu mobilisieren. Deren gegenseitige ideologische, strategische und organisatorische Beeinflussung sowie Kommunikationsmechanismen müssten ebenso vertieft untersucht werden wie die Interaktionen zwischen gewaltbereitem und nicht-gewaltbereitem Extremismus, also vor allem zwischen extremistischer Subkultur und Parteien. Verbindungen bzw. Überschneidungen zwischen der Partei „Die Linke“ und den Autonomen könnten ebenso untersucht werden wie zwischen NPD und hoch radikalisierten Zirkeln.

Im Zeitalter digitaler Kommunikation verwundert es, dass die Rolle von sozialen Netzwerken, Blogs, Internettelefone und dergleichen für extremistische und terroristische Organisationen bislang kaum in den Blick genommen wurde – einmal innerhalb eines bestimmten Milieus, dann zwischen Gruppierungen desselben extremistischen Lagers, schließlich zwischen ideologisch verfeindeten Gruppierungen. Die Aktualität digitaler Kommunikation verdeutlichen unter anderem Internetpranger wie nazileaks.net oder die „Operation Ragnarök“, bei der die Hamburger „Antifa“ eine sogenannte Outing-Aktion durchführte. Eine Ausnahme stellt – wie so oft – die Erforschung „des“ Rechtsextremismus im Internet dar.³⁸

Nachdem sich die Forschung in den vergangenen Jahrzehnten intensiv mit organisatorischen Strukturen im Extremismus und Terrorismus auseinandergesetzt und auf diese Weise Grundlagenarbeit betrieben

³⁸Siehe Christoph Busch, Rechtsradikalismus im Internet, Siegen 2010; Andreas Bösche, Rechtsextremismus im Internet. Die Schattenseiten des www, Wattens 2001; Rainer Fromm/Barbara Kernbach, Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr, München 2001; Bernd Nickolay, Rechtsextremismus im Internet. Ideologisches Publikationssegment und Mobilisierungskapital einer rechtsextremen sozialen Bewegung?, Würzburg 2000.

hat, wäre es nun an der Zeit, darauf aufzubauen und die Interaktionsdynamiken zu analysieren. Es muss also danach gefragt werden, ob und wie sich diese Strukturen im Alltag aus Sicht der Akteure bewähren und wie sie sich im Laufe der Zeit verändern.

9. Ungleiche Forschungsstände

Bereits ein Blick auf einzelne Teilbereiche offenbart: Der Rechtsextremismus ist deutlich besser erforscht als der religiöse und der linke Extremismus. Die analytische Durchdringung der nationalistischen, rassistischen Form der Demokratiefeindschaft ist wünschenswert, der Forschungsstand ansehnlich. Leider kann von einer ähnlich guten Kenntnis der anderen Extremismusvarianten nicht die Rede sein, handelt es sich nun um institutionalisierte Interaktionen, um die Messung des Einstellungspotentials oder Phänomenursachen. Für alle gilt: Der Rechtsextremismus ist deutlich besser erforscht als andere Formen des Extremismus.

Die Forderung nach der Analyse unterschiedlichster Extremismusvarianten erschöpft sich nicht auf die linke Spielart. Sie schließt gleichfalls nicht nur den Islamismus ein, sondern etwa auch jüdisch-, hinduistisch- und christlich-religiöse Phänomene, radikalfeministische und öko-extremistische Erscheinungen. Darüber hinaus relativiert die Forderung nach der Analyse unterschiedlichster Extremismusvarianten keineswegs die Gefahr des Rechtsextremismus: Erstens muss die Erforschung unterschiedlicher Extremismen nicht zulasten der Erforschung der rechten Variante gehen. Und zweitens kann überhaupt erst ein gewisser Kenntnisstand bei anderen Phänomenen zeigen, wie die Gefährdung durch die rechte extremistische Demokratiefeindschaft einzuordnen ist. Die ideologische Auffächerung der Forschungsgegenstände ermöglicht überdies breit angelegte Vergleiche – etwa mit Blick auf bestimmte Entwicklungsdynamiken, ähnliche oder unterschiedliche Struktureigenschaften, die gesellschaftlichen Ursachen und schließlich das Gefahrenpotential für Leib und Leben wie den demokratischen Verfassungsstaat.

10. Die Evaluation von Präventions-, Interventions- und Repressionsmaßnahmen – Objekte der Extremismusforschung?

Folgende Kritik richtet sich weniger gegen die Forschung zu Extremismus und Terrorismus im engeren Sinne, sondern vielmehr auf den staatlichen und gesellschaftlichen Umgang mit den Phänomenen. Die Forschung konzentriert sich auf Extremismus und Terrorismus, überlässt die Beurteilung der Präventions-, Interventions- und Repressionsmaßnahmen jedoch staatlichen Behörden. Aus demokratietheoretischer Sicht und mit Blick auf sicherheitsrelevante Aspekte wäre die Aufnahme von Evaluationen in das Spektrum der Extremismus- und Terrorismusforschung jedoch zu begrüßen. Einesteils käme die Extremismusforschung auf diese Weise ihrem Selbstbild als eine auf die Demokratie verpflichtete Wissenschaft nach, anderenteils – und aus pragmatischer Sichtweise – gewönne der Forschungsbereich dadurch an Praxisorientierung.

Der zentrale Kritikpunkt konzentriert sich auf Präventions- und Hemmungsmaßnahmen im engeren Sinne: Vor allem die Wirkungen konkreter Repressionen müssten wissenschaftlich evaluiert, ihre Effektivität und Effizienz miteinander verglichen werden: Demonstrationsverbote, Vereinigungsverbote, Propagandadelikte, Parteiverbote usw.³⁹ Ziel ist es, die Instrumente zum Schutz der Inneren Sicherheit wie der Demokratie zu kennen und ihre Wirkungsweise einzuschätzen. Das schließt eine Abwägung sicherheitspolitischer Interessen und demokratischer Freiheitsrechte – eine typischerweise juristische Fragestellung⁴⁰ – gleichfalls ein, um die demokratietheoretische Bedeutung

³⁹Siehe hierzu etwa Julia Gerlach, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie. Verbieten oder Nicht-Verbieten?, Baden-Baden 2012.

⁴⁰Siehe etwa Marion Albers, Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Evaluierung neuer Gesetze zum Schutz der Inneren Sicherheit, in: Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.), Menschenrechte – Innere Sicherheit – Rechtsstaat. Konferenz des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin 2003, S. 21-36; Hans-Jörg Albrecht/Claudia Dorsch/Christiane Krüpe, Rechtswirklichkeit und Effizienz der Überwachung der Telekommunikation nach den §§ 100a, 100b StPO und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen. Abschlussbericht, Freiburg im Breisgau 2003, unter: http://www.gesmat.bundesgerichtshof.de/gesetzesmaterialien/16_wp/telekueberw/rechtswirklichkeit_%20abschlussbericht.pdf (16. Januar 2013); Erhard Denninger, Freiheit durch Sicherheit?

einzelner Maßnahmen zu eruieren. Außerdem könnte auf Basis derartiger Forschung über tatsächliche und vermeintliche Wirkungen bestimmter Maßnahmen aufgeklärt werden. Vermutungen beispielsweise über die Wirkung von Parteiverboten, wie sie jüngst im Zusammenhang mit der NPD-Verbotsdebatte erneut aufkamen, bewähren oder falsifizieren sich dergestalt. Den internationalen Vergleich sollte die Forschung hier ebenfalls nicht scheuen, wäre doch von Extremismus- und Terrorismusabwehrmaßnahmen in anderen Ländern Einiges zu lernen.

Daneben müssten konkrete Präventionsmaßnahmen in den Fokus der Forschung rücken. Vereine, lokale Projekte und zivilgesellschaftliche Initiativen sollen nach ihrem Erfolg evaluiert werden, nicht um einzelne von ihnen zu diskriminieren, sondern um ermitteln zu können, welche Anforderungen eine Präventionsmaßnahme erfüllen und welche zentralen Merkmale sie aufweisen muss, damit sie erfolgreich ist. Ihr Nutzen ließe sich etwa daran messen, wie gut eine Maßnahme die psychischen Bedürfnisse extremismusaffiner Menschen erfüllt, damit diese sich einer extremistischen oder terroristischen Organisation gar nicht erst näher zuwenden. Der Erfolg einer Maßnahme ließe sich etwa daran messen, ob extremistische Einstellungen in einem bestimmten Gebiet niedrig bleiben oder sie gar abnehmen.

Die erste Frage, die sich bei der Evaluation von Repressions-, Präventions- und Interventionsarbeit freilich stellt, ist die nach geeigneten Evaluationsmethoden: Auf welches Instrumentarium ist zurückzugreifen, sollen die Abwehrmaßnahmen der streitbaren Demokratie im Besonderen und des Staates im Allgemeinen eingeschätzt werden? Was sind geeignete Indikatoren? Von der Antwort auf diese Fragen hängt die Qualität der Evaluationsforschung ab.

Dass die Extremismusforschung bei der Einschätzung und Bewertung verschiedener vorbeugender und zurückdrängender Maßnahmen einen entscheidenden Beitrag leisten könnte, steht aufgrund der Berücksich-

Anmerkungen zum Terrorismusbekämpfungsgesetz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2012) B10-11, S. 22-30; Sebastian Müller, Präventive Sicherungshaft? Zu den rechtsstaatlichen Grenzen der Terrorismusabwehr, Berlin 2006, unter: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/essay_no_4_praeventive_sicherungshaft.pdf (gelesen am 16. Januar 2013).

tigung demokratisch-konstitutioneller Prinzipien außer Zweifel. Ob und wie gut der Staat seine grundlegendste Funktion – Gewährleistung von Frieden und Sicherheit – erfüllt, gehört zu den Kernfragen der Politikwissenschaft – hierfür muss nicht einmal die Extremismusforschung bemüht werden.

11. Der Blick über den Tellerrand – komparative Methoden in der Extremismusforschung

Der Schwerpunkt der deutschen Extremismus- und Terrorismusforschung liegt nach wie vor auf qualitativen Einzelfalldarstellungen – zu einzelnen Parteien, Vereinigungen, Personen.

Die komparative Analyse nimmt im Vergleich dazu einen nur kleinen Raum ein. Dabei haben Vergleiche zwischen mehreren Merkmalsträgern der gleichen extremistischen Provenienz – um entsprechend einem most similar case design Unterschiede zu eruieren – und zwischen verschiedenen Extremismen – um entsprechend einem most dissimilar case design Analogien und funktionale Äquivalente festzustellen – durchaus Potential. Die Vorteile des wissenschaftlichen Vergleichens sind in der Extremismus- und Terrorismusforschung nicht andere als in anderen Disziplinen; nur hat sie dieser Forschungsbereich bislang nur unzureichend genutzt. Zu den Chancen des wissenschaftlichen Vergleichens zählen die Ermittlung von Regelmäßigkeiten und Ausnahmen, die Trennung des Besonderen vom Allgemeinen, die Überprüfung der Reichweite von Theorien und Verallgemeinerungen, die Bildung von Hypothesen, Theorien, Typologien, Klassifikationen und Merkmalsräumen, schließlich die Relativierung eigener Standpunkte. Dies sind Argumente, die für einen verstärkten Einsatz der vergleichenden Methode in der Extremismus- und Terrorismusforschung sprechen.

Die Relativierung eigener Standpunkte ist insbesondere von internationalen Vergleichen zu erhoffen: Beispielsweise galt der organisatorische Zustand der Partei „Die Linke“ in Deutschland etwa zwei Jahre lang (2011-2012) als desaströs.⁴¹ Ein Blick auf andere Organisationen

⁴¹Vgl. Daniel Brössler, Als Oskar noch da war. Die Linke in der Krise, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-linke-in-der-krise-als-oskar-noch-da-war-1.1084496> (gelesen am 16. Januar 2013); Björn Hengst, Die Unver-

des linksextremistischen Spektrums im europäischen Ausland offenbart jedoch, es handelt sich bei der deutschen Partei um eine im organisatorischen Sinne relativ stabile Formation. Fusionen und Fissionen sind im Ausland deutlich virulenter.⁴² „Die Linke“ ist, was dieses Merkmal angeht, also vergleichsweise untypisch für diese Parteienfamilie.

12. Isolierte Arbeitsweise

Forschung zu Extremismus und Terrorismus bedeutet – trotz Symposien, Workshops und Konferenzen – nach wie vor immer noch „Einzelhaft“ in der eigenen Schreibstube. Damit beraubt sich die Wissenschaftsgemeinde jedoch zwei zentraler Möglichkeiten: interdisziplinär angelegte Projekte einerseits, internationale Kooperationen andererseits.

Einerseits sollte die Forschung mehr Interdisziplinarität anstreben. Allein der Blick auf die Forschung zu Extremismusursachen enthüllt, dass isolierte Betrachtungen durch Einzeldisziplinen – Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Kriminalwissenschaft, Psychologie – vielfach an die Grenzen ihrer Erkenntnisfähigkeit gelangen. Sie kommen häufig über Teilerkenntnisse nicht mehr hinaus. Deshalb sollten interdisziplinär angelegte Forschungsprojekte angestrebt werden, bei denen jeder Forschungsbereich den eigenen Blickwinkel auf ein Phänomen einbringen kann. Durch die Verknüpfung unterschiedlicher Perspektiven dürfte ein und derselbe Gegenstand mehr von sich preisgeben als bei nur einem Blickwinkel. Wo ein Politikwissenschaftler nicht mehr weiterkommt, kann ein soziologischer oder kognitionswissenschaftlicher Ansatz weiterhelfen. Wo die Psychologie scheitert, kann die Politikwissenschaft demokratietheoretische Grundlagen schaffen. Deutlich wird dies beispielsweise an dem Konzept der Ambiguitätsintoleranz als Erklärung für extremistische

einigten, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parteitag-offenbart-krise-der-linkspartei-a-836703.html> (gelesen am 16. Januar 2013); o.A., Gysi befürchtet Spaltung der Linken, unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/linkspartei-in-der-krise-gysi-befuerchtet-spaltung-der-linken_aid_761043.html (gelesen am 16. Januar 2013).

⁴²Vgl. T. Mannewitz (Anm. 14), S. 173-177 und 191-320.

Denkstrukturen: Es wird einem Politikwissenschaftler schwerfallen, sich in die Kognitionspsychologie dergestalt einzuarbeiten, dass er qualifizierte Aussagen über die Ursachen von Extremismus oder Präventionsmöglichkeiten abgeben kann. Einem Kognitionswissenschaftler wiederum fehlt es an extremismustheoretischem Hintergrund und an Wissen über die Möglichkeiten der Einbettung von Extremismusprävention in die Arbeit der politischen Bildung innerhalb von Bundes- und Landeszentralen sowie Stiftungen usw.

Andererseits sollte die deutsche Forschung, die etwas zu Parochialismus (erkennbar an Studien zu exklusiv deutschen Phänomenen) neigt, ihren Blick auf internationale Phänomene freigeben und internationale Kooperationen anstreben: In vielen Schreibstuben außerhalb Deutschlands sitzen zeitgleich Politikwissenschaftler und brüten über Herausforderungen, denen sich die demokratischen Verfassungsstaaten ausgesetzt sehen (transnational operierender Extremismus und Terrorismus etwa), anstatt miteinander zu kooperieren und Synergieeffekte zu nutzen. Von internationalen Kooperationen sind vor allem eine Relativierung der Aussagen über „heimische“ Phänomene, Lerneffekte und neue Perspektiven auf Phänomene im Inland zu erhoffen.

13. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

2003 referierte der Politikwissenschaftler Steffen Kailitz auf einer Tagung des Arbeitskreises „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“ über „Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Extremismusforschung“⁴³. Er kritisierte dabei unter anderem am Forschungsbereich dessen Provinzialismus, den eingeschränkten Blickwinkel auf aktuelle Phänomene, die Vernachlässigung von Vergleichen und die Abwendung von der Ursachenforschung. Wie ist es um die Extremismusforschung eine Dekade später bestellt?

Die Wissenschaft ist ein gutes Stück vorangekommen, was bestimmte Forschungsdesiderate angeht. So sind etwa der Linksextremismus und der Islamismus mittlerweile besser erforscht als noch vor einem Jahr-

⁴³Siehe Steffen Kailitz, Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Extremismusforschung (Vortrag gehalten am 25. September 2003), unter: <http://www.uni-bonn.de/~lmiliop/dvpw-extremismus/dokumente/Kailitz-Perspektiven-03.html> (gelesen am 16. Januar 2013).

zehnt. Gleichwohl klaffen nach wie vor Lücken: kleinere extremistische Phänomene – etwa christlicher und jüdischer Extremismus, Öko-Terrorismus und Vigilantismus – sind beinahe gänzlich wissenschaftlich unerschlossen, ein einheitliches Inventar zur Messung von extremistischen Einstellungen existiert nicht, Persönlichkeitseigenschaften wurden jüngst bei der Ursachenanalyse vernachlässigt. Die Konzentration auf statische Strukturen im Extremismus – etwa Parteien und Vereine – geht nach wie vor zulasten der Erforschung des aktionsorientierten Extremismus wie dynamischer Entwicklungs- und Interaktionsprozesse.

Die Evaluation antiextremistischer Präventions-, Interventions- und Repressionsmaßnahmen ist derzeit der Jurisprudenz vorbehalten. Diese Fragen in die Extremismusforschung zu integrieren, entspräche dem Selbstverständnis des Forschungszweigs als wertgebundene Demokratiewissenschaft.

Extremismusforscher neigen heutzutage zu vereinzelter Arbeitsweise und zu qualitativen Einzelfallstudien. Damit verschließen sie sich jedoch nomothetischen Erkenntnissen. Die Öffnung für interdisziplinäre und (international) vergleichende Herangehensweisen könnte neue Sichtweisen in die Diskussion einbringen, parochiale Betrachtungsweisen aufbrechen und bisherige Erkenntnisse relativieren.

Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen

Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Der Extremismusforschung liegt eine Extremismustheorie zugrunde. Sie basiert auf folgender Annahme: Gefahren für die Normen und Regeln einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates gehen auf der politischen Ebene von Auffassungen und Bestrebungen aus, welche sich zwar bezogen auf ihre ideologischen Grundpositionen unterscheiden, aber hinsichtlich der Frontstellung zu den gemeinten Werten strukturelle Gemeinsamkeiten aufweisen. Diese Sichtweise ist innerhalb und außerhalb der politikwissenschaftlichen Debatte zum Thema nicht unwidersprochen geblieben. Mit gewisser Regelmäßigkeit melden sich Kritiker aus den unterschiedlichsten Wissenschaftsdisziplinen zu Wort. Dabei formulieren sie auch Einwände und Vorbehalte, die sich nicht nur auf bestimmte Aspekte der Extremismustheorie, sondern auf deren Grundlagen in Gänze beziehen. Hier soll erneut eine argumentative Auseinandersetzung¹ - im Sinne einer Kritik der Kritik - mit den gemeinten Positionen und Vorwürfen geführt werden.²

Dazu dient folgende Methode, die drei Gesichtspunkte thematisiert: Zunächst geht es um die Darstellung der jeweiligen Vorwürfe, wobei

¹ Die vorliegende Abhandlung versteht sich als Fortsetzung früherer Erörterungen zum Thema, vgl. Armin Pfahl-Traugher, Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion. Definitionen, Kritik, alternativen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 4, Bonn 1992, S. 67-86; Ders., Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 185-212.

² Vgl. auch: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: Dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29; Mathias Brodkorb, Eine Kritik der Kritik. Über die missverstandene Extremismustheorie, in: Ders. (Hrsg.), Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat, Banzkow 2011, S. 89-99.

einschlägige Repräsentanten aus der Debatte mit ihren Auffassungen beschreibend referiert und zitiert werden. Dem folgt eine kritische Auseinandersetzung mit der Angemessenheit der Einwände. Hierbei lassen sich unterschiedliche Formen benennen: Es gibt inhaltliche Fehleinschätzungen und politische Motive, aber auch erkenntnisbezogene Einwände und wissenschaftstheoretische Kritik. Demgemäß nimmt die Kritik der Kritik jeweils auch unterschiedliche Formen an. Schließlich geht es noch um die Frage, was die Extremismustheorie in einem konstruktiven Sinne aus der Beschäftigung mit den Vorwürfen lernen kann. Obwohl durchaus nicht wenige Einwände und Unterstellungen primär politisch motiviert sein dürften, werden einschlägige Motive und Orientierungen in der Erörterung ganz bewusst nicht angesprochen. Es soll um eine argumentative Auseinandersetzung, nicht um politische Zuordnungen gehen.

Dazu bedarf es zunächst noch einer Definition von „Extremismus“ und der Unterscheidung seiner Ebenen (2.). Erst danach folgt die Auseinandersetzung mit den Einwänden im Sinne der vorgenannten dreifachen Aufteilung. Hierbei geht es um den Vorwurf „Extremismus als nicht existierendes Konstrukt“ (3.), den Vorwurf „Inhaltliche Relativität der Extremismuszuschreibung“ (4.), den Vorwurf „Extremismus als politischer Kampfbegriff“ (5.), den Vorwurf „Extremismus als Ausdruck von Antipluralismus und Ausgrenzung“ (6.), den Vorwurf „Extremismus zur Diskreditierung von Kapitalismuskritik und Sozialismus“ (7., 8.), den Vorwurf „Nutzung einer unangemessenen Links-Rechts-Unterscheidung“ (9.), den Vorwurf „Extremismus als Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene“ (10.), den Vorwurf „Mangelnde analytische Reichweite der Extremismustheorie“ (11.) den Vorwurf „Extremismustheorie als Ausdruck etatistischer Verfassungsorientierung“ (12) und den Vorwurf „Ignoranz der Demokratiegefährdung durch die Mitte“ (13.).

2. Definition und Ebenen von „Extremismus“

Bezogen auf die Definition von „Extremismus“ lässt sich eine negative und eine positive Begriffbestimmung unterscheiden. Im erstgenannten Sinne geht es um die Bedeutung als Abgrenzungsbegriff, der sich auf die Frontstellung zu einem anderen Faktor bezieht. In diesem

Sinne definierten die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse: „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen ...“³ In einem ähnlichen Sinne formulierte der Autor: „Extremismus ist eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Bestrebungen, die sich gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates richten ...“⁴ Der Unterschied besteht hier in der weniger auf den demokratischen Verfassungsstaat, sondern mehr auf seine Normen und Regeln inhaltlich bezogenen und somit weniger etatistischen Dimension.

Da die Negativ-Definition von Extremismus eher erläutert, was „Extremismus“ ablehnt, aber nicht, was „Extremismus“ ist, stellt eine Positiv-Definition mehr auf die formalen Gemeinsamkeiten in Ideologie und Verhalten der ideologisch unterschiedlichen Bestrebungen ab. Uwe Backes nannte folgende Merkmale: offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus bzw. kategorischer Utopie-Verzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus.⁵ Der Autor nutzt einen teilweise deckungsgleichen Katalog von Eigenschaften extremistischer Doktrine, wobei sich die Merkmale aus der Ideologiekritik des „Kritischen Rationalismus“ ergeben: erstens, exklusiver Erkenntnisanspruch, zweitens, dogmatischer Absolutheitsanspruch, drittens, essentialistisches Deutungsmonopol, viertens, holistische Steuerungsabsichten, fünftens, deterministisches Geschichtsbild, sechstens, identitäre Gesellschaftskon-

³ Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993, S. 40.

⁴ Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33, hier S. 32.

⁵ Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 298-311.

zeption, siebtens, dualistischer Rigorismus und achtens, fundamentale Verwerfung.⁶

Bezogen auf eine Erläuterung und Unterscheidung der unterschiedlichen Ebenen seien hier noch folgende Ausführungen formuliert: Die Negativ- hängt eng mit der Positiv-Definition zusammen. So steht nicht jeder „dogmatische Absolutheitsanspruch“ für „Extremismus“, sondern nur im Kontext der Frontstellung gegen die Normen und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates. Die Formulierung „Sammelbezeichnung“ meint in diesem Kontext, dass es sich um ganz unterschiedliche Auffassungen und Bestrebungen handeln kann. Dies gilt für den ideologischen Bereich etwa für eine linke, rechte und religiöse Form. Hinsichtlich des Handlungsstils und der Organisation kann es um Aktivistengruppen, Bewegungen, Netzwerke, Parteien, Subkulturen, Vereine oder Zellen gehen. Auch hinsichtlich der Einstellung zur Gewalt bestehen Differenzen von der dezidierten Befürwortung und Umsetzung bis zur glaubwürdigen Ablehnung und Verwerfung. „Sammelbezeichnung“ meint darüber hinaus keine Gleichsetzung.

3. Vorwurf I: Extremismus als nicht existierendes Konstrukt

Begonnen werden soll die Kritik der Kritik der Extremismustheorie mit dem ersten Vorwurf, der hier die Rede von einem eigentlich nicht existierenden Konstrukt unterstellt. Ein Protagonist dieser Einwände ist der Historiker Wolfgang Wippermann. Er schrieb: „Als ‚Priester- und Herrentrug‘ haben Aufklärer des 18. Jahrhunderts einige von der Kirche verbreiteten Lehren und Legenden bezeichnet und als Ideologien entlarvt, die dem Ancien Régime nützten. Als Politologentrug bezeichne ich die Lehre und Legende von der Existenz eines linken und rechten ‚Extremismus‘, der getrennt oder gemeinsam Demokratie bedrohen soll.“ Und weiter heißt es: „‚Extremismus‘ ist nicht nur kein ‚Rechtsbegriff‘, er ist ein politischer Begriff für ein real gar nicht existierendes Phänomen, das von einigen Politologen erfunden wurde, die

⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrine, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32.

diese ihre Erfindung auch noch völlig unzureichend begründet haben.“ Und schließlich bemerkt Wippermann: „Einige der heutigen Extremismus-Forscher haben mehr Ähnlichkeiten mit dem Exorzisten Kramer als dem Gelehrten Bodin“⁷

Die hier zitierten Formulierungen sprechen nicht für das im Alltagsleben wie im Wissenschaftsbetrieb übliche Gebot der Bescheidenheit und Höflichkeit wie der Differenziertheit und Sachlichkeit. Der erhobene „Betrug“-Vorwurf unterstellt gar ein strafrechtlich relevantes Handeln. Gleichwohl könnten die Positionen Wippermanns von der inhaltlichen Seite her auf dem Boden einer überzeugenden Argumentation stehen. Die Aussage, wonach es sich beim „Extremismus“ um ein „real gar nicht existierendes Phänomen“ handelt, trifft durchaus zu. Es handelt sich um einen abstrakten und theoretischen Begriff. Man kann in der Tat „Extremismus“ nicht anfassen oder sehen. Dies gilt aber für eine Fülle von politischen Bezeichnungen von „Demokratie“ über „Pluralismus“ und „Staat“ bis zum „Terrorismus“. Nimmt man Wippermanns Ausführungen erkenntnistheoretisch ernst, dann müsste die soziale Kommunikation auf die Bezeichnung von empirisch konkret wahrnehmbaren Einrichtungen oder Personen reduziert werden.

Insofern lässt sich kaum etwas im Sinne eines konstruktiven Aufgreifens von Kritik aus den Ausführungen von Wippermann ableiten. Allenfalls kann davor gewarnt werden, den Extremismus in der Diskussion und Forschung als geschlossenes und isoliertes Phänomen anzusehen. Es bedarf immer wieder der Frage nach der gesellschaftlichen Resonanz und Verankerung einschlägiger politischer Bestrebungen. Auch macht der Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede nur stark eingeschränkt Sinn, wenn eben diese soziale Dimension des Agierens einschlägiger Gruppen, Organisationen oder Parteien nicht genügend Aufmerksamkeit findet. Man kann in der Tat nicht von „Extremismus“ als einem abgeschlossenen und gesonderten Bereich sprechen. Im Sinne der von Wippermann angedeuteten Form behaupten dies aber auch nicht die Anhänger des Ansatzes. Sie nehmen - wie der Blick in einschlägige Publikationen zeigt - sehr wohl Differenzierun-

⁷ Wolfgang Wippermann, Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende, in: Standpunkte, hrsg. von der Rosa Luxemburg-Stiftung, Nr. 10/Okttober 2010, S. 1-7, hier S. 1,5 und 9.

gen hinsichtlich von Gewaltverständnis, Ideologie, Organisation und Wirkung vor.

4. Vorwurf II: Inhaltliche Relativität der Extremismus-zuschreibung

Der zweite Vorwurf gegen die Auffassung von Extremismus behauptet, es handele sich um einen inhaltlich relativen Begriff, der in der historisch-politischen Betrachtung auf alle nur möglichen Akteure und Taten als Bezeichnung anwendbar sei und somit keine Trennschärfe aufweise. In diesem Sinne argumentierte etwa der ehemalige Referent im Bundesministerium des Innern, Hans Günther Merk, könne doch nach seiner Auffassung je nach gesellschaftlicher Situation Gewalt gegen ein bestimmtes Herrschaftssystem oder eine Revolution im Sinne eines Umsturzes extremistisch oder nicht-extremistisch sein. Als Kriterium nannte er „die Zustimmung der Mehrheit einer Gemeinschaft“ zu einem politischen System: Sei diese nicht existent, so wäre entsprechendes Vorgehen gegen ein solches nicht als extremistisch zu bezeichnen. Als konkretes historisch-politisches Beispiel dient hier das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944. Für Merk blieb der „Begriff Extremismus relativ“⁸, auch wenn er ihn für die Bundesrepublik Deutschland akzeptiert.

Eine derartige Argumentation ignoriert, dass die Auffassung von Extremismus als Sammelbezeichnung für Auffassungen und Bestrebungen gegen die Normen und Regeln einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates immer im Kontext mit den Prinzipien der letztgenannten Ordnungssysteme steht. Insofern verliert der Begriff „Extremismus“ seine „relative“ Dimension, bezieht er sich doch auf ein Spannungsverhältnis zu diesen Gesellschaftssystemen. Somit ist die Frage einer entsprechenden Einordnung der Akteure und der Tat vom 20. Juli 1944 überflüssig. Für das Agieren in einer Diktatur wie im Falle dieses Beispiels müssen andere Gesichtspunkte inhaltliche Berücksichtigung finden. Merks Kriterium „Zustimmung der

⁸ Hans Günther Merk, Was ist heute Extremismus? Die Bedrohung des Staates von links und rechts, in: Manfred Funke (Hrsg.), Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion, Düsseldorf 1978, S. 127-146, hier S. 128.

Mehrheit“ ist darüber hinaus nicht unproblematisch, kann es doch auch Diktaturen mit einer solchen quantitativen Unterstützung geben. Gerade für die von ihm beispielhaft genannte nationalsozialistische Diktatur war dies für bestimmte politische Phasen wohlmöglich durchaus der Fall.

Welche Konsequenzen ergeben sich für das Extremismusverständnis nun aus der vorgenannten Kritik? Sie macht erneut die Notwendigkeit deutlich, die gemeinte Perspektive an die Existenz einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates zu binden. Es macht erkenntnistheoretisch nur wenig Sinn, in diesem Kontext für eine überhistorische Betrachtung zu plädieren. Dies liefe darauf hinaus, frühere Epochen der Geschichte der Menschheit von der Antike im klassischen Athen bis zu den Militärdiktaturen in Lateinamerika im 20. Jahrhundert mit den Kriterien des Extremismusbegriffs zu betrachten. Eine Folge und Konsequenz wäre eine ahistorische Sicht, die zu inhaltlich schiefen Einsichten und Wertungen führen würde. Ähnliches gilt für gegenwartsbezogene Betrachtungen, wenn es um die Einschätzung von politischen Akteuren in Gesellschaften ohne die Ausrichtung an einem demokratischen Verfassungsstaat geht. Wohlmöglich könnte man dann in bestimmten Ländern fast nur Extremisten als politische Akteure ausmachen.

5. Vorwurf III: Extremismus als politischer Kampfbegriff

In eine ähnliche, aber erweiterte Richtung geht der dritte Vorwurf gegen den Extremismusbegriff, der die gemeinten Auffassungen lediglich als politischen Kampfbegriff ansieht. Der Politikwissenschaftler Manfred Funke bemerkte etwa: „Üblicherweise bezeichnet sich kein Extremist als Extremist. Er erhält vielmehr dieses Werturteil zugewiesen von den Inhabern der Definitionsherrschaft über die zentralen Standards einer Gesellschaftsordnung, die ihre Bestandsgefährdung zurückweist, indem sie den vermuteten bzw. erkannten Zerstörer der Basisstabilität als ‚Extremisten‘ markiert und ihn von jeder unerwünschten Einflussnahme auszugrenzen versucht.“⁹ In eine ähnliche, aber verschärfte Richtung ging der Einwand des Politikwissenschaft-

⁹ Manfred Funke, Extremismus, in: Wolfgang Mickel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bonn 1986, S. 132-136, hier S. 133.

lers Wolf-Dieter Narr: Der Begriff des „Extremismus“ entstamme dem „Irrgarten der Kampfbegriffe“¹⁰. Die beliebige und uneinheitliche Nutzung des Extremismusbegriffs diene dazu, gesellschaftliche und politische Veränderungen insbesondere der politischen Linken zu verhindern.

Zunächst kann hier im Sinne einer Kritik der Kritik darauf verwiesen werden, dass sich in der Tat kein Extremist selbst als Extremist bezeichnet. Es handelt sich um eine externe Benennung in negativer Perspektive. Gleichwohl spricht dies nicht gegen die Nutzung einschlägiger Begriffe, könnte man dann nur noch mit den Selbstbezeichnungen der jeweiligen politischen Akteure arbeiten. Hinsichtlich der Verwendung des Extremismusbegriffs lässt sich zwar eine politische Instrumentalisierung konstatieren. Die Bezeichnung findet in tagespolitischen Debatte mitunter eine sachfremde Verwendung. Indessen muss hier gefragt werden: Bedingt die politische Instrumentalisierung eines Terminus dessen Unbrauchbarkeit als analytische Kategorie zwingend? Es gibt eine Reihe von Begriffen wie „Demokratie“, „Freiheit“, „Populismus“ oder „Sozialismus“, die politisch missbraucht werden. Würde man daraus den Schluss ziehen, diese nicht mehr zu verwenden, so wäre sprachliche Ausdrucksarmut die direkte Folge.

Die nicht abstreitbare Instrumentalisierung des Extremismusbegriffs als politisches Schlagwort nötigt nicht zum Verzicht auf dessen Verwendung. Vielmehr ergibt sich daraus die Notwendigkeit zur Entwicklung von trennscharfen Kriterien zur Erfassung von politischem Extremismus. Die Bezeichnung von Aktivistengruppen, Bewegungen, Netzwerken, Organisationen und Parteien als extremistisch setzt voraus, dass die damit angesprochenen Auffassungen und Bestrebungen diesbezüglich analysiert und eingeschätzt werden. Hierzu bedarf es einschlägiger Belege für die Frontstellung gegen die Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaates wie Gewaltenteilung und Individualitätsprinzip, Menschenrechte und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität. Damit einhergehende Analysen tragen zur Versachlichung der Debatte bei. Gleichwohl dürften sie die politische Instrumentalisierung der Erkenntnisse nicht verhindern, was

¹⁰Wolf-Dieter Narr, Radikalismus/Extremismus, in: Martin Greiffenhagen (Hrsg.), Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, München-Wien 1980, S. 366-375, hier S. 374.

aber auch für nahezu alle anderen politikwissenschaftlichen Deutungen gilt.

6. Vorwurf IV: Extremismus als Ausdruck von Antipluralismus und Ausgrenzung

Eng mit dem Vorwurf der inhaltlichen Relativität und des politischen Kampfbegriffes hängt der vierte Vorwurf des Antipluralismus und der Ausgrenzung zusammen. Der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke sprach etwa hinsichtlich eines verfassungsrechtlich orientierten Aufarbeitens der Gegenpole der Mitte vom politischen Extremismus von links und rechts. In diesem Sinne käme man zu dem Ergebnis, „dass ‚Mitte‘ praktisch identisch ist mit dem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung“¹¹. Gegenüber den politischen Rändern würde eine Politik von Ausschluss und Integration, Domestizierung und Disziplinierung betrieben. In eine ähnliche Richtung gingen die Einwände des bereits erwähnten Historikers Wolfgang Wippermann: „Das Extremismuskonzept ist ... zu kritisieren, weil das als ‚rechtsextrem‘ (oder: ‚linksextrem‘) bezeichnet wird, was sich allzu weit vom demokratischen Konsens der ‚Mitte‘ wegbewegt.“¹² Eine solche Ausgrenzung sei willkürlich, da sie vom eher linken oder eher rechten Selbstverständnis des Betrachters abhinge.

Die referierte und zitierte Kritik richtet sich primär gegen den politischen und verfassungsschützerischen Gebrauch des Extremismusbegriffs. Insofern treffen die Einwände das politikwissenschaftliche Verständnis zumindest nicht direkt. Darüber hinaus sind sie inhaltlich unangemessen: Die Kriterien zur Bezeichnung einer politischen Bestrebung als „extremistisch“ bestehen nicht in einer Abweichung von oder Frontstellung gegenüber einer politischen „Mitte“. Es geht um die Negierung der Merkmale der freiheitlichen demokratischen

¹¹Hans-Gerd Jaschke, Politische Richtungsbegriffe im Wandel: Neue Linke, neue Rechte – Gibt es auch eine Neue Mitte?, in: Bernd Gugenberger/Klaus Hansen (Hrsg.), Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1993, S. 55-73, hier S. 59.

¹²Wolfgang Wippermann, Verfassungsschutz und Extremismusforschung: Falsche Perspektiven, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 199, S. 268-280, hier S. 270.

Grundordnung in einem juristischen Sinne oder der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates in einem politikwissenschaftlichen Sinne. Sofern die damit gemeinten Normen und Regeln akzeptiert werden, kann auch ein intensives Abweichen von der politischen „Mitte“ nicht zur Einschätzung als „extremistisch“ führen. Die mit dieser Bewertung einhergehende Ausgrenzung aus dem demokratischen Spektrum basiert denn auch auf wissenschaftlichen Belegen und nicht auf willkürlichen Zuordnungen.

Um hier keine falschen Eindrücke zu erwecken, muss die politikwissenschaftliche Extremismusforschung ihre Auseinandersetzung mit „Grauzonen“ und „Übergangsbereichen“ intensivieren. Gemeint sind damit politische Bestrebungen, die sowohl demokratische wie extremistische Komponenten aufweisen bzw. sich in einem Entwicklungsprozess in diesem Bereich befinden. Der Auffassung, wonach Demokratie und Extremismus ein „antithetisches Begriffspaar“¹³ bilden, liegt eine idealtypische Perspektive zugrunde. In der politischen Realität hat man es mitunter mit sehr komplexen Phänomenen zu tun. Hierfür bedarf es einer Ausdifferenzierung des Analyseinstrumentariums einerseits bezogen auf das jeweilige Ausmaß von Extremismusintensität, andererseits hinsichtlich der konkreten Erfassung von Extremismuspotentialen einer politischen Bestrebung. Das Konstatieren entsprechender Einstellungen und Handlungsstile steht auch nicht für Antipluralismus: Pluralismus in einem modernen Sinne setzt gerade einen nicht-kontroversen Sektor¹⁴ voraus.

¹³So die Formulierung von: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 44/1983, S. 3-18.

¹⁴Davon geht die Neopluralismus-Theorie von Ernst Fraenkel aus, welche als Grundlage für die Anerkennung unterschiedlicher Auffassungen und Interessen („kontroverser Sektor“) ein allseits geteiltes Minimum an Normen und Regeln („nicht-kontroverser Sektor“) voraussetzt, vgl. Ernst Fraenkel, *Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie* (1964), in: Alexander von Brünneck (Hrsg.), Ernst Fraenkel. *Gesammelte Schriften*, Bd. 5: *Demokratie und Pluralismus*, Baden-Baden 2007, S. 256-280.

7. Vorwurf V: Extremismus zur Diskreditierung von Kapitalismuskritik

Als eine erste besondere Form der vorgenannten Einwände gegen die Extremismustheorie kann der hier als fünfter Gesichtspunkt behandelte Vorwurf der Nutzung zur Diskreditierung der Kapitalismuskritik gelten. Ein Protagonist dieser Auffassung ist der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, der im Extremismusbegriff primär ein Instrument zur „Diskreditierung der Linken“ sieht. Weiterhin bemerkte er: „Kritiker der kapitalistischen Wirtschafts- bzw. Gesellschaftssystems“ würden „in geradezu perfider Weise dadurch delegitimiert, dass man sie auf eine Stufe mit ihren Hauptgegnern, religiösen Fanatikern, Rechtsterroristen und Faschisten stellt.“¹⁵ Butterwegge deutet diese angebliche Gleichsetzung als Bemühung, Demokratieablehnung und Kapitalismusablehnung aus politischen Gründen gleichzusetzen. Derartige Argumentationsmuster dienten dazu, linke Einwände gegen die Entwicklung im ökonomischen Bereich mit ihren sozialen Folgen im öffentlichen Diskurs als Ausdruck einer extremistischen Zielsetzung zu diskreditieren.

Eine solche Gleichsetzung oder Identifizierung mag gelegentlich in der politischen Debatte vorkommen, in der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung findet sie sich indessen nicht. Betrachtet man die Minimalbedingungen für eine offene Gesellschaft oder einen demokratischen Verfassungsstaat, so fällt dabei das Fehlen von einschlägigen wirtschaftlichen Grundpositionen als konstitutive Merkmale auf. Dies gilt ebenso für die „freiheitliche demokratische Grundordnung“, welche die Basis für die verfassungsschützerische Ermittlung von extremistischen Bestrebungen bildet. Auffassungen zur ökonomischen Gestaltung der Gesellschaft und Politik findet man ebendort nicht. Aufgrund der damit einhergehenden Neutralität in wirtschaftlichen Fragen kann auch Kapitalismuskritik für sich allein nicht als Beleg oder Indiz für die extremistische Ausrichtung einer politischen Bestrebung gelten. Da nach Krisen und Skandalen einschlägige Positio-

¹⁵Christoph Butterwegge, Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen, in: Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2012, Brühl 2010, S. 33-60, hier S. 56.

nen breite Akzeptanz in der Gesellschaft finden, wäre eine gegenteilige Position auch von daher absurd.

Gleichwohl muss die politikwissenschaftliche Extremismustheorie um der Vermeidung von Missverständnissen immer wieder deutlich machen, dass etwa bei der Einschätzung von linken Aktivistengruppen, Netzwerken, Organisationen oder Parteien als extremistisch nicht deren Frontstellung gegen den Kapitalismus bedeutsam ist. Der entscheidende Gesichtspunkt besteht vielmehr in der damit einhergehenden Forderung nach politischer Etablierung einer sozialistischen Diktatur oder nach gewalttätiger Überwindung des demokratischen Rechtsstaats. Nur wenn solche Auffassungen und Zielsetzungen auszumachen sind, kann man von einer extremistischen Bestrebung sprechen. Die bloße Kritik bis zur letztendlichen Überwindung des Kapitalismus können demgegenüber auch auf der Basis der Akzeptanz der Minimalbedingungen der offenen Gesellschaft und des demokratischen Verfassungsstaates praktiziert werden.¹⁶ Ein bedeutsamer Gesichtspunkt wäre dabei die Frage der Entschädigung nach Enteignungen, gehört doch das Eigentumsrecht mit zu den Menschenrechten.

8. Vorwurf VI: Extremismus zur Diskreditierung des Sozialismus

Die zweite besondere Form der Einwände gegen den Extremismusbegriff, die ihn als Ausdruck von Antipluralismus und Ausgrenzung sehen, stellt die hier als sechster Vorwurf zu erörternde Diskreditierung des Sozialismus dar. Die Argumentation betont dabei, es handle sich nicht um eine allgemein als antidemokratisch einschätzbare politische Richtung. So bemerkte etwa der Politikwissenschaftler Richard Stöss: „Der Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie, der Sozialismus jedoch die Abschaffung des Kapitalismus an.“¹⁷ Während somit der Rechtsextremismus prinzipiell antidemo-

¹⁶Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen. Fallstudien zu dem Verhältnis zu Demokratie und Extremismus, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, i.E.

¹⁷Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 18.

kratisch sei, könne man davon bezogen auf den Sozialismus nur bei seinem Missbrauch und seiner Pervertierung sprechen. Lediglich ein Teilbereich des Sozialismus gilt in dieser Perspektive als antidemokratisch, was gegen eine Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Sozialismus spreche. Insofern nahm Stöss bei der Typologisierung von Parteien auch eine Einteilung in „Antidemokratische Parteien“ und „Antikapitalistische Parteien“ vor.¹⁸

Gegen die letztgenannte Differenzierung kann zunächst eingewandt werden, dass ihr unterschiedliche Ebenen und Inhalte zugrunde liegen. Einmal geht es um die Einstellung gegenüber der Demokratie als politischer Ordnung, einmal geht es um die Einstellung gegenüber dem Kapitalismus als wirtschaftlicher Ordnung. Bei einer Typologisierung, die über klare Kriterien und systematische Trennschärfe einzelne Phänomene zuordnen will, bedarf es aber immer der gleichen Ebene. Sie könnte hier entweder in der Einstellung zu einem politischen oder zu einem ökonomischen System, also in der Unterscheidung von anti- und pro-demokratischen oder anti- und pro-kapitalistischen Parteien bestehen. So geraten aber die Bezugsebenen durcheinander. Dies ist umso schwerwiegender, da Parteien in dem einen Bereich selbst nach Stöss' Auffassung auch Merkmale in dem anderen Bereich aufweisen. So könnten die sozialistischen Parteien, die auch eine antidemokratische Ausrichtung haben, in eben diese Kategorie mit rechtsextremistischen Parteien aufgenommen werden.¹⁹

Genau darin besteht das Anliegen der Extremismustheorie, die keinesfalls alle sozialistischen Bestrebungen pauschal dem linksextremistischen Lager zuordnet. Als entscheidend gilt hierbei, inwieweit sie sich gegen die Minimalbedingungen einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates wenden. Es gab und gibt sehr wohl in der ideengeschichtlichen Entwicklung einen „demokratischen Sozialismus“ in diesem Sinne. Er distanzierte sich einerseits von den

¹⁸Vgl. Richard Stöss, Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik. Eine Theorie, in: Ders. (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1983, Bd. 1, S. 17-309, hier S. 239-265.

¹⁹Aber auch aus der anderen Perspektive passt die Typologie nicht, agieren doch antidemokratische Parteien des Rechtsextremismus mitunter vehement gegen den Kapitalismus und für ihr Sozialismusverständnis.

kommunistischen Diktaturen und andererseits von der kapitalistischen Ökonomie. Ganz in diesem Sinne verstanden sich etwa ethisch der britische Philosoph Bertrand Russell und parteipolitisch die schwedische Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Sie plädierten für einen antikommunistischen und demokratischen Sozialismus.²⁰ Die Gleichsetzung von Diktatur und Sozialismus ist ideen- wie realgeschichtlich falsch. Darauf sollten auch Analysen aus der Perspektive der Extremismustheorie aufmerksam machen, um eine politische Instrumentalisierung ihrer Ergebnisse zu verhindern.

9. Vorwurf VII: Nutzung eines unangemessenen Links-Rechts-Unterscheidung

Ein siebter Vorwurf, der mitunter gegen die Nutzung des Extremismusbegriffs erhoben wird, sieht in der Verwendung der Links-Rechts-Unterscheidung eine unangemessene Sicht auf die Entwicklung politischer Bestrebungen und Prozesse. So meinte etwa der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer: „Dabei besteht in den Sozialwissenschaften nicht einmal Klarheit darüber, wofür genau das Links-Rechts-Schema steht, was mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung exakt gemessen wird.“ Die damit einhergehende Perspektive führe dazu, dass die politische und soziale Realität nur unzureichend abgebildet werde. Es handele sich um abstrakte Kategorien und Symbole, die der Simplifizierung komplexer Sachverhalte mit dem Ziel einer einfacheren Kommunikation und inhaltlichen Zuordnung dienten. Darüber hinaus bemerkte Neugebauer: „Auch der religiöse Fundamentalismus, der weithin antidemokratisch geprägt und insoweit als extremistisch zu charakterisieren ist, entzieht sich der Einordnung auf der Rechts-Links-Achse.“²¹

²⁰Vgl. dazu als Fallstudie: Armin Pfahl-Traughber, „Demokratischer Sozialismus“ (I) oder „Demokratischer Sozialismus“ (II)? Zur Umdeutung und Vereinnahmung eines Konzepts durch die Partei „Die Linke“, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011//2012 (I), Brühl 2012, S. 80-96.

²¹Gero Neugebauer, Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.),

Da sich die meisten Darstellungen und Forschungen im Sinne der Extremismustheorie vor 2001 auf die linke und rechte Ideologieform mit einer einschlägigen politischen Zielsetzung bezogen, entstand der Eindruck von einer konstitutiven oder notwendigen Nutzung der Unterteilung für das gemeinte Verständnis. Dem ist indessen keineswegs so, geht es doch bei der Verwendung des Links-Rechts-Schemas nur um die Einteilung der extremistischen Bestrebungen über ihre allgemeine ideologische Ausrichtung. Die dafür grundlegenden Merkmale, die in der politischen Ablehnung der Minimalbedingungen einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates ihren Ausdruck finden, können sehr wohl auch mit anderen politischen Bekenntnissen einhergehen. Hierzu zählt etwa eine religiöse Selbstlegitimation, wie man sie in Form des Islamismus oder der Scientology ausmachen kann. In der Tat lassen sich beide Phänomene nicht in das Links-Rechts-Schema, aber sehr wohl in das Extremismus-Modell integrieren.

Darüber hinaus kann, bei allen Einschränkungen hinsichtlich der Abstraktheit oder Begrenztheit, an einer Differenzierung des politischen Spektrums in eine mehr linke oder mehr rechte politische Orientierung beibehalten werden. Die dagegen immer wieder vorgebrachten Einwände und Kritiken haben nicht zur Aufhebung oder Überwindung der damit einhergehenden Kategorien zur Unterscheidung geführt. Als ein angemessenes und nachvollziehbares Differenzierungsmerkmal soll hier im Sinne des italienischen Philosophen Norberto Bobbio die Einstellung zur sozialen Gleichheit dienen. Er postulierte den Gegensatz von einer mehr egalitären und einer mehr horizontalen Perspektive auf die politische Gestaltung einer gesellschaftlichen Ordnung. Gleichzeitig nahm Bobbio noch eine Differenzierung beider Richtungen in Gemäßigte und Extremisten vor, womit eine grundlegende Übereinstimmung mit dem Extremismusansatz verbunden ist.²² Diese schließt entgegen der Kritik nicht die Beachtung weiterer Faktoren zur Unterscheidung aus.

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 13-37, hier S. 17 und 19.

²²Vgl. Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

10. Vorwurf VIII: Extremismus als Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene

Ebenfalls auf die Links-Rechts-Einteilung bezogen ist der achte Vorwurf, welcher der Extremismustheorie die Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene unterstellt. Als eine frühe Kritikerin in diesem Sinne gilt die Historikerin Helga Grebing. In ihrer Schrift mit dem programmatischen Titel „Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung“ heißt es: „Linke wollen die Erweiterung der Autonomie des Einzelnen, den Fortschritt der Emanzipation sozialer Gruppen oder Klassen von rational nicht mehr legitimierbarer Herrschaft, neue erweiterte Formen der Beteiligung aller an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen – dies alles unter Benutzung einer optimal als rational ausweisbaren Instrumentariums; Rechte wollen die Einordnung des Individuum in haltende natürliche Gemeinschaften, die Bindung der sozialen Gruppen an eine hierarchisch gestufte Ordnung der Gesellschaft, die Stabilisierung von Entscheidungsstrukturen, die durch Individuum und Gesellschaft vorgeordnete Institutionen bestimmt werden ...“²³

Zwar benannte Grebing mit dieser Gegenüberstellung durchaus zutreffend grundlegende politische Differenzen der beiden politischen Bereiche. Gleichwohl kann diese Erörterung aus unterschiedlichen Gründen einer methodischen Kritik unterzogen werden: Während die Autorin die „linke“ Seite in ihrem politischen Selbstverständnis referiert, erfolgt bei der „rechten“ Seite eine kritische Kommentierung. Hier wurde demnach nicht eine einheitliche Perspektive, sondern eine unterschiedliche Sichtweise gewählt. Dies erklärt wohlmöglich die fehlende Beachtung problematischer Aspekte wie des exklusiven Erkenntnisanspruchs oder der identitären Gesellschaftskonzeption der gemeinten „Neuen Linken“. Darüber hinaus beachtete Grebing nicht die Mittel. Sie konzentrierte sich nur auf die Ziele. Während die eine Seite von einer herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft schwärmt, spricht die andere Seite von einem autoritären und rassistischen Führer-

²³Helga Grebing, Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung, Stuttgart 1971, S. 8f.

staat. Mit der Bejahung von Diktatur und dem Einsatz von Gewalt bestehen für den Weg dahin aber Gemeinsamkeiten.²⁴

Noch bedeutsamer ist ein anderer Gesichtspunkt: Die Extremismustheorie beabsichtigt keine inhaltlich Gleichsetzung unterschiedlicher politischer Phänomene, sondern stellt strukturelle Gemeinsamkeiten der politischen Doktrine und Methoden in den Vordergrund. Insofern findet dabei - entgegen sonst kursierender Auffassungen - keine Gleichsetzung im Sinne von „rot gleich braun“ vor. Dies wäre angesichts der grundlegenden ideologischen Differenzen auch absurd. Gemeinsamkeiten bestehen bei den extremistischen Protagonisten aus den beiden politischen Lagern gleichwohl in der Frontstellung gegen eine offene Gesellschaft und einen demokratischen Verfassungsstaat sowohl in der formalen Ausrichtung der Ideologie wie der praktischen Handlungsweise der Mittel. Auch hier sollte die Extremismusforschung immer eine differenzierte Perspektive einnehmen, kann doch das Gefahrenpotential aus beiden Extremismusbereichen ganz unterschiedliche Ausmaße annehmen. Dieses gilt es komparativ hinsichtlich der jeweiligen Ebenen der politischen Handlungen einzuschätzen.

11. Vorwurf IX: Mangelnde analytische Reichweite der Extremismustheorie

Ein weiterer Einwand gegen die Extremismustheorie, der als neunter Vorwurf dargestellt und erörtert werden soll, besteht in der Klage über die mangelnde analytische Reichweite. Im Kern läuft die Argumentation darauf hinaus, hier gehe es in erster Linie um die Einordnung, aber nicht um die Erklärung eines besonderen politischen Phänomens. Der bereits erwähnte Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke formulierte diese Kritik mit folgenden Worten: „Der theoretische Ansatz

²⁴ Bertrand Russell schrieb als Anhänger eines ethischen Sozialismus bezogen auf einen Vergleich von Faschismus und Kommunismus bzw. Nationalsozialismus und Stalinismus in einem ähnlichen Sinne: „Mit der Absicht, die die Kommunisten verfolgen, stimme ich im großen und ganzen überein; ich wende mich weit mehr gegen die von ihnen angewandten Methoden als gegen ihre Ziele. Bei den Faschisten aber missbillige ich Ziel und Methoden gleich stark.“ Bertrand Russell, *Scylla und Charybdis oder Kommunismus und Faschismus* (1934), in: Ders., *Lob des Müßiggangs*, Wien 1957, S. 118- 131, hier S. 123.

konventioneller Extremismus-Forschung scheint ... wenig geeignet, tieferliegende Ursachen ins Blickfeld zu bekommen. Die Dominanz verfassungsrechtlich orientierter Vorgehensweisen provoziert die klassifizierende ‚Einordnung‘ extremistischer Phänomene nach vorgegebenen verfassungsrechtlichen Kriterien, sie isoliert ihren Gegenstand durch die erzwungene Gegenüberstellung von Demokratie und Extremismus, sie grenzt ihn nicht nur politisch und moralisch, sondern auch wissenschaftlich aus, sie individualisiert Ursachenkomplexe und vernachlässigt das gesellschaftliche Bedingungsgefüge.²⁵

Bei diesen Einwänden handelt es sich um durchaus berechtigte Kritik, wobei hieraus die Notwendigkeit eines Verzichts auf die Extremismustheorie aber nicht zwingend abgeleitet werden kann. In der Tat belegt der Blick in Forschungsarbeiten aus der gemeinten Perspektive, dass das Spannungsverhältnis zu den Normen und Regeln eine offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates meist im Zentrum steht. Dafür gibt es bezüglich einer damit einhergehenden Bewertung auch gute Gründe, liefern doch solche Einschätzungen erst die Basis für die Erkennung einer möglicherweise bedenklichen Ausrichtung der jeweiligen politischen Bestrebungen. Gleichwohl besteht hierbei die Gefahr einer einseitigen Fixierung auf die konkrete Aktivistengruppe, Organisation, Subkultur oder Partei, ohne deren Einbettung in die gesamte Gesellschaft oder ein näheres Umfeld. So lassen sich dann Bedingungsfaktoren und Ursachenkomplexe ebenso wenig wie Interaktionen und Wirkungen außerhalb des jeweiligen politischen Bereichs aufarbeiten und einschätzen.

Die Anhänger der Extremismustheorie könnten zwar argumentieren, derartige Anforderungen seien unangemessen, da sie nicht im Selbstverständnis vorgesehen seien. So schränkt man aber den Erkenntnisgewinn der eigenen Forschungsperspektive selbst ein. Aus den genannten Einwänden von Jaschke leitet sich eben nicht die Abkehr, sondern die Ergänzung des Ansatzes ab: Warum sollten Analysen aus extremismustheoretischer Sicht über Auffassungen nicht die Erkenntnisse der Einstellungsforschung nutzen können? Warum sollten Analysen aus extremismustheoretischer Sicht über Gewaltgruppen nicht

²⁵Hans-Gerd Jaschke, *Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik*, Opladen 1991, S 53.

die Erkenntnisse der Kommunikationsforschung nutzen können? Oder: Warum sollten Analysen aus extremismustheoretischer Sicht über Parteien nicht die Erkenntnisse der Wahlforschung nutzen können? Sowohl die einseitige Apologie wie die vehemente Kritik denken in eindimensionalen Bahnen und ignorieren die mögliche Erweiterung der Perspektive bei der Analyse extremistischer Bestrebungen auf den unterschiedlichsten Handlungsebenen.

12. Vorwurf X: Extremismustheorie als Ausdruck etatistischer Verfassungsorientierung

Als zehntem Vorwurf gegen die Extremismustheorie geht es hier um eine kritische Erörterung der Auffassung, wonach es sich um einen Ausdruck etatistischer Verfassungsorientierung mit negativen Folgen für den Erkenntnisgewinn von Forschung handele. Der letztgenannte Aspekt steht in einem direkten Kontext zu der zuvor behandelten Kritik der mangelnden analytischen Reichweite. Beide Aspekte bringt der bereits erwähnte Politikwissenschaftler Gero Neugebauer inhaltlich zusammen. Er schrieb: „Eine wichtige Ursache für die verbreitete Skepsis innerhalb der Sozialwissenschaften gegenüber dem Extremismuskonzept dürfte seiner normativen Fundierung geschuldet sein, die auch blind ist gegenüber funktionalen, systemtheoretischen oder handlungsorientierten Ansätzen.“ Und weiter heißt es: „Die Eindimensionalität des Extremismuskonzepts behindert die (empirische) Extremismusforschung nachhaltig. Fächert man das Konzept aber – was notwendig wäre – in mehrere Dimensionen auf, dann rüttelt man an seinen Grundfesten.“²⁶

Mit der hier angesprochenen normativen Fundierung ist die inhaltliche Ausrichtung an den Normen und Regeln der offenen Gesellschaft und des demokratischen Verfassungsstaates gemeint. Letzteres führt häufig zu dem Einwand, es handele sich um einen Ausdruck etatistischer Orientierung. Dieser Kommentierung kann indessen nur teilweise zugestimmt werden: Die Grundlage für die Extremismustheorie besteht in der Einsicht, wonach die Betrachtung der historisch-politischen Entwicklung zu einem besonderen Ergebnis kommt. Danach führten gesellschaftliche und politische Ordnungen, die durch Abwählmög-

²⁶G. Neugebauer (Anm. 21), S. 17 und 20.

lichkeit, Gewaltenteilung, Individualitätsprinzip, Rechtsstaatlichkeit Pluralismus und Volkssouveränität geprägt sind, zu dem bislang höchsten Maß an realisierter Freiheit und Sicherheit. Der entscheidende Gesichtspunkt hierbei sind diese Normen und nicht der Staat. Letzterer hat die Aufgabe, die genannten Prinzipien in Realität umzusetzen. In dem Maße, wie dies nicht geschieht, verliert er seine Akzeptanz und Legitimität.

Gegen eine Anlehnung der Forschung an diese Normen kann allenfalls grundsätzlich und überzeugend nur dann argumentiert werden, wenn man eben auch alle anderen Orientierungen an Normen aus dem Wissenschaftsverständnis ausschließt. In anderen Fällen müsste demgegenüber deutlich gemacht werden, warum die genannten Merkmale und Prinzipien keine Relevanz für die Analyse von politischen Bestrebungen haben sollen. Im Kontext der referierten und zitierten Kritik bedarf es aber noch der Aufmerksamkeit für einen durchaus zutreffenden Aspekt: Die Fixierung der Forschung auf die Differenz von demokratisch und extremistisch kann mitunter zur Ausblendung relevanter Gesichtspunkte und Phänomene führen. Dies sei am Beispiel der vergleichenden Analyse „rechter“ Parteien in Europa mit populistischem Einschlag erläutert. Einige nehmen eine eindeutig extremistische Position ein, bei anderen Parteien dieses Typs ist das nicht der Fall. Um diese „Parteifamilie“ zu untersuchen, bedarf es somit einer anderen Kategorisierung und erweiterten Perspektive.²⁷

13. Vorwurf XI: Ignoranz der Demokratiegefährdung durch die Mitte

Und schließlich soll als elfter und letzter Vorwurf gegenüber der Extremismustheorie die behauptete Ignoranz der Demokratiegefährdung durch die „Mitte“ behandelt werden. So bemerkt etwa der bereits erwähnte Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge: „Rechtsex-

²⁷Daher nutzt man in der Forschung auch Bezeichnung wie „rechtsaußen“, „rechtspopulistisch“ oder „rechtsradikal“ zur Kennzeichnung der gemeinten Parteien, woraus sich aber nicht notwendigerweise die Abkehr von der extremismustheoretischen Perspektive ergibt. Vgl. u.a. Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, Wiesbaden 2003; Michael Minkenberg, Die Neue Radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Opladen 1998.

tremismus war historisch und ist heute immer primär ein Problem der Mitte und nicht des gesellschaftlichen Randes bzw. sog. Randgruppen.²⁸ In die gleiche Richtung gehen die Ausführungen von Gero Neugebauer: „Auch die traditionsreiche These vom ‚Extremismus der Mitte‘ ist mit dem eindimensionalen Extremismuskonzept unvereinbar. Sie wurde von Lipset zur Erklärung der Faschismen der Zwischenkriegszeit herangezogen und fortentwickelt.“ Neben dem linken und rechten Extremismus existiere nach dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler auch ein „Extremismus der Mitte. Dabei handele es sich um den Faschismus. Er stelle im Wesentlichen eine Bewegung des Mittelstands dar, nämlich Protest sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen den Sozialismus.“²⁹

Der mit dieser Argumentation einhergehende Vorwurf gegen die Extremismustheorie kann indessen keine inhaltliche Angemessenheit beanspruchen, da hier die Ebene der „politischen Mitte“ mit der Ebene der „sozialen Mitte“ durcheinander geworfen wird. Ganz in diesem Sinne gibt es etwa einen „Extremismus aus der Mitte“, aber keinen „Extremismus in der Mitte“ in einer demokratischen Gesellschaft. Letzteres bezieht sich auf die politische, ersteres auf die soziale Verortung. Die vorgenannten Anspielungen von Butterwegge, Lipset und Neugebauer treffen bezogen auf die Weimarer Republik zu: Ein nicht unbedeutender Teil der seinerzeitigen Mittelschicht orientierte sich politisch im Laufe der Zeit immer stärker in Richtung der NSDAP. Deren soziale Basis bestand hinsichtlich der Mitglieder und Wähler überdurchschnittlich stark aus Angehörigen dieser sozialen Schicht. So erklärt sich auch die Formulierung „Volkspartei mit Mittelstandsbau“³⁰ bezogen auf den Schwerpunkt der gesellschaftlichen Herkunft eines Großteils der Stimmabgaben zugunsten der Hitler-Partei.

Zwar kam die damit einhergehende Akzeptanz des seinerzeitigen Rechtsextremismus aus der sozialen Mitte, sie hatte sich aber hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung in Richtung der politischen Rechten orientiert. Die Extremismustheorie der Gegenwart nimmt denn

²⁸C. Butterwegge (Anm. 15), S. 34.

²⁹G. Neugebauer (Anm. 21), S. 18.

³⁰Vgl. die ausführliche Analyse zur politischen Motivation und sozialen Zusammensetzung: Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991.

auch sehr wohl Entwicklungen in der sozialen „Mitte der Gesellschaft“ hinsichtlich der Akzeptanz von rechtsextremistischen Einstellungen zur Kenntnis: Zwar belegen einschlägige repräsentative Befragungen einen besonders hohen Anteil fremdenfeindlicher und nationalistischer Auffassungen in den unteren sozialen Schichten, gleichwohl machen sie auch die relevante Existenz solcher Potentiale in anderen sozialen Schichten deutlich.³¹ Diese Erkenntnisse fließen sehr wohl in Darstellungen und Einschätzungen zum Rechtsextremismus mit ein, wo sie etwa als Bestandteile der politischen Kultur oder über die Unterscheidung von einem politischen und sozialen Rechtsextremismus konkrete Beachtung finden.³² Die vorstehende Kritik verwechselt die politische und soziale Dimension von „Mitte“.

14. Diskussion alternativer Begrifflichkeiten und Konzepte

Nach der Auseinandersetzung mit den vorgenannten Einwänden gegen die Extremismustheorie³³ sollen hier noch einmal die im Kontext der Diskussion gelegentlich vorgebrachten Anregungen für die Nutzung alternativer Begrifflichkeiten und Konzepte diskutiert werden. Hierzu gehört etwa „Fundamentalismus“, wobei dazu in der Politik-

³¹Vgl. etwa die Forschungsergebnisse des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung und die im Auftrag der Friedrich Ebert-Stiftung erstellten Studien von Elmar Brähler und Oliver Decker, die jeweils trotz der Nutzung von nicht unproblematischen Einstellungsstatements relativ hohe Akzeptanzen für eindeutig rechtsextremistische Orientierungen in der „Mitte der Gesellschaft“ veranschaulichen.

³²Vgl. aus Sicht des Autors als ältere und neue Publikationen zum Thema: Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung*, Bonn 1993, S. 166-195 und 217-227; Ders., *Soziale Potenziale des politischen Rechtsextremismus*, in: *Vorgänge*, Nr. 197/März 2012, S. 4-20.

³³Vgl. als gesonderte Publikationen mit ähnlichen Inhalten zur Kritik der Extremismustheorie: Susanne Feustel/Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Hrsg.), *Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem „Linksextremismus“ umgehen*, Hamburg 2012; *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung* (Hrsg.), *Ordnung, Macht, Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*, Wiesbaden 2011.

wissenschaft eine engeres und weiteres Verständnis³⁴ unterschieden werden kann: Ersteres bezieht sich auf die Strömungen innerhalb der Religionen, die sich an einer wortwörtlichen Auslegung „Heiliger Schriften“ orientieren. Eine weiter gefasste Auffassung sieht darin eine allgemeine Sammelbezeichnung für Auffassungen, die ihre Grundlagen nicht im Sinne einer kritischen Betrachtung einer inhaltlichen Prüfung aussetzen wollen. Dazu gehören extremistische Bestrebungen im oben definierten Sinne. Gleichzeitig kann man solche Einstellungen aber ebenso im ethischen, kulturellen, religiösen oder ökonomischen Bereich noch im Rahmen einer demokratischen Orientierung ausmachen.

Damit fällt die besondere Dimension des politischen Extremismus aber aus dem Fokus der Aufmerksamkeit, was gleichfalls für die Nutzung der Kategorie „Populismus“ gilt. Auch zu diesem Begriff besteht kein einheitlicher Konsens in der politikwissenschaftlichen Diskussion und Forschung. Einerseits findet er begrenzt auf eine Agitationstechnik, die sich auf die Artikulation des „Stammtisch“-Diskurses auf der politischen Ebene bezieht, eine inhaltliche Nutzung. Andererseits spricht man auch vom „Populismus“ als Bezeichnung für ganz verschiedene Phänomene in unterschiedlichen Ländern, wozu die Agrarproteste in den USA gegen Ende des 19. Jahrhunderts wie autoritäre Regime in Lateinamerika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie Rechtsaußenparteien in europäischen Ländern des 21. Jahrhunderts gehören.³⁵ Neben der Ignoranz des demokratietheoretischen Aspektes als möglichem Ersatzbegriff für „Extremismus“ würde mit diesem Terminus auch die nicht-populistische Dimension der gemeinten politischen Phänomene nicht erfasst.

Und schließlich findet immer wieder die Nutzung der Begriff „Radikalismus“ inhaltliche Akzeptanz, wobei dies häufig in bewusster Abgrenzung vom Extremismusverständnis geschieht. Die Bezeichnung ist indessen von der eigentlichen Wortbedeutung her problematisch,

³⁴Vgl. u.a. Klaus Kienzler, *Der religiöse Fundamentalismus. Christentum – Judentum – Islam*, München 1996; Thomas Meyer, *Was ist Fundamentalismus? Eine Einführung*, Wiesbaden 2011.

³⁵Vgl. u.a. Helmut Dubiel (Hrsg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt/M. 1986; Karin Priester, *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt/M. 2007.

spielt sie doch auf eine Orientierung an der Wurzel einer Sache an. Eine solche Einstellung hat nicht notwendigerweise etwas mit dem Spannungsverhältnis zur Demokratie zu tun. Denn den gemeinten Extremisten ist eben diese Perspektive ja gerade nicht eigen. Allenfalls forschungsstrategisch könnte der Terminus „Radikalismus“ von Nutzen sein. So ermöglicht er als relativ weit gefasste Sammelbezeichnung etwa, Parteien mit ähnlichen Agitationsinhalten und Zielgruppen unabhängig von der Frage einer extremistischen Ausrichtung vergleichend zu analysieren. Beispielhaft dafür stehen die oben erwähnten „Rechtspopulisten“³⁶, die man dann aber inhaltlich angemessener mit dem Begriff „Rechtsausenparteien“ vergleichend analysieren könnte.

15. Schlusswort und Zusammenfassung

Bilanzierend und zusammenfassend lässt sich nach den vorstehenden Ausführungen folgendes formulieren: Seit ihrer Herausbildung in der Politikwissenschaft ist die Extremismustheorie kontinuierlich einer kritischen Kommentierung ausgesetzt gewesen. Idealtypisch kann man die gemeinten Ausführungen folgenden Vorwürfen zuordnen: Extremismus als nicht existierendes Konstrukt, inhaltliche Relativität der Extremismuszuschreibung, Extremismus als politischer Kampf-begriff, Extremismus als Ausdruck von Antipluralismus und Ausgrenzung, Extremismus zur Diskreditierung von Kapitalismuskritik und des Sozialismus, Nutzung einer unangemessenen Links-Rechts-Unterscheidung, Extremismus als Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene, mangelnde analytische Reichweite der Extremismustheorie und Extremismustheorie als Ausdruck etatistischer Verfassungsorientierung. Die Einwände sind in ihrer Tendenz nur eingeschränkt angemessen, nötigen aber nicht notwendigerweise zum Verzicht auf das Konzept.

Betrachtet man die Kritik in der Gesamtschau, so kann folgende Typologie an der Extremismustheorie entwickelt werden: In eine erste

³⁶Vgl. u.a. die in Anm. 27 genannte Literatur. Ähnlich könnte bezogen auf „Linksausenparteien“ verfahren werden. Vgl. Tom Mannewitz, Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990. Ursachen für Wahlerfolge und –misserfolge, Baden-Baden 2012, wo sich die Frage stellt, ob alle behandelten Parteien wirklich als linksextremistisch gelten können.

Kategorie gehören bewusste oder unbewusste Missverständnisse, die eine Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene oder die Relativität inhaltlicher Zuordnungen unterstellen. Eine genaue Betrachtung zeigt, dass es sich hier um eine negative Betonung von so gar nicht formulierten Positionen handelt. Eine zweite Kategorie der Kritik stellt auf den politischen Missbrauch des Konzepts ab, wobei insbesondere die Instrumentalisierung gegen die politische Linke befürchtet wird. Von der inhaltlichen Ausrichtung her treffen diese Einwände die Extremismustheorie nicht, da sie sehr wohl zwischen demokratischer und extremistischer Linke unterscheidet. Und als dritte Kategorie gelten die Aussagen bezogen auf die mangelnde analytische Reichweite der Extremismustheorie. Diese Kritik kann durchaus Angemessenheit beanspruchen, nötigt aber nur zur Erweiterung und nicht zum Verzicht auf das Konzept.

Neben den erwähnten Einwänden und Erörterungen gegen die Kritik der Extremismustheorie sollen hier noch Rückfragen an die Kritiker des Konzepts gestellt werden: In ihrer Perspektive spielt bei der Analyse politischer Phänomene die Akzeptanz von Prinzipien wie Abwählbarkeit, Gewaltenteilung, Individualitätsprinzip, Menschenrechten, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität keine sonderliche Rolle. Dafür kann es forschungsbezogene wie politische Gründe geben. Im letztgenannten Sinne gingen diese einher mit einer Ablehnung, Geringschätzung oder Relativierung demokratischer Grundpositionen, was eine gesonderte Begründung und Diskussion erwartbar macht. Für die forschungsbezogene Distanz gegenüber der extremismustheoretischen Perspektive kann es – wie exemplarisch und theoretisch aufgezeigt - gute Gründe geben. Gleichwohl lassen sich die Ergebnisse danach auch im Lichte einer extremismustheoretischen Perspektive weiter analysieren. Die Missachtung dieser Sichtweise bedürfte somit einer Begründung.

Das identitäre Demokratieverständnis im Rechtsextremismus. Ideengeschichtliche Hintergründe und gegenwärtige Erscheinungsformen

Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Während Rechtsextremisten in der Weimarer Republik „Demokratie“ offen ablehnten, berufen sich Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland häufig auf „Demokratie“. Aus kritischer Sicht führt man derartige Bekundungen auf strategische bzw. taktische Motive zurück: Bei allem Unmut in der Bevölkerung über die „gemachte Politik“ kann doch von einem breiten Konsens für das politische Modell „Demokratie“ ausgegangen werden. Um einer größeren Akzeptanz willen müssen daher auch Rechtsextremisten ein „Lippenbekenntnis“ zur Demokratie ablegen. Nur auf dieser Basis sehen sie offenbar die Möglichkeit, breitere Teile der Gesellschaft für die eigenen Positionen ansprechen zu können. Außerdem wollen Rechtsextremisten, so lange sie selbst noch nicht an der Macht sind, die Instrumente und Rechte in einer Demokratie nutzen, um eben diese politische Ordnung besser beseitigen zu können. Somit stehen derartige Erklärungen für Bekenntnisse aus rein instrumentellen Gründen ohne Glaubwürdigkeit.

Handelt es sich demnach nur um den Ausdruck einer Agitations- und Manipulationstechnik? So angemessen eine solche Deutung sein mag, so sehr blendet sie inhaltliche Gesichtspunkte aus. Auf sie will die vorliegende Abhandlung mit folgender Ausgangsthese aufmerksam machen: Rechtsextremisten können sich bei der Berufung auf die Demokratie auch auf Bestandteile der damit gemeinten politischen Ordnungsmodelle beziehen. Ebenso wenig wie es *die* Demokratie gibt, gibt es auch *die* Demokratietheorie. Seit der Antike entstanden die unterschiedlichsten Auffassungen, die auch Anknüpfungspunkte für die ideologischen Deutungen von Rechtsextremisten enthalten. Dies gilt bezüglich der Gesellschaftskonzeption vor allem für das identitäre Demokratieverständnis. Es soll hier zunächst bezogen auf die ideengeschichtlichen Hintergründe hinsichtlich Begründung und Kritik dargestellt und eingeschätzt werden. Dem schließt sich die Beschreibung

und Erörterung gegenwärtiger Erscheinungsformen im Rechtsextremismus anhand einzelner Publizisten an.

Daher gliedern sich die Ausführungen wie folgt: Nach Betrachtungen zur Definition von Demokratie und der Unterscheidung von identitärem und pluralistischem Verständnis (2.) geht es zunächst um das identitäre Demokratieverständnis in der neuern Staatstheorie (Rousseau) (3.), um das identitäre Demokratieverständnis als Legitimation von Diktatur (C. Schmitt) (4.), um das identitäre Demokratieverständnis als Ausdruck „totalitärer Diktatur (Talmon) (5.) und um das identitäre Demokratieverständnis als Ausdruck von Antipluralismus (Fraenkel) (6.). Dem folgen Ausführungen zur antividualistischen Dimension des Plädoyers für „organische Demokratie“ (Benoist) (7.), zur instrumentalisierenden Umdeutung des Demokratieverständnisses (Kunze) (8.), zur ideologischen Aneignung des Demokratiebegriffs im „Neuen Nationalismus“ (Schwab) (9.), zur Delegitimierung des Parlamentarismus zur Überwindung des Systems (Nordbruch) (10.) und schließlich noch zur Umdeutung des Demokratiebegriffs als Bestandteil einer „Kulturrevolution von rechts (11.).

2. Definition und Unterscheidung von identitärem und pluralistischem Demokratieverständnis

Zunächst bedarf es aber einer Definition und Unterscheidung von identitärem und pluralistischem Demokratieverständnis, was wiederum eine Begriffsbestimmung von Demokratie voraussetzt.¹ Im öffentlichen Diskurs handelt es sich um ein Synonym für eine Gesellschafts- und Staatsordnung, die mit Grundrechten und Mehrheitsprinzip, Parlamentarismus und Pluralismus, Oppositionsrechten und Rechtsstaatlichkeit, Volkssouveränität und Wahlmöglichkeiten in Verbindung gebracht wird. Betrachtet man aber die Geschichte und Theorien von Demokratie, so lassen sich keineswegs alle diese Merk-

¹ Vgl. u.a. Peter Massing/Gotthard Breit (Hrsg.), *Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationen*, 2. Auflage, Darmstadt 2003; Richard Saage, *Demokratietheorien. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005; Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien. Eine Einführung*, 4. Auflage, Wiesbaden 2008.

male in Kombination miteinander ausmachen. Als allgemeiner Konsens gelten kann - nach der Wortbedeutung aus dem Griechischen (demos = Volk, krates = herrschen) - nur das Verständnis als Volksherrschaft. Ganz in diesem Sinne ausgerichtet ist die Definition auch in den berühmten Worten des US-Präsidenten Abraham Lincoln in seiner Gettysburg-Rede von 1863 als „das Regieren des Volkes, durch das Volk und für das Volk“².

Diese Begriffsbestimmung sagt aber nur aus, dass die Legitimation von Herrschaft nicht durch die Berufung auf eine Einzelpersonen oder Gruppe, sondern mit Bezug auf die Mehrheit oder das Volk zum Ausdruck kommt. Wie dies nun genau formal und inhaltlich geschehen soll, bleibt in einem solchen Verständnis zunächst unklar. So eröffnen sich die unterschiedlichsten Deutungsmöglichkeiten für die verschiedenen Ebenen: Bezüglich der Beteiligung der Bürger kann ein plebiszitäres oder repräsentatives Modell bestehen. Geht es um die Entscheidungsmuster lassen sich eine Konsens- und eine Mehrheitsdemokratie unterscheiden. Hinsichtlich der Reichweite der Partizipation findet man ein engeres politisches und ein weiteres soziales Verständnis vor. Und was den Politikstil angeht kann man die Ausrichtung an einer Proporz- oder Wettbewerbsdemokratie als alternative Möglichkeiten ansehen. Bei dieser Auflistung handelt es sich auch nur um eine Auswahl von Deutungsmöglichkeiten des erwähnten Demokratieverständnisses.

Fortan soll es auch nur noch um die Differenzierung bezüglich der Gesellschaftskonzeption in Richtung einer identitären und pluralistischen Form gehen: Im Zentrum steht dabei die Frage, wie viel Einheit und wie viel Vielfalt in einer Gesellschaft bestehen darf. Das letztgenannte Verständnis geht von der Existenz unterschiedlicher Auffassungen, Interessen und Organisationen aus, worin ein Beleg für die Entwicklungsfähigkeit, Freiheit und Offenheit gesehen wird. Dies schließt auch Dissens und Opposition gegenüber der Regierung ein. Das identitäre Demokratieverständnis orientiert sich im Gegensatz dazu stärker an der politischen Einheit der Gesellschaft. Zwar sieht man auch hier das Vorhandensein von unterschiedlichen Interessen von

² Abraham Lincoln, Gettysburg Rede, in: Herbert Schambeck/Helmut Widder (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin 1993, S. 375.

Gruppen und Individuen, sie sollen in dieser Sicht aber dem Ganzen und dem Gemeinwohl ein- bzw. untergeordnet werden. Und schließlich geht es mit der Einforderung einer Identität von Regierenden und Regierten auch um eine notwendige Übereinstimmung der Gesellschaft mit der Regierung im Sinne einer politischen Homogenität.

3. Das identitäre Demokratieverständnis in der neueren Staatstheorie (Rousseau)

Als bedeutendster Repräsentant des identitären Demokratieverständnis gilt der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau³ (1712-1778), der in seinem politischen Hauptwerk „Du Contrat Social ou Principes du Droit Politique“ („Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts“) (1762) dazu eine inhaltliche Begründung lieferte. Den Ausgangspunkt für die Rechtfertigung legitimer Herrschaft bildete für ihn das Prinzip der Volkssouveränität im Sinne einer freien Vereinbarung der Bürger. Zuvor hätten sich allerdings alle Individuen vorbehaltlos ihrer individuellen und natürlichen Freiheiten zu entäußern und würden erst danach in der Gemeinschaft der Vertragsschließenden aufgehen. Rousseau bemerkte: „Dieser Akt des Zusammenschlusses schafft augenblicklich anstelle der Einzelperson jedes Vertragspartners eine sittliche Gesamtkörperschaft, die aus ebenso vielen Gliedern besteht, wie die Versammlung Stimmen hat, und die durch ebendiesen Akt ihre Einheit, ihr gemeinschaftliches Ich, ihr Leben und ihren Willen erhält.“⁴

In diesem Verständnis bildet das Volk eine politische Einheit mit einem identischen Willen, der von einer Übereinstimmung allgemeiner und individueller Interessen in einem identitären Sinne ausgeht. Gleichwohl musste Rousseau aufgrund der gesellschaftlichen Realitäten einen auf das Gemeinwohl bezogenen Gemeinwillen von einem auf die Summe aller Privatinteressen bezogenen Gesamtwillen unter-

³ Vgl. u.a. Reinhardt Brandt, Rousseaus Philosophie der Gesellschaft, Stuttgart 1973; Iring Fetscher, Rousseaus politische Philosophie, Neuwied 1960; Karlfriedrich Herb, Rousseaus Theorie legitimer Herrschaft. Voraussetzungen und Begründungen, Würzburg 1989.

⁴ Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts (1762), Stuttgart 1977, S. 18 (1. Buch, 6. Kapitel).

scheiden. Eindeutige und trennscharfe Kriterien zur Differenzierung eines richtigen von einem verfehlten Gemeinwillen gab der Philosoph dabei nicht an. Er machte allerdings einen klaren Unterschied zwischen dem behaupteten und dem tatsächlichen Willen des Volkes. Rousseau schrieb: „Von selbst will das Volk immer das Gute, aber es sieht es nicht immer von selbst. Der Gemeinwille ist immer richtig, aber das Urteil, das ihn leitet, ist nicht immer aufgeklärt.“ Und weiter heißt es dann: „Die Einzelnen sehen das Gute und weisen es zurück: die Öffentlichkeit will das Gute und sieht es nicht. Beide bedürfen gleicherweise der Führung.“⁵

Dazu berufen sei ein Gesetzgeber als Person, welche die Rolle eines moralischen Erziehers einnehmen und das Volk hin zu seinem wahren Willen leiten solle. Rousseau stellte sich dabei keinen diktatorischen Herrscher, sondern einen klugen Ratgeber vor. Gleichwohl macht diese Argumentation seines Vertragsmodells deutlich, dass es mit einer repressiven Ausrichtung zur Gestaltung von Gesellschaft und Politik kompatibel ist: Wenn das Volk nicht selbst seinen „wahren Willen“ erkennt, muss man es eben gegebenenfalls dazu bringen. Rousseaus selbst für seine Zeit unrealistische Vorstellung von einer weitgehenden politischen Homogenität und sozialen Interessenidentität des Volkes ließ ihn darüber hinaus die Bedeutung von Grundrechten als fundamentalen Sicherungen individueller Freiheit verkennen. Darüber hinaus wandte der Philosoph sich auch gegen die Organisierung von Teilinteressen in der Gesellschaft, denn: „Um wirklich die Aussage des Gemeinwillens zu bekommen, ist es deshalb wichtig, dass es im Staat keine Teilgesellschaften gibt ...“⁶

4. Das identitäre Demokratieverständnis als Legitimation von Diktatur (C. Schmitt)

Auch diese antipluralistische Dimension von Rousseaus identitärem Demokratieverständnis macht - wohl entgegen seiner eigentlichen Absicht - eine Deutung zur Legitimation von Diktatur möglich. Als bedeutendster Repräsentant dieser Auffassung gilt der deutsche Staats-

⁵ Ebenda, S. 42 (2. Buch, 6. Kapitel).

⁶ Ebenda, S. 31 (2. Buch, 3. Kapitel).

rechtler Carl Schmitt⁷ (1888-1985), der auch im gegenwärtigen Rechtsextremismus als *der* „Klassiker“ der politischen Theorie angesehen wird. Bereits in seiner Schrift „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ (1923 bzw. 1926) ging Schmitt davon aus, „dass logisch alle demokratischen Argumente auf einer Reihe von Identitäten beruhen. In diese Reihe gehören: Identität von Regierenden und Regierten, Herrscher und Beherrschten, Identität von Subjekt und Objekt staatlicher Autorität, Identität des Volkes mit seiner Repräsentation im Parlament, Identität von Staat und jeweilig abstimmendem Volk, Identität von Staat und Gesetz, letztlich Identität des Quantitativen (ziffernmäßige Mehrheit oder Einstimmigkeit) mit dem Qualitativen (Richtigkeit des Gesetzes).“⁸

Eine solche identitäre Auffassung schließt notwendigerweise das nicht zu dieser Identität gehörende Andere oder Oppositionelle zugunsten der Einheit und Geschlossenheit aus, was Schmitt mit deutlichen Worten bekannte: „Zur Demokratie gehört ... notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen.“ Was dies praktisch bedeutet, kann man sich hier doch Handlungen von der politischen Ausgrenzung bis zur systematischen Tötung vorstellen, ließ Schmitt an dieser Stelle ungesagt. Weiter hieß es: „Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, dass sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß.“⁹ Auch hier findet sich keine genaue Angabe darüber, was das Kriterium und der Maßstab für die Erfassung des Heterogenen sein soll. Offenbar beziehen sich die Forderungen nicht auf die gewaltorientierten Feinde des demokratischen Verfassungsstaates, würde man dann doch wohl anders argumentieren und formulieren.

⁷ Vgl. u.a. Hasso Hofmann, Legitimität gegen Legalität. Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts (1964), Berlin 1995; Reinhard Mehring, Carl Schmitt zur Einführung, Hamburg 1992; Volker Neumann, Der Staat im Bürgerkrieg. Kontinuität und Wandlung des Staatsbegriffs in der politischen Theorie Carl Schmitts, Frankfurt/M 1980.

⁸ Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923/1926), 6. Auflage, Berlin 1991, S. 35.

⁹ Ebenda, S. 14.

Schmitts Position ging inhaltlich in eine ganz andere Richtung: Für ihn bildete der gesellschaftliche Pluralismus eine Bedrohung für die politische Geschlossenheit und das Vorhandensein unterschiedlicher politischer Kräfte im Parlament eine Gefahr für die Einheit und Souveränität des Staates. Insofern bestand für den Staatsrechtler auch ein Gegensatz von Demokratie und Parlamentarismus, aber kein Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur: „Es kann eine Demokratie geben ohne das, was man modernen Parlamentarismus nennt und einen Parlamentarismus ohne Demokratie; und Diktatur ist ebenso wenig der entscheidende Gegensatz zu Demokratie wie der zu Diktatur.“¹⁰ Bolschewismus und Faschismus seien sicherlich antiliberal, aber nicht notwendigerweise antidemokratisch. Für Schmitt konnte demnach auch eine Diktatur demokratisch sein, sofern sie sich auf Akklamation oder Duldung durch die Bevölkerung stützte. Demnach diene hier das identitäre Demokratieverständnis zur ideologischen Legitimation diktatorischer Systeme.¹¹

5. Das identitäre Demokratieverständnis als Ausdruck „totalitärer Demokratie“ (Talmon)

Ganz in diesem Sinne ausgerichtet waren auch totalitäre Herrschaftsformen wie der Nationalsozialismus oder Stalinismus, beriefen sie sich doch zu ihrer politischen Rechtfertigung auf den Willen des Volkes. Darin bestand ein wichtiger Unterschied zu früheren Formen von Diktatur mit ihrem offenen Selbstverständnis als Eliteherrschaft. Demgegenüber nutzten die totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts im agitatorischen wie inhaltlichen Selbstverständnis mitunter ausdrücklich den Demokratiebegriff, wofür etwa Formulierungen wie „Führerdemokratie“ oder „sozialistische Demokratie“ stehen. Zum einen erklärt sich dies dadurch, dass „Demokratie“ und „Volkssouveränität“ im Unterschied zu früheren Zeiten positiv belegte politische Begriffe waren. Zum anderen zeigte sich hier auch, dass die gemeinten Diktaturen an einige Bestandteile des modernen Demokratiever-

¹⁰Ebenda, S. 41.

¹¹Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Identitäres Demokratieverständnis als Legitimation von Diktatur. Zur Parlamentarismuskritik von Carl Schmitt, in: Mut, Nr. 320 vom April 1994, S. 14-21.

ständnisses anknüpfen konnten. Darauf verwies vor allem der israelische Ideenhistoriker Jacob L. Talmon¹² (1916-1980) in seinen Studien zum „Politischen Messianismus“ (1952-1980).

Darin zeichnete er die geistigen Entwicklungslinien von der Französischen Revolution zu den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts nach und erblickte in Letzteren den Ausdruck von säkularen Heilslehren. Für den hier zu erörternden Kontext verdient dabei Talmons Auffassung von einer „totalitären Demokratie“ besondere Aufmerksamkeit, hätten sich doch in der Folge des Umbruchprozesses von 1789 zwei verschiedene Formen von Demokratie herausgebildet. Für die „liberale Demokratie“, so differenzierte Talmon in seiner Arbeit „Die Ursprünge der totalitären Demokratie“ (1952), sei Politik die fortwährende Suche nach besseren Lösungen ohne ein vorgegebenes Ziel. Und: „Die Lehre der totalitären Demokratie hingegen basiert auf der Annahme einer alleinigen und ausschließlichen Wahrheit in der Politik. Man kann sie politischen Messianismus nennen in dem Sinne, dass sie eine vorausbestimmte harmonische und vollkommene Ordnung der Dinge postuliert, zu der die Menschen unwiderstehlich getrieben und zwangsläufig gelangen werden.“¹³

„Liberale“ wie „totalitäre Demokratie“ beanspruchten für Talmon im Selbstverständnis für die Freiheit und das Volk einzutreten: Im erstgenannten Fall näherte man sich über einen Prozess von „trial and error“ ohne Gewaltanwendung einem Zustand idealer Harmonie an. Demgegenüber sei in der Auffassung der „totalitären Demokratie“ ein nötigenfalls mit Zwang erreichbares absolutes kollektives Ziel vorgegeben. Und weiter: „Insofern sie Diktatur ist, die auf Ideologie und Massenbegeisterung basiert, ist sie ... das Ergebnis einer Synthese der Idee des achtzehnten Jahrhunderts von der Natürlichen Ordnung und der Rousseau'schen Idee von der Selbstentfaltung und Selbstbestimmung

¹²Vgl. u.a. Yehoshua Arieli/Nathan Rothenstreich (Hrsg.), *Totalitarian Democracy and After*, London – Portland 2002; Klaus Hornung, *Politischer Messianismus. Jacob Talmon und die Genesis der totalitären Diktaturen*, in: *Zeitschrift für Politik* 47 (2000), S. 131-172; Hans Otto Seitschek, *Politischer Messianismus. Totalitarismuskritik und philosophische Geschichtsschreibung im Anschluß an Jacob Leib Talmon*, Paderborn 2005.

¹³Jacob L. Talmon, *Die Ursprünge der totalitären Demokratie* (1952), Köln – Opladen 1961, S. 1f.

des Volkes.“¹⁴ Demnach ist Rousseau in Talmons Deutung eine Art geistiger Vater der „totalitären Demokratie“, was aber als einseitige und umstrittene Sicht gelten kann.¹⁵ Auf derartige Aspekte soll hier aber nicht näher eingegangen werden, geht es doch primär um die im identitären Demokratieverständnis enthaltenen Anknüpfungspunkte für die ideologische Rechtfertigung einer Diktatur.

6. Das identitäre Demokratieverständnis als Ausdruck von Antipluralismus (Fraenkel)

Sie bestehen insbesondere in der Ablehnung des Pluralismus und der Beschwörung der Homogenität. Darauf verwiesen jene Demokratietheoretiker und Sozialwissenschaftler, die in konkurrierenden Deutungen des Verständnisses von Allgemeinwohl die Grundlage für Freiheit und Offenheit sehen. Hierzu gehört auch der deutsche Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel¹⁶ (1898-1975) mit seiner Neo-Pluralismus-Theorie: Sie unterschied sich von früheren Konzeptionen zum einen dadurch, dass der Staat nicht als eine Interessengruppe unter anderen, sondern als Regulierungsinstanz über den Interessengruppen gesehen wurde. Darüber hinaus betonte Fraenkel die Akzeptanz eines „nicht-kontroversen Sektors“, welcher Normen und Regeln im Sinne von Minimalbedingungen benannte und so erst die allseitige Inanspruchnahme des Pluralismus ermögliche. In den einschlägigen Abhandlungen zum Thema, die in dem Sammelband „Deutschland und die west-

¹⁴Ebenda, S. 6.

¹⁵Vgl. u.a. José Brunner, *From Rousseau to Totalitarian Democracy: The French Revolution in J. L. Talmon's Historiography*, in: *History and Memory* 3 (1991), Nr. 1, S. 60-85, hier S. 75-80; John Williams Chapman, *Rousseau – Totalitarian or Liberal?* (1958), New York 1968 (Nachdruck), S. 74-80.

¹⁶Vgl. u.a. Hubertus Buchstein/Gerhard Göhler (Hrsg.), *Vom Sozialismus zum Pluralismus. Beiträge zu Leben und Werk Ernst Fraenkels*, Baden-Baden 2000; Robert Chr. van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hrsg.), *(Doppel-) Staat und Gruppeninteressen. Pluralismus – Parlamentarismus – Schmitt-Kritik bei Ernst Fraenkel*, Baden-Baden 2009; Armin Pfahl-Traughber, *Pluralismus als Strukturelement des demokratischen Verfassungsstaates. Ernst Fraenkels Neopluralismus-Theorie*, in: *Jahrbuch zur Liberalismusforschung* Nr. 6, Baden-Baden 1994, S. 45-63.

lichen Demokratien“ (1964) enthalten sind, finden sich auch Ausführungen zum identitären Demokratieverständnis.

Eine herausragende Besonderheit bestand für Fraenkel in der Ableitung des Gemeinwohls: Während die antipluralistische Auffassung vom Bestehen eines eindeutig bestimmbar und inhaltlich vorgegebenen Gemeinwohls ausgeht, sieht das pluralistische Denken im Gemeinwohl lediglich den aktuellen und veränderbaren Konsens zwischen Interessengruppen in einer offenen Gesellschaft. Gemeinwohl lasse sich nicht a priori als Ausdruck des „wahren Volkswillens“ begründen, sondern lediglich a posteriori als Ergebnis eines sozialen Prozesses ermitteln. Diese Einsicht begründete Fraenkel auch mit Blick auf die Gegebenheiten in der Gesellschaft: „Eine homogene Einheit, die jede Partikularinteressen als verderblich ansieht, unterstellt die Existenz eines vorgegebenen Gemeinwohls. Sie erblickt in der Durchführung dieses a-priori-Gemeinwohls die wahre Herrschaft des Volkes. Das Volk ist aber nicht so einheitlich, wie es diese Theorie unterstellt.“¹⁷ Die Auffassung, man würde den eigentlichen Willen erkennen, kann sich so gegen den realen Willen des Volkes richten.

Diese Denkweise sah Fraenkel bei Rousseau und Schmitt angelegt, erblickten beide doch in der Homogenität der Bürger das Grundprinzip einer jeden staatlichen Ordnung auf Basis der Volkssouveränität. In deren Sinne könne ein Diktator behaupten, ihm sei durch Ideologie, Macht oder Sendung das „wahre Wollen“ des Volkes bekannt. Abweichungen davon müssten dann um der Einheit und Identität willen unterdrückt werden. Denn ein militanter Anti-Pluralismus nehme „Krisenerscheinungen zum Anlass, um seinen Hass gegenüber allen heterogenen Elementen freien Lauf zu lassen; ist doch sein Ziel, eine absolut homogene Staats- und Gesellschaftsordnung herzustellen, der er einen Eigenwert im Sinne der *volonté générale* Rousseaus beimisst. Fühlen sich gar politische Theoretiker und Praktiker, die unter einem Messiaskomplex leiden, dazu berufen, im Einklang mit einem allein seligmachenden Rezept den ‚wahren Staat‘ und den ‚guten Menschen‘

¹⁷Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien* (1964). Erweiterte Ausgabe, Frankfurt/M. 1991, S. 281.

zu schaffen, dann werden die Pluralisten der Häresie des Agnostizismus bezichtigt und als ‚Ungläubige‘ liquidiert.“¹⁸

7. Die antiindividualistische Dimension des Plädoyers für „organische Demokratie“ (Benoist)

Wie artikulieren sich nun die benannten ideengeschichtlichen Hintergründe des identitären Demokratieverständnisses im gegenwärtigen Rechtsextremismus? Diese Frage soll anhand einiger Protagonisten aus dem intellektuellen Bereich dieses politischen Lagers beantwortet werden. Am Beginn steht der französische Publizist Alain de Benoist¹⁹ (Jg. 1943), der als bedeutender Repräsentant der „Neuen Rechten“ in seinem Land gilt und auch durch die Übersetzung seiner Schriften in Deutschland wirkte. Zu ihnen gehörte als eine direkte Stellungnahme zum Demokratieverständnis auch das Buch „Demokratie: Das Problem“ (1985). Benoist nahm darin die kursierende Gleichgültigkeit und Politikverdrossenheit in den westlichen Demokratien zum Anlass, einige grundsätzliche Betrachtungen über das Verständnis von Demokratie aus der Perspektive der „Neuen Rechten“ vorzunehmen. Dabei formulierte er grundlegende Einwände gegen die bestehende „liberale Demokratie“ und plädierte stattdessen für eine zukünftige „organische Demokratie“.

Damit forderte er eine Ausrichtung am Verständnis der Demokratie in der griechischen Antike, könne doch nur so die Demokratie der Gegenwart ihren Sinn wiederfinden: „Sie muss sich nicht etwa auf vermeintliche unveräußerliche Rechte des Individuums-ohne-Zugehörigkeit gründen, sondern auf die Staatsbürgerschaft, die die Zugehörigkeit zu einem Volke – das heißt zu einer Kultur, einer Geschichte, einem Schicksal – bestätigt, sowie auf die politische Form,

¹⁸Ebenda, S. 312.

¹⁹Vgl. u.a. Susanne Mantino, Die „Neue Rechte“ in der „Grauzone“ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Eine systematische Analyse des Phänomens „Neue Rechte“, Frankfurt/M. 1992, S. 160-179; Armin Pfahl-Traugher, GRECE – Die Neue Rechte in Frankreich, in Vorgänge 30 (1992), Nr. 113, S. 15-27; Matthais Weber, Prototyp der Neuen Rechten. Alain de Benoist und die Nouvelle Droite in Frankreich, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 145-161.

in der sich das Volk in Form bringt. Die Freiheit rührt von der Volksangehörigkeit her ...²⁰ Das hiermit verbundene Demokratieverständnis, das ganz in dem oben definierten identitären Sinne anzusehen ist, richtet sich demnach gegen konstitutive Prinzipien des modernen Demokratieverständnisses: Die Gesellschaft wird als politische Einheit verstanden, Staatsbürgerschaft definiert sich nur über ethnische Zugehörigkeit, die Gemeinschaft soll über dem Individuum stehen, dessen Grundrechte spielen als konstitutives Prinzip der politischen und verfassungsmäßigen Ordnung keine zentrale Rolle.

Weiter heißt es bei Benoist: „Eine Demokratie, die sich weder auf das Individuum-ohne-Zugehörigkeit noch auf die ‚Menschheit‘ beziehen würde, sondern auf das Volk als kollektiven Organismus und als bevorzugte Triebkraft jeden historischen Schicksals, diese Demokratie könnte als *organische Demokratie* bezeichnet werden.“²¹ Demnach geht es hier um eine ethnische und politische Homogenität: Dies ermöglicht Individuen mit anderer ethnischer Herkunft nicht mehr, den Status der Bürgerschaft mit dessen Rechten zu erlangen. Aber auch Bürger der gleichen ethnischen Herkunft müssten ihre individuellen Auffassungen und Interessen wohl dem behaupteten Gemeinwohl unterordnen.²² Dies läuft auf die Abschaffung oder Einschränkung von Grundrechten hinaus. Benoist postulierte zwar für seine „organische Demokratie“ ein hohes Maß an Beteiligung des Volkes. Dabei berief er sich aber auf Repräsentanten der antidemokratischen „Konservativen Revolution“²³ der Weimarer Republik wie Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck oder Carl Schmitt.²⁴

²⁰ Alain de Benoist, *Demokratie: Das Problem* (1985), Tübingen 1986, S. 115.

²¹ Ebenda, S. 116.

²² Allein von daher kann die Auffassung, Benoist sei seit Anfang der 1970er Jahre kein Rechtsextremist mehr, nicht überzeugen. Vgl. dazu die Auffassungen in: Michael Böhm, Alain de Benoist. Denker der Nouvelle Droite, Schnellroda 2008; Michael Böhm, Alain de Benoist und die Nouvelle Droite. Ein Beitrag zur Ideengeschichte im 20. Jahrhundert, Münster 2008.

²³ Vgl. u.a. Armin Pfahl-Traugher, Die „Konservative Revolution“. Der publizistische Angriff auf den demokratischen Verfassungsstaat der Weimarer Republik, in: *Mut*, Nr. 365 vom Januar 1998, S. 40-56; Rolf Peter Sieferle, *Die Konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen*, Frankfurt/M. 1995; Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*. Die

8. Die instrumentalisierende Umdeutung des Demokratieverständnisses (Kunze)

Auf den Letztgenannten stützte sich auch der Jurist Klaus Kunze²⁵ (Jg. 1953), der in seinen Publikationen über die Kritik an bestehenden Missständen für ein identitäres Demokratieverständnis eintrat. Dabei nutzte er eine besondere Argumentationsweise: Sie griff in Medien, Politik und Wissenschaft kursierende Kritik am Einfluss der Parteien, deren Finanzierung aus dem Staatshaushalt oder der Funktionsfähigkeit des Parlaments auf. Während hierbei Demokraten aber für eine Reform des bestehenden Parlamentarismus eintreten, geht es Rechtsextremisten demgegenüber um die fundamentale Delegitimierung solcher politischen Ordnungen. Gleichwohl knüpfen sie dabei an Einwände und Vorbehalte in der Gesellschaft an, um so für ihre politische Deutung der Missstände größere öffentliche Akzeptanz bewirken zu können. Ähnlich ging auch Schmitt in seiner erwähnten Schrift vor, benannte sie doch ebenfalls bestehende Legitimationsdefizite und Missstände zur Postulierung eines Gegensatzes von Demokratie und Parlamentarismus.

Ganz in diesem Sinne bemerkte Kunze auch in einem programmatischen Artikel „Plebiszite als Weg aus dem Parteienstaat“ (1992) in Anlehnung an Argumentationsmuster und Sprachgebrauch des Staatsrechtlers: „Diese systembedingte Schwäche liegt im liberalen Parteienstaat in seinem nicht eingelösten demokratischen Anspruch. Wer sich mit den Strukturmerkmalen der Demokratie (Identität der Herrscher und der Beherrschten) und des Parlamentarismus (legitime Herrschaft der Repräsentanten über die Repräsentierten) befasst hat, weiß natürlich, dass sie einander ausschließende Prinzipien beinhalten und dass ein parlamentarisches System genau genommen eben keine De-

politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1983.

²⁴Vgl. Benoist, Demokratie (Anm. 20), S. 112-114.

²⁵Über Klaus Kunze liegen keine ausführlicheren Informationen in der Sekundärliteratur vor. Biographische Angaben enthalten die Anhänge seiner Bücher. Eine Einordnung von Kunzes Positionen in den Diskurs der „Neuen Rechten“ wird vorgenommen in: Armin Pfahl-Traughber, Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextreme Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 43-45, 170-173 und 198f.

mokratie sein kann.“²⁶ Dieses Demokratieverständnis läuft in seiner inhaltlichen Konsequenz auf eine Ablehnung des allgemeinen Parlamentarismus und die Einforderung einer homogenen Gesellschaft hinaus: Kunze ignoriert mit seiner antipluralistischen und identitären Fixierung dabei komplett anderslautende Demokratieverständnisse der politischen Theorie.

Die damit verbundene Absolutsetzung der eigenen Auffassungen dient primär dazu, dem Parlamentarismus den demokratischen Charakter abzuspochen und damit eine intellektuelle Delegitimation seines Selbstverständnisses vorzunehmen. Diese Absicht erklärt auch Kunzes Plädoyer für Plebiszite, das eben nicht durch die Einforderung von einem Mehr an Partizipationsmöglichkeiten des Volkes motiviert ist. Ihm ging es vielmehr darum, mit der Berufung auf ein identitäres Demokratieverständnis eine bessere Ausgangsposition im öffentlichen Diskurs für seine eigentlichen politischen Zielsetzungen zu erlangen. Kunze schrieb in seinem Buch „Der totale Parteienstaat“ (1994) denn auch in aller Offenheit zur strategisch motivierten Nutzung des Demokratiebegriffs: „Es ist ganz ausgeschlossen, an die Stelle des Gottes der Demokratie einfach mal so irgend einen anderen Gott zu setzen. Wir könnten die herrschenden Liberalen nur ideologisch entwaffnen, wenn wir unsere Forderungen im traditionellen Gewand der direkten Berufung auf das Volk präsentieren.“²⁷

9. Die ideologische Aneignung des Demokratiebegriffs im „Neuen Nationalismus“ (Schwab)

Ähnliche Auffassungen wie bei Kunze findet man bei einem anderen Autor, der sich in inhaltlicher Stoßrichtung und politischer Wortwahl noch klarer artikuliert: Jürgen Schwab²⁸ (Jg. 1967). Der studierte

²⁶Klaus Kunze, Plebiszite als Weg aus dem Parteienstaat, in: Junge Freiheit, Nr. 10 vom Oktober 1992, S. 23.

²⁷Klaus Kunze, Der totale Parteienstaat. Abschied vom idealen Staat. Der Weg aus der Krise des deutschen Parteiensystems, Esslingen 1994, S. 165f.

²⁸Vgl. u.a. Artikel Jürgen Schwab, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 319-321; Eckhard Jesse, Von den Linken lernen? Vier rechtsextremistische Intellektuelle im Vergleich, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte

Germanist gehörte zeitweise zu den einflussreichen Intellektuellen in der NPD, verließ die Partei aber später und wirkt gegenwärtig als unabhängiger Publizist im Rechtsextremismus. Mit dem von Schwab veröffentlichten Buch „Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik“ (1999) liegt eines der wenigen programmatischen Werke aus diesem politischen Lager vor. Zwar konnte der darin erhobene Anspruch einer politischen Theorie des „Neuen Nationalismus“ inhaltlich nicht eingelöst werden, gleichwohl erhielt der Inhalt dieser Schrift auch Positionierungen zum Demokratieverständnis. Bei der Ausformulierung seiner „nationalen Fundamentalkritik“ bemerkte Schwab denn auch: „Demokratie und ein vornehmlich parlamentarisches System schließen sich gegenseitig geradezu aus, sie sind miteinander nicht vereinbar!“²⁹

Dabei sollte es sich um eine Umkehrung der These von Carl Schmitt handeln. In der Tat verwies Schwab bei seinen Ausführungen zu Demokratie und Parlamentarismus immer wieder auf die vorgenannten Positionen des Staatsrechtlers: Es bestehe kein Gegensatz von Demokratie und Diktatur, aber sehr wohl ein Gegensatz von Demokratie und Parlamentarismus. Schwab bezog sich gleichzeitig auf die Kritik am Einfluss der Parteien auf den Staat, welcher auch von vielen Anhängern des Parlamentarismus problematisiert wird. Während diese aber mit ihren Einwänden eine Reform der repräsentativen Demokratie anstreben, plädierte Schwab im Namen seines Verständnisses von „Demokratie“ für die Überwindung des Parlamentarismus. Demnach nutzte er die Auffassung von einer identitären Demokratie, um damit die Existenz einer repräsentativen Demokratie in Abrede zu stellen. Gleichzeitig sprach Schwab davon, dass Demokratie und Diktatur keinen Gegensatz darstellten und sehr wohl eine Symbiose eingehen könnten.

und Gegenwart, Köln 2003, S. 261-288; Armin Pfahl-Traughber, Eine nationalrevolutionäre Kritik an der NPD. Der rechtsextremistische Intellektuelle Jürgen Schwab als Ideologe und Kritiker der Partei, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 383-397.

²⁹Jürgen Schwab, Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik, Stuttgart 1999, S. 184.

Auch hier blieb der geistige Einfluss Carl Schmitts unverkennbar, was aus der direkten Benennung des Staatsrechtlers als Stichwortgeber einer antiparlamentarischen Grundposition deutlich wird: „Schon deswegen sind die Begriffe Parlamentarismus und Liberalismus im Sinne von Carl Schmitt als zusammengehörig zu erkennen und aus nationaler Position gemeinsam zu verwerfen. Der Ausweg hingegen kann nur gefunden werden, indem der Parlamentarismus und die aus ihm resultierende Parteienherrschaft von der nationalen Intelligenz als das Grundübel erkannt und von der nationalen Publizistik und Propaganda dementsprechend angesprochen werden.“³⁰ Während Schwab so dem Parlamentarismus die demokratische Ausrichtung absprach, behauptete er sie für eine nationalistische Diktatur. An anderer Stelle sprach Schwab davon, dass man „den Gedanken des absoluten Herrschers mit der demokratischen Legitimität der Volkssouveränität“³¹ verbinden könne, sofern sich ein Alleinherrscher nach seiner Wahl auf die Zufriedenheit des Volkes stütze.

10. Die Delegitimierung des Parlamentarismus zur Überwindung des Systems (Nordbruch)

Und schließlich sei als letztes Beispiel für den Rekurs rechtsextremistischer Intellektueller auf das identitäre Demokratieverständnis noch der Autor Claus Nordbruch³² (Jg. 1961) genannt. Er veröffentlichte zahlreiche Artikel und Bücher in unterschiedlichen Publikationsorganen und Verlagen des genannten politischen Lagers, welche sich aber meist nur mit aktuellen und historischen Themen beschäftigen. Im Unterschied zu Benoist, Kunze und Schwab gehört Nordbruch demnach nicht zu den „theoretischen Köpfen“ im Rechtsextremismus. So findet

³⁰Ebenda, S. 308.

³¹Jürgen Schwab, Volksstaat statt Weltherrschaft. Das Volk – Maß aller Dinge, Tübingen 2002, S. 374. Vgl. ausführlicher und kritisch zu diesem Buch: Ein „Anti-Globalisierungsbuch“ aus etatistisch-völkischer Sicht, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 15, Baden-Baden 2003, S. 320-324.

³²Über die Person von Claus Nordbruch findet man in der Sekundärliteratur keine ausführlicheren Angaben. Biographische Informationen enthalten die Klappentexte seiner Bücher. Im Internet gibt es einen Artikel auf der Seite der freien Enzyklopädie Wikipedia.

man bei ihm auch keine ausführlichen Bezüge zu der genannten ideengeschichtlichen Tradition „identitärer“ oder „totalitärer Demokratie“. Offenbar nahm Nordbruch derartige Auffassungen und Positionen nur aus „zweiter Hand“ wahr. Gleichwohl bettete er seine grundlegende Ablehnung des bestehenden politischen Systems in den inhaltlichen Rahmen einer solchen Argumentation ein, wofür vor allem die in der Tradition von Carl Schmitt stehenden Ausführungen zur Funktion von Plebisziten stehen.

Dies lässt sich anhand eines Aufsatzes mit dem bezeichnenden Titel „Das System überwinden“ (2003) in nur seltener Offenheit verdeutlichen: Darin ging Nordbruch davon aus, dass das System der Berliner Republik nicht ewig bestehen werde und die Anzeiche des Niedergangs unverkennbar seien. Diese angebliche Entwicklung begrüßt der Autor ausdrücklich und erörtert ihm angemessene Vorgehensweisen zu deren Beschleunigung: Die Gründung einer neuen Partei sei kein richtiger Schritt in diese Richtung, da sie doch allenfalls als künftiger Koalitionspartner einer „Systempartei“ ins Leben gerufen werde. Und dann machte Nordbruch seine eigentliche politische Absicht auch in den Formulierungen sehr deutlich: „Eine solche Symbiose hat mit Systemüberwindung nichts zu tun!“ Eine neue Partei sei nur ein weiteres Rädchen am System. Und weiter heißt es in diesem Kontext: „Eine Veränderung, geschweige denn die Überwindung des herrschenden Systems – und das ist ja unser Ziel! – kann auf diese Weise niemals erfolgen.“³³

Statt auf eine Partei solle man dazu auf das Volk setzen. Und an dieser Stelle seiner Argumentation berief sich Nordbruch auf Kunze und über diesen indirekt auch auf Schmitt: Die bestehende Demokratie sei gar keine Demokratie, Demokratie und Parlamentarismus hält er für einen Gegensatz, und das Plebiszit soll das Instrument zur Systemüberwindung sein. So heißt es denn auch im Text: „Das Plebiszit muss folglich unsere Waffe der Systemveränderung sein. Es muss uns gelingen, auf breiter Basis unserem Volk, aber auch unseren maßgeblichen Nachbarn, die revolutionäre Bestrebungen in Deutschland zumindest immer mit einem nervösen Auge verfolgen, das herrschende

³³Claus Nordbruch, Das System überwinden, in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart 51 (2003), Nr. 1, S. 2-6, hier S. 4.

System als im Grunde genommen undemokratisch zu entlarven. Der Parlamentarismus der Berliner Republik ist eben keine Volksherrschaft.“³⁴ Gerade diese Ausführungen machen noch einmal deutlich, dass mit der Anrufung der identitären Demokratie - über die Einforderung des Plebiszits - die parlamentarische Demokratie delegitimiert werden soll.

11. Die Umdeutung des Demokratiebegriffs als Bestandteil der „Kulturrevolution von rechts“

Die damit verbundene Absicht strebt man über die Strategie der „Kulturrevolution von rechts“ an. Was ist damit in einem allgemeinen Sinne wie hinsichtlich des Rechtsextremismus gemeint? Das einschlägige Vorgehen verdankt sich einer besonderen Einsicht: Grundlegende politische Änderungen bis hin zu einem Systemwechsel erfolgen nicht ohne Vorbereitungen auf den unterschiedlichsten Ebenen. Hierzu gehört auch der Bereich der Einstellungen und Meinungen gegenüber bedeutenden gesellschaftlichen Entwicklungen und staatlichen Institutionen. Gibt es einen breiten öffentlichen Konsens zugunsten der bestehenden Ordnung, so dürfte dessen Überwindung kaum möglich sein. Erst die Delegitimierung und Zerstörung dieser Akzeptanz lässt eine Ausgangssituation entstehen, welche realistische Möglichkeiten für einen Systemwechsel bietet. Auf dem damit angesprochenen Handlungsfeld bewegen sich insbesondere Intellektuelle, die im kulturellen Bereich eine Dominanz ihrer Auffassungen im Sinne eines „Vor-Denkens“ der Hegemonie im politischen Bereich anstreben.

Ganz in diesem Sinne argumentierte auch Benoist, der hierbei die Einsichten des italienischen Marxisten Antonio Gramsci für die Entwicklung einer Strategie der „Kulturrevolution von rechts“ nutzte. In einem Band mit diesem Titel (1985) kritisierte der als „Chefideologe“ der „Neuen Rechten“ geltende Publizist die „alte Rechte“, der er das Fehlen eines Willens und Ziels vorwarf. Ihr mangle es darüber hinaus an einer entwickelten Ideologie und Strategie. Benoist betonte demgegenüber die Notwendigkeit der Theoriearbeit, könne es doch ohne genaue Ideologie kein wirksames Handeln geben. Alle großen Revolutionen setzten aus seiner Sicht nur Entwicklungen in die Tat um, welche

³⁴Ebenda, S. 5.

sich bereits zuvor schon im Geiste vollzogen hätten.³⁵ Aus dieser Erkenntnis leitete man die Notwendigkeit einer Intellektualisierung des eigenen politischen Lagers ab, sei doch nur auf dieser Basis eine Teilnahme am öffentlichen Diskurs und die Erlangung der kulturellen Hegemonie möglich. Bilanzierend betrachtet muss dieser Ansatz mit so hohen Erwartungen allerdings als gescheitert gelten.³⁶

Gleichwohl agierten die genannten und andere Publizisten ganz in diesem Sinne, wofür auch die Bemühungen um eine Umdeutung des Demokratieverständnisses stehen. Kunze benannte die damit einhergehenden Absichten auch in aller Offenheit: Jede Strategie der Überwindung eines Herrschaftssystems müsse mit seiner Delegitimierung beginnen. Dabei solle man die geltenden Wertvorstellungen entweder der Lächerlichkeit preisgeben oder eine Umdeutung vornehmen. Der integrale Wert des parlamentarischen Systems bestehe nun einmal im Demokratieprinzip und daher bedürfe es auch einer Umdeutung im eigenen Sinne und einer Umfunktionalisierung als Angriffsinstrument. Hierin bestehe die dringlichste Aufgabe einer geistigen Partisanentätigkeit.³⁷ Im Lichte dieser strategischen Überlegungen muss auch die erörterte Deutung von Demokratie im identitären Sinne und deren Frontstellung gegen Demokratie im pluralistischen Sinne gesehen werden: So will man im Namen der (identitären) Demokratie die (pluralistische) Demokratie überwinden.³⁸

³⁵Vgl. Alain de Benoist, Die alte und die neue Rechte, in: Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985, S. 13-38; Alain de Benoist, Die kulturelle Macht, in: ebenda, S. 39-51.

³⁶Vgl. in dieser Hinsicht als aktuelle Bestandsaufnahme mit einer solchen Einschätzung: Torsten Kriskofski, Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus. Eine Analyse zur Entwicklung am Beispiel der NPD und ihrer Umfeldorganisationen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 211-248.

³⁷Vgl. Klaus Kunze, Wege aus der Systemkrise, in: Andreas Molau (Hrsg.), Opposition für Deutschland. Widerspruch und Erneuerung, Berg 1995, S. 202-223, hier S. 215-220.

³⁸Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die „Umwertung der Werte“ als Bestandteil einer Strategie der „Kulturrevolution“. Die Begriffsumdeutung von „Demokratie“ durch rechtsextremistische Intellektuelle, in: Gessenharter/Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte (Anm. 19), S. 73-94.

12. Schlusswort und Zusammenfassung

Diese eigentliche Absicht steht auch hinter Forderungen von Rechtsextremisten, die angesichts von deren politischen Grundpositionen zunächst einmal eher verwundern. Hierzu gehört etwa der Ruf nach mehr Plebisziten, also Volksabstimmungen. Während Anhänger einer pluralistischen Demokratieauffassung derartige Positionen formulieren, um die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen zu erweitern, geht es Rechtsextremisten dabei um eine andere Zielsetzung. Bei ihnen kommt der Plebiszitforderung ein instrumenteller Charakter zu. Es geht den Rechtsextremisten um die Beseitigung des politischen Stellenwertes der Parteien und des Parlamentes und deren Einflusses auf die Politik der Regierung sowie um die Aufhebung der Gewaltenteilung in diesem Zusammenhang und somit eines tragenden Prinzips demokratischer Verfassungsstaaten. Kunze und Nordbruch hatten dies auch in ihren Publikationen deutlich formuliert: Die Forderung nach Plebisziten sei ein Instrument zur Systemüberwindung.

Die Erkenntnis dieser Absicht spricht nicht grundsätzlich gegen ein Plädoyer für Volkabstimmungen im Sinne einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Gleichwohl nötigt diese Einsicht doch auch zu einer differenzierten und reflektierten Debatte über Plebiszite: Häufig problematisieren deren Befürworter nicht genügend, dass damit auch autoritäre und freiheitsfeindliche Konsequenzen verbunden sein können. Mit der Formulierung der Frage und der Regelung des Verfahrens bestehen in vielfältigster Form Möglichkeiten der Manipulation. Aufgrund des offenen Bekenntnisses einiger der vorgenannten Autoren, identitäres Demokratieverständnis mit der Plebiszitforderung im Sinne einer angestrebten Systemüberwindung instrumentell zu nutzen, lässt sich unschwer eine solche Absicht hinter den erwähnten Positionen erkennen. Deren Beachtung bedarf es nicht nur bezüglich der kritischen Analyse des Rechtsextremismus, sondern auch hinsichtlich der eigenen Auffassung von Demokratie – im Sinne eines reflektierten Selbstverständnisses.

Denn die vorstehenden Ausführungen haben noch einmal deutlich gemacht, dass die Feinde der Demokratie heute auch gern im Namen der Demokratie auftreten. Man macht es sich in der Auseinandersetzung aber zu einfach, wenn derartige Bekundungen nur als Ausdruck

eines Manipulations- und Täuschungsversuchs gelten. Die intellektuelleren Rechtsextremisten bemühen sich mitunter schon darum, aus der langen und vielschichtigen ideengeschichtlichen Tradition des Demokratieverständnisses Ansatzpunkte für ihre politische Selbstdarstellung abzuleiten. Dabei greifen sie in instrumenteller und selektiver Perspektive sowohl auf das antike Athen wie auf Rousseaus Gesellschaftsvertragsmodell zurück. Mit diesem Rekurs will man die identitäre gegen die pluralistische Demokratieauffassung ausspielen. Dagegen sollte immer daran erinnert werden, dass Demokratie als Volksherrschaft nicht nur eine Herrschaft im Namen der Mehrheit bedeutet. Inhaltlich verkoppelt mit diesem Ordnungsmodell sind auch Grundrechte, Minderheitenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit.

„Nationalismus ist Mädchensache“

Eine Analyse zu Geschlechterrollen und Geschlechterbildern im Rechtsextremismus

Thomas Pfeiffer

1. Einleitung und Fragestellung

„Deutschlands Zukunft ist auch Frauensache“, „Nationalismus ist Mädchensache“, „Widerstand ist Frauensache“ – Slogans wie diese in rechtsextremistischen Veröffentlichungen irritieren. Aus ihnen scheint ein neues Selbstbewusstsein der Aktivistinnen dieser Szene zu sprechen – der Anspruch, geradezu gleichberechtigt an der „nationalen Bewegung“ beteiligt zu sein. Und dies geschieht in einer Szene, die in jeder Hinsicht für das Gegenteil der Emanzipation steht, die häufig am Nationalsozialismus, seiner Rassenideologie und seinem Mutterkult anknüpft.

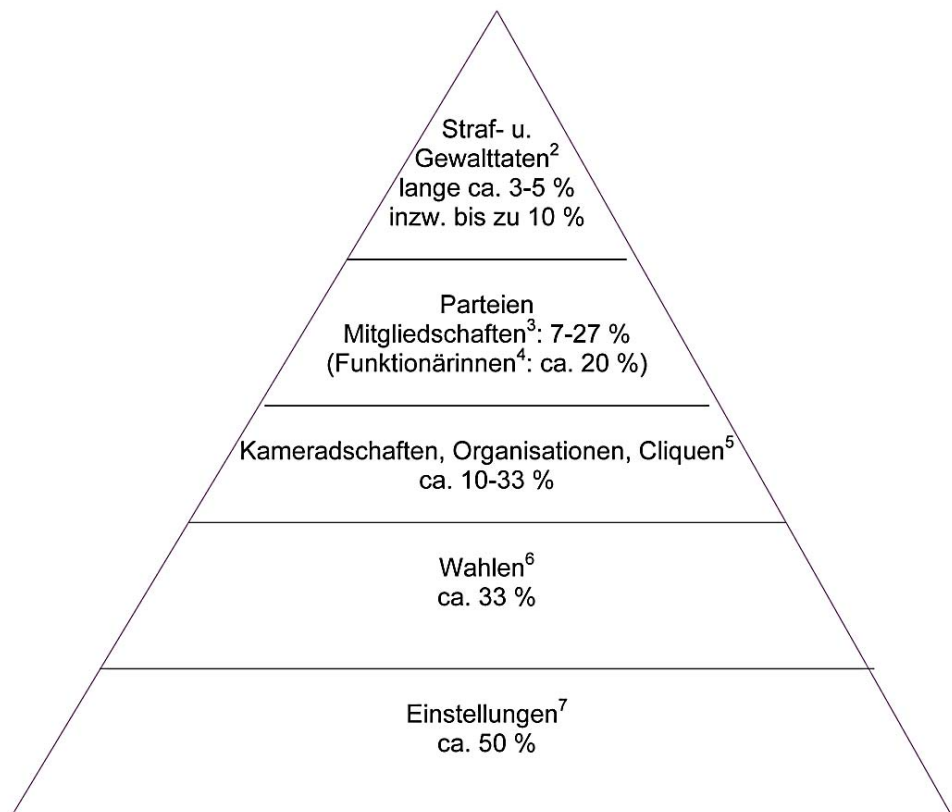
In welchem Maße sind Mädchen und Frauen am Rechtsextremismus beteiligt? Sind die Geschlechterbilder dieser Szene im Umbruch? Fragen wie diesen geht der folgende Beitrag schlaglichtartig nach. Aus dem weiten Feld der Geschlechterrollen und Geschlechterbilder greift er neuralgische Aspekte heraus, stellt Thesen zu jedem Punkt voran und beleuchtet diese an Beispielen aus rechtsextremistischen Medien.

2. Männer-/Frauenanteile

- Rechtsextremismus im umfassenden Sinne war nie ein allein männliches Phänomen.
- Je intensiver die Beteiligung am Rechtsextremismus, desto geringer ist der Anteil der Mädchen und Frauen.
- Ihre quantitative und qualitative Beteiligung steigt.

Die erste These gilt umso mehr, wenn wir neben den rechtsextremistischen Parteien und Organisationen die Einstellungsebene einbeziehen. Rechtsextremistische Weltbilder sind bei Frauen und Männern in ähnlichem Maße verbreitet. Die Sozialpsychologen Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler stellen 2012 allerdings fest, dass Männer fast allen Elementen des rechtsextremistischen Denkens – mit

Ausnahme des Sozialdarwinismus – häufiger zustimmen als Frauen.¹ In anderen Ausdrucksformen des Rechtsextremismus geht die Beteiligung der Geschlechter deutlicher auseinander: Von *dem* Frauen- oder Männeranteil am Rechtsextremismus zu sprechen ist daher irreführend. Eine gewisse Tendenz, dass Mädchen und Frauen in bestimmten Bereichen heute stärker vertreten sind als in der Vergangenheit, zeigt bereits der Augenschein vieler rechtsextremistischer Demonstrationen.



© Renate Bitzan 2007

Abb. 1: Frauen-Anteile an verschiedenen Ausdrucksformen des Rechtsextremismus²

¹ Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012, S. 40.

² Aus: Renate Bitzan, Frauen und Rechtsextremismus in Theorie und Praxis. Impulsreferat vom 23.1.2008, in: Website des Forums Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung, www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_08/080123_bitzan.pdf, gelesen am 25. Oktober 2011.

Die Pyramiden-Darstellung der Politikwissenschaftlerin Renate Bitzan systematisiert die Anteile von Frauen und Mädchen an Ausdrucksformen des Rechtsextremismus. Aktuelle Studien und auch der Blick nach Nordrhein-Westfalen bestätigen die genannten Größenordnungen. Dass die Geschlechterverteilung auf der untersten Pyramidenstufe – der Einstellungsebene – mehr oder minder ausgewogen ist, bestätigen auch die Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit des Teams um Wilhelm Heitmeyer (Bielefeld). Allerdings gilt dies vorwiegend für das Einstellungsmuster Fremdenfeindlichkeit: Der Leipziger Untersuchung von Decker/Kiess/Brähler zufolge wird es in höherem Maße von Männern, der Bielefelder Untersuchung zufolge etwas häufiger von Frauen geteilt. Größere Unterschiede zeigen sich bei den Einstellungsmustern Antisemitismus oder Islamfeindlichkeit: Antisemitische Einstellungen kommen bei Männern erheblich häufiger vor als bei Frauen, letztere bei Frauen häufiger als bei Männern.³

Männer neigen stärker zur Wahl rechtsextremistischer Parteien – eine Konstante bei Wahlen in Deutschland seit 1945. Der Parteienforscher und Politikwissenschaftler Richard Stöss geht wie Bitzan davon aus, dass die Wählerschaft etwa zu zwei Dritteln männlich, zu einem Drittel weiblich ist. So setzte sich im September 2011 auch die Gruppe derer zusammen, die der NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ihre Stimme gaben.⁴ Genauer gesagt, zeichnete sich die Wählerschaft der NPD bei Wahlen der jüngsten Zeit durch drei Kernmerkmale aus: Ihre Wählerschaft ist jung, männlich, und sie verfügt über mittlere oder einfache formale Bildung.⁵ Der Frauenanteil redu-

³ Vgl. Decker/Kiess/Brähler (Anm. 2), S. 40; Beate Küpper/Wilhelm Heitmeyer, Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 3, S. 108-128, hier S. 109; Andreas Zick, Das Potenzial in Deutschland. Islamfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung, in: Wolfgang Benz/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), „WIR oder Scharia“? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus, Schwalbach/Ts. 2011, S. 31-47, hier S. 40.

⁴ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.), SELLERING, Linke und Grüne Wahlgewinner, in: Website der Forschungsgruppe Wahlen, www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl_Mecklenburg-Vorpommern/News1_Meck11.pdf, gelesen am 25. Oktober 2011.

⁵ Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, 3. Aufl., Berlin 2010, S. 88f.

ziert sich weiter, blickt man auf die Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Parteien und Organisationen. In neonazistischen Gruppierungen (zum Beispiel „Kameradschaften“) variiert dieser Anteil erheblich und lässt sich insofern kaum pauschal benennen. Etwas klarer ist das Bild bei den Parteien: Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen geht davon aus, dass 15 bis 20 Prozent der NPD-Mitglieder an Rhein und Ruhr weiblich sind, etwas weniger sind es bei der selbsternannten „Bürgerbewegung pro NRW“ mit 10 bis 15 Prozent.⁶ In der Gruppe der Funktions- und Mandatsträger schrumpft der Frauenanteil weiter – drei Indikatoren zeigen dies beispielhaft: In beiden Landtagsfraktionen der NPD (Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) zusammengekommen, findet sich zurzeit nur eine weibliche Abgeordnete. Zu den etwa 20 aktiven Kreisvorsitzenden der NPD in Nordrhein-Westfalen zählen zwei Frauen. Der 15-köpfige nordrhein-westfälische Landesvorstand umfasste noch Anfang 2011 nur eine Frau, ihm gehörten zwischenzeitlich drei und Anfang 2013 immerhin fünf Frauen an.

Eine deutliche Minderheit sind Frauen und Mädchen unter den rechtsextremistischen Straftätern. Für Nordrhein-Westfalen haben Helmut Willems und Sandra Steigleder in ihrer umfassenden Studie von 2003 einen Anteil der Täterinnen von 10,6 Prozent ermittelt. Damit sind Frauen weiterhin deutlich unterrepräsentiert, wenngleich sich ihr Anteil im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren etwa verdreifacht hat.⁷

3. Männlichkeit

- Nach wie vor prägen die Mythen des Kämpfers und des Kriegers rechtsextremistische Vorstellungen von Männlichkeit.

⁶ Vgl. Antwort der Landesregierung vom 16. März 2011 auf die Große Anfrage der Fraktion Die Linke: Neofaschismus bzw. Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen, Drucksache 15/1505, S. 4f., in: Dokumentenarchiv des Landtags NRW, in: www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD15-1505.pdf, gelesen am 25. Oktober 2011.

⁷ Vgl. Helmut Willems/Sandra Steigleder, Täter-Opfer-Konstellationen und Interaktionen im Bereich fremdenfeindlicher, rechtsextremistischer und antisemitischer Gewaltdelikte. Eine Auswertung auf Basis quantitativer und inhaltsanalytischer Analysen polizeilicher Ermittlungsakten sowie von qualitativen Interviews mit Tätern und Opfern in NRW, Trier 2003, S. 64.

Zu den Konstanten des Rechtsextremismus zählt auch ein weitverbreitetes Verständnis von Männlichkeit, das auf den Mythen des Kämpfers und des Kriegers beruht und insofern mit Gewaltvorstellungen aufgeladen ist. Diese Mythen waren und sind im männlichen Rollenbild der Skinhead-Szene ausgeprägt, in der generell der männliche Arbeiter als Leitbild fungiert, im rechtsextremistischen Teilbereich dieser Jugendkultur: der „weiße“ männliche Arbeiter. Als Identifikationsmuster dienen darüber hinaus diejenigen Gruppen, die als Urahnen der „weißen Rasse“ konstruiert werden: Dies gilt weitgehend beliebig für Germanen, Wikinger oder Kelten. Der Germanist Georg Schuppener spricht von einer eklektizistischen – willkürlich Elemente herausgreifenden – und missbräuchlichen Aneignung der germanischen Mythologie: Deren Inhalte würden „rassistisch-sozialdarwinistisch auf die Glorifizierung von Kampf und gewaltsamer Durchsetzung des Rechtes des Stärkeren verengt“.⁸ Hinzu kommen Bezüge auf männliche Symbolfiguren des Nationalsozialismus, insbesondere aus der SA und SS.

Heute wie damals



Im Kampfe vereint!

Abb. 2.: Männerbilder im rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene (1998)⁹

⁸ Georg Schuppener, Strategische Rückgriffe der extremen Rechten auf Mythen und Symbole, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster, Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 310-331, hier S. 329.

⁹ Aus: Rainer Erb, Der ewige Jude. Die Bildersprache des Antisemitismus in der rechtsextremen Szene, in: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.), Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, Berlin 2001, S. 131-156, hier S. 136.

Idealtypisch gehen diese Vorstellungen von Männlichkeit aus einer Abbildung im Fanzine „Volkswille“ von 1998 hervor, einem Heft der rechtsextremistischen Skinhead-Szene. Der Slogan „Heute wie damals – im Kampfe vereint“ gibt die Botschaft aus: „Gehörst Du zu uns, bist Du ein Krieger“ – also jemand, so ließe sich die Parole verstehen, der für die gemeinsame Sache ein hohes Risiko einzugehen bereit ist, der sich nicht durch leere Worte auszeichnet, sondern durch Gewalt. Abgebildet sind – in einer Reihe mit einem bewaffneten Skinhead – ein germanischer Krieger oder Wikinger sowie ein Soldat, sei es der Wehrmacht oder des Ersten Weltkriegs. Diese Zeichnung impliziert die Aussage: „In unseren Reihen bist Du nicht allein und unbedeutend, vielmehr stehst Du in der langen Kette heldenhafter Vorgänger und Ahnen. Du gewinnst Bedeutung nicht, weil Du bist, wie Du bist, sondern weil Du zu einem machtvollen Kollektiv gehörst.“

Für entsprechende Männlichkeitskonstruktionen, Gemeinschafts- und Erlebnisangebote steht auch ein gut zweiminütiges Werbevideo, das die neonazistische „Kameradschaft“ „Freie Nationalisten Rhein-Neckar“ Anfang 2006 ins Internet gestellt hat. Der Beitrag, in dem Mädchen überhaupt nicht vorkommen, ist im Stil eines Video-Clips produziert: Im Hintergrund ist das Lied „Die Straße frei“ der Berliner Band „Spirit of 88“ zu hören: „Komm reih Dich ein, die Straße frei / Schließ Dich uns an, komm sei dabei / Kamerad, reich mir Deine Hand – Nationaler Widerstand!“ Zum Kameradschaftsangebot im Text, das sich hier auf den Männerbund im Stil der Skinhead-Szene bezieht, passen die Bilder: Ausschnitte aus einem Konzert, Abende am Lagerfeuer, Geländewanderungen im Schnee – Sequenzen zeigen Kampf- und Erlebnissportarten wie Kickboxen und Free Climbing, archaisch-germanisch anmutende Spiele wie Axtwerfen, aber auch gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei, die hier „das System“ repräsentiert. Der Film erzeugt ein aktivistisch-antibürgerliches Image dieser Szene – explizit politische Inhalte sind den Bildern kaum zu entnehmen. Bemerkenswert sind Motive, die Demonstranten in SA-ähnlichen Uniformen zeigen, sowie die Schlussequenz: ein Fackelmarsch, der unmittelbar an den Marsch der Nationalsozialisten durch das Brandenburger Tor am 30. Januar 1933 erinnert. Die Leit-

vorstellung – eine neue „Machtergreifung“ im Anschluss an den NS – wird nicht formuliert, der Clip legt sie symbolisch-ästhetisch nahe.¹⁰

Der Politikwissenschaftler Michael Kohlstruck und die Ethnologin Anna Verena Münch verstehen solche Geschlechtskonstruktionen als eine Form der „hypermaskulinen Männlichkeit“. Mit ihr ist vor allem die „Aggressivität gegen diejenigen (verbunden), die Unmännlichkeit verkörpern“, das heißt: tatsächlich oder vermeintlich homosexuelle Männer.¹¹ In ähnlichem Sinne spricht der Politikwissenschaftler Fabian Virchow vom Idealbild der „soldatischen Männlichkeit“: Hierzu zählt er „die Rolle des familiären Ernährers und Beschützers, Eigenschaften wie Strenge und Selbsterziehung (Disziplin, Mut, Härte gegenüber sich selbst) sowie eine soldatische Einstellung und Kampfbereitschaft bzw. -fähigkeit“.¹² Diese Konstruktion drücke sich insbesondere darin aus, dass Soldaten der Wehrmacht bzw. der Waffen-SS zu Vorbildern stilisiert werden.

Der Aussage, diese Vorstellungen seien „weitgehend stabil“, stellen andere Autoren Prozesse der Ausdifferenzierung gegenüber, die zurzeit auch auf dem Gebiet rechtsextremistischer Männlichkeiten stattfinden. In seiner Untersuchung der Männlichkeitskonstruktionen in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ kommt der Politikwissenschaftler Jörn Hüttmann zu einem doppelten Ergebnis: Einerseits sei das soldatische Männlichkeitsbild im Sinne Virchows weiterhin dominant,

¹⁰Das Video ist nicht mehr online (Privatarchiv des Autors).

¹¹Michael Kohlstruck/Anna Verena Münch, Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. Der Fall Schöberl, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 302-336, hier S. 310. Das rechtsextremistische Verhältnis zur Homosexualität ist widersprüchlich: Die Tatsache, dass an dieser Szene homosexuelle Männer beteiligt sind, wird teils ignoriert, teils in internen Machtkämpfen gegen die Betroffenen verwandt, teils im Anschluss an eine Argumentationslinie des 1991 verstorbenen Neonazi-Aktivisten Michael Kühnen legitimiert; vgl. Robert Claus/Yves Müller, Männliche Homosexualität und Homophobie im Neonazismus, in: Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller (Hrsg.), „Was ein rechter Mann ist ...“. Männlichkeiten im Rechtsextremismus, 2. Aufl., Berlin 2011, S. 109-126.

¹²Fabian Virchow, Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis „idealer Männlichkeit“, in: Claus/Lehnert/Müller (Anm. 11), S. 39-52, hier S. 39, 41 und 44.

das alleinige und für alle verbindliche Männlichkeitsideal sei es nicht. Dies führt Hüttmann auch auf strategische Motive zurück, die kämpferische Rhetorik zugunsten eines moderateren Auftretens der Partei zurückzustellen.¹³ Kurt Möller verweist auf habituelle Veränderungen der neonazistischen Szene („Autonome Nationalisten“), – in diesem Zuge verschiebt sich das Bild des Mannes als Kämpfer und Krieger: „Hier wird ästhetisch eine junge, urbane sub- und popkulturelle Männlichkeit in Szene gesetzt, die aktionistisches Rebellentum mit politischem Partisanentum (und eben nicht mehr so sehr mit politischem Soldatentum ...) mixt – und bei diesen Gelegenheiten dann doch wieder deutlich ihre Gewaltakzeptanz zu erkennen gibt.“¹⁴

Trotz solcher Verschiebungen ergeben sich verhältnismäßig klare Konturen der Männlichkeitsbilder in demjenigen rechtsextremistischen Spektrum, das sich im „Nationalen Widerstand“ sieht: der Bandbreite von der NPD bis zur Neonazi-Szene. Inwiefern diese Konturen für Parteien wie „pro Köln“ und „pro NRW“ gelten, wurde bislang nicht untersucht und kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Letztere geben sich bewusst bürgerlich und bekennen sich immer wieder demonstrativ zum Grundgesetz. Tatsächlich stellen sich auch diese Parteien gegen elementare demokratische Standards und sind als rechtsextremistisch zu verstehen. Hinsichtlich ihres ideologischen Grundgerüsts, der Außendarstellung und Zielgruppen unterscheiden sie sich von der NPD¹⁵, populistische Diskurse¹⁶ prägen ihre Agitation in besonderem Maße. Die Vermutung ist plausibel, dass Männlich-

¹³Jörn Hüttmann, Männlichkeitsdiskurse in der Deutschen Stimme, in: Ursula Birsl (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011, S. 147-167, hier S. 162 und 159.

¹⁴Kurt Möller, Konstruktionen von Männlichkeiten in unterschiedlichen Phänomenbereichen des Rechtsextremismus, in: Birsl (Anm. 13), S. 129-145, hier S. 141.

¹⁵Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2011, Düsseldorf 2012, S. 53ff.

¹⁶Der Begriff Populismus wird hier im Anschluss an Armin Pfahl-Traugher verstanden und bezeichnet keinen politischen Standort, sondern eine Technik. Populistische Diskurse in diesem Sinne können innerhalb und außerhalb des (Rechts-)Extremismus auftreten. Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Volkes Stimme? Rechtspopulisten in Europa, Bonn 1994, S. 18f.

keitskonstruktionen – und Geschlechterbilder generell – in den „pro“-Parteien denjenigen ähneln, die der Politikwissenschaftler Oliver Geden in seiner Untersuchung zu Männlichkeitskonstruktionen in der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) herauskristallisiert hat. Mit der FPÖ arbeiten die „pro“-Parteien eng zusammen und verstehen sie als Erfolgsmodell. Geden zufolge eint „die Vorstellung eines grundlegenden Geschlechterdualismus“ die unterschiedlichen Ebenen des FPÖ-Diskurses. Im theoretisch orientierten Diskurs werde die Idee der Gleichheit von Mann und Frau prinzipiell zurückgewiesen, „Frauenpolitik gilt als überflüssig, das Ziel der Emanzipation als bekämpfungswert, Männer (gelten) als Opfer der Transformation der Geschlechterverhältnisse.“ In den an die Parteiöffentlichkeit und darüber hinaus gerichteten, auf Machterhalt und -gewinnung zielenden Diskursen öffne sich die Partei teilweise für Forderungen, die Stellung von Frauen in Politik und Beruf zu stärken.¹⁷ Die „pro“-Parteien stellen die Gleichberechtigung der Geschlechter zumindest öffentlich nicht infrage, vielmehr bringen sie diese gegen ihr wichtigstes Feindbild – den Islam – in Stellung.

3. Frauenorganisationen

- Rechtsextremistische Gruppen und Organisationen von und für Mädchen oder Frauen haben an Bedeutung gewonnen.
- Sie sind ein Indiz, dass Mädchen und Frauen eine stärkere Teilhabe an dieser Szene beanspruchen.
- Gleichwohl sieht das explizite Rollenbild dieser Gruppen Frauen in erster Linie in der Rolle der Mutter und als Hüterin der Heimat vor.

Der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF), die Frauenorganisation der NPD, ist ein Beispiel der Gruppierungen von und für Frauen, die in jüngsten Jahren vermehrt auf den Plan treten. Die 2006 gegründete Organisation vereint 2011 etwas über 100 Frauen – damit ist sie nach wie vor überschaubar. Der Landesverband NRW wurde 2007 in Ober-

¹⁷Oliver Geden, Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung, Opladen 2004, S. 113ff.

hausen gegründet; er ist allerdings kaum aktiv.¹⁸ Als eine Vorläuferorganisation „Frauenpolitischer Organisationen“ wie des RNF stuft der Verfassungsschutz Berlin die noch bestehende „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) ein, die sich „neben der regelmäßigen Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen weitgehend auf die Pflege von Brauchtum und Kultur sowie die Beantwortung lebenspraktischer Fragen der Kinderbetreuung und der häuslichen Arbeiten“ konzentrierte.¹⁹ Darüber hinaus entstanden in den 2000er Jahren verschiedene rechtsextremistische Gruppierungen, die sich als Angebot und Interessensvertretung von und für Frauen definierten. Renate Bitzan spricht 2008, bezogen auf die vorangegangenen zehn Jahre, von einem „regelrechte(n) Boom an Neugründungen“²⁰ entsprechender Frauengruppen im Vergleich zu früheren Zeiten. Einige dieser Gruppen – mit begrenzter Personenzahl, Dauerhaftigkeit und Reichweite – suggerieren allerdings mehr Bedeutung und Aktionsradius, als sie in der Realität einhalten.

Solche Gruppen und Organisationen sind einerseits das Indiz eines wachsenden Anspruchs auf Teilhabe von Frauen in der rechtsextremistischen Szene. Sie stehen auch für den Versuch, in Zeiten, in denen sich Rollenbilder in der Gesellschaft deutlich verändert haben, modern zu wirken. Der Blick auf die expliziten Rollenverständnisse rechtsextremistischer Frauenorganisationen – wie sie auf deren Websites ausgeführt werden – legt allerdings in aller Regel ein überaus traditionelles, differenzorientiertes Frauenbild offen. Die meisten dieser Grundlagentexte zeichnen ein Bild der Frau in ihrer angeblich naturgegebenen und obligatorischen Rolle als Mutter, Hüterin der Heimat und Dienerin der völkischen Gemeinschaft. Nicht immer geschieht dies so pathetisch wie auf der Website der „Gemeinschaft Deutscher Frauen“: „Hast Du erst begriffen, daß freiwillige Unterordnung und Dienst Deiner Gemeinschaft, Deinem Volk, also auch Dir und Deinen Kindern dient, dann wirst Du zur Tat schreiten ohne zu murren und ohne zu fragen! ... Die, die gekommen sind, um zu dienen – in Ehrfurcht

¹⁸Zum RNF vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Berlin 2012, S. 99f.

¹⁹Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), „Frauen im Rechtsextremismus“, Berlin 2009, S. 9.

²⁰Bitzan (Anm. 2), S. 3.

vor dem heiligen Ziel – diese Frauen ruft Deutschland, ruft die kommende Generation – ruft auch die Gemeinschaft Deutscher Frauen.“²¹

Der Anspruch auf Teilhabe einerseits und ideologisch fundierte Rollenbilder andererseits stehen in einem Spannungsverhältnis. Unterschiedliche Weisen, die Spannung auszutarieren, lassen viele Variationen entstehen, wie Geschlechterverständnisse dieser Gruppierungen und einzelner Aktivistinnen geäußert und gelebt werden: Mal schlägt das Pendel in Richtung des antiegalitären Rollenbildes aus – dann sind solche Gruppen im äußersten Fall von einer inhaltlichen und stilistischen Nähe zum nationalsozialistischen „Bund Deutscher Mädel“ geprägt. Mal steht die Teilhabe im Vordergrund: Dann kann der Anspruch auf mehr Präsenz und Mitsprache zur Forderung werden und beispielsweise in der NPD zu Konflikten mit der männlichen Mehrheit führen. Unterschiedliche Verständnisse und Praxen kann es innerhalb einer Gruppe geben oder auch Widersprüche zwischen expliziertem Anspruch und dem Handeln einzelner Personen.²²

Generell zählen Widersprüche zu den wichtigsten Faktoren, die einen Ablösungs- und Ausstiegsprozess anstoßen können. Dies gilt auch für eine überstrapazierte Spannung zwischen Schein und Realität in Bezug auf die Frauenrolle. Die Journalisten Janine Stolpe-Krüger sowie Andrea Röpke und Andreas Speit porträtieren vermutlich dieselbe Aussteigerin „Johanna“, die als Mitbegründerin der „Kameradschaft Tor Berlin“ und der entsprechenden „Mädelgruppe“ vorgestellt wird. Der Berliner Innensenator hat diese Organisationen, die zur Entwicklung der „Autonomen Nationalisten“ beigetragen haben, im März 2005 verboten. „Johanna“ schildert, dass sie sich zunächst als aktive Frau in dieser Szene akzeptiert gefühlt habe. Zunehmend aber erlebte sie, dass sie von bestimmten Aktionen mit der expliziten Begründung ausgeschlossen blieb, diese seien Männern vorbehalten. Auch Gewalt-

²¹Gemeinschaft!, in: Website der Gemeinschaft Deutscher Frauen, in: www.g-d-f.de/seiten/intern.html, gelesen am 25. Oktober 2011.

²² Vgl. auch Bitzan (Anm. 2), S. 3; Andrea Röpke/Andreas Speit, Mädel-sache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin 2011, S. 47ff.

erfahrungen trugen demnach zu ihrer Ablösung vom Neonazismus bei.²³

4. Zielgruppe

– Rechtsextremistische Organisationen – insbesondere Parteien – werden sich zunehmend der strategischen Bedeutung von Frauen und Mädchen als Zielgruppe bewusst.

Insbesondere die NPD ist sich im Klaren, dass sie bei Wahlen, die aus eigener Sicht erfolgreich waren, wie den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern 2004, 2006, 2010 und 2011, ihr männliches Wählerpotenzial angesprochen und zum Teil weitgehend ausgeschöpft hat – ihr weibliches Potenzial noch nicht. Strategisch geht die Partei zudem davon aus, dass dem Erfolg auf der Landesebene die Verankerung in den Kommunen vorausgehen muss: „Über die Rathäuser in die Landtage“ lautet die Parole. Für diese Verankerung vor Ort könnten Mädchen und Frauen, die das Bild der Partei (mit)prägen, wichtige Dienste leisten. In dem Maße, in dem die Partei ein seriöseres, weniger abschreckendes Image aufbauen möchte, steigt ihr Interesse an weiblichem Personal.

So enthält die Schülerzeitung „DER titellose“, welche die NPD-Landesverbände Berlin und Brandenburg gemeinsam veröffentlicht haben, einen doppelseitigen Beitrag unter der Überschrift „Nationalismus ist Mädchensache“. Die Ansprache der Zielgruppe ist hier NPD-typisch: Ideologische Hintergründe legt der Text nicht offen, setzt vielmehr auf einen Tarndiskurs, der zustimmungsfähige Aussagen in den Vordergrund rückt. Dort heißt es: „Nationalismus verbinden heute viele mit ‚bösen Jungs‘, die keine Ausländer mögen. Die Presse und auch einige andere Leute tun viel dafür, dass das geglaubt wird. Warum verschweigen sie, dass es in der nationalen Bewegung viele junge Frauen und Mädchen gibt, die sich engagieren und die es toll finden, dass bei uns eben einiges ANDERS läuft, als woanders?“ Auf diese Weise möchte der Beitrag das NPD-Image wenden und die

²³Vgl. Janine Stolpe-Krüger, Aussteigerin aus der Nazi-Szene, Manuskript des Beitrags im WDR-Magazin frauTV vom 19. September 2011; Röpke/Speit (Anm. 22), S. 91-102.

weibliche Zielgruppe zur Beteiligung einladen. Geschlechterdifferenzen deutet er an und vermeidet gleichzeitig, dass betont traditionelle Rollenbilder die Zielgruppe auf Distanz gehen lassen: „In Schule und Ausbildung muss man als Mädchen nicht selten genauso sein wie die Jungs. Bei uns sind wir stolz auf den ‚kleinen Unterschied‘ und wollen auch als Mädchen behandelt und geschätzt werden.“²⁴

5. Identifikation

- Als Identifikationsangebot kommen Mädchen erheblich häufiger als in der Vergangenheit in (jugendaffinen) rechtsextremistischen Medien vor.

Beispiele sind die Titelseiten der Zeitung „DER titellose“ und das Cover einer kostenlosen Werbe-CD für Jugendliche („Schulhof-CD“), die für den Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern vorgesehen war. Im Oktober 2010 indizierte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien diese CD. In beiden Fällen sind Mädchen Blickfang und erstes Identifikationsangebot der Materialien. Beide Mädchen entsprechen optisch keineswegs einem rückwärtsgewandten Rollenbild – die Titelbilder sind durch Sympathieträgerinnen geprägt: freundliche, zeitgemäße, offenbar selbstbewusste deutsche Mädchen. Mal transportiert die Pose eher Nachdenklichkeit, mal eher Coolness. In der Zeitung „Lehrerschreck“, mit der die NPD im Wahlkampf zur Bremer Bürgerschaft im Mai 2011 bei Jugendlichen punkten wollte, zeigen die weitaus meisten Fotos Mädchen und Frauen, darunter solche, die als Angebote zur Identifikation zu verstehen sind.

²⁴DER titellose. Schülerzeitung für Mitdenker, in: Website des NPD-Ortsbereichs Schöneiche, www.npd-schoeneiche.de/wp-content/uploads/2011/05/Schuelerzeitung_klein_titellos.pdf, S. 6f., gelesen am 25. Oktober 2011. Ursprünglich lautete der Titel des Hefts „stachel“. Dagegen setzte sich der Berliner Landesverband von „Bündnis 90/Die Grünen“ beim Landgericht Berlin erfolgreich zur Wehr. Die „Grünen“ hatten darauf verwiesen, dass sie bereits seit einigen Jahren ein Mitteilungsblatt unter dem Titel „stachel“ herausgeben. Sie erwirkten im Oktober 2007 eine einstweilige Verfügung, die der NPD verbietet, ihre Zeitschrift unter diesem Titel zu verbreiten. Vgl. Johannes Boie/Matthias Jekosch, NPD darf Schülerzeitung nicht mehr vertreiben. 25. Oktober 2007, in: www.tagesspiegel.de/berlin/;art270,2406339, gelesen am 27. Oktober 2011.

6. Ästhetik

- Entwicklungen der Formensprache im zeitgenössischen Rechtsextremismus verbreitern mögliche Zielgruppen – in diesem Kontext erhöht sich die Attraktivität für Mädchen und junge Frauen. Hierzu zählen:
 - die Modernisierung der Ästhetik,
 - die stilistische Ausdifferenzierung und
 - die Adaption jugendkultureller Elemente.

Die neonazistische Aktionsform der „Autonomen Nationalisten“ (AN) ist zum Inbegriff grundlegender Modernisierungsprozesse der Formensprache in wesentlichen Teilen des Rechtsextremismus geworden. Kontinuitäten der Inhalte – auch der Kontinuitätslinie zum Nationalsozialismus – stehen ästhetische und stilistische Innovationen gegenüber. Die Selbstinszenierung ist vom Gestus eines modernen Rebellentums geprägt, von symbolischen und begrifflichen Versatzstücken, die dem politischen Gegner – linksextremistischen Autonomen – entliehen sind, und von einer weitgehend wahllosen Übernahme der Stilelemente zeitgenössischer Jugendkulturen. Der lange Zeit dominierende Look und Habitus der Skinhead-Kultur ist eher selten geworden, er tritt als eine stilistische Variante unter vielen weiterhin auf. Je weniger das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus von hypermaskuliner Ästhetik geprägt ist, desto höher ist dessen Attraktivität für Mädchen und Frauen. In diesem Zuge ist es auch plausibel, dass sich Zielgruppen hinsichtlich der formalen Bildung verbreitern: Gymnasiasten und Studierende sind in Skinhead-Kreisen eine seltene Ausnahme – für die Strömung der „Autonomen Nationalisten“ dürfte dies weniger gelten.

7. Gewalt als Teil der Selbstinszenierung

- Rechtsextremistische Selbstinszenierung wird in dem Maße für Mädchen attraktiver, in dem eine Ästhetik der Gewalt an Bedeutung verliert oder sich zu einer Opferstilisierung verändert.

- Dies gilt umso mehr, wenn diese Selbstinszenierung rechtsextremistische Aktivität mit Idealen wie Freiheit und Gerechtigkeit verknüpft.

Vorangegangene Beispiele haben gezeigt, dass offene Gewaltästhetik in der rechtsextremistischen Selbstinszenierung tendenziell in den Hintergrund tritt. Sie ist zum Teil noch vorhanden und verbindet sich mit einer weitverbreiteten Opferstilisierung entsprechender Aktivistinnen und Aktivisten. Insbesondere „Autonome Nationalisten“ treten mit dem Anspruch auf, Gewalt nicht zu begrüßen, Provokationen und angeblicher Repression durch politische Gegner oder „das System“ aber mit allen Mitteln entgegenzutreten. Tatsächlich zeichnen sich gerade AN-Gruppen oft durch eine Aggressivität aus, die keineswegs als eine Art der Verteidigung zu verstehen ist.

Bereits in der Vergangenheit ist deutlich geworden, dass rechtsextremistisches Handeln, an dessen menschenfeindlichem Charakter kein Zweifel besteht, subjektiv auf moralischen Ansprüchen basieren kann. In den Berichten von Aussteigern, die auch Selbstverständnisse in der Rückschau offenlegen, erweisen sich Rechtsextremisten vielfach in einem eigentümlichen Sinne als Idealisten. Zu den Triebfedern kann ein Sendungsbewusstsein zählen, das „Gute“ und „Richtige“ den anderen – den „Verblendeten“ – zu vermitteln.²⁵ Mit Moralität und Idealen – „Freiheit“, „Menschenrechte“ oder „Wahrheit“ in rechtsextremistischen Bedeutungsvarianten – treten gerade „Autonome Nationalisten“ massiv nach außen. Die Vermutung liegt nahe, dass diese Agitation Mädchen und Frauen in erheblich höherem Maße erreichen kann als eine Propaganda im herkömmlichen Stil.

Deutlich wird dieses Muster in einem Video²⁶, das den Blickfang des Portals „Jugend-Offensive“ darstellte. Die Stimme einer jungen Frau leitet das Video ein: „Ich werde mich niemals damit abfinden, dass man nichts tut. Ich weiß, warum sie sagen: ‚Man kann nichts tun‘, weil sie nichts tun wollen. Aber ich will etwas getan haben dagegen. Wir haben gelernt, dass Reden ohne Handeln Unrecht ist.“ Dass es

²⁵Vgl. Reinhard Koch/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Ein Werkstattbericht, Braunschweig 2009, S. 94f.

²⁶Die Website „Jugend Offensive“ ist offline, das Video weiter online unter: www.youtube.com/watch?v=2rTcYch4et4 (gelesen am 4. Januar 2013).

sich dabei um das Credo der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin handelt, ist für den Betrachter nicht erkennbar.²⁷ Hinter dem Portal „Jugend-Offensive“ stand zwar keine Struktur, die der RAF vergleichbar wäre, sondern ein neonazistisches Netzwerk, das länderübergreifend in Sachsen und Brandenburg aktiv ist und als „Nationale Sozialisten Lausitz“ oder „Lausitzer Widerstandsbewegung“ firmiert.²⁸ Gleichwohl ist das Zitat kennzeichnend für die Symbolsprache des etwas mehr als dreiminütigen Videos, das durch sehr schnelle Schnitte, zum Teil nur schemenhaft erkennbare Sequenzen, unruhige Kameraführung, harte Rockmusik, Aktionen in Untergrund-Posen (Vermummung, hohes Tempo, in der Dunkelheit) Spannung und Dynamik erzeugt. Inhaltlich ist der Clip getragen vom Gestus der Outlaws, die mit klandestinen Mitteln einer über dem Gesetz stehenden Moral zum Durchbruch verhelfen. Immer wieder stellen Bild und Ton die Pole wir – sie, Recht – Unrecht, Freiheit – Unterdrückung, Freundschaft/Solidarität – Feind/Hass scharf gegenüber. Zwei Symbole durchziehen den Clip leitmotivisch: der Begriff „Freiheit“ (in Verbindung mit „Menschenrecht“), der auf Plakaten, Transparenten und Wänden zu sehen ist. Er symbolisiert mal abstrakt den Gegenentwurf zum bestehenden „System“, mal bezieht er sich konkret auf inhaftierte rechtsextremistische Straftäter, namentlich auf Ernst Zündel²⁹. Er verbindet sich mit dem Appell „Werde Aktiv!“ („Wer wenn nicht wir?“ –

²⁷Mit dem vollständigen Wortlaut wird Gudrun Ensslin in der Forschungsliteratur zitiert, allerdings handelt es sich um zwei Ensslin-Zitate, die das Video verbindet; vgl. z.B. Susanne Bressan/Martin Jander, Gudrun Ensslin, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, Bd. 1, S. 398-429, hier S. 409 und 428. Dem Webportal redok.de zufolge haben Rechtsextremisten diese Zitate vereinzelt auch mit ausdrücklichem Hinweis auf die RAF-Aktivistin verwandt; vgl. Mit RAF-Spruch für „nationales Jugendzentrum“. 2. Dezember 2007, in: redok, www.redok.de/content/view/919/36 (gelesen am 25. Oktober 2011).

²⁸Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen/Innenministerium Brandenburg (Hrsg.), Gemeinsames Lagebild der Verfassungsschutzbehörden Brandenburg und Sachsen zu aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus 2008, Dresden/Potsdam 2008, S. 9.

²⁹Das Landgericht Mannheim verurteilte den Holocaust-Leugner Ernst Zündel am 15. Februar 2007 wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren.

„Wann wenn nicht jetzt!“), den Aktivisten auf Flugblättern verteilen, auf Laternenpfähle kleben oder an Wände sprühen. Politische Leitlinien werden in kurzen Einblendungen deutlich: „Horst Wessel“, „Mord an Heß“, „Ein neues System bietet neue Alternativen – Nationaler Sozialismus“ oder „Stop Israel“. Insofern knüpfen die Motive teilweise unmittelbar am Nationalsozialismus an – diese Traditionslinie verbindet sich mit einem beanspruchten Altruismus – einem „Widerstand“, der im Dienste des „Volkes“ geschehe und für den Risiko- und Opferbereitschaft gerechtfertigt seien.

8. Schlusswort und Zusammenfassung

Ideologisch fundierte Rollenbilder im Rechtsextremismus – des Kämpfers und der Mutter – haben sich nicht grundlegend verändert. Demnach sind die Rollen naturgegeben, sie nehmen die Geschlechter in die Pflicht – eine Wahlfreiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Dieses Denken spiegelt sich in der Volksgemeinschaftsideologie, die den Einzelnen dem Kollektiv unterordnet. Slogans wie „Nationalismus ist Mädchensache“ und Organisationen wie der „Ring Nationaler Frauen“ verweisen auf einen stärkeren Anspruch der Anhängerinnen dieser Szene auf Teilhabe. Slogans und Organisationen wie diese stehen auch für strategische Interessen, die männliche Wortführer mit der Agitation von Mädchen und Frauen verbinden. In dem Maße, in dem sich die Ästhetik und – genereller – die Selbstinszenierung der rechtsextremistischen Szene modernisiert, verbreitern sich ihre Zielgruppen: Die Attraktivität für Mädchen und Frauen nimmt zu, auch formal höher gebildete Personen sind eher als in der Vergangenheit erreichbar.

Was kann Aufklärung leisten? Sie kann die Selbstinszenierung rechtsextremistischer Gruppen enttarnen, die vorgebliche Modernität der Fassade mit dem ideologischen Kern konfrontieren: einer Ideologie, die wenig verändert mit der Frontstellung gegen das demokratische System, mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, mit Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus verbunden ist. Aufklärung kann Widersprüche offenlegen: auch den zwischen scheinbarer Gleichberechtigung und Grundsatzserklärungen, die auf eherne Geschlechterrollen pochen. Aufklärung sollte nicht zuletzt eine subtile,

verschleierte Propaganda in den Blick nehmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind es gerade diese Agitationsweisen, die Mädchen erreichen könnten. Und Aufklärung ist auf breiter Basis notwendig. Diese Konsequenz zieht auch der Pädagoge Claus Homm aus einer Erhebung zu fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen bei Schülerinnen und Schülern, die er in Hagen/Ruhr durchgeführt hat: „Präventive Maßnahmen müssen sich – wie die Ergebnisse der Schülerbefragung zeigen – an alle Altersklassen, Geschlechter, Schulformen, Stadtbezirke und auch an Migranten richten. Eine spezielle, durch diese oder ähnliche Kriterien zu bestimmende Zielgruppe gibt es nicht.“³⁰

³⁰Claus Homm, Fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen unter Hager Schölerinnen und Schölern, in: Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert, 1. Aufl., Schwalbach/Ts. 2007, S. 53-69, hier S. 68.

Rezeption eines historischen Gewalttäters

Die Bedeutung von Kurt Eggers als Freikorpskämpfer, NS-Dichter und SS-Soldat für den Rechtsextremismus

Elmar Vieregge

1. Einleitung und Fragestellung

Betrachtet man den am historischen Nationalsozialismus orientierten Teil der rechtsextremistischen Szene, so fällt auf, dass dieser sich kaum öffentlich auf einstige Führungskräfte wie Hermann Göring, Heinrich Himmler oder Joseph Goebbels bezieht. Die Gründe dafür liegen unter anderem darin, dass deren Verhalten am Ende des Zweiten Weltkrieges dem Gegenteil des von ihnen zuvor propagierten Ideals des zum Tode bereiten Kämpfers entsprach. Stattdessen beziehen sich Rechtsextremisten auf bestimmte Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS. Häufig haben diese aber nur eine soldatische Vorbildfunktion und bieten keine ideologische Richtschnur. Eine Ausnahme davon bildet Kurt Eggers (1905-1943), der ein Leben als Dichter und Ideologe mit einem aktiven Soldatentum verbunden hatte.

Während er der breiten Öffentlichkeit sieben Jahrzehnte nach seinem Tod nicht mehr bekannt ist, thematisiert ihn die rechtsextremistische Szene. Dabei stellt sich die Frage, ob diese lediglich verklärend auf Eggers zurückblickt oder ob sein Handeln und seine Ideen noch heute eine Wirkung in ihr entfalten. Um Eggers' Bedeutung für zeitgenössische Rechtsextremisten zu erfassen, bedarf es zunächst eines Blicks auf seinen Lebensweg und daran anschließend einer Betrachtung seiner in diversen Publikationen verbreiteten ideologischen Grundvorstellungen. Auf dieser Basis können die Hintergründe für die zu ihm gezogenen Bezüge ermessen werden.

2. Biografie von Kurt Eggers

Der zur Zeit des „Dritten Reichs“ bekannte Eggers ist heute von der Öffentlichkeit vergessen. So verfasste zwar die Germanistin Julia Lie-

bich einen Fachaufsatz auf der Basis der Analyse seiner Werke¹, doch existiert keine aktuelle Biografie. Aus diesem Grund konnte der Rechtsextremist Eric Kaden mit seiner Lebensbeschreibung des NS-Dichters ein nahezu leeres Feld besetzen.² Einen unmittelbaren Zugang ermöglicht hingegen Eggers' Autobiografie „Der Tanz aus der Reihe“, in der er sein Leben bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs beschrieb.³

2.1 Herkunft und Jugend (1905-1917)

Kurt Eggers wurde 1905 in Berlin geboren und wuchs mit einem bürgerlichen Hintergrund im ländlichen Schöneiche auf. Seine Kindheit fiel in eine Zeit der Umbrüche, in der ein militaristisch geprägtes Deutschland von einer sich auf ein Gottesgnadentum berufenden Monarchie beherrscht wurde, während sich die Gesellschaft unter dem Eindruck einer rasanten technischen Entwicklung veränderte. Als die alte Ordnung dann am Ersten Weltkrieg zerbrach, war Eggers zu jung für eine Beteiligung an diesem Waffengang. Er gehörte zu den jungen Männern, die nicht alt genug für den Einsatz an der Front gewesen waren, aber den demütigenden Versailler Vertrag, das wirtschaftliche Nachkriegselend und die kommunistischen Umsturzversuche erfuhren. Vor diesem Hintergrund entwickelte Eggers eine grundsätzlich feindliche Haltung gegenüber der als verräterisch empfundenen Republik.

2.2 Gewalt und Bildung (1918-1932)

Der jugendliche Eggers erlebte die Revolution des November 1918 als Kadett eines Marineschulschiffs, auf das ihn sein Vater zur Erziehung geschickt hatte. Als sich dessen Kommandant 1919 mit der „Garde-

¹ Vgl. Julia Liebich, Kurt Eggers – der intellektuelle Schläger, in: Rolf Düsterberg (Hrsg.), Dichter für das „Dritte Reich“. Biografische Studien zum Verhältnis von Literatur und Ideologie, Bielefeld 2009, S. 75-97.

² Vgl. Eric Kaden, Kurt Eggers. Vom Freikorps zur Waffen-SS, Dresden 2008. Wenngleich Kadens Veröffentlichung inhaltlich einen rechtsextremistischen Charakter hat und der Verherrlichung Eggers' dient, beschrieb sie dessen Lebensweg anhand von Primärquellen. Zu Kadens Buch, siehe unter Punkt 4.4.

³ Vgl. Kurt Eggers, Der Tanz aus der Reihe, Dortmund 1939.

Kavallerie-Schützen-Division“ an der Niederschlagung des kommunistischen Spartakusaufstandes beteiligte, schloss er sich diesem an. Eggers trat dem „Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund“ bei⁴ und beteiligte sich am Kapp-Putsch.⁵ 1921 zog Eggers als Freikorps-soldat in die Kämpfe um Oberschlesien, in deren Verlauf er sich an der Erstürmung des militärisch bedeutenden Annabergs beteiligte.⁶

Während sich die Republik ab 1923 stabilisierte, blieb Eggers' Leben unstet. Erfolglosen Startversuchen in das Berufsleben in den Bereichen Landwirtschaft und Handel folgte 1924 ein zeitweiliger Dienst als Soldat in der Reichswehr. Er wandte sich darauf dem akademischen Leben zu und studierte Philosophie, Archäologie und Theologie. Letzteres erfolgte allerdings nicht aus religiösen Gründen, sondern um sich auf archäologische Studien in den biblischen Gebieten des Nahen Ostens vorzubereiten. Dennoch konnte er aufgrund dieser Ausbildung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als Hilfsprediger arbeiten. Dies nutzte Eggers jedoch, um von der Kanzel nationalsozialistische Überzeugungen zu verbreiten, was zu seiner Entlassung führte. Zu dieser Zeit machten ihn seine beginnenden schriftstellerischen Aktivitäten innerhalb der NS-Bewegung bekannt.

2.3 Schriftsteller und SS-Soldat (1933-1943)

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme taten sich 1933 neue berufliche Möglichkeiten auf. Eggers arbeitete journalistisch, trat in die SS ein und durchlief in ihr eine steile Karriere, die ihn 1936 zum Leiter der Abteilung Feiergestaltung im „Rasse- und Siedlungshauptamt“ der SS führte. Während dieser Jahre entwickelte Eggers im Sinne des Regimes äußerst umfangreiche schriftstellerische Aktivitäten. Er veröffentlichte Gedichte, Erzählungen, Theaterstücke und andere Texte in teilweise großen Auflagen.⁷ Zu den zentralen Themen gehörte neben der Verherrlichung des Krieges die Ablehnung des Christentums, das er als eine aus der Fremde stammende Weltanschauung für Schwache verachtete.

⁴ Vgl. ebenda, S. 244 f.

⁵ Vgl. ebenda, S. 307-319.

⁶ Vgl. ebenda, S. 363 ff.

⁷ Vgl. Liebich (Anm. 1), S. 94-96.

2.4 Kriegseinsatz und Tod (1943)

Im Zweiten Weltkrieg hätte es Eggers die hohe Funktionärsstellung innerhalb der SS wohl ermöglicht, einen Fronteinsatz zu vermeiden. Er meldete sich jedoch freiwillig zum Kriegsdienst und erfüllte damit das, was er in seinem literarischen Werk propagierte. An der Ostfront fiel Eggers am 12. August 1943 als Panzerkommandant. Die Waffen-SS würdigte ihn daraufhin, indem sie ihre für Kriegsberichterstattung und Propaganda zuständige Formation in „SS-Standarte Kurt Eggers“ umbenannte.

3. Ideologie

Kurt Eggers ideologische Haltung spiegelte sich in seinem Lebenslauf. Es war ein von Straßengewalt und Krieg geprägtes Leben, das er mit einem antibürgerlichen Rebellentum, einer Feindschaft zum Christentum, einem grundsätzlichen Antisemitismus und einem aggressiven Nationalismus verband. Diese Kombination machte eine Einbindung in den Nationalsozialismus folgerichtig. Durch seine Veröffentlichungen prägte Eggers diesen und offenbarte damit auch seine persönlichen Auffassungen. Aus der großen Anzahl der Publikationen stechen einige hervor, in denen sich diese Überzeugungen besonders deutlich zeigen. Dazu gehören die Erzählung „Der junge Hutten“⁸ sowie der Roman „Hutten“⁹, mit denen er sein historisches Idol Ritter Ulrich von Hutten ehrte, die Theorieschrift „Die Heimat der Starken“¹⁰, in der er seine Idealvorstellung des im Nationalsozialismus lebenden Menschen beschrieb, und „Vater aller Dinge“¹¹, in dem er den Krieg als Gestalter des Lebens verherrlichte.

3.1 Rassismus - Feindbild Judentum

Eggers' Idealvorstellung eines kämpferischen und aufrührerischen Menschen beruhte auf einer rassistischen Grundhaltung. Sein Ideal war das des nordischen Kriegers. Diesem stellte er die Juden als nega-

⁸ Vgl. Kurt Eggers, Der junge Hutten, Berlin 1938.

⁹ Vgl. Kurt Eggers, Hutten. Roman eines Deutschen, Dortmund 1942.

¹⁰ Vgl. Kurt Eggers, Die Heimat der Starken, Dortmund 1938.

¹¹ Vgl. Kurt Eggers, Vater aller Dinge. Ein Buch des Krieges, Berlin 1943.

tiven Kontrast gegenüber, die nach seiner Ansicht unter den „scheußlichsten Nomadenrassen“ das „verkommenste Volk“¹² darstellen. Er sah sie als Profiteure der Niederlage Deutschlands im Weltkrieg¹³ und griff im alltäglichen Leben wiederholt jüdische Bürger an. So will er etwa auf dem Gymnasium einen jüdischen Mitschüler verprügelt haben, da dieser nach seiner Ansicht die deutschen Soldaten beleidigt hatte.¹⁴

Mit dieser Grundhaltung war es konsequent, die 1922 erfolgte Ermordung des Außenministers Walther Rathenau durch zwei Angehörige der rechtsterroristischen „Organisation Consul“ zu bejubeln. Während Eggers den Politiker als „den größten Juden, den gefährlichsten Schurken“ und „Oberjuden“ diffamierte, pries er dessen Attentäter als „Rächer im Namen des heimlichen Deutschland“.¹⁵ Diese Haltung vertrat er nach eigenen Angaben auch in der Öffentlichkeit, etwa als sich ein Passant auf der Straße entsetzt über das Verbrechen äußerte. Eggers will danach auf diesen eingeschlagen und sich dabei nur gewundert haben, dass es sich bei seinem Opfer nicht um einen Juden handelte.¹⁶ Mit diesem Verhalten zeigte Eggers eine sein Leben prägende Kombination aus antisemitischen Rassenhass und permanenter Gewaltbereitschaft. Wie grundsätzlich diese war, belegt auch der Umstand, dass er sich angeblich auf dem Gymnasium Kenntnisse der hebräischen Sprachen aneignete, um dann mit „geradezu diebischer Freude“ jüdische Mitschüler auf Hebräisch zu beleidigen. Als ihm schließlich eine Anzeige durch einen Betroffenen drohte, reagierte er auf die für ihn typische Weise, indem er diesen zusammenschlug.¹⁷

3.2 Sozialdarwinismus - Kampf als Lebensweg

Eggers' grundsätzliche Gewaltbereitschaft entsprach der Bedeutung des Kampfes als Konstante seines Lebens. Der dichtende Freikorpskämpfer, Straßenschläger, Putschist und SS-Soldat propagierte diesen

¹²Vgl. Eggers, Heimat (Anm. 10), S. 102.

¹³Vgl. Eggers, Tanz (Anm. 3), S. 235.

¹⁴Vgl. ebenda, S. 240.

¹⁵Vgl. ebenda, S. 426-430, hier S. 427, 428, 430.

¹⁶Vgl. ebenda, S. 428-429.

¹⁷Vgl. ebenda, S. 518 f.

nicht nur, sondern führte ihn auch in der Praxis aus. Dabei sah er den Kampf nicht als letzte Möglichkeit zu Herbeiführung von Entscheidungen in Konflikten, sondern als zentralen, ja begrüßenswerten Aspekt der menschlichen Existenz. Nach seiner Auffassung ist die „Wirklichkeit des Lebens ... von Kampf, Not und Leid erfüllt und hat für den, der mit offenen Augen durch die Welt geht, nichts an sich Schreckliches, denn jeder Widerstand ... ruft die Kräfte der Überwindung hervor.“¹⁸

Die Bejahung kämpferischer Ideale ging einher mit einer Verachtung für das Schwache. Die damit verbundene Befürwortung eines absoluten Vorrangs der Stärke diente Eggers auch als Legitimation für die Ausübung politischer Macht. So hieß es in seiner sich unter anderem mit der Gestaltung Deutschlands beschäftigenden Hutten-Erzählung: „Der Schwache soll weichen und keinen Anspruch auf Herrschaft stellen. Wo er es tut, will er die Gerechtigkeit verbiegen, die da lehrt, daß nur der Starke zum Herrschen berufen ist.“¹⁹

Den Willen zur kämpferischen Gestaltung der Welt sah der Rassist Eggers nicht als individuelle Haltung bestimmter Menschen, sondern kollektiv als eine Art Rasseneigenschaft. Danach sollen „die wahren Herrenrassen zur Entfaltung der ihnen gemäßen Macht ... wie die Blume zum Lichte (drängen)“ und es ist dabei „(nur natürlich und darum berechtigt), daß ... Minderwertiges aus dem Wege gestoßen wird.“²⁰ Demzufolge sah er „die planvolle Ausrottung alles Minderwertigen“ als Voraussetzung für die Schaffung eines „Kernvolkes“, das „rein zu erhalten ... höher zu züchten und in der Fortpflanzung möglichst noch zu veredeln“²¹ sei. Für den Antisemiten verkörperte die „nordische Rasse“ dieses Ideal, deren Charakter er als „im tiefsten Sinne aufständisch“²² beschrieb.

¹⁸Eggers, Vater (Anm. 11), S. 38.

¹⁹Eggers, Der junge Hutten (Anm. 8), S. 92.

²⁰Eggers, Heimat (Anm. 10), S. 109.

²¹Ebenda, S. 110.

²²Eggers, Vater (Anm. 11), S. 39.

3.3 Rebellentum - Ulrich von Hutten

Das Ideal des kämpfenden Aufständischen sah Eggers in der historischen Figur Ulrich von Hutten (1488-1523) verwirklicht. Dieser war für ihn ein Vorbild für die eigene Lebensgestaltung wie auch für den Kampf um die Nation. Er setzte das Schicksal Deutschlands genauso wie seine eigene Existenz in einen geschichtlichen Zusammenhang und sah in dem Ritter einen Aufständischen gegen die aus dem Ausland geleitete römische Kirche und die mit ihr kooperierenden deutschen Fürsten. Wie Eggers war der Ritter akademisch gebildet, betätigte sich literarisch als Dichter und suchte den Kampf. 1522 begann er in der Hoffnung auf eine landesweite Erhebung einen Kleinkrieg. Der Versuch scheiterte jedoch, und der Ritter floh daraufhin in die Schweiz, wo er 1523 verstarb.

In mehreren Werken stellte Eggers sein Vorbild als Leitfigur und kompromisslosen Streiter für die Nation dar, der trotz begrenzter Möglichkeiten den Mächtigen seinen Fehdehandschuh hingeworfen und auf den für ihn richtigen Moment gewartet hatte. So ließ er seine literarische Figur in einem fiktiven Gespräch sagen: „Wer weiß, wenn der Tag der Erfüllung anbrechen wird. Ich habe aus den Enttäuschungen und Wunden, aus den Schmerzen und Versuchungen gelernt, zu warten Bereit sein müssen wir und darum uns unablässig vorbereiten, damit die große Stunde uns gewappnet findet.“²³ In einem weiteren Werk, dem Roman „Hutten“, stellte Eggers dar, dass sich der Ritter keiner Illusion über die zu erbringenden Opfer hingab. Dazu hieß es: „Ulrich war ein so unbedingter Revolutionär, daß er auch seinen eigenen Stand jederzeit für Deutschland zu opfern bereit war. Was waren schließlich alle Ritter zusammen gegen das Leben der Nation?“²⁴ Es war unter anderem diese Unbedingtheit, die Eggers offenbar bewunderte und so wies er darauf hin, dass Hutten seinen Wahlspruch in „Der Würfel ist gefallen“ geändert hatte, was laut Eggers dem Sinn nach hieß: „Ich hab`s gewagt.“²⁵

Damit schrieb der SS-Dichter seinem Idol Einstellungen zu, die er selber vertrat. Es waren der Wille zum bedingungslosen Einsatz für

²³Eggers, Der junge Hutten (Anm. 8), S. 95.

²⁴Eggers, Hutten (Anm. 9), S. 315 f.

²⁵Ebenda, S. 230 f.

seine Vision von Deutschland, eine revolutionäre Haltung gegen die Regierenden im eigenen Land und eine Kampfbereitschaft gegen ausländische Mächte. Hier handelte es sich jedoch um eine selektive Aneignung, denn trotz Huttens Kampf gegen die römische Kirche war er Teil einer sich verändernden christlichen Welt, deren Werten die anti-christlichen Überzeugungen des Nationalsozialismus diametral entgegenstanden. Und während dem Ritter der Krieg ein Instrument zur Durchsetzung konkreter Ziele galt, war er für den SS-Dichter ein Selbstzweck. So standen die Hutten zugeschriebenen Gedanken vor allem für den Ausdruck der militaristischen Grundhaltung Eggers, wenn es etwa hieß: „Oft sah Ulrich in Gedanken Deutschland als Flammenmeer, aber solche Gedanken erfüllten ihn seltsamerweise nie mit Angst. Er sah nur die große Reinigung in den Flammen, nie den Tod der Nation. In den heiligen Flammen Deutschlands würde alles Dunkle verbrennen!“²⁶

3.4 Militarismus - Krieg als Vater aller Dinge

Der die Vorstellung eines „Deutschland als Flammenmeer“ enthaltende Roman hatte Eggers bereits Mitte der 1930er Jahre verfasst. Er erschien 1942 erneut. Damit fiel seine Neuauflage in ein Jahr, in dem mit den zunehmenden anglo-amerikanischen Bombenangriffen die Vision eines „Deutschland als Flammenmeer“ Gestalt annahm. Gemäß Eggers dürfte dies zunächst weniger eine Katastrophe gewesen sein, sondern eine sich aus dem Wesen des Krieges ergebende Konsequenz. Er machte sich zumindest keine Illusionen und sah die Realität des Krieges als Mischung aus „Blut und Wunden, ... Zerstörung, Vernichtung, Verzweiflung, ... Entbehrung, ... Opfer und Verzicht.“²⁷ Dennoch begrüßte Eggers dies, denn die militärische Auseinandersetzung schuf nach seiner Ansicht „einen neuen Menschentypus“ und forderte ein „bedingungslose(s) Kriegertum, das sich der Idee der Freiheit der Nation verschreibt.“²⁸

Einen großen Einfluss auf die Bildung derartiger Positionen dürften seine 1921 in Oberschlesien gemachten Erfahrungen gehabt haben.

²⁶Ebenda, S. 316.

²⁷Eggers, Vater (Anm. 11), S. 9.

²⁸Ebenda, S. 42.

Die damals - trotz der militärischen Erfolge der Freikorps - erfolgte Abtretung von Teilen Oberschlesiens an Polen sowie die aufgrund des Drucks der Siegermächte des Ersten Weltkrieges erfolgte Kooperation der demokratischen Regierung der Weimarer Republik hatten für deren rechtsextremistische Feinde eine stark motivierende Wirkung. Dazu kam die unmittelbare Erfahrung des Krieges, die Eggers nicht nur in einem Roman²⁹, sondern auch in seiner Autobiografie schilderte. Darin beschrieb er die Konfrontation mit einem polnischen Soldaten mit den Worten: „Ich riß mein Gewehr hoch und schoß. Dann lief ich dorthin, wo der Mann zusammengebrochen war. ... Deutlich sah ich, wie sein Oberschenkel von Blut gerötet war. Da griff der Verwundete nach seinem neben ihm liegenden Gewehr und legte auf mich an. Mit einem gewaltigen Sprung war ich vor ihm, und schon schlug der Kolben meines Gewehres in seinen Schädel. Ich hörte ein ekelhaftes Knacken, einen viehisch mißtönigen Aufschrei und spürte es warm über mein Gesicht rieseln. ... Nun zuckte der Bewußtlose zu meinen Füßen, wand sich, bäumte sich und starb röchelnd. Mein Gesicht, mein Helm, meine Uniform waren über und über besudelt von Blut und Hirnspritzern.“³⁰

Der Propagandist des Krieges thematisierte diesen nicht nur aus einer Position am Schreibtisch, sondern hatte ihn hautnah erlebt. Er unterschied sich gegenüber vielen führenden Nationalsozialisten dadurch, dass er die von ihm propagierten Forderungen selber erfüllte. Während sein Vorgesetzter Heinrich Himmler nie gekämpft hatte und sich bei Kriegsende vergiftete, ließ Eggers seinen Worten Taten folgen. Sein freiwilliger Fronteinsatz wie auch sein Tod im Gefecht waren die persönliche Konsequenz seiner den Krieg verherrlichenden Haltung.

4. Rezeption des Eggers im gegenwärtigen Rechtsextremismus

Der neonazistische Teil der zeitgenössischen rechtsextremistischen Szene steht vor dem Problem, dass er sich häufig auf Antidemokraten bezieht, die zwischen 1919 und 1945 aktiv waren, aber dem von ihnen eingeforderten Verhalten keine entsprechenden Taten folgen ließen.

²⁹Vgl. Kurt Eggers, *Der Berg der Rebellen*, Leipzig 1942.

³⁰Eggers, *Tanz* (Anm. 3), S. 385.

Da Eggers Leben seinen ideologischen Vorstellungen entsprach, wird er häufig thematisiert. Dies geschieht sogar durch eher unauffällige Personen wie den langjährigen Redakteur der „National-Zeitung“ (NZ) Sven Eggers, der darauf hinwies, der Enkel des einstigen SS-Dichters zu sein³¹, um damit offenbar sein Ansehen bei seiner Leserschaft zu erhöhen.

4.1 Fortführung der „Hutten“-Begeisterung in der Publizistik

Die Thematisierung des dichtenden Soldaten ist keine neue, lediglich auf die letzten Jahre begrenzte Erscheinung. Eine wichtige Rolle für eine längerfristige Beschäftigung hat der bereits seit 1982 bestehende „Freundeskreis Ulrich von Hutten“. Die in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannte Organisation wirkt über ihre „Huttenbriefe“ genannte Zeitschrift in die verschiedenen Bereiche der rechtsextremistischen Szene. Die Vereinigung hielt unter anderem die von Eggers betriebene Art der Verehrung des Ritters aufrecht und trug damit auch die Ideen des SS-Mannes durch die Jahrzehnte. Dabei sorgten führende Aktivisten, die bereits vor 1945 nationalsozialistisch tätig waren, für eine ideologische Kontinuität. So stellten die ehemalige Funktionärin des „Bundes Deutscher Mädchen“ (BDM) Lisbeth Grolitsch und der maßgeblich an der Niederschlagung des 20. Juli 1944 beteiligte Ex-Wehrmachtsgeneral Otto Ernst Remer eine Verbindung vom „Dritten Reich“ zum heutigen Rechtsextremismus her.³² Dafür sorgten auch die für die Gestaltung des Grabes von Rudolf Hess verantwortlichen Personen, indem sie dessen Grabstein mit dem Hutten zugeschriebenen Wahlspruch zierten: „Ich hab’s gewagt“.³³

³¹Vgl. Sven Eggers, Sieg – Ruhm – Ehre. Sternstunden des deutschen Sports, München 2002, S. 9.

³²Zum „Freundeskreis Ulrich von Hutten“, siehe: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 377 f.

³³Mareike Rehberg, Ende eines Wallfahrtsortes, 21. Juli 2011, in: www.stern.de/panorama/grab-von-rudolf-hess-aufgelöst-ende-eines-wallfahrtsortes-1708505.html (gelesen am 30. März 2012). Der Name Huttens befand sich als Quellenangabe unter dem Wahlspruch.

4.2 Nachdrucke von Eggers Schriften

Die einfachste Methode, sich aus heutiger Sicht auf Eggers zu beziehen und seine Ideen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, besteht im Nachdruck seiner Veröffentlichungen. Sie erfolgt durch den „Verlag für ganzheitliche Forschung“, mit dessen Faksimiledrucken nationalsozialistische Literatur für heutige Rechtsextremisten greifbar ist. Im Fall des SS-Dichters konzentriert sich das Verlagshaus auf Schriften, in denen dieser seine nationalistisch begründete Feindschaft zum Christentum verbreitete und sich als angeblicher Verteidiger des „deutschen Volkes, das deutsch werden und bleiben soll“³⁴, ausgab, oder in denen er Ulrich von Hutten aus der gleichen Haltung als aufrehrerisches Vorbild pries.³⁵ Damit bietet der Verlag gegenwärtigen Rechtsextremisten nicht nur einen ideologischen Bezugspunkt, sondern trägt auch dazu bei, dass Eggers nicht in Vergessenheit gerät.

4.3 Inspiration für jüngere Neonazis

Publikationen wie die „Huttenbriefe“ oder die Nachdrucke sind nicht nur bei unauffälligen Zirkeln älterer Rechtsextremisten, sondern auch bei jungen Neonazis verbreitet und prägen deren Einstellungen: Ein gesteigertes Interesse an Eggers hatte die 2009 verbotene „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ), die Kinder und Jugendliche neonazistisch indoktrinierte. Zu diesem Zweck thematisierte sie wiederholt Eggers und dessen Werke.³⁶ So enthielt ihre Vereinszeitung anlässlich dessen hundertsten Geburtstags eine Würdigung, für die lediglich die Autorenangabe „Eric“ erfolgte. Dahinter stand offenbar der NPD-

³⁴Kurt Eggers, Rom gegen Reich. Ein Kapitel deutscher Geschichte um Bismarck, Viöl 2007 (Faksimile der Ausgabe Berlin 1935), S. 112.

³⁵Vgl. Kurt Eggers, Ich hab's gewagt! Hutten ruft Deutschland, Viöl 2005 (Faksimile der Ausgabe Berlin 1942); Kurt Eggers; Der Scheiterhaufen, Worte großer Ketzer, Viöl 2007 (Faksimile der Ausgabe Dortmund 1942).

³⁶Vgl. Andrea Röpke, „Soldatische Kindererziehung“, in: Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008, S. 132-153, hier S. 136. In ihrer Darstellung ist der Verfasserin ein sachlicher Fehler unterlaufen, da sie Eggers fälschlicherweise als Kommandanten der „SS-Division Wiking“ beschrieb. Dieser war jedoch nicht ihr militärischer Führer, sondern ein in ihr dienender Panzerkommandant.

Mitarbeiter und spätere Eggers-Biograf Eric Kaden. Dieser verherrlichte den SS-Soldaten als Kämpfer im als „großdeutsche(n) Freiheitskampf“ deklarierten Zweiten Weltkrieg und Sucher nach einer „bewußt gelebte(n) germanisch-deutsche(n) Lebensgestaltung.“³⁷

Neonazis greifen für eine solche „Lebensgestaltung“ auf Eggers zurück. So dienten dessen Aussagen über die Kameradschaft unter Kriegerern einigen niedersächsischen Rechtsextremisten nach deren Angaben dazu, durch einen Liederabend Kraft für den „Nationalen Widerstand“ zu sammeln und eine „Gemeinschaft, weit weg vom BRD-Alltag“³⁸ zu leben. Die sich in dieser Haltung offenbarende Feindschaft gegenüber der gegenwärtigen Gesellschaft ist kein Einzelfall, sondern entspricht einer Grundhaltung, der Eggers als Leitbild für eine konsequent antibürgerlich-antidemokratische Radikalität dient.³⁹

Die Verbreitung der von Eggers propagierten Vorstellungen im Neonazismus manifestiert sich auch in Diskussionen in einschlägigen Foren. So reagierten Teilnehmer des bekanntesten Szene-Forums „Altermedia“ überwiegend positiv auf einen Abdruck des Gedichtes „Der Krieg“, in dem es hieß: „Heut du und morgen ich! / So galt es immer, Kamerad, / wenn Völker auf die Walstatt / schritten. / Deutschland steht auf / zur letzten Krönung seiner Macht! / Wie klein ist da das tiefste Leid! / Wie groß ist die Gewißheit unsres Herzens: / Wir waren auserwählt von Tausenden, / für dieses Reiches Größe uns zu opfern.“⁴⁰ Insbesondere Aktivisten, die den Dichter noch nicht kannten, bedankten sich in elektronischen Kommentaren und deuteten damit an, welche Wirkung dieser noch heute hat. Diesen Eindruck bestätigten auch Reaktionen in anderen Szene-Foren. In dem sich als „Germanic Online Community“ verstehenden „Skadi Forum“ stellte

³⁷Vgl. Eric, Kurt Eggers (1905-1943). Zum Gedenken des 100. Geburtstages, in: Funkenflug, Nr. 4/2005, S. 16.

³⁸Vgl. Besseres Hannover, Gemeinschaft: Liederabend in Hannover, 13. September 2011, in: www.besseres-hannover.info/wordpress/?p=388 (gelesen am 9. April 2012).

³⁹Vgl. Roland Wuttke, Das Dilemma der „Deutschen Rechten“, in: Volk in Bewegung, Nr. 1/2009, S. 12-15, hier: S. 12.

⁴⁰Vgl. Kurt Eggers, Der Krieg, in: www.altermedia-deutschland.info/content.php/828-Kurt-Eggers-Der-Krieg, 25. März 2012 (gelesen am 9. April 2012).

eine Teilnehmerin eine Gedichtsammlung des Mannes ein, in dessen Werk sie den „Geist des Nordens“ ausmachte und den sie als „selten auftretende Einheit von Wort und Tat in Vollendung“ beschrieb.⁴¹ Im gleichen Stil gab es auch eine Veröffentlichung, in dem sich als „germanische Weltnetzgemeinschaft“ betrachtenden „Thiazi Forum“. Darin verbreitete ein Teilnehmer mit der Bezeichnung „Wissen ist Macht“ eine Gedichtauswahl, um Eggers seinen Gesinnungsgenossen vorzustellen. Daraufhin verherrlichte einer von diesen den Dichter in einem Kommentar als „Wegweiser durch das Dunkel unserer Zeit“.⁴²

Eine derartige Beschäftigung mit bestimmten Vorbildern aus der Ära des „Dritten Reiches“ mag auf den ersten Blick lediglich als Ausdruck des Bemühens gegenwärtiger Rechtsextremisten erscheinen, in einer als trist empfundenen Gegenwart eine geistige Verbindung zu einer idealisierten Vergangenheit herzustellen. Doch hinter dieser Beschäftigung steckt mehr als bloße Schwärmerei, denn es besteht die Gefahr, dass sich „politische Soldaten“ zur eigenen Tat aufgerufen fühlen und Eggers’ Erbe so eine direkte Wirkung entfaltet. Dass dies keine nur theoretische Möglichkeit ist, belegt das Beispiel des in den 1980er Jahren aktiven Rechtsterroristen Odfried Hepp. Ihm schenkte sein Vater zum vierzehnten Geburtstag Eggers’ „Vater aller Dinge“. Der Beschenkte nahm die Veröffentlichung allerdings nicht als eine Sammlung von Gedanken einer vergangenen Zeit auf, sondern sah in ihr eine Handlungsanweisung für seinen eigenen Kampf⁴³, den er dann auch aufnahm. Als Hepp sich deswegen neun Jahre später Vorhaltungen seines Vaters ausgesetzt sah, reagierte der inzwischen inhaftierte

⁴¹Vgl. Blutwölfin, Kurt Eggers, 24. September 2005, in: „Skadi Forum“ unter: <http://forums.skadi.net/showthread.php?t=39906> (gelesen am 30. März 2012). Das Forum konnte seine Existenz nicht längerfristig sichern und bestand nur einige Jahre.

⁴²Wissen ist Macht, Gedichtesammlung Kurt Eggers, 21. Mai 2005, in: „Thiazi Forum“ unter: <http://174.122.234.116/showthread.php?t=72979> (gelesen am 30. März 2012); Kommentar von Lichtmensch am 21. Mai 2005. Wie das „Skadi Forum“ konnte auch das „Thiazi Forum“ seine Existenz nicht längerfristig sichern und bestand nur einige Jahre.

⁴³Vgl. Yury Winterberg, Der Rebell. Odfried Hepp – Neonazi – Terrorist – Aussteiger, Bergisch-Gladbach 2004, S. 38 f.

Terrorist mit dem Hinweis, dass er nur die von Eggers in „Vater aller Dinge“ verbreiteten Ideen ernst genommen und umgesetzt habe.⁴⁴

4.4 NPD-Mitarbeiter als Biograf

Zwar steht gegenwärtigen Neonazis mit Kurt Eggers ein Vorbild für ihr eigenes Handeln zur Verfügung, doch fehlt es an aktueller Literatur für eine intensivere Beschäftigung. Diese Lücke schloss mit Eric Kaden ein Mitarbeiter der Landtagsfraktion der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) in Mecklenburg-Vorpommern.⁴⁵

Kaden, dessen Partei Eggers auch schon einmal durch eine Feierstunde während eines Jugendthings ehren wollte⁴⁶, erstellte eine Biografie auf der Grundlage von Primärquellen aus mehreren Archiven und Privatsammlungen. Bei ihr handelte es sich jedoch nicht um eine distanzierte Untersuchung, sondern um eine agitatorische Publikation, da ihr Verfasser nicht nur auf eine kritische Betrachtung der Quellen verzichtete, sondern eine reine Verherrlichungsschrift erstellte. So beschrieb er Eggers als „große(n) soldatische(n) Dichter ... und ... unbeirrbar(e)n Vorkämpfer für die deutsche Kulturrevolution“⁴⁷ sowie einen Mann, der „vom instinktgeleiteten Rebellen zum bewussten, fanatischen Kämpfer für die Freiheit (wurde).“⁴⁸ Für Kaden war Eggers' Leben ein „Wagnis, das ... mutig durchkämpft und mit allen Konsequenzen auch geliebt wurde“⁴⁹ und das „seine kämpferische Erfüllung (fand), indem er als Soldat fiel.“⁵⁰ Kadens Bewunderung ging soweit, dass er den SS-Mann nicht nur als „Vorbild für Entschlossenheit,

⁴⁴Vgl. ebenda, S. 148.

⁴⁵Vgl. Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern, „NPD-Fraktionsmitarbeiter legt Biographie des NS-Dichters Kurt EGGERS vor“, 23. Januar 2009, in: www.verfassungsschutz-mv.de/cms2/Verfassungsschutz_prod/Verfassungsschutz/content/de_Service/Archivmeldungen/_meldungen/NPD-Fraktionsmitarbeiter_legt_Biographie_des_NPD-Dichters_Kurt_EGGERS_vor/index.jsp (gelesen am 30. März 2012).

⁴⁶Vgl. NPD-Sächsische Schweiz, Jugendthing – Winterthing 2006, in: www.npd-saechsische-schweiz.de/jn/jugendthing/, (gelesen am 24. Mai 2012).

⁴⁷Kaden, Eggers (Anm. 2), S. 201.

⁴⁸Ebenda, S. 203.

⁴⁹Ebenda, S. 200.

⁵⁰Ebenda, S. 201.

Klarheit und stetigen Vorwärtsdrang“ pries, sondern bekannte, dass er sich persönlich „nicht davor verschließen“⁵¹ konnte.

Allerdings schadete sich Kaden mit diesen Lobpreisungen, denn sie führten zur Indizierung der Biografie durch die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ (BPjM). Sie begründete dies damit, dass sich Kaden „in geradezu schwärmerischer Art und Weise ... das Wirken Eggers’ zu Eigen“ gemacht habe, sein Werk „verrohend und zu Gewalttätigkeit anreizend“ wirke, den Krieg verherrliche sowie „als einzige Werbung für den Nationalsozialismus“⁵² erscheine. Die BPjM erkannte damit das agitatorische Potential des Buches.

Dass ihre Interpretation zurecht erfolgte, bestätigt auch der publizistische Hintergrund der Veröffentlichung, denn das Vorwort stammte von Lisbeth Grolitsch, also jener ehemaligen BDM-Funktionärin, die als Führungskraft des „Freundeskreises Ulrich von Hutten“ für den Transfer der Überzeugungen Eggers’ mitverantwortlich war. Sie nutzte die Gelegenheit, um ihn als Menschen herauszustellen, der „sein Leben und seine dichterische Aussage in den Dienst seines Volkes gestellt hat und von hohen sittlichen Forderungen geleitet war.“⁵³ Das Vorwort war allerdings nicht der einzige Beleg für eine Einbindung Kadens in die rechtsextremistische Szene, denn er gab in seiner Dankagung an, dass ihm unter anderem Sebastian Rübiger unterstützt hatte.⁵⁴ Dieser stand als HDJ-Bundesführer⁵⁵ genau der Vereinigung vor, die sich innerhalb des neonazistischen Bereichs verstärkt mit Eggers beschäftigt hatte und in deren Zeitschrift er bereits drei Jahre zuvor einen Eggers-Artikel veröffentlicht hatte.⁵⁶

⁵¹Ebenda, S. 204.

⁵²Vgl. Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, Entscheidung Nr. 8643(V) vom 5. Mai 2009, S. 7, 10, 12, 14.

⁵³Lisbeth Grolitsch, Vorwort, in: Kaden, Eggers (Anm. 2), S. 9 f., hier S. 9.

⁵⁴Vgl. Kaden (Anm. 2), S. 11.

⁵⁵Vgl. Verfassungsschutz Brandenburg, Bundesweite Razzia gegen rechtsextremistische „Heimattreue Deutsche Jugend“, undatiert (wohl 2008), in: www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c132906.de (gelesen am 28. Februar 2013).

⁵⁶Vgl. Eric (Anm. 37).

Kadens Bewunderung führte zudem zu einer zweiten Veröffentlichung. Diese thematisierte die „SS-Standarte Kurt Eggers“.⁵⁷ Der NPD-Mitarbeiter nutzte in diesem Fall die Betrachtung der nach seinem Idol benannten Einheit, um diesen als „Idealtypus des nationalsozialistisch-politischen Soldaten“ zu preisen, welcher dazu diene, „besonders die Waffen-SS weltanschaulich noch fester auf den NS-Staat einzuschwören und zum fanatischen Einsatz im Kampf zu animieren.“⁵⁸

4.5 Lieder aus der Rechtsrock-Szene

Kadens Biografie war eine Möglichkeit, die in den personell begrenzten Ideologiekreisen aufrecht gehaltene Erinnerung an Eggers einem breiteren Kreis von Rechtsextremisten zugänglich zu machen und ihn als Vorbild anzupreisen. Eine andere zeigte sich in der Rechtsrock-Szene. Diese ist zwar neonazistisch bestimmt, erreicht aber über die Musik nicht nur Rechtsextremisten unterschiedlicher Ausrichtung, sondern auch nicht in die Szene eingebundene Jugendliche.

2011 veröffentlichte die Band „Thrima“ eine Sammlung von Liedern, die aus vertonten Texten des 1943 gefallenen SS-Soldaten bestand und konsequenterweise „Vertonte Zeilen“ hieß. Der Tonträger enthielt einen Verweis auf Eric Kadens Buch über die „SS-Standarte Kurt Eggers“ sowie einen Begleittext, in dem der Biograf sein Idol als „Kriegerpoet“ sowie „kompromißloseste und klarste dichterische Kraft seiner Epoche“⁵⁹ beschrieb. Dass es „Thrima“ um mehr als eine bloße Würdigung des Dichters ging, belegt ein weiterer Begleittext. Danach wollte man dazu beitragen, „daß die Werke großer Dichter, wie Kurt Eggers einer war, nicht in Vergessenheit geraten und uns als nachfolgende Generationen erhalten bleiben.“⁶⁰ In diesem Sinn ist ein „Junge Aktivisten“ betitelter Text vor einem Plakat abgedruckt, das einen Hitlerjungen sowie die Parole zeigt „Deutsche! gebt (sic!) dem System

⁵⁷Vgl. Eric Kaden, *Das Wort als Waffe. Der Propagandakrieg der Waffen-SS und die SS-Standarte „Kurt Eggers“*, Dresden 2009.

⁵⁸Ebenda, S. 53.

⁵⁹Thrima, *Vertonte Zeilen* (CD), o. O. 2006, Booklet, S. 11.

⁶⁰Ebenda, Innenseite des Rückblattes.

die Antwort!“⁶¹ Mit der Abbildung zog die Musikgruppe eine Verbindung von der Vergangenheit zur Gegenwart, denn wie Hitlerjungen die Weimarer Republik bekämpften, bekämpfen gegenwärtige Neonazis als „nachfolgende Generation“ die Bundesrepublik. Als Motivation für diesen Kampf gegen die Regierenden dient den Musikern Ulrich von Hutten, zu dem sich bereits Eggers mit den nun vertonten Worten bekannt hatte: „Du lebst in mir ... / Wenn ich verzweifeln will, / rufst du mir zu. / Und ich muß deinen Willen tun: / Die Fahne tragen, / zum Angriff rufen / und Männer, / die an der Zukunft verzagen, / muß ich in deinem Namen / vorwärtsjagen.“⁶²

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Mit Kurt Eggers steht heutigen Rechtsextremisten ein kulturell tätiger Frontkämpfer als Vorbild zur Verfügung, der nicht nur Theoretiker, sondern Handelnder war. Zu verdanken haben sie dies der ideologischen Transferarbeit jahrzehntelang tätiger Altnazis, die Ideologieelemente aus der Zeit des „Dritten Reichs“ bewahrt und unter jungen Aktivisten verbreitet haben. Dabei können sie Parallelen zu Eggers' genereller Lebensführung ziehen, lebte dieser doch bis zum Untergang der „Weimarer Republik“ in unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen und in gesellschaftlicher Bedeutungslosigkeit, bevor ihm die NS-Diktatur eine Karriere ermöglichte. Hier ergibt sich für gegenwärtige Rechtsextremisten eine Hoffnung, denn auch ihr Leben ist von ökonomischen Druck und gesellschaftlicher Randständigkeit geprägt. In der nach ihrem Empfinden tristen Gegenwart des „BRD-Alltags“, in der sie den beständigen Niedergang Deutschlands in einer „Elendsrepublik“ sehen, dient das Leben ihres Vorbilds als Motivation zur Fortführung ihrer Aktivitäten.

Der Bezug auf Eggers ermöglicht die Konstruktion einer doppelten historischen Verankerung. Diese erfolgt sowohl zu Eggers als auch zu seiner Interpretation des Ulrich von Hutten. Auch wenn sich aus dem Kleinkrieg des Ritters keine Revolution entwickelte, verklärten Männer wie Eggers sein Handeln in den 1920er Jahren und hielten auch in für sie schweren Zeiten an ihm fest, um schließlich am 30. Januar

⁶¹Ebenda, Junge Aktivisten (Lied 3), Booklet, S. 4.

⁶²Ebenda, An Hutten (Lied 6), Booklet, S. 7.

1933 zu triumphieren. Junge Rechtsextremisten können sich dadurch mental auf einen Kleinkrieg vorbereiten, der einst in ihrer „Nationalen Revolution“ münden soll. Sie empfinden bei Spaziergängen in den deutschen Innenstädten ein andauerndes Gefühl der „Überfremdung“ im Rahmen einer nach ihrer Ansicht durch Masseneinwanderung betriebenen Beseitigung der deutschen Bevölkerung. Demzufolge sehen diese Rechtsextremisten einen gegen Deutschland geführten Vernichtungskrieg, in dem sie die letzten Verteidiger des Vaterlandes sind. Dabei teilen sie häufig die von Eggers verbreitete Vorstellung, dass „(d)er Krieger erkennt, daß sein Leben nur einen Sinn hat, wenn seine Nation frei und stark ist. Es erscheint ihm nicht ehrenvoll und damit sinnlos zu sein, in einem geschichtslos untergehenden Volk zu leben. ... In seiner Nation sieht er sich; sein Volk und er sind eine harmonische Einheit.“⁶³

In einer Position der Machtlosigkeit sehen gegenwärtige Rechtsextremisten an Eggers, dass auch in einer hoffnungslosen Lage die Möglichkeit besteht, seinem Leben einen Sinn zu geben. Somit hat für sie die von Eggers gezeigte „Einheit von Wort und Tat“ eine besondere Bedeutung, vor allem sein Tod auf dem Schlachtfeld. Dadurch ist er ihnen eine Anregung zur Tat, die für sie nur kämpferisch sein kann, und zwar bedingungslos kämpferisch.

Somit dient der SS-Soldat heutigen Rechtsextremisten für ihre innere Mobilmachung als eben jene zu allem entschlossene Krieger, die „nicht aus Todesfurcht auf halbem Wege stehen bleiben“⁶⁴ dürfen. Manch einer von ihnen wird vermutlich die Morde des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), dessen Grundsatz die Forderung „Taten statt Worte“ war, als Ausdruck einer derartigen Haltung begrüßt haben. Dass solch ein Gedankengut tatsächlich eine entsprechende Radikalisierung fördern kann, hatte bereits dreißig Jahre zuvor das Beispiel des Rechtsterroristen Odfried Hepp gezeigt.

⁶³ Eggers, Vater (Anm. 11), S. 42 f.

⁶⁴ Ebenda, S. 43.

Das neue Programm der Partei „Die Linke“ (2011)

Eine Analyse aus demokratie- und extremismustheoretischer Perspektive

Armin Pfahl-Traugber

1. Einleitung und Fragestellung

Programme von Parteien benennen deren politische Grundpositionen. Mitunter finden sich darin diffuse Allgemeinplätze, mitunter klare Bekenntnisse. Die konkrete Ausrichtung zwischen diesen beiden Polen ist von unterschiedlichen Gesichtspunkten abhängig: Die verschiedenen Flügel einer Partei müssen sich im Text wiederfinden, er soll attraktiv auf potentielle Anhänger und Wähler wirken, und er will als bedenklich geltende Auffassungen in verbal angenehmer Form präsentieren. Der letztgenannte Gesichtspunkt spielt insbesondere bei Parteien eine Rolle, die sich im „Grauzonenbereich“ zwischen einer noch demokratischen und schon extremistischen Dimension bewegen. Ebendort verorten mit unterschiedlicher Gewichtung in der konkreten Einschätzung auch viele Analytiker in Journalismus und Politik, Sozialwissenschaft und Verfassungsschutz die Partei „Die Linke“¹, die 2007 aus einer Fusion von „Die Linkspartei.PDS“ („Partei des Demokratischen Sozialismus“) und der „Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) entstand.

Während des 2. Parteitags vom 21. bis 23. Oktober 2011 verabschiedete man ein erstes eigenes Grundsatzprogramm², das die „Programmatischen Eckpunkte“ aus dem Gründungsjahr in dieser Funktion ablöste. Es soll hier einer kritischen Analyse unterzogen werden. Entgegen des in Medien und Politik dominierenden Interesses geht es aber

¹ Fortan ist mit der Schreibweise „Die Linke“ in Anführungszeichen diese Partei angesprochen. Fehlen sie bei die Linke, ist damit allgemein das linke politische Lager gemeint. In den bibliographischen Angaben und jeweiligen Zitaten wird indessen die Schreibweise mit Großbuchstaben („DIE LINKE“) beibehalten.

² DIE LINKE (Hrsg.), Programm der Partei DIE LINKE. 2. Parteitag, 2. Tagung, Erfurt, 21. bis 23. Oktober 2011, Berlin 2011. Es wird hier fortan die Internet-Ausgabe zitiert. Um auch Textstellen in anderen Ausgaben auffinden zu können, erfolgt in Klammern jeweils ein Hinweis auf das entsprechende Kapitel.

nicht darum, ob die Partei hierdurch „politikfähig“ im Sinne einer möglichen Koalitionsbereitschaft mit SPD und Grünen ist, ob die außenpolitischen Auffassungen zu einer Isolierung in der internationalen Politik führen würden oder ob die sozialpolitischen Forderungen realistisch durch den Staat finanzierbar sind. Vielmehr lautet das alleinige Erkenntnisinteresse bzw. die hauptsächliche Fragestellung: Wie kann das Programm der Partei „Die Linke“ aus demokratie- und extremismustheoretischer Perspektive³ eingeschätzt werden?⁴ Da intern vor der Verabschiedung eine intensive Debatte bis hin zu einzelnen Formulierungen stattfand, soll hier eine darauf bezogene Analyse des endgültigen Textes erfolgen.

Zunächst geht es dabei um die Forderung nach einer Überwindung des Kapitalismus (2.), das präsentierte Verständnis von „demokratischem Sozialismus“ (3.), die Berufung auf Karl Marx und Friedrich Engels (4.) sowie auf Rosa Luxemburg (5.). Dem folgen Ausführungen zur historisch-politischen Selbstverortung der Partei „Die Linke“ (6.), ihrem politischen Bild von der SED-Diktatur in der DDR (7.) und der Reichweite des Bruchs mit dem Stalinismus (8.). Besonderes Interesse finden danach die offen bekundete Forderung nach einem Systemwechsel (9.), das Plädoyer für eine Erweiterung der parlamentarischen Demokratie (10.) und das Festhalten an der Antifaschismus-Doktrin (11.). Schließlich sollen noch vergleichende Betrachtungen mit dem

³ Vgl. u.a. aus der politikwissenschaftlichen Sicht des Autors: Armin Pfahl-Traughber, Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 185-212; Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33, hier S. 10-21.

⁴ Damit setzt die vorliegende Abhandlung auch frühere Analysen fort, vgl.: Armin Pfahl-Traughber, Wandlung zur Demokratie? Die programmatische Entwicklung der PDS, in: Deutschland Archiv, 28. Jg., 1995, S. 359-368; Armin Pfahl-Traughber, Das DKP- und PDS-Parteiprogramm. Eine vergleichende Analyse in extremismustheoretischer Perspektive, in: Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008, S. 66-81. Dort finden sich auch einige methodische Erläuterungen.

PDS-Programm von 2003 (12.) und dem Programm der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) von 2006 (13.) vorgenommen werden. Die Analyse konzentriert sich bei all dem auf den Text des neuen Programms der Partei „Die Linke“ und nimmt nur am Rande ihre reale Politik in den Blick.

2. Die Forderung nach einer Überwindung des Kapitalismus

Betrachtet man das Parteiprogramm in der Gesamtschau, so lässt sich eine dualistische Dimension als Kerngehalt erkennen: Der negativen Bewertung des bestehenden Kapitalismus wird die positive Einforderung eines zukünftigen Sozialismus entgegengestellt. Hierbei erfolgt demnach der inhaltliche Bezug auf unterschiedliche Ebenen: einmal die gegenwärtige Realität, einmal die spätere Utopie. In dieser Perspektive steht das erhoffte Zukunftsbild immer besser da, muss es sich doch nicht an der gesellschaftlichen Wirklichkeit messen lassen. Der Kapitalismus wird demgegenüber monokausal und pauschal für alle nur möglichen Übel und Verwerfungen von der Arbeitslosigkeit über die Frauendiskriminierung und Kriegsgefahr bis zur Verelendung verantwortlich gemacht. Der Text suggeriert sogar durchgängig, dass die Entwicklung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung unweigerlich auf Untergang und Zusammenbruch hinauslaufe: Um so größer die beschworene Gefahr dieser negativen Entwicklung, um so größer die unbedingte Notwendigkeit zu seiner Überwindung.

Daher gilt die Forderung nach einer Abschaffung des Kapitalismus als zwingende Notwendigkeit: „Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik und zum kapitalistischen System, zu seinen Krisen und Ungerechtigkeiten ...“⁵ Insgesamt bleibt in dem Text des Programms aber unklar, was man mit „Kapitalismus“ genau meint und wie etwa das Verhältnis zur Marktwirtschaft bestimmt sein soll. Modelle eines „demokratischen Sozialismus“, worauf später noch näher eingegangen werden soll, lehnen den Kapitalismus im Sinne einer freien Marktwirtschaft ab, plädieren aber für einen marktwirtschaftlichen Wohlfahrtsstaat. Zwar konstatiert das Parteiprogramm, dass der Kapitalis-

⁵ DIE LINKE, Parteiprogramm (Anm. 2), S. 11 (I. Woher wir kommen, wer wir sind).

mus auch „unermesslichen Reichtum hervorgebracht“ und „technologische Voraussetzungen“⁶ zur Überwindung der Armut geschaffen hat. Gleichwohl will man nicht an das Modell einer (distanziert in Anführungszeichen geschriebenen) „sozialen Marktwirtschaft“ anknüpfen, habe dieses doch nicht „die Herrschaft des Kapitals“⁷ in Frage gestellt.

Demnach beabsichtigt „Die Linke“ einen tiefen Eingriff in die ökonomische Struktur der Gesellschaft, verbunden mit einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Es bleibt allerdings unklar, wie weit solche Absichten gehen sollen und welche Folgen sie konkret hätten. Letzteres wäre der entscheidende Gesichtspunkt, um die Forderung nach einer Überwindung des Kapitalismus demokratie- und extremismustheoretisch klar zu bewerten. Eine solche politische Forderung muss keineswegs gegen die Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates gerichtet sein. Als dessen konstitutive Merkmale gelten: Individualität, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Volkssouveränität. Damit geht demnach kein Plädoyer für eine bestimmte Wirtschaftsordnung einher. Demnach kann es auch eine Abkehr vom Kapitalismus und eine Etablierung des Sozialismus auf Basis der genannten Prinzipien geben, sofern dabei die erwähnten Minimalbedingungen in ihrer allseitigen Gültigkeit nicht negativ berührt werden.⁸

3. Das präsentierte Verständnis von „demokratischem Sozialismus“

Insofern kann es durchaus auch eine Auffassung von „demokratischem Sozialismus“ im Sinne des demokratischen Verfassungsstaates geben. Die einseitige Fixierung des „Sozialismus“-Verständnisses auf die diktatorischen Systeme der DDR oder der Sowjetunion verkennt

⁶ Ebenda, S. 11 (II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation).

⁷ Ebenda, S. 12.

⁸ Dies wäre etwa bei entschädigungslosen und willkürlichen Enteignungen durch den Staat der Fall, gehört doch auch das Besitzrecht des Kapitalisten bzw. Unternehmers zu den Menschenrechten. Im Programmtext der Partei und in Erklärungen ihrer Repräsentanten findet man zu diesem Gesichtspunkt keine klaren Stellungnahmen.

die Unterschiedlichkeit und Vielfalt einschlägiger politischer Modelle. „Sozialismus“ steht als Sammelbezeichnung für Auffassungen und Bestrebungen, welche die „soziale Gleichheit“ zu einem konstitutiven und primären Merkmal des politischen Selbstverständnisses erhoben haben. Im Laufe der Geschichte bezeichneten sich humanistische Denker ebenso wie totalitäre Diktatoren als „Sozialisten“.⁹ Daher bedarf es bei der demokratie- und extremismustheoretischen Einschätzung jeweils einer genauen Betrachtung der angesprochenen Auffassung von Sozialismus, wobei folgende Fragen eine Antwort finden sollten: In welcher ideen- und realgeschichtlichen Tradition steht sie? Und: Wie sollen die beabsichtigten gesellschaftlichen Veränderungen vorgenommen werden?

Bevor darauf bezogen in einzelnen Abschnitten eine nähere Erörterung erfolgt, sind hier einige Ausführungen zum ursprünglichen Verständnis von „demokratischem Sozialismus“ im Sinne einer Akzeptanz des demokratischen Verfassungsstaates nötig. Einschlägige Positionen kamen in der deutschen Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts auf: Eduard Bernstein, ein seinerzeit bedeutender Theoretiker der SPD, konstatierte, dass viele Prognosen von Karl Marx zum Niedergang des Kapitalismus nicht eingetreten waren. Daraus leitete er das Plädoyer für einen friedlichen und parlamentarischen Weg über Reformen zum Sozialismus ab.¹⁰ Spätestens nach 1917 kam es dann in der Arbeiterbewegung nicht nur in Deutschland zu einer Aufspaltung in einen reformerischen und einen revolutionären Flügel. An die erstgenannte Konzeption knüpfte insbesondere die Sozialdemokratie in den skandinavischen Ländern an, wo wie in Schweden zur Zeit Olof

⁹ Vgl. u.a.: Walter Euchner (Hrsg.), *Klassiker des Sozialismus*, München 1991 (zwei Bände); Leszek Kolakowski, *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall*, München 1978 (drei Bände).

¹⁰ Vgl. u.a. Peter Gay, *Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx*, Nürnberg 1954; Horst Heimann/Thomas Meyer (Hrsg.), *Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongress „Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins“*, Berlin – Bonn 1977.

Palme der „demokratische Sozialismus“ in Form des Wohlfahrtsstaates umgesetzt wurde.¹¹

Bei der Umbenennung der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (SED) 1989 bzw. 1990 eignete man sich die Bezeichnung „demokratischen Sozialismus“ an. Gleichwohl stand weder die PDS seinerzeit noch „Die Linke“ gegenwärtig in der erwähnten ideen- und realgeschichtlichen Tradition. Zwar nutzt die Partei auch im neuen Programm offensiv diese Bezeichnung im Sinne eines Selbstverständnisses, ist doch etwa die Rede davon, dass man „ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus“¹² brauche. Es gibt auch kritische Anmerkungen zur DDR und eine Distanzierung vom Stalinismus, worauf auch noch ausführlicher eingegangen werden soll. Das in seinen Konturen aber eher unscharfe Bild vom Sozialismus im Parteiprogramm beruft sich indessen gerade nicht auf die vorgenannten Auffassungen, Repräsentanten und Systeme eines „demokratischen Sozialismus“ im Sinne der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates.

4. Die Berufung auf Karl Marx und Friedrich Engels

Durch den Text zieht sich die erwähnte inhaltliche Stoßrichtung gegen den Kapitalismus, wobei die Prägung in Form und Inhalt durch Bezüge auf das Denken von Karl Marx unverkennbar ist. Zwar taucht sein Name lediglich zweimal auf, so heißt es etwa: „Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals und aus patriarchalen Verhältnissen verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen. Dies haben insbesondere Marx, Engels

¹¹Vgl. u.a. Erik Gurgies, Schweden. Zivilgesellschaft im universalistischen Wohlfahrtsstaat, in: Thomas Meyer (Hrsg.), Praxis der Sozialen Demokratie, Wiesbaden 2006, S. 49-129; Olof Palme, Die Gleichheit freier Menschen – der demokratische Sozialismus Schwedens (1970), in: Freimut Duve (Hrsg.), Olof Palme. „Er rührte an die Herzen der Menschen“, Reinbek 1986, S. 58-65.

¹²DIE LINKE (Hrsg.), Parteiprogramm (Anm. 2), S. 4 (Präambel – dafür steht DIE LINKE).

und Luxemburg gezeigt.“¹³ Doch folgt sowohl die Kapitalismuskritik wie die Ökonomiezentriertheit des Programmtextes seiner Auffassung über die Entwicklung von Gesellschaft. Wie auch das vorstehende Zitat veranschaulicht, geht es dabei nicht nur um Teilaspekte der Lehre von Marx. Sie bildet in modernisierter Form den inhaltlichen Ausgangspunkt der Argumentation bezüglich der Begründung für die Abkehr vom Kapitalismus und der Etablierung des Sozialismus. Lediglich Aspekte wie die Fixierung auf das Proletariat und die Unbedingtheit der Revolution kommen nicht vor.

Wie ist nun diese Berufung auf Marx und Engels demokratie- und extremismustheoretisch zu bewerten? Eine differenzierte Antwort auf diese Frage muss zunächst konstatieren, dass beide Denker des 19. Jahrhunderts nicht nur im Sinne der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staatensysteme gedeutet wurden. Immerhin gilt der Marxismus in den Sozialwissenschaften als eine angesehene, wenn auch umstrittene Deutung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse.¹⁴ Bezüglich der Analyse historisch-politischer Prozesse durch den Verweis auf soziale Konflikte und Umbrüche kommt ihm ein ebenso großes Verdienst zu wie hinsichtlich der Deutung von Ideologiebildungsprozessen als Konsequenz bestimmter gesellschaftlicher Interessen. Ähnliches gilt für die kritische Betrachtung einiger Aspekte in der Entwicklungsdynamik des Kapitalismus. Diese und andere Teilaspekte des Marxismus gingen auch in das politische Selbstverständnis der Anhänger und Parteien des „demokratischen Sozialismus“ im oben gemeinten Sinne ein.

Die inhaltliche Besonderheit bestand dabei in der nur eingeschränkten und selektiven Berufung auf Marx, lehnte man doch die in seiner Lehre enthaltenen Gesichtspunkte zur Rechtfertigung eines diktatorischen Vorgehens ab. Immerhin ging er nicht nur von der Inanspruchnahme des Wissens um das „wahre Wesen“ des Menschen aus, sondern sah

¹³Ebenda, S. 7 (I. Woher wir kommen, wer wir sind). Die zweite namentliche Berufung auf Marx findet sich auf S. 22 (III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert).

¹⁴Vgl. u.a. Heinz Abels, Einführung in die Soziologie. Band 1: Der Blick auf die Gesellschaft, 2. Auflage, Wiesbaden 2004, S. 373-376; Richard Münch, Soziologie Theorie. Band 1: Grundlegung durch die Klassiker, Frankfurt/M. 2002, S. 105-134.

auch in der Etablierung eines autoritären Staates eine notwendige Voraussetzung für den Übergang in die freie Gesellschaft. Letzteres lief auf die Forderung nach einem diktatorischen und repressiven System hinaus.¹⁵ Eine Berufung auf Marx, die beansprucht auf Basis der Akzeptanz von Minimalbedingungen einer modernen Demokratie zu erfolgen, kann sich daher nicht allgemein und pauschal auf diesen Denker berufen. Sie müsste eine kritische Auseinandersetzung mit seiner Lehre führen und eine klare Distanzierung von den letztgenannten Bestandteilen seiner Theorie vornehmen. Dies ist bezogen auf Marx aber weder im Programm noch sonst bei der Partei „Die Linke“ feststellbar.

5. Die Berufung auf Rosa Luxemburg

Als weiterer „Klassiker“ wird neben Marx und Engels im Programm nur noch Rosa Luxemburg namentlich genannt.¹⁶ Sie gilt auch über den Text hinaus in „Die Linke“ als historisch-politisches Vorbild, ist doch etwa die parteinahe Stiftung nach Luxemburg benannt. Darüber hinaus verbindet man nicht selten die Berufung auf einen „demokratischen Sozialismus“ eng mit ihr. Insofern stellt sich auch hier die Frage, wie dies demokratie- und extremismustheoretisch eingeschätzt werden sollte. Betrachtet man nicht nur das von der Partei propagierte Bild von Luxemburg, sondern auch das öffentliche Meinungsbild über sie, so scheint die Erhebung ihrer Person in eine politische „Ahnengalerie“ unproblematisch zu sein: Luxemburg bringt man häufig mit ihrer Aussage „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“, die mittlerweile als geflügeltes Wort in politischen Debatten gilt, in Verbindung. Aus ihren damit einhergehenden Einwänden gegen Lenins Politik nach 1917 leitete sich u.a. das Bild von einer demokratischen und undogmatischen Kommunistin ab.

¹⁵Vgl. ausführlicher mit einschlägigen Belegen und weiterführenden Literaturhinweisen aus Sicht des Autors dazu: Armin Pfahl-Traughber, Der Marxismus zwischen Ideologie und Wissenschaft. Eine Darstellung der inhaltlichen Grundpositionen und Analyse der extremistischen Potentiale (10. März 2008), in: www.bpb.de (gelesen am 23. Dezember 2011).

¹⁶Vgl. Fußnote 13 der vorliegenden Abhandlung.

Betrachtet man aber ihre politischen Auffassungen und Handlungen näher, so kann die damit einhergehende Einschätzung nicht aufrecht erhalten werden: Im seinerzeitigen „Revisionismusstreit“ in der deutschen Sozialdemokratie, der durch Eduard Bernsteins Plädoyer für einen parlamentarischen und gegen einen revolutionären Weg zum Sozialismus ausgelöst wurde, nahm Luxemburg eben gerade eine dogmatische Haltung ein. Ihr politisches Bewusstsein war mehr durch theoretische Annahmen und weniger durch die soziale Realität geprägt. Dadurch erklärt sich auch Luxemburgs Fehleinschätzung des politischen Bewusstseins der Arbeiter, ging sie doch bei ihnen von dem latenten Bestehen eines in Konfliktsituationen spontan ausbrechenden revolutionären Willens aus. Die Deutung von Luxemburg als „demokratischer Kommunistin“ bezieht sich aber meist auf die Differenzen zur Bolschewiki bzw. Lenin: Hier sprach sie sowohl bei der Debatte über das Parteimodell wie bei der Kommentierung der Revolution von einer Beseitigung der Demokratie.

Die entscheidende Differenz bestand somit darin, dass für Luxemburg eine Revolution auf Basis des Mehrheitswillens der Arbeiter erfolgen sollte. Es ging ihr also keineswegs um einen friedlichen oder parlamentarischen Weg zum Sozialismus. Eine Diktatur sah Luxemburg sehr wohl als legitime und richtige Ordnung für den Sozialismus an, sofern sie von angeblichen Mehrheiten im Proletariat getragen werde. Die „Diktatur des Proletariats“ galt daher als „wahre Demokratie“. Die Aussage von der „Freiheit der anders Denkenden“ plädierte auch nicht für Freiheit für nicht-sozialistische Auffassungen, sondern nur für die inner-sozialistische Debatte. Darüber hinaus nahm Luxemburg bezüglich des Mehrheitsprinzips keine stringente Haltung bei der Bewertung politischer Prozesse ein, akzeptierte sie doch nicht immer einschlägige Voten bei Abstimmungen gegen ihre eigene Position. Nimmt man das politische Denken Luxemburgs kritisch zur Kenntnis¹⁷, kann die Berufung auf sie kaum mit der Akzeptanz der Minimalbedingungen einer modernen Demokratie einhergehen.

¹⁷Vgl. u.a. Eckhard Jesse, Demokratie oder Diktatur? Luxemburg und der Luxemburgismus, in: Uwe Backes/Stéphan Courtois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln 2002, S. 198-212; Armin Pfahl-Traughber, Die Berufung auf den Marxismus der Rosa Luxemburg. Zur demokratie- und extremismustheoretischen Einschätzung einer

6. Die historisch-politische Selbstverortung als sozialistische Partei

Neben der ideengeschichtlichen Anlehnung an Marx, Engels und Luxemburg nimmt „Die Linke“ auch eine realgeschichtliche Selbstverortung als sozialistische Partei vor. Im Programmtext heißt es entsprechend: Man knüpfe „an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen an.“¹⁸ Dieser Aussage folgt dann eine kurze historische Betrachtung zur Entwicklung der gemeinten politischen Bestrebungen, die von Mitte des 19. Jahrhunderts bis gegen Ende der 1980er Jahre reicht. Hierbei kritisiert der Programmtext die positive Haltung der SPD-Führung zum Krieg von 1914 und deren Rolle bei der Niederschlagung revolutionärer Erhebungen nach dem Ende des Krieges 1918/19. Außerdem heißt es im Programmtext: „Die USPD, die KPD und linkssozialistische Bewegungen gehören heute ebenso zum historischen Erbe der LINKEN wie die Geschichte der Sozialdemokratie.“¹⁹

Diese Aussagen sind bezüglich der demokratie- und extremismustheoretischen Einschätzung aus unterschiedlichen Gründen von Interesse: Zunächst fällt die gleichzeitige Berufung auf die KPD und die SPD auf, was angesichts deren realem Konfliktverhältnis während der Weimarer Republik nicht widerspruchsfrei begründbar ist. Trotz zeitweiliger Bündnisbestrebungen betrachtete die KPD die SPD während jener Jahre als eine Art „linken Flügel der Bourgeoisie“ und lehnte sie als pro-republikanische Kraft auf der Grundlage ihrer revolutionären Ideologie ab. Ende der 1920er Jahre gipfelte diese Auffassung in der Erklärung der SPD zum „Hauptfeind“ und im „Sozialfaschismus“-Vorwurf. Demgegenüber distanzierte sich die SPD von der KPD, sah man in ihr doch mit der NSDAP einen erklärten Feind der Republik. Immerhin forderte die KPD offen die Überwindung der Weimarer Re-

Klassikerin, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011. Erster Halbband, Frankfurt/M. 2011, S. 181-195.

¹⁸DIE LINKE (Hrsg.), Parteiprogramm (Anm. 2), S. 7 (I. Woher wir kommen, wer wir sind).

¹⁹Ebenda, S. 8 (I. Woher wir kommen, wer wir sind).

publik und deren Ersetzung durch ein „Sowjetdeutschland“ im Sinne Stalins.²⁰ Angesichts dieser grundlegenden Differenzen kann man sich nicht gleichzeitig auf KPD und SPD berufen.

Darüber hinaus fällt bei den Kommentaren zur historischen Entwicklung auf, dass das Programm der Partei „Die Linke“ keine Kritik an der damaligen KPD-Politik, aber sehr wohl eine Kritik an der seinerzeitigen SPD-Politik vornimmt. Die pro-stalinistische Ausrichtung der KPD gilt offenbar als weniger problematisch. Gleichzeitig spricht man im Text des Programms von den erwähnten „linksdemokratischen Positionen und Traditionen“, die sich in der „sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung“ gefunden hätten. Angesichts der erwähnten politischen Grundauffassung der KPD kann diese wohl schwerlich als „linksdemokratisch“ gelten, trat sie doch offen für die Etablierung einer sozialistischen Diktatur im Sinne Stalins ein. Wenn gegenüber einer solchen Partei von „linksdemokratisch“ gesprochen wird, dann macht dies allenfalls angesichts eines anderen „Demokratie“-Verständnisses Sinn. Dieses entspricht dann mit seiner identitären Komponente aber nicht den Minimalbedingungen einer pluralistischen Demokratie modernen Typs.

7. Das politische Bild von der SED-Diktatur in der DDR

Mit zur historisch-politischen Selbstverortung der Partei „Die Linke“ gehört das Bild von der SED-Diktatur, entstand doch die frühere PDS aus der Umbenennung der früheren DDR-Staatspartei heraus. Auch in den heutigen ostdeutschen Landesverbänden dominieren Mitglieder mit einschlägigen organisatorischen Vorläufen. Dies muss nicht notwendigerweise für eine extremistische Ausrichtung sprechen, sind Menschen doch durchaus in Richtung demokratischer Positionen lern- und wandlungsfähig. Letzteres dokumentiert sich etwa in der kritischen Auseinandersetzung mit früheren politischen Systemen. Bezüglich der DDR nimmt das Programm der Partei „Die Linke“ eine ambivalente Auffassung ein: Affirmative Auffassungen stehen neben kritischen Bewertungen, wobei im Sinne einer politischen Lehre die letzt-

²⁰Vgl. u.a. Ossip K. Flechtheim, *die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1969; Hermann Weber, *Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933*, Düsseldorf 1982.

genannten Deutungen überwiegen sollen. So heißt es: „Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung gesteuert wird, muss früher oder später scheitern.“²¹

Gleichwohl heißt es auch affirmativ: „Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein.“²² Mit Bodenreformen und Verstaatlichungen seien Eigentumsverhältnisse zur Ausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit am Schutz vor Ausbeutung und am Interesse des Gemeinwohls geschaffen worden. Zu den Erfahrungen der Menschen in Ostdeutschland hätten nach 1949 auch die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die Chancengleichheit im Bildungswesen gehört. Indessen ignoriert der Text an dieser Stelle, dass der soziale Aufstieg von der politischen Anpassung an die SED-Herrschaft abhängig und die formale Beseitigung der Erwerbslosigkeit mit der Etablierung einer ineffizienten Wirtschaftsordnung verbunden war. Die erwähnten Bemühungen zur Herausbildung eines anderen Gesellschafts- und Staatsmodells erfolgten darüber hinaus in der Nachwirkung einschlägiger Vorgaben durch die seinerzeitige sowjetische Besatzungsmacht unter Stalins Diktatur.

Man findet im Text des Parteiprogramms aber auch kritische Worte wie die folgenden Sätze: „Auf der anderen Seite standen Erfahrungen staatlicher Willkür und eingeschränkter Freiheiten, wie der Aufbau eines staatlichen Überwachungsapparates gegen die eigene Bevölkerung. Wichtige Reformansätze wurden nach kurzer Zeit immer wieder autoritär abgewürgt.“²³ Hier artikuliert sich eine klare Distanzierung von dem DDR-System. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Bedingungsfaktoren für diese Entwicklung findet indessen nicht statt. Bei der Formulierung dieser und anderer Sätze wird auch kein Akteur oder Schuldiger benannt. Man kann gar den Eindruck haben, die negativen Erfahrungen seien die Folge einer schicksalhaften Entwicklung gewesen. Zwar nennt der Text auch die Partei- und Staatsführung kritisch, fragt aber nicht ob deren Ideologie, Personen oder Strukturen in

²¹DIE LINKE (Hrsg.), Parteiprogramm (Anm. 2), S. 9 (Woher wir kommen, wer wir sind).

²²Ebenda, S. 9 (Woher wir kommen, wer wir sind).

²³Ebenda, S. 10 (Woher wir kommen, wer wir sind).

welchem Maße die Ursachen für das Geschilderte waren. Darüber hinaus fallen die Worte „Diktatur“ und „Unrechtsstaat“ bezogen auf die DDR im Programm nicht.

8. Die Reichweite des Bruchs mit dem Stalinismus

Gleichwohl bekundet man den grundlegenden Bruch mit dem Stalinismus, wobei dieser schon sehr früh erfolgt sei: So „formulierten die Mitglieder der SED/PDS auf einem außerordentlichen Parteitag im Herbst 1989: ‚Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System‘. Dieser Bruch mit dem Stalinismus gilt für DIE LINKE ebenso.“²⁴ Da man sich aber, wie oben erwähnt, auch in der Tradition der KPD sieht und diese Partei während ihrer Existenz bis auf die Anfangsjahre stalinistisch ausgerichtet war, dürfen zumindest Zweifel an einem glaubwürdigen und konsequenten Bekenntnis in diesem Sinne geäußert werden. Darüber hinaus muss eine Abkehr vom Stalinismus keineswegs für eine demokratische Position sprechen: Immerhin distanzierte man sich nach dem 20. Parteitag der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) 1956 auch in den meisten Ländern des „real existierenden Sozialismus“ von der totalitären Herrschaft Stalins. Zwar kam es dabei zu einem Rückgang der Repression, aber nicht zu einem Weg in die Demokratie.

Weiter heißt es im Programm: „Die Geschichte der DDR, auch die der SED, auf den Stalinismus zu verkürzen, ist jedoch unhistorisch und unwahr. Auch in der DDR gab es in unterschiedlichen Etappen eine lebendige Sozialismus-Diskussion, eine reiche kulturelle und geistige Landschaft, großartige Filme, Romane, bildende Künste, Musik und eine engagierte Vermittlung von Kunst, Kultur, Bildung in die Bevölkerung.“²⁵ Dem ersten Satz kann man zustimmen, gleichwohl dürfte eine solche Sicht der DDR kaum ernsthaft vertreten werden. Nach 1956 kam es auch dort zu einschlägigen Änderungen, die sich etwa in der Umbenennung von Stalin-Alleen oder -Straßen artikulierten. Worin aber „eine lebendige Sozialismus-Diskussion“ in der DDR bestanden haben soll, bleibt unklar. Dort konnte noch nicht einmal eine offene inner-marxistische Debatte von Protagonisten unterschiedlicher

²⁴Ebenda.

²⁵Ebenda.

„Denkschulen“ geführt werden. Selbst die Bücher andersdenkender Sozialisten von Rudolf Bahro über Ernst Bloch bis zu Robert Havemann waren öffentlich nicht zugänglich.²⁶

Der Aussage, es habe in der DDR auch großartige Filme und Romane gegeben, soll hier nicht widersprochen werden. Mit einer solchen Feststellung lässt sich aber nicht die diktatorische Dimension dortiger Herrschaft reduzieren. Das Eine hat mit dem Anderen inhaltlich nichts zu tun. Eine solche Argumentation läuft auf die Relativierung und Verharmlosung eines repressiven Regimes hinaus. Insofern lässt sich bezüglich der Reichweite des Bruchs mit dem Stalinismus in der Programmatik der Partei „Die Linke“ folgendes konstatieren: Eine Abkehr von einer solchen Ideologie und Systemstruktur formuliert man durchaus glaubwürdig. Indessen ließ sich eine Distanzierung vom Stalinismus bereits als indirekte offizielle Position zu DDR-Zeiten ausmachen. Die SED-Herrschaft beurteilt man aufgrund ihrer fehlenden demokratischen Legitimation und der offenkundigen Repressionen zwar kritisch. Gleichwohl neigt der Text des Programms mit der Hervorhebung angeblich „positiver Seiten“ zu einer zumindest teilweisen Apologie der sozialistischen Diktatur in Ostdeutschland.

9. Die offen bekundete Forderung nach einem Systemwechsel

Dem gegenüber fordert das Programm der Partei „Die Linke“ für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ganz offen den „Systemwechsel“. Dabei findet diese Formulierung auch ausdrücklich Verwendung, worin ein Unterschied zu früheren programmatischen Äußerungen der PDS besteht. Ebendort hatte man zwar von einer Überwindung des Kapitalismus gesprochen, aber dabei nicht die Formulierung „System“ genutzt. Dieser Begriff steht in der Diskussion eigentlich für eine politische Ordnung, also für die Strukturen eines Staates (z.B. „politisches System der Bundesrepublik Deutschland“). Bereits anlässlich des Einigungsparteitages von „Die

²⁶Vgl. u.a. Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hrsg.), Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002; Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR, 1971-1989, München 1999.

Linkspartei.PDS“ und der WASG hatte der seinerzeitige Parteivorsitzende Lothar Bisky 2007 geäußert: „Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei Die Linke – wir stellen die Systemfrage.“²⁷ Derartige Aussagen ziehen sich auch durch das neue Programm von 2011.

Da heißt es etwa, dass „wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“²⁸ brauchen, oder, dass die ökologische Frage „zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage“²⁹ ist. Deutlich formuliert man auch: „DIE LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.“³⁰ Bereits zuvor erfolgte dort auch die zweite namentliche Berufung auf Marx, worin dieser mit der Forderung nach einer Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassengegensätzen zugunsten einer freien Assoziation freier Individuen in einem Zitat Erwähnung findet.³¹ Dabei wird aber weder inhaltlich erwähnt noch politisch kommentiert, dass Marx im „Manifest der Kommunistischen Partei“ eine solche Entwicklung als konsequente Folge einer zuvor unabdingbaren gewaltsamen Revolution beschreiben hatte.³²

Da „Die Linke“ außerdem ihre Auffassung postuliert, „dass ein krisenfreier, sozialer, ökologischer und friedlicher Kapitalismus nicht möglich ist“³³, geht es ihr um die notwendige und zwingende Überwindung einer solchen Wirtschaftsordnung. Die Intensität der formu-

²⁷Lothar Bisky, Wir sind gekommen, um zu bleiben. Rede vom 13. Juni 2007, in: <http://archiv2007.sozialisten.de> (gelesen am 25. Dezember 2011).

²⁸DIE LINKE (Hrsg.), Parteiprogramm (Anm. 2), S. 4 (Präambel – dafür steht DIE LINKE).

²⁹Ebenda, S. 20 (II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation/Die Zentralität der ökologischen Frage).

³⁰Ebenda, S. 22 (III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert).

³¹Vgl. ebenda.

³²Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx Engels Werke (MEW), Band 4, 5. Auflage, Berlin (DDR) 1971, S. 482.

³³DIE LINKE (Hrsg.), Parteiprogramm (Anm. 2), S. 27 (IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung).

lierten Ablehnung steht auch für die Intensität der bekundeten Negierung. Eine solche Absicht muss indessen nicht in einem Spannungsverhältnis zu den Minimalbedingungen einer modernen Demokratie stehen. Die erwähnten Aussagen der Partei „Die Linke“ beziehen sich meist auch auf die ökonomische, nicht aber auf die politische Ordnung. Gleichwohl besteht zwischen beidem - zumindest aus der Perspektive des als „Klassiker“ direkt und indirekt mehrfach als Autorität erwähnten Marx - ein direkter Zusammenhang: Nach seinem Basis-Überbau-Verständnis führt eine grundlegende Änderung der ökonomischen Struktur auch zu einer grundlegenden Änderung der politischen Struktur einer Gesellschaft. Damit ist ein aus demokratie- und extremismustheoretischer Perspektive bedeutender Aspekt angesprochen.

10. Das Plädoyer für eine Erweiterung der parlamentarischen Demokratie

Einige in dieser Hinsicht überaus bedenklichen Auffassungen im Text des Programms scheinen indessen in der Deutung der Relativierung zu bedürfen, bekennt sich „Die Linke“ doch ebendort an den unterschiedlichsten Stellen zur Demokratie als politischem Leitbild und der unabdingbaren Unterstützung durch die Mehrheit. So heißt es etwa: „Die Bundesrepublik Deutschland bedarf der Erneuerung als demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Deshalb muss die repräsentative parlamentarische Demokratie durch direkte Demokratie erweitert werden. Der Volksentscheid soll dafür ein wichtiges Mittel werden. Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, insbesondere auch im Finanzsektor, die Stärkung des Öffentlichen und einer demokratischen Öffentlichkeit sind unsere Alternativen zu neoliberaler Privatisierung und einem autoritären Sicherheitsstaat.“³⁴ Und auch an anderen Stellen des Parteiprogramms finden sich Bekenntnisse zur Demokratie, laute für „Die Linke“ doch eine Lehre aus dem Scheitern der DDR: „Ohne Demokratie kein Sozialismus“.³⁵

³⁴Ebenda, S. 35 (IV.2 Wie wollen wir entscheiden? Demokratisierung der Gesellschaft).

³⁵Ebenda, S. 10 (I. Woher wir kommen, wer wir sind).

Nimmt man das Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie im ersten zitierten Satz wortwörtlich, so stünde dies für die Bejahung der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die Forderung nach einer Erweiterung der repräsentativen Demokratie durch Formen der direkten Mitbestimmung steht dazu nicht im Widerspruch. Über die Ausweitung der Demokratie in den wirtschaftlichen Bereich kann man unterschiedlicher Auffassung sein, einschlägige Forderungen stellen die Akzeptanz der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates aber ebenfalls nicht grundsätzlich in Frage. Gleichwohl müssen bezogen auf die erwähnten und kommentierten Positionen im Programm kritische Rückfragen hinsichtlich der Auffassung von Demokratie in der Partei gestattet sein. Hierbei bedarf es zunächst zweier Bemerkungen: Aufgrund des hohen Ansehens von „Demokratie“ bezeichnen sich auch die meisten Diktaturen und Extremisten als demokratisch. Und: Es kann eine inhaltliche und instrumentelle Akzeptanz von Demokratie geben.

Die letztgenannte Auffassung steht für eine Nutzung einschlägiger Möglichkeiten, um so besser Entscheidungen umzusetzen und an die Macht zu kommen. Dazu können auch Formen direkter Demokratie wie „Räte“ oder „Sowjets“ dienen, wie die historisch-politische Entwicklung nach der Oktoberrevolution von 1917 mit der folgenden Etablierung einer Diktatur der Bolschewiki gezeigt hat. Es fehlt an eindeutigen Belegstellen im Text des neuen Programms der Partei „Die Linke“, um ihr eindeutig und nachvollziehbar so etwas vorwerfen zu können. Gleichwohl formuliert man ebendort nicht primär ein Bekenntnis zur Demokratie aufgrund von deren Eigenwert als politische Ordnung zur Gestaltung des sozialen Miteinanders auf Basis individueller Menschenrechte, sondern mehr als politisches Mittel um die Abschaffung des Kapitalismus und die Etablierung des Sozialismus voranzutreiben. An einer inhaltlichen Auffassung einer Demokratie mit Pluralismus fehlt es im Programm ebenso wie an klaren Positionierungen zum Umgang mit Andersdenkenden.

11. Das Festhalten an der Antifaschismus-Doktrin

Und schließlich sei noch auf das Festhalten an der Antifaschismus-Doktrin verwiesen: Die Problematisierung dieser Auffassung mag zu-

nächst irritieren, da die Ablehnung des Faschismus als Bewegung und System eine demokratische Grundposition ist. Gleichwohl kann „Antifaschismus“ auch für eine extremistische Bestrebung stehen, meint der Begriff doch lediglich die Ablehnung einer antidemokratischen Auffassung von „rechts“. Sie schließt demgemäß nicht eine antidemokratische Positionierung von „links“ aus. Insofern verstehen sich auch Linksextremisten grundsätzlich als „antifaschistisch“, wobei sie dabei sowohl ihre Ablehnung des rechtsextremistischen Lagers wie eines bürgerlich-parlamentarischen Systems zum Ausdruck bringen. Letzteres steht aus ihrer Sicht für ein Überbau-Phänomen der gesellschaftlichen Basis des Kapitalismus, der die eigentliche Ursache für das Aufkommen des Faschismus sei. Insofern kann im Gewand des „Antifaschismus“ sowohl die Legitimation einer linken Diktatur wie eines linken Extremismus erfolgen.³⁶

In einer solchen ideologischen Tradition steht auch die Partei „Die Linke“, arbeitet ihr Programm doch mit den einschlägigen Begrifflichkeiten. So heißt es etwa: „Wir treten Neofaschismus ... entgegen“ oder „Wir kämpfen gegen Neofaschismus ...“, ohne die Nutzung derartiger Bezeichnungen durch die SED-Diktatur in der DDR oder bundesdeutsche Linksextremisten zu problematisieren. Man bekennt: „Antifaschismus ist eine Grundhaltung der Partei DIE LINKE.“ Eine Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt, dass dies eben auch diktatorische und extremistische Dimensionen mit einschließen kann, findet nicht statt. Demgegenüber ist distanzlos und pauschal von der „Pflege des politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der antifaschistischen Bewegung“³⁷ die Rede. Dies steht für die Ignoranz gegenüber den erwähnten antidemokratischen Dimensionen des Antifaschismus. Eine in diesem Sinne ausgerichtete Position, die sich ge-

³⁶Vgl. u.a. Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002; Armin Pfahl-Traughber, Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 273-300.

³⁷DIE LINKE (Hrsg.), Parteiprogramm (Anm. 2), S. 41f. (IV.2. Wie wollen wir entscheiden? Demokratisierung der Gesellschaft, Neofaschismus und Rassismus bekämpfen).

gen alle Formen des Extremismus wendet, würde im Bekenntnis zu einem antiextremistischen Konsens bestehen.

Einen solchen teilt man erklärtermaßen nicht, heißt es doch im Parteiprogramm: „DIE LINKE setzt sich vehement gegen die Gleichsetzung linker Ideen mit faschistischem Gedankengut durch Totalitarismuskonzeption und Extremismustheorie ein. Unsere Vorstellung einer friedlichen gerechteren und demokratischen Welt ist in keiner Weise mit dem menschenverachtenden Weltbild der (Neo-) FaschistInnen zu vergleichen.“³⁸ Dieser Satz unterstellt der Extremismus- und Totalitarismustheorie bestimmte Annahmen, die gar nicht von ihr geteilt werden: Von einer pauschalen Gleichsetzung „linker Ideen mit faschistischem Gedankengut“ kann nicht die Rede sein. Allenfalls wird von einer gemeinsamen Ablehnung der Demokratie von Links- und Rechtsextremisten ausgegangen. In der hier von der Partei „Die Linke“ eingenommenen Perspektive gibt es aber offenkundig keine linken Antidemokraten. Insofern distanziert man sich weder im Programm noch in der Realität eindeutig von den gewaltgeneigten Autonomen oder den kommunistischen Organisationen.

12. Vergleich mit dem PDS-Parteiprogramm von 2003

Wie ist nun das Programm der Partei „Die Linke“ in vergleichender Perspektive einzuschätzen? Dies soll hier einerseits bezogen auf das frühere Programm der PDS von 2003 und andererseits hinsichtlich des Programms der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) von 2006 erörtert werden. Am Beginn der Fragen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden steht hier zunächst der Blick in den Text der Vorgängerpartei. Darin nahm man im Unterschied zu dem Programm der Partei „Die Linke“ eine Definition von „Sozialismus“ vor: „Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung der menschlichen Kultur, für die

³⁸Ebenda.

Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln.“³⁹

Diese Ausführungen, die hier ohne Benennung das oben erwähnte Marx-Zitat ebenfalls enthalten, sind aber so allgemein gehalten, dass daraus schwerlich die Konturen des gemeinten „Sozialismus“ erkennbar sind. Die einzelnen Sätze lesen sich wie eine Auflistung „guter Wünsche“, der kaum ein aufgeklärter Bürger in eine modernen Demokratie widersprechen dürfte. Gleichwohl fanden sich an anderen Stellen des Textes ebenso wie im Programm der Partei „Die Linke“ apologetische Aussagen zur DDR und rigorose Forderungen gegen den Kapitalismus. Letzteres artikuliert sich etwa in dem Bekenntnis, wonach es der PDS um eine Überwindung der „Kapitalverwertungsinteressen“ und der ihr „zu Grunde liegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse“ ginge. Aus dieser Politik sollten sich „Möglichkeiten für weitgehende Umgestaltungen ergeben“⁴⁰. Zwar findet man hier nicht eine Formulierung wie „Systemwechsel“, gleichwohl deutet sich auch ein beabsichtigter tiefer Eingriff in die soziale und wirtschaftliche Struktur der Gesellschaft an.

Besonderes Interesse im Lichte der oben formulierten Perspektive verdient folgende Aussage zu den Strömungen in der damaligen Partei: „In der PDS wirken unterschiedliche linke demokratische Kräfte zusammen. In ihr haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“⁴¹ Gemeint sind damit die „Reformer“ und die „Traditionalisten“, die sich aber somit in ihrem letztendlichen politischen Ziel einig sind. Die Differenz soll lediglich in dem angestrebten Weg dorthin bestehen. Da zu der letztgenannten Gruppe auch Protagonisten mit offen erkennbaren extremistischen Po-

³⁹Partei des Demokratischen Sozialismus (Hrsg.), Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm. Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, Berlin 2003, S. 5 (I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte).

⁴⁰Ebenda, S. 9 (2. Unser Weg: Demokratisierung der Gesellschaft).

⁴¹Ebenda, S. 52 (IV. Veränderung mit der PDS – Selbstveränderung der PDS).

sitionen gehören⁴², gelten sie nach dem Programmtext nicht nur als legitime Bestandteile der Partei, sondern auch als „demokratische Kräfte“. Ähnlich verhält es sich in „Die Linke“, trugen doch die „Traditionalisten“ deren neues Programm mit.

13. Vergleich mit dem DKP-Parteiprogramm von 2006

Der Vergleich mit dem DKP⁴³-Programm von 2006⁴⁴ verdient demgegenüber Interesse, weil es sich hier um den Grundlagentext einer eindeutig linksextremistischen Partei handelt. Bei der Betrachtung der allgemeinen inhaltlichen Linien der Argumentation lassen sich durchaus viele Gemeinsamkeiten in den Zielen ausmachen: Im Bestehen des Kapitalismus erblickt man den eigentlichen Bedingungsfaktor für politische Mängel und wirtschaftliche Probleme, im Streben nach dem Sozialismus sieht man die letztendliche Lösung für mangelnde Demokratie und soziale Ungerechtigkeiten. Die behauptete Dramatik in der Krisenwahrnehmung determiniert dabei die entschiedene Rigorosität in der Verwerfung: Um der Abwendung von existentiellen Krisen im Kapitalismus bedarf es in dieser Perspektive der unbedingten Überwindung dieser Wirtschaftsordnung. Damit einher gehe sowohl nach dem Programm der DKP wie der Partei „Die Linke“ die Ausweitung der Demokratie im Sinne einer direkten Beteiligungsmöglichkeit von der politischen in die wirtschaftliche Sphäre.

⁴²Gemeint sind Strömungen wie die „Antikapitalistische Linke“, die „Arbeitsgemeinschaft Cuba Si“, der „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“, die „Kommunistische Plattform“ oder das „Marxistische Forum“.

⁴³Vgl. u.a. Eckhard Jesse, Deutsche Kommunistische Partei, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 242-244; Armin Pfahl-Traughber, Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) nach vierzig Jahren. Eine Bilanz zur Entwicklung des ehemaligen Interventionsapparates der SED, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 342-376.

⁴⁴Vgl. u.a. Eckhard Jesse, Das neue Parteiprogramm der DKP, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 19, Baden-Baden 2007, S. 199-212; Armin Pfahl-Traughber, Treudeutsch fest im alten Dogma. Ein analytischer Blick in das neue DKP-Programm, in: Freiheit und Recht, Nr. 1/2007, S. 9f.

Bezüglich der ideologischen Grundlagen dafür und des politischen Weges dahin bestehen aber auch Unterschiede: Beide Parteiprogramme berufen sich auf Marx und Engels, bei der DKP kommt noch Lenin, bei der Partei „Die Linke“ Luxemburg hinzu. Erstgenannter fand nach 1990 in den Programmen der PDS schon keine Erwähnung mehr. Die DKP bekennt sich auch offen zum Marxismus-Leninismus, was für die Partei „Die Linke“ nicht gesagt werden kann. Unter den „Traditionalisten“ findet man zwar bekennende Leninisten, eine solche Position lässt sich aber nicht der Partei in Gänze zuschreiben. Die DKP sieht entsprechend ihrer Grundsatzposition in der DDR mit nur kurz angedeuteten kritischen Anmerkungen weiterhin eine politische Alternative zur kapitalistischen Bundesrepublik. Offen bekennt man: „Die DKP stand an der Seite der DDR ...“, die gar als „Teil des humanistischen Erbes in Deutschland“⁴⁵ gilt. Bei allen apologetischen Tendenzen in ihrem Programm betreibt die Partei „Die Linke“ dort nicht eine solche Huldigung der SED-Diktatur.

Bezüglich der Frage, ob eher ein reformerischer oder revolutionärer Weg zum Sozialismus beschritten werden soll, zeigen sich weitere Unterschiede. Im DKP-Parteiprogramm heißt es: „Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“⁴⁶ Letzteres beabsichtigt die Partei „Die Linke“ ebenfalls, spricht sich aber nicht offen für eine Revolution aus. Gleichwohl findet man in dieser Frage inhaltliche Übereinstimmungen mit den Positionen des „traditionalistischen“ Flügels der früheren PDS. Insofern bestehen in der Gesamtschau keine so grundlegenden Differenzen zwischen der DKP und der Partei „Die Linke“. Dies erklärt auch, warum mitunter auf „offenen Listen“ der PDS bzw. „Die Linke“ auch DKP-Mitglieder kandidieren konnten. Eine entschiedene Distanzierung wie gegenüber

⁴⁵Deutsche Kommunistische Partei (DKP) (Hrsg.), Programm der Deutschen Kommunistischen Partei – DKP. Beschlossen auf der 2. Tagung des 17. Parteitages der DKP, 8. April 2006, Essen 2006, S. 45 (Kapitel VI) und S. 25 (Kapitel III).

⁴⁶Ebenda, S. 28 (Kapitel IV).

der maoistisch-stalinistischen „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)⁴⁷ gab und gibt es gegenüber der DKP nicht.

14. Schlusswort und Zusammenfassung

Wie lässt sich nun das neue Programm der Partei „Die Linke“ in der Gesamtschau aus demokratie- und extremismustheoretischer Sicht einschätzen? Bereits vorab kann man nach der inhaltlichen Betrachtung des Textes sagen, dass dieser ebenso wenig ein klares und widerspruchsfreies Bekenntnis zu den Normen und Regeln einer modernen Demokratie noch eindeutige und offene Positionierungen gegen die damit gemeinten Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates enthält. Insofern bewegen sich Partei und Programm weiterhin in einer „Grauzone“ zwischen Demokratie und Extremismus. Diese inhaltliche Feststellung spricht keineswegs gegen das analytische Instrumentarium zur Unterscheidung beider Bereiche aus politikwissenschaftlicher Sicht. Das hier deutliche methodische Problem hängt mit der mangelnden Eindeutigkeit von Positionen und Weg der Partei selbst zusammen. Immerhin findet man in ihr je nach Landesverband unterschiedlich stark ebenso glaubwürdige Anhänger der Demokratie wie überzeugte Protagonisten des Linksextremismus.

So lange „Die Linke“ sich bezüglich der erwähnten Grundprinzipien nicht selbst klar und überzeugend positioniert, so lange muss die Partei weiterhin aus demokratie- und extremismustheoretischer Sicht kritisch betrachtet werden. Zwar bekennt man sich im Programm zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, dies geschieht aber meist nur bezogen auf die Handlungsmöglichkeiten im Kapitalismus auf dem angestrebten Weg zum Sozialismus. Es bleibt daher unklar, ob die beschworenen Normen und Regeln als Eigenwert inhaltliche Akzeptanz finden oder im Fall einer Positionierung gegen die Auffassungen der

⁴⁷Vgl. u.a. Helmut Müller-Enbergs, Die MLPD und die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag. Ein politisches Portrait der Partei und eine empirische Auswertung der Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 319-369; Armin Pfahl-Traughber, Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert einer politischen Sekte (26. Februar 2008), in: <http://www.bpb.de/themen/KT8PGR.html> (gelesen am 26. Dezember 2011).

Partei nicht wieder zur Disposition gestellt werden. Der Hinweis darauf, dass man doch für einen „demokratischen Sozialismus“ sei, trägt nicht. Damit ist ideen- und realgeschichtlich gesehen etwas anderes gemeint als die Partei „Die Linke“ in ihrem Programm beschwört. Sie stützt sich gerade nicht auf Eduard Bernstein als „geistigen Vater“ dieses Konzepts, sondern auf Rosa Luxemburg als Gegnerin eines parlamentarischen und reformerischen Weges.

Über diesen Gesichtspunkt hinaus verdient die offene Einforderung eines „Systemwechsels“ besonderes Interesse, zumal eine solche Formulierung in den früheren Programmen der PDS nicht stand. Zwar findet diese Bezeichnung primär bezogen auf die Abschaffung des Kapitalismus inhaltlich Verwendung – und das Plädoyer für eine andere Wirtschaftsordnung kann nicht grundsätzlich als extremistisch gelten. Gleichwohl bewegt sich der Text des Programms der Partei „Die Linke“ in einem ideologischen Kontext, der im marxistischen Sinne einen inhaltlichen Zusammenhang von „Basis“ und „Überbau“ postuliert. Demnach läuft der „Systemwechsel“ in der Ökonomie auch auf den „Systemwechsel“ in der Politik hinaus. Dies könnte sehr wohl die Aufhebung der Minimalbedingungen einer modernen Demokratie bedeuten. Wenn die Partei „Die Linke“ ihre politischen Auffassungen so nicht verstanden wissen will, kann sie dies in ihren inhaltlichen Positionierungen widerspruchsfrei deutlich machen. Dies ist ihr im Programm von 2011 nicht gelungen!

Linksautonome auf dem Weg zum Linksterrorismus?

Das Gefahrenpotential einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt

Udo Baron

1. Einleitung und Fragestellung

Denken wir an Terrorismus im 21. Jahrhundert, so haben wir die Bilder vom 11. September 2001 vor Augen: von den Flugzeugen, die, von islamistischen Terroristen gesteuert, ins World Trade Center von New York rasten. Mit Terrorismus verbinden wir seitdem vor allem global agierende Selbstmordattentäter und weltweite Anschläge mit unzähligen Todesopfern. Kurzum, Terrorismus nehmen wir seither in erster Linie als einen international agierenden islamistischen und somit religiös motivierten wahr. Die rechtsextremistisch motivierten Anschläge von Oslo und Utoya aus dem Jahre 2011 mit 77 Todesopfern, begangen von dem norwegischen Massenmörder Anders Behring Breivik, insbesondere aber das Bekanntwerden des „Nationalsozialistischer Untergrundes“ (NSU), der die Bundesrepublik zwischen 2000 und 2007 mit einer Mordserie überzog, haben deutlich gemacht, dass jenseits des islamistischen Terrors noch weitere Formen der gewaltsamen Bedrohung pluralistischer Gesellschaften existieren. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung kann auch eine weitere Form des Terrorismus, die vor allem in den 1970er bis 1990er Jahre die westlichen Gesellschaften herausforderte, nicht pauschal ausgeschlossen werden: der Linksterrorismus.

Dieser „sozialrevolutionäre Terrorismus“ ist zwar „das Stiefkind der Terrorismusforschung ebenso wie der behördlichen Aufklärungsarbeit geworden“¹, wie der Politikwissenschaftler Alexander Straßner zutreffend festgestellt hat. Obwohl derzeit öffentlich nicht wahrnehmbar, kann dennoch die Möglichkeit eines erneuten Linksterrorismus auch für Deutschland nicht außer Acht gelassen werden. Die Dimension

¹ Alexander Straßner, Zwischen Totgeburt und Kopfgeburt: Die Zukunft des sozialrevolutionären Terrorismus in Deutschland, in: Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 549-570, hier S. 549.

linksextremistisch motivierter Gewalttaten, vor allem aber die zunehmende Gefährdung von Menschenleben, zwingen dazu. Erinnerung sei beispielsweise an die Anschläge eines „Hekla-Empfangskomitees – Initiative für mehr gesellschaftliche Eruptionen“, das zwischen dem 10. und 12. Oktober 2011 entlang den Bahntrassen der Deutschen Bahn rund um Berlin 18 Brandsätze deponierte und den dortigen Bahnverkehr weitgehend lahmlegte.² Bereits in der Nacht auf den 23. Mai 2011 hatte eine Gruppierung namens „Das Grollen des Eyjafjallajökull“ Feuer an einer Kabelbrücke des Berliner S-Bahn-Knotenpunkts Ostkreuz gelegt und damit den Schienennahverkehr der Hauptstadt nahezu zum Erliegen gebracht. Zu allen Anschlägen liegen Bekennerschreiben vor, die vom Duktus und Inhalt her auf einen linksextremistischen Hintergrund schließen lassen.³

Diese Anschläge sind keine Einzelfälle. Schon seit geraumer Zeit gehören vor allem öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und Firmenwagen sowie „Nobelkarossen“ zu den bevorzugten Anschlagzielen von Linksextremisten. Dass sie mit ihren Taten Menschen gefährden, scheinen die Täter zumindest billigend in Kauf zu nehmen, wie beispielsweise der gezielte Angriff auf eine Berliner Polizeiwache vom April 2011 gezeigt hat.⁴ Doch berechtigen diese Taten schon dazu, von einem neuen Linksterrorismus zu sprechen? Ausgehend von der These, dass es zurzeit keinen neuen Linksterrorismus

² Vgl. Lars von Törne, *Beginnt ein neuer Linksterrorismus?*, in: *Der Tagesspiegel* vom 13. Oktober 2011, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/beginnt-ein-neuer-linksterrorismus/4752048.html> (gelesen am 13. Oktober 2011).

³ Vgl. Hannes Heine et al., *S-Bahn: Kabelbrand, Chaos, Bekennerschreiben*, in: *Der Tagesspiegel* vom 23. Mai 2011, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/s-bahn-kabelbrand-chaos-bekennerschreiben/4206790.html> (gelesen am 23. Mai 2011).

⁴ Tanja Buntrock, *Brandanschlag auf Polizeiwache: 10.000 Euro Belohnung*. In: *Der Tagesspiegel* vom 9. Mai 2011, http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/friedrichshain-brandanschlag-auf-polizeiwache-10-000-euro-belohnung/v_print/4152526.html?p (gelesen am 10. Mai 2011). Vermummte Täter warfen am frühen Morgen des 11. April 2011 sechs Gasflaschen mit einer brennbaren Flüssigkeit in den Eingangsbereich der Polizeiwache in Berlin-Friedrichshain und entzündeten sie. Ein sich im Eingangsbereich aufhaltender Reinigungsmann geriet dadurch in Lebensgefahr. Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen versuchten gemeinschaftlichen Mordes gegen die Täter.

gibt, dieser aber wieder möglich ist, soll in diesem Beitrag folgenden Fragestellungen nachgegangen werden: Wie wird Terrorismus definiert? Welchen Gewaltbegriff haben Linksextremisten? Was für linksterroristische Strukturen gab es in Deutschland? Welche Hinweise auf einen künftigen Linksterrorismus national wie international gibt es? Vor allem die aktuelle Entwicklung wird dabei einer kritischen Analyse mit Blick auf das von ihr ausgehende Bedrohungspotential für den demokratischen Rechtsstaat unterzogen.

2. Was ist Terrorismus?

Terrorismus leitet sich von dem lateinischen Substantiv „terror“ für „Furcht“, „Schrecken“ bzw. dem dazugehörigen Verb „terrere“ für „in Schrecken versetzen“ ab. Erstmals wurde der Begriff während der Französischen Revolution in einem politischen Sinne angewandt, um die Revolutionsregierung als „Regime des Terrors“ zu bezeichnen. Zum damaligen Zeitpunkt war der Begriff „terror“ im Gegensatz zu seiner späteren Entwicklung noch positiv belegt. Die französischen Revolutionäre sahen in der Anwendung von Terror ein legitimes Mittel, um die „Tugenden der Revolution“ zu verteidigen, denn, so Robespierre, wenn „die Triebkraft der Volksregierung in Friedenszeiten die Tugend ist, so ist die Triebkraft der Volksregierung in Zeiten der Revolution zugleich Tugend und Terror; die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist.“⁵ Am 5. Februar 1794 rief Robespierre vor dem französischen Nationalkonvent den Terror als staatliches Machtmittel aus und begründete die Terrorherrschaft ideologisch damit, dass in einem „Tugendstaat das Volk durch Vernunft zu leiten und die Feinde des Volkes durch terreur zu beherrschen seien.“ Erst im historischen Rückblick bekam die als „La Grand Terreur“ (der Große Schrecken) bezeichnete Phase der französischen Revolution zwischen Juni 1793 und Juni 1794 aufgrund der brutalen Unterdrückung aller Personen, die verdächtigt

⁵ Maximilien de Robespierre, zitiert nach: David Priestland, Weltgeschichte des Kommunismus. Von der französischen Revolution bis heute, München 2009, S. 38.

wurden, nicht mit der Revolution einverstanden zu sein, seine negative Konnotation.⁶

Bereits die Genese des Begriffs „Terror“ lässt erahnen, wie schwierig die Begriffsbestimmung ist. Es gibt diverse Erklärungsversuche und -ansätze, die aber bis heute nicht zu einer allgemein verbindlichen Definition geführt haben. Zwar heißt es in der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 8. Oktober 2004 zu diesem Thema verabschiedeten Resolution 1566, dass „Straftaten, namentlich auch gegen Zivilpersonen, die mit der Absicht begangen werden, den Tod oder schwere Körperverletzungen zu verursachen, oder Geiselnahmen, die mit dem Ziel begangen werden, die ganze Bevölkerung, eine Gruppe von Personen oder einzelne Personen in Angst und Schrecken zu versetzen, eine Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen ... unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können, indem politische, philosophische, weltanschauliche, rassistische, ethnische, religiöse oder sonstige Erwägungen ähnlicher Art angeführt werden.“⁷ Diese Resolution erlangte aber bislang keine umfassende Anerkennung, weil es den einzelnen Nationen und deren weltanschaulichen Standorten weiterhin vorbehalten bleibt, eine gewaltsame Handlung als Terrorismus, aber auch als Freiheitskampf bzw. Guerilla- oder Partisanenkampf zu bewerten.

Der Rat der Europäischen Union wiederum definiert Terrorismus in seinem Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung vom 13. Juni 2002 als „Handlungen, die mit dem Ziel begangen werden, die Bevölkerung auf schwerwiegendste Weise einzuschüchtern oder öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder die politischen, verfassungsrechtlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu zerstören.“⁸

⁶ Ebenda.

⁷ Resolution 1566 (2004) des UN-Sicherheitsrats vom 8. Oktober 2004, http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_04-05/sr1566.pdf (gelesen am 4. Februar 2013).

⁸ Rahmenbeschluss 2002/475/JI des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung. Amtsblatt Nr. L 164 vom 22/06/2002 S. 0003 – 0007, <http://eur->

Auch das bundesrepublikanische Strafgesetzbuch gibt keine schlüssige Antwort. In § 129a Abs. 2 StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) werden Versuche, die „Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern“, eine „Behörde oder eine internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen“ oder Unternehmungen, die „politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen oder erheblich zu beeinträchtigen“ als Grundvoraussetzungen für einen Terrorismus angeführt.⁹

Nach Definition der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern ist Terrorismus der „nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.“¹⁰

Versucht man diese unterschiedlichen Interpretationen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen, so könnte Terrorismus allgemein verstanden werden als systematisch geplante und politisch motivierte Gewaltanwendung gegen eine politische Ordnung, deren Repräsentanten und Einrichtungen mit dem Ziel, einen grundlegenden politischen Wandel herbei zu führen.

3. Der linksextremistische Gewaltbegriff

Im Gegensatz zum parlamentsorientierten Linksextremismus kennzeichnet den in erster Linie von Linksautonomen repräsentierten aktionsorientierten Linksextremismus ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Auch wenn nicht alle Linksautonome selber Gewalt ausüben,

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32002F0475:DE:HTML (gelesen am 4. Februar 2013).

⁹ Strafgesetzbuch, § 129a StGB Bildung terroristischer Vereinigungen, <http://dejure.org/gesetze/StGB/129a.html> (gelesen am 4. Februar 2013).

¹⁰ Glossar der Verfassungsschutzbehörden vom Dezember 2009, <http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/Glossar.pdf> (gelesen am 10. Februar 2013).

so befürworten sie in der Regel dennoch den Einsatz von Gewalt. Als Militanter gilt daher nicht nur der aktiv Handelnde, sondern auch derjenige, der Gewalt in Kauf nimmt bzw. mit gewaltsamen Aktionen sympathisiert.¹¹

Die linksautonome Gewaltbereitschaft basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und die ihn nach linksautonomer Auffassung stützenden Rechtsextremisten zählen.¹² Um diese erfolgreich zu bekämpfen, halten sie alle Widerstandsformen bis hin zum Einsatz von Gewalt für legitim. Politisch motivierte Gewalt dient ihnen als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu errichten, muss zuvor der Staat als Garant der bisherigen Ordnung radikal beseitigt werden.¹³ Aus diesen Aussagen wird zugleich deutlich, welche große Bedeutung die Militanz für die linksautonome Szene hat: Milieuintern wirkt sie identitätsstiftend, nach außen dient sie dazu, auf die eigenen Anliegen aufmerksam zu machen und die eigenen Interessen nachhaltiger durchzusetzen. Zudem wird sie als „Selbstbefreiung von verinnerlichten Herrschafts- und Gewaltverhältnissen“¹⁴ aufgefasst und gehört somit zu den tragenden Säulen linksautonomen Selbstverständnisses. So heißt es in einem Statement aus der Szenepublikation „Interim“: „Die Anwendung von Gewalt/revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar. Wir werden uns nicht an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten. Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen-, und beherrschbar. ... Also – eine

¹¹Vgl. A.G. Grauwaacke: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, 3. Auflage, Berlin 2003, S. 142.

¹²Vgl. Almut Gross/Thomas Schultze, Die Autonomen – Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Hamburg 1997, S. 56.

¹³Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn 2011, S. 34.

¹⁴Matthias Meltzko, Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen, in: Uwe Backes und Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus & Demokratie, Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 180-199, hier S. 183f.

Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben – nicht heute und auch nicht in Zukunft!!!!¹⁵

Um die von Linksextremisten ausgehende Gewalt besser einordnen zu können, muss man sich ihren Gewaltbegriff vergegenwärtigen. In Anlehnung an den Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse und den norwegischen Friedensforscher Johann Galtung sieht man die Ursache für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Diese üben keine physische, sondern eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werte, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ auf ihre Bürger aus. Sie ist systemimmanent, drückt sich durch Ungleichheit unterschwellig aus und hindert den Einzelnen daran, sich seinen Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei zu entfalten.¹⁶ Da die „Diktatur der Gewalt“ den kapitalistischen Systemen inhärent sei, leiten nicht nur Linksautonome, sondern Linksextremisten im Allgemeinen daraus unter Berufung auf Marcuse ein Naturrecht von „unterdrückten“ Minderheiten auf Widerstand ab. Marcuse prägte dafür das Prinzip „Gegengewalt“.¹⁷ Es versteht sich ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems“ und somit als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.

Spätestens seit den Studentenrevolten Ende der 1960er Jahre wird vor diesem Hintergrund in der linksextremistischen Szene über das Für und Wider von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Ziele diskutiert. Dabei geht es nicht um ein generelles Ja oder Nein zur Gewalt an sich, sondern vielmehr um die Frage, ob Gewalt auch gegen Menschen und nicht allein gegen Sachen ausgeübt werden soll. Zwar, so das Interviewstatement eines Linksautonomen, „rechtfertigt die Gewalt eines Systems, das über Leichen geht, jede Form von Widerstand. Es gibt allerdings die stille Übereinkunft der Nichtgefährdung von Unbeteilig-

¹⁵ „Legal, Illegal, Scheißegal!!! Aber lieber wie ein Fisch im Wasser als einsam und vertrocknet am Flußbrand“, in: Interim vom August 1995, S. 12 (Hervorhebung im Original).

¹⁶Vgl. Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1982.

¹⁷Herbert Marcuse, Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff, Barrington Moore, Herbert Marcuse: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt 1966, S.127.

ten; wir nehmen also nicht den Tod von Menschen in Kauf.“¹⁸ Demnach muss der Einsatz von Gewalt politisch denjenigen vermittelbar sein, die man befreien will. Da dieses gegenwärtig nicht der Fall ist, wird somit weiterhin gezielte Gewalt gegen Menschen mehrheitlich abgelehnt. Ausdrücklich davon ausgenommen sind aber Polizeibeamte und Rechtsextremisten.¹⁹ Sie gelten als das personifizierte Feindbild eines jeden Linksautonomen, ihnen werden Menschenwürde und Grundrechte pauschal abgesprochen. Gewalt gegen sie gilt als legitim und vermittelbar. Die seit 2001 als „Militanzdebatte“ bekannte szeninterne Diskussion verdeutlicht, wie schmal letztlich der Grad zum Linksterrorismus stets war und ist.

4. Linksterrorismus in Deutschland – Ein Rückblick

Auch wenn die Grenzen zwischen Linksautonomen und Linksterroristen oftmals zu verschwimmen drohen, so unterschieden sich die linksterroristischen Gewalttaten bisher vor allem durch ihre höhere Gewaltbereitschaft sowie durch ihre organisierte, strukturierte und strategische Vorgehensweise von denen der Linksautonomen. Zudem erklärten Linksterroristen dem bundesdeutschen Staat nicht nur den Krieg mit der Zielsetzung, ihn durch ein kommunistisches Regime zu ersetzen, sondern ließen ihren Worten auch Taten folgen.

Die Wurzeln des deutschen Linksterrorismus des 20. Jahrhunderts gehen auf die außerparlamentarische Opposition Ende der 1960er Jahre zurück. Nach dem Mordanschlag auf den Studentenführer Rudi Dutschke vom 11. April 1968 begannen sich ihre gewaltbereiten Teile vor dem Hintergrund des Zerfalls der 68er-Bewegung zunehmend zu radikalisieren, bis sich schließlich einige von ihnen zu Beginn der 1970er Jahre zu terroristischen Gruppierungen zusammenschlossen. Die bundesrepublikanische Gesellschaft verbindet seitdem mit Linksterrorismus in erster Linie die 1970 gegründete „Rote Armee Fraktion“ (RAF), ein „illegitimes Kind der 68er-Bewegung“ wie sie der Po-

¹⁸ „Militanz muss vermittelbar sein“, Interview mit Autonomen, in: die tageszeitung vom 18. Juni 2011, S. 5.

¹⁹ Vgl. die Militanzdebatte in den einschlägigen Internetforen der linksextremistischen Szene wie indymedia (<http://de.indymedia.org/>).

litikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar einmal nannte.²⁰ Verantwortlich für diese Wahrnehmung dürfte vor allem die Schwere ihrer Taten sein: ihre Mitglieder werden für 34 Morde sowie zahlreiche Sprengstoffattentate und Banküberfälle verantwortlich gemacht.²¹ Ihren Höhepunkt erreichte der Terrorismus der RAF mit der "Offensive '77". Auf den Mordanschlag auf den Generalbundesanwalt Siegfried Buback vom April 1977 folgte im Juli die Ermordung des Dresdner-Bank-Chefs Jürgen Ponto und Anfang September die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer. Die Geschehnisse während der 44-tägigen Geiselnahme Schleyers, die nach dem gescheiterten Freipressungsversuch inhaftierter RAF-Gefangener aus dem Hochsicherheitstrakt in Stuttgart Stammheim mit dessen Ermordung endete, gingen als „Deutscher Herbst“ in die Geschichte der Bundesrepublik ein. Weder davor noch danach hat es eine andere Gruppierung gegeben, die so zielgerichtet wie die RAF den westdeutschen Staat herausgefordert und den Sturz seiner politischen Ordnung betrieben hat.²²

Der bundesrepublikanische Linksterrorismus blieb aber nicht auf die RAF beschränkt. Um die Jahreswende 1971/1972 formierte sich mit der „Bewegung 2. Juni“ eine neue terroristische Organisation, die sich bewusst in die Tradition der 68er-Bewegung stellte.²³ War die RAF eine straff organisierte Kaderorganisation, so stellte die „Bewegung 2. Juni“ eher einen Zusammenschluss autonomer Gruppen vor allem aus der Berliner Militantenszene dar. Sie machte insbesondere durch An-

²⁰Wolfgang Kraushaar, Die RAF und der linke Terrorismus. Anmerkungen zu ihrer Geschichte, ihrem soziologischen Profil und der Rolle des Protestantismus, in: Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll, <http://www.ev-akademie-boll.de/fileadmin/res/otg/520707-Kraushaar.pdf> (gelesen am 10. Februar 2013).

²¹Vgl. Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, 4. Auflage Frankfurt am Main 2007, S. 17f.

²²Vgl. ebenda, S. 378ff. Kraushaar (Anm. 20). Die Geschichte der RAF, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/> (gelesen am 4. Februar 2013).

²³Dafür spricht schon ihre Eigenbezeichnung, mit der sie die Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg durch den West-Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras vom 2. Juni 1967 in Berlin am Rande der Proteste gegen den Staatsbesuch des Schah von Persiens aufgreifen.

schläge auf Polizei- und Justizeinrichtungen, aber auch durch Entführungen auf sich aufmerksam. So verschleppten sie u.a. den Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz und den Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann. Als letzterer sich wehrte, ermordeten sie ihn. Im Gegensatz zur RAF bemühte sich die „Bewegung 2. Juni“ um die Vermittelbarkeit ihrer Taten in das eigene Umfeld. Menschenleben, vor allem die von Unbeteiligten, sollten daher weitgehend geschont werden. Mit der Ermordung Drenkmanns war dieses Ansinnen aber bereits früh gescheitert und führte in der Folgezeit aufgrund der einsetzenden Diskussionen um die Legitimität solcher Taten zum Zerfall der „Bewegung 2. Juni“.²⁴

Neben RAF und „Bewegung 2. Juni“ formierten sich Anfang der 1970er Jahre aus der sich radikalisierenden militanten, aber undogmatischen linksextremistischen Szene auch die „Revolutionären Zellen“ (RZ). Mit ihren Taten orientierten sie sich an damals aktuellen gesellschaftlichen Problemen wie Wohnungsnot, Rüstungsexporte oder Asylpolitik, weshalb u.a. Rüstungsunternehmen, Banken und Kaufhäuser zu ihren Anschlagzielen gehörten.²⁵ Im Unterschied zur RAF mit ihren hierarchischen Kommandostrukturen und ihrem dogmatischen, marxistisch-leninistisch geprägten Weltbild waren die RZ, ähnlich wie die „Bewegung 2. Juni“, weder straff organisiert noch erhoben sie einen Führungsanspruch innerhalb der linksextremistischen Szene. Ihr Vorgehen orientierte sich vielmehr an den linken Protestbewegungen und kam so der linksautonomen Hierarchie-, Ideologie- und Organisationsfeindlichkeit viel näher als die RAF.²⁶

Die RZ organisierten sich in kleinen, in der Praxis eigenverantwortlich und relativ voneinander unabhängig agierenden Zellen von jeweils

²⁴Vgl. Hubert Kleinert, Geschichte des linken Radikalismus 1945-1990, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 49-94, hier S. 77; Tobias Wunschik, Die Bewegung 2. Juni, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg, 1. Auflage 2006, S. 531-561.

²⁵Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Allgemeine Entwicklung, Stuttgart April 1998, S. 33f.

²⁶Vgl. Udo Baron, An der Schwelle zum Linksterrorismus? Linke Gewalt in Deutschland, in: Die Politische Meinung, Nr. 506/507 Januar/Februar 2012, S. 54-58, hier S. 56.

drei bis fünf Personen ohne zentrale Führung und ohne zusammenhängende Strukturen.²⁷ Sie begriffen sich als Teil der linksautonomen Bewegung und praktizierten das „Feierabendkonzept“. D.h. sie gingen nicht in den Untergrund wie die RAF-Aktivisten, sondern behielten ihre legale Existenz, gingen einer beruflichen Tätigkeit nach und verübten davor oder danach relativ eigenständig ihre Anschläge. Ebenso wie die „Bewegung 2. Juni“ lehnte die RZ die gezielte Ermordung von Menschen ab und legten Wert auf die Vermittelbarkeit ihrer Taten.²⁸ Damit griffen sie die Kritik der Linksautonomen an der RAF und ihrem Konzept auf, was auch die gezielte Tötung Unbeteiligter mit einschloss. Das hielt sie aber nicht davon ab, die von den italienischen „Roten Brigaden“ praktizierte Methode der gezielten Knieschüsse anzuwenden. So verletzten sie u.a. den Leiter des Berliner Ausländeramtes durch gezielte Schüsse in die Beine schwer.²⁹

Von allen linksterroristischen Gruppierungen kamen die RZ aufgrund ihrer Strukturen, angewendeten Praktiken und Weltbilder dem linksautonomen Selbstverständnis am nächsten. Nicht von ungefähr näherten sich bereits Mitte der 1980er Jahre gewaltbereite Linksautonome und die Terroristen der RZ bzw. ihres radikalfeministischen Flügels, der „Roten Zora“, an. Die RZ versuchten, die Linksautonomen durch eine „Propaganda der Tat“, d.h. mittels militanter Interventionen zu radikalisieren und lieferten ihnen konkrete Handlungsanleitungen für ihre Taten.³⁰ So wurden sie „so was wie ein Lehrer der militanten Autonomen in Sachen Technik des militanten Angriffs“³¹ und somit wegweisend für die gewaltbereite autonome Szene. Dieser Annäherung ging bereits „ein enges, wenn auch nicht widerspruchsfreies Ver-

²⁷Vgl. ebenda.

²⁸Vgl. Wolfgang Kraushaar, Im Schatten der RAF. Zur Entstehungsgeschichte der Revolutionären Zellen, in: Ders. (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 512-530. In einer späteren Erklärung bezeichnete die RZ die Ermordung des damaligen hessischen Wirtschaftsministers Heinz Herbert Karry als Unfall, da sie ihn verletzen, aber nicht töten wollten.

²⁹Vgl. Kleinert (Anm. 24), S. 84.

³⁰Vgl. Udo Baron, Pippi Langstrumpf oder Was ist ein Autonomer?, in: Deutschlandarchiv Jg. 2012, Nr. 1, <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61457/linksautonome> (gelesen am 10. Februar 2013).

³¹Grauwacke (Anm. 11), S. 136.

hältnis“ zwischen den „linksradikalen Gruppierungen im Umfeld der Spontiszene in den 70er Jahren und den Stadtguerillagruppen `RAF`, `Bewegung 2. Juni` und `Revolutionäre Zellen/Rote Zora`“³² voraus. Zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen von Linksautonomen und anderen Linksextremisten mit ehemaligen Linksterroristen wie Inge Viett („Bewegung 2. Juni“, später RAF) oder Ralf Reinders („Bewegung 2. Juni“) unterstreichen deren bis heute anhaltende Popularität im linksextremistischen Milieu³³ ebenso wie die des führenden Kopfes der „Zweiten Generation“ der RAF, Christian Klar.³⁴

5. Die „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ)

Mit der Auflösung von RAF, „Bewegung 2. Juni“ und RZ in den 1990er Jahren schien der Linksterrorismus politisch endgültig gescheitert zu sein. Dennoch gab es mit den mittlerweile auch schon nicht mehr existenten Gruppierungen „Klasse gegen Klasse“ (KgK) und „militante gruppe“ (mg) erneut Zusammenschlüsse, die sich im Grenzbereich zum Linksterrorismus bewegten.

In jüngster Zeit haben die „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ) diese Rolle übernommen. Sie verstehen sich als „klandestin-militanter Teil der revolutionären Linken“ und wollen den Kampf „Klasse gegen Klasse“ in einer „sozialrevolutionären und antiimperialistischen Linie“³⁵ fortführen. Organisiert sind sie über vier „Zellen“: Während die Zellen „Mara Cagol“, „Gudrun Ensslin“ und „Juliane Plambeck“ – alle benannt nach (internationalen) Linksterroristen - in Berlin wirken,

³²Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, 6. Auflage Berlin 2002, S. 78.

³³Vgl. Jörn Hasselmann, Kreuzberg hat die Ruhe weg, in: Der Tagesspiegel vom 29. April 2008, S. 6. So fungierte z. B. Ralf Reinders 2008 als Anmelder der Revolutionären 1.Mai-Demonstration in Berlin-Kreuzberg. Inge Viett war Rednerin auf der von der Jungen Welt ausgerichteten alljährlichen Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin Anfang Januar 2011 (vgl. Junge Welt vom 10. Januar 2011, S. 10-11).

³⁴Vgl. O. A., Linke feiert Willkommensparty für Christian Klar, in: Die Welt vom 30. Dezember 2008, <http://www.welt.de/politik/article2949122/Linke-feiern-Willkommensparty-fuer-Christian-Klar.html> (gelesen am 10. Februar 2013).

³⁵Kommuniqué der RAZ vom März 2011, in: radikal Nr. 164/2011, S. 15.

ist das Aktionsfeld der Zelle „Georg von Rauch“ unbekannt. Um den revolutionären Kampf voran zu treiben, fordern sie zur Bildung landes- und bundesweiter Zellen auf. Im Gegensatz zu den terroristischen Organisationen des ausgehenden 20. Jahrhunderts sind ihre Akteure weitgehend unbekannt.³⁶

Ganz im Sinne des linksextremistischen Gewaltbegriffs spricht die RAZ dem Staat das Gewaltmonopol ab und fordert zum gewaltsamen Sturz der bestehenden Ordnung auf: „Der einzige Weg, uns zu nehmen was uns gehört, führt über die Erkenntnis, dem Staatsapparat das Gewaltmonopol abzusprechen und konsequent auf den Aufbau einer Gegenmacht hinzuarbeiten. Dazu sind unsere Interventionsmittel ... legitime Werkzeuge im Sinne der revolutionären Aktion und Gewalt.“³⁷ Sie wollen das „Stillschweigen und Hinnehmen ... als Militante durchbrechen, d.h. der sozial-revolutionäre Klassenwiderstand soll die Ebene bloßer lauer Empörung verlassen und handfest werden.“³⁸ Nach Auffassung der RAZ bedarf es des revolutionären und somit auch gewaltsamen Kampfes für das avisierte Endziel, den Kommunismus. Dabei setzen sie auf „Eigeninitiative und Selbstständigkeit proletarischer Kämpfe, die nicht dem Diktat der friedfertigen `demokratischen` Konfliktaustragung folgen.“³⁹ Militanz ist für sie „keine Frage der Legitimität, sondern viel mehr der Notwendigkeit.“⁴⁰ Als „militanter Sektor der klassenautonomen und proletarischen Linken“ zielen sie darauf, „Europaweit und schließlich Weltweit Unruheherde zu schaffen, neue zu entfachen alte wieder aufleben zu lassen“,⁴¹ um über „zündende Initiativen ... einen Flächenbrand aus(zu)lösen“,⁴² denn die „Befreiungsperspektive des Kommunismus

³⁶Vgl. Udo Baron, An der Schwelle zu einem neuen Linksterrorismus?, in: Die Kriminalpolizei Nr. 4/2012, S. 17-19, hier S. 18.

³⁷O.A., Anleitungen für die militante Aktion, in: radikal Nr. 164/2011, S. 18.

³⁸Kommuniqué der RAZ vom 1. Juni 2010, <http://radikalrl.wordpress.com/2010/06/01/brandbombenanschlag-gegen-die-agentur-fur-arbeit-in-berlin-wedding/>. (gelesen am 1. Dezember 2012).

³⁹Ebenda.

⁴⁰Kommuniqué der Revolutionären Aktionszellen (RAZ) vom 1. Oktober 2012, <http://linksunten.indymedia.org/de/node/68245> (gelesen am 12.02.2013).

⁴¹Ebenda. Fehler aus dem Original übernommen.

⁴²Kommuniqué der RAZ vom 2. Juni 2010, <http://radikalrl.wordpress.com/2010/06/02/kommunique-der-revolutionären-zellen/>. (gelesen am 6.12.2011).

lässt sich nur über die Zerstörung der ideologischen und repressiven Staatsapparate aufmachen.“⁴³

Um ihre Ziele zu erreichen, steht für die RAZ die Organisationsfrage im Vordergrund: „Für uns als Militante ist klar, dass wir nur im Rahmen eines Organisationsprozesses der revolutionären Linken zu einem stabilen Aufbau klandestin-militanter Kerne, die miteinander strukturell vernetzt sind, kommen können“⁴⁴, heißt es in einem ihrer Kommuniqués. Sie stützt sich dabei nach eigener Aussage „auf die konzeptionellen Überlegungen und Umsetzungen zweier nicht mehr existierender Gruppierungen des klandestin-militanten Zweigs der revolutionären Linken“⁴⁵: auf die KgK und die mg.

Die KgK setzte „als militante Kerne auf Selbstverteidigung, proletarische internationale Solidarität von unten, mit der Perspektive der Neuaneignung des Sozialen, als breite antikapitalistische Bewegung.“⁴⁶ In den 1980er und 1990er Jahren bekannte sie sich zu einer Reihe von Brandanschlägen auf hochwertige Fahrzeuge in Berlin-Kreuzberg. So steckten sie im September 1994 auf offener Straße das Auto des früheren Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Walter Momper, in Brand. Ihre Tat begründeten sie in einem Selbstbeziehungsschreiben u. a. damit, dass Momper die „verlogene Moral einer Mehrheit der gehobeneren Mittelschicht“⁴⁷ symbolisiere. Zuletzt, so vermutet die Polizei, sei die Gruppe im Januar 1999 aktiv gewesen. Damals zündeten bis heute unbekannte Täter an einem Tag neun Fahrzeuge in Ber-

⁴³Kommuniqué der RAZ vom 18. November 2010, <http://radikalrl.wordpress.com/2010/11/18/kommuniqué-der-revolutionaren-aktionszellen-raz-2/> (gelesen am 25. Januar 2013).

⁴⁴Ebenda.

⁴⁵Kommuniqué der RAZ (Anm. 38).

⁴⁶Erklärung von Klasse gegen Klasse zum Anschlag auf das Haus von Klaus Adomeit vom 25. März 1996, <http://radikal.squat.net/154/97.html> (gelesen am 24. Januar 2013).

⁴⁷Brigitte Grunert, Die Anschläge auf Momper: „Ich hätte weg sein können“, in: Der Tagesspiegel vom 4. Januar 2001, <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/die-anschlaege-auf-momper-ich-haette-weg-sein-koennen/191094.html> (gelesen am 11. Februar 2013).

lin an.⁴⁸ Wer sich hinter der KgK verbirgt, ist nach Angaben der Polizei bis heute nicht bekannt. Der RAZ hat die kgk „das in militanten Zusammenhängen vielfach verwendete Brandsatzmodell mit dem schillernden Namen ‚Nobelkarosentod‘ vererbt“ und für sie „in der Thematisierung der grassierenden Umstrukturierung proletarischer Stadtquartiere ... eine Vorreiterrolle eingenommen.“⁴⁹

Die mg wiederum war eine vorwiegend im Berlin und Brandenburg aktive kriminelle Vereinigung. Ihrem Selbstverständnis nach kämpfte sie „auf der Basis eines sozialrevolutionären und antiimperialistischen Ansatzes perspektivisch für eine klassen- und staatenlose Gesellschaftsform.“ Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte sie mit Hilfe der von ihr 2001 im Szenemagazin „interim“ initiierten sogenannten Militanzdebatte einen „inhaltlichen und praktischen Koordinierungs- und Organisationsprozeß militanter Gruppenstrukturen“ anzustoßen. Dieser sollte zur „Bildung einer militanten Plattform“ führen und schließlich in die „Schaffung von logistischen und organisatorischen Voraussetzungen einer bewaffneten Propaganda in der Form einer Stadtguerilla bzw. Miliz“ münden, um so „Diskussion und Aktion“⁵⁰, d.h. Gespräche und gewaltsame Handlungen miteinander zu verbinden.

Erstmals trat die mg im Juni 2001 mit einem Drohbrief an den damaligen Regierungsbeauftragten der „Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung von Zwangsarbeitern im Zweiten Weltkrieg“ und früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Erscheinung. Darin forderten sie 180 Milliarden DM an Entschädigungsleistungen für die Opfer nationalsozialistischer Zwangsarbeit. Ihre Forderung unterstrichen sie mit einer dem Schreiben beigelegten scharfen Patrone, die sie als „Diskussionsanregung“ verstanden.⁵¹ Dieser Tat folgte am 22. Juni ein Brandanschlag auf die Berliner Daimler-Chrysler-Niederlassung. Bis zu ihrer Auflösung im Juli 2009

⁴⁸Lutz Schnedelbach, Vier Autos angezündet, in: Berliner Zeitung vom 10. Dezember 2001, <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/staatsschutz-ermittelt-vier-autos-angezueudet,10810590,9957816.html> (gelesen am 10. Februar 2013).

⁴⁹Kommuniqué der RAZ (Anm. 38).

⁵⁰militante gruppe (mg), Ein kleines Selbstporträt, in: Dokumentation X. Texte der militanten gruppe von 2001 bis 2007, o. O. 2005, S. 5-11, hier S.10.

⁵¹Vgl. Straßner (Anm. 1), S. 561f..

werden ihr 25 Brandanschläge auf - wie sie es nannte - „Institutionen und Firmen des sozialtechnokratischen Klassenkampfes von oben (Sozialämter, ‚Gemeinsame Anlaufstelle von Arbeits- und Sozialamt‘, ALBA, LIDL)“⁵² sowie öffentliche Einrichtungen und Fahrzeuge mit einem Sachschaden von insgesamt 840.000 Euro zur Last gelegt. Auf alle Taten folgten Bekennerschreiben, die vor allem in der „radikal“ und „interim“ veröffentlicht wurden. Bei ihren Anschlägen legte die mg Wert darauf, Menschenleben möglichst nicht zu gefährden, um so ihre Akzeptanz in der linksextremistischen Szene nicht zu gefährden.⁵³

Nach der Verurteilung dreier Berliner wegen Mitgliedschaft in der mg, die der Bundesgerichtshof als kriminelle Vereinigung nach § 129b StGB, aber nicht als terroristische Vereinigung nach § 129a StGB eingestuft hatte, gab die mg über die „radikal“ im Juli 2009 ihre Selbstauflösung bekannt.⁵⁴

Kurz danach trat die RAZ auf den Plan und verübte seit 2009 eine Reihe von Brandanschlägen auf öffentliche Einrichtungen in Berlin. Erstmals machte sie am 30. Dezember 2009 mit einem Brandanschlag auf die Agentur für Arbeit in Berlin-Wedding auf sich aufmerksam. In der Nacht zum 4. Februar 2010 legte sie „einen zeitverzögerten kombinierten Brand-/Sprengsatz ... an einer Lüftungsanlage am Haus der Wirtschaft in der Schlüterstrasse in Berlin-Charlottenburg ab“⁵⁵, wie einem ihrer Selbstbeziehungsschreiben zu entnehmen ist. Diese Anschläge sollten der „Stärkung der militanten Seite des sozial-revolutionären Widerstandes gegen den von Staat und Kapital vorangetriebenen Klassenkampf von oben“⁵⁶ dienen. Bei beiden Anschlägen wurden Brandsätze des Typs „Gasaki“ verwandt, dessen Bauanleitung in der „radikal“ Nr. 162 präsentiert wurde.⁵⁷

⁵²Ebenda, S.5.

⁵³Vgl. Ingo Arzt, militante gruppe, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33609/militante-gruppe?p=0> (gelesen am 14. Januar 2013).

⁵⁴Vgl. O. A., schriftliches interview zu fragen der organisierung des revolutionären widerstandes mit der militanten gruppe (mg), in: radikal Nr. 161, S. 28-54.

⁵⁵ Kommuniqué der RAZ (Anm. 42).

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Vgl. O. A., Gasaki – ein kombinierter Brand-/Sprengsatz niedriger Intensität, in: radikal Nr. 162, S.22.

Am 18. November 2010 folgte ein Brandanschlag auf das Bundesverwaltungsamt in Berlin-Wilmersdorf. Auch zu dieser Tat liegt ein Bekennerschreiben vor. Zur gezielten Bedrohung von Menschen kam es schließlich am 17. März 2011, als ihre Zelle „Georg von Rauch“ Briefe mit scharfen Patronenhülsen an den Bundesminister des Inneren Hans-Peter Friedrich, den stellvertretenden Generalbundesanwalt Rainer Griesbaum und den Extremismusforscher Uwe Backes mit dem Hinweis versandte, die nächste Zustellung erfolge „per Express“. Mit der Patrone für Backes wollte die RAZ in dem ihr eigenen Zynismus die „jahrelange `extremismustheoretische` Propaganda aus dem akademischen Elfenbeinturm der Professoren Uwe Backes und Eckhard Jesse angemessen `würdigen`.“⁵⁸ Damit stellte sich die RAZ bewusst in die „Tradition“ von kgk und mg, die ebenfalls mit dem Versenden von Patronenhülsen ihre Gegner einzuschüchtern versuchten. Zugleich diente diese Aktion dazu, die sceneinterne Militanzdebatte neu zu entfachen, sollte doch die „postalisch-personalisierte(n) Verschickung von gefüllten Patronenhülsen“ auch die „Funktion einer Diskussionsanregung in die revolutionäre Linke hinein“⁵⁹ haben. Darüber hinaus griffen sie die Forderung der mg nach „Bildung einer militanten Plattform“ auf, um über eine „konzentrierte Debatte um Fragen und Voraussetzungen von Militanz eine inhaltlich-praktische Veränderung unter militanten Kernen“ mit dem Ziel einer Vernetzung „militanter Strukturen“⁶⁰ herzustellen. Ihren bisher letzten Anschlag verübte die RAZ am 27. April 2011 auf das Landgericht Berlin-Brandenburg und die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Zu den Taten liegen Bekennerschreiben vor.⁶¹ Möglicherweise steckt die RAZ auch

⁵⁸Kommuniqué der RAZ vom März 2011, in: radikal Nr. 164, S. 15. Schon seit längerem schwelt der Kampf vor allem der linksextremistischen Szene gegen die von Uwe Backes und Eckhard Jesse vertretene Extremismustheorie. Erstmals blieb es mit dieser Tat aber nicht bei Verbalinjurien, sondern es kam zur konkreten Bedrohung der freien Wissenschaft und ihrer Repräsentanten durch Linksextremisten.

⁵⁹Ebenda.

⁶⁰Kommuniqué der RAZ (Anm. 38).

⁶¹Vgl. Neue Anschläge der RAZ – Revolutionäre Aktionszellen – Bekennerschreiben vom 28. April 2011, <http://meintraene.blogspot.com/2011/04/neue-anschlaege-der-raz-revolutionaere-aktionszellen-bekennerschreiben> (gelesen am 6. Dezember 2011)

hinter dem Brandanschlag auf das Göttinger Land-, Amts- und Arbeitsgerichts vom 2. Dezember 2012. Dafür könnte neben einem Bekennerschreiben das am Tatort vorgefundene Kürzel „RAZ“ ebenso wie der ausgewählte Tatort sprechen, die Parallelen zu bisherigen Anschlägen der RAZ erkennen lassen.⁶²

Unübersehbar sind die inhaltlichen, organisatorischen, strukturellen und methodischen Kontinuitäten zwischen kgk, mg und RAZ. Inhaltlich ziel(t)en sie auf die gewaltsame Zerschlagung des demokratischen Rechtsstaats, den sie durch ein kommunistisches System ersetzen woll(t)en. Um diesem Ziel näher zu kommen, verüb(t)en sie als „Feierabendterroristen“ vor allem Brandanschläge auf öffentliche Einrichtungen und Fahrzeuge und verschick(t)en Patronenhülsen an den politischen Gegner. Zugleich kam und kommt es ihnen auf die Vermittelbarkeit ihrer Taten ins eigene Umfeld an. Allein aus diesem Grund lehn(t)en sie bislang gezielte Gewalt gegen Menschen ab. Um den Status quo in dieser Frage zumindest langfristig überwinden zu können, bemüht(t)en sie sich, die „Militanzdebatte“ am Leben zu erhalten. Organisiert in kleinen Zellen ohne ersichtliche und namentlich bekannte Führungspersonen - etwa in Form einer Kommandogruppe - versuchten alle drei Gruppierungen, sich mit der linksextremistischen Szene zu vernetzen, um sich so eine gemeinsame Plattform und ein Sympathisantenumfeld zur Erhöhung ihrer Schlagkraft anzulegen.

Als Kommunikationsmittel dien(t)en ihnen neben einschlägigen Websites klandestin organisierte „Zeitungsprojekte“ wie die „interim“ oder die von der „Revolutionären Linken“ (RL) herausgegebene „radikal“. Bereits die RZ nutzten die „radikal“ zur Verbreitung ihrer Verlautbarungen. Bis heute sind diese Blätter für die linksextremistische Szene unverzichtbar, da eine „revolutionäre Linke ... ohne die Schaffung und Aufrechterhaltung `alternativer Medien`, die sich frei von staatlicher Zensur und Kontrolle bewegen, nicht denkbar“⁶³ ist. Die Szenemagazine dienen der internen Kommunikation und sollen potentielle Nachahmer zu eigenen Aktionen ermuntern. Zudem liefern sie konkrete Anleitungen zur praktischen Umsetzung von Gewalttaten. Im

⁶² „kommunique der revolutionären zellen (raz) zum kreishausbrand und amtsgericht“, <http://linksunten.indymedia.org/de/node/54138> (gelesen am 2. Februar 2012)

⁶³ Communiqué der RAZ (Anm. 43).

Frühjahr 2010 erschien zudem in Berlin eine Broschüre namens „Prisma“. Deren unbekannte Verfasser, die sich in einem fiktiven Impressum „lunatics for system change“ (in etwa: Wahnsinnige für den Systemwechsel) nennen, griffen dort die Militanzdebatte abermals auf, plädierten für gezielte militante Aktionen und lieferten handbuchartige Anleitungen, wie sich schwere Straftaten begehen und Spuren vermeiden lassen. So enthält die „Prisma“ beispielsweise Beiträge über den Bau von Brandsätzen zur Zerstörung von Fahrzeugen, zur Herstellung von Molotowcocktails oder zur Blockade und Sabotage von Bahnstrecken und Straßen.⁶⁴

Da die RAZ sich in der ideologischen Nachfolge von kgk und mg sieht, liegt es nahe, dass deren Akteure auch weiterhin aktiv sein könnten – möglicherweise unter dem Label RAZ. Jüngste Texte in der „radikal“ legen die Vermutung nahe, dass das „Projekt“ mg nur transformiert und nicht mit der Auflösung der mg 2009 beendet worden ist.⁶⁵

Über kgk, mg und RAZ schwebt wie ein Schatten die RZ. Auch wenn sie schon seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr existieren, scheinen sie bis heute das Vorbild und der Orientierungsrahmen für die links-extremistischen Gruppierungen der Bundesrepublik im Grenzbereich zum Linksterrorismus zu sein.

6. An der Schwelle zu einem neuem Linksterrorismus?

Seit der Auflösung der RZ 1995 und der Gewaltverzichtserklärung der RAF 1998 spielt das Thema Linksterrorismus in Deutschland nur noch eine untergeordnete Rolle. Erst seit den Anschlägen auf die Infrastruktur der Deutschen Bahn und auf Polizeiwachen wird die Möglichkeit eines erneuten Linksterrorismus wieder ansatzweise diskutiert. Als potentielle „Terroristen“ rücken dabei in erster Linie die Linksautonomen in den Fokus. Mit ihrem martialischen Auftreten und ihrer offen zur Schau gestellten Gewaltbereitschaft signalisieren sie den Willen und die Entschlossenheit, gesellschaftliche Konflikte ge-

⁶⁴Vgl. Zeitschrift Prisma: „Bau dir deine Bombe“, Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport Nr. 161 vom 19. August 2010.

⁶⁵Ein Vergleich von Stil, Aufbau und Duktus der Verlautbarungen der RAZ lassen Übereinstimmungen mit den Texten der mg in der „interim“, erkennen.

waltsam lösen zu wollen. Dass zumindest Teile der linksautonomen Szene nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zur Anwendung von Gewalt bereit sind, unterstreicht u.a. ein im Juni 2011 in Köln durchgeführter „Kongress für autonome Politik“. Unter dem Motto „Militanz – wir stehen dazu“ forderten die Teilnehmer eine „selbstbewusste Normalisierung und verbreiterte Ausübung von emanzipativer Militanz.“⁶⁶

Dieser Entwicklung zum Trotz reagiert die öffentliche und veröffentlichte Meinung beim Thema „Linksterrorismus“ mehr als zurückhaltend - erst recht, seitdem das Vorhandensein eines Rechtsterrorismus in Deutschland bekannt geworden ist. Als ein Kriterium für das Nichtvorhandensein eines neuen Linksterrorismus wird dabei angeführt, dass es für Gewalttaten auch gegenüber Menschen an einem Sympathisanten- und Unterstützerumfeld fehlen würde. Auch wenn die linksextremistischen Anschläge der letzten Zeit szeneeintern durchaus kritisch gesehen wurden, so stößt zumindest das Anliegen, wenn auch nicht unbedingt die angewandten Mittel, durchaus auf Sympathien im linksextremistischen Milieu. Bis in die Reihen der Partei „Die Linke“ kam es beispielsweise zu Solidarisierungen mit den Zielen des „Hekla-Empfangskomitees“, welches für den Anschlag auf die Deutsche Bahn vom Oktober 2011 verantwortlich ist. So distanzierte sich ihre innenpolitische Sprecherin, Ulla Jelpke, in einem in der „Jungen Welt“ abgedruckten Kommentar zwar von deren angewandten Methoden, sie betonte aber zugleich: „Die im Bekennterschreiben genannten Ziele der Gruppe sind durchaus richtig.“⁶⁷

Ob und inwieweit entsprechende Sympathienbekundungen und die über szenetypische Publikationen und das Internet zugänglichen Anleitungen Einfluss auf die linksextremistischen Anschläge der letzten Zeit genommen haben, lässt sich zwar nicht empirisch nachweisen. Man kann aber kaum übersehen, dass die Gewaltbereitschaft, die Professionalität der Vorgehensweise und der Konspirationsgrad in den für die jüngsten Anschläge verantwortlichen Tätergruppen zugenommen haben. Dennoch ist im gegenwärtigen Stadium linksextremisti-

⁶⁶Konrad Litschko, Ein echtes Vermittlungsproblem, in: die tageszeitung vom 13. Oktober 2011, S. 4.

⁶⁷Ulla Jelpke, Brandsätze werden für Terror-Hysterie missbraucht, in: Junge Welt vom 13. Oktober 2011, S. 8.

scher Gewalt keine grundsätzliche Bereitschaft der Täter zur gezielten Tötung von Menschen erkennbar. Auch mit dem deutschen Linksterrorismus der 1970er bis 1990er Jahre vergleichbare Personenzusammenschlüsse sind ebenso wenig erkennbar wie planvoll und professionell organisierte Strukturen, die zur Durchführung terroristischer Taten geeignet schienen. Allerdings ist in den letzten Jahren die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber Menschen erkennbar gesunken. Vor allem bei den zahlreichen Übergriffen auf Polizeibeamte und auf alle, die von Linksextremisten als „Nazis“ verdächtigt werden, kalkulieren die Täter zumindest auch schwere Verletzungen mit ein.

Die Gefahr eines erneuten Linksterrorismus ist nicht nur ein nationales Phänomen. Ein Blick ins europäische Ausland zeigt, dass die Schwelle zum Linksterrorismus dort bereits schon mehrfach überschritten wurde. Vor allem die italienische anarchistische Gruppierung „Federazione Anarchica Informale“ (FAI) kam in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren zu unrühmlicher Bekanntheit. So versandte die aus mehreren gewaltbereiten anarchistischen Zellen bestehende und ohne feste Führungspersonen oder starre Ideologie weitgehend autonom agierende anarchistische FAI seit Ende 2003 Paketbomben an verschiedene Institutionen und Repräsentanten Italiens und der Europäischen Union sowie an diverse Botschaften.⁶⁸ Betroffen waren davon u.a. der ehemalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi und der frühere Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, Hans-Georg Pöttering.⁶⁹ Eine neue Dimension der Gewalt eröffnete der Anschlag der FAI vom Mai 2012 auf Roberto Adinolfi, den Geschäftsführer des staatlich kontrollierten italienischen Atomunternehmens Ansaldo Nucleare in Genua. Zum ersten Mal suchten die Attentäter die direkte Konfrontation mit ihrem Opfer, indem sie dem Atomma-

⁶⁸Vgl. Kordula Doerfler, Drohbrief an den Bürgermeister, in Frankfurter Rundschau vom 15. Dezember 2011, S. 4. Im Dezember 2010 erlitten mehrere Personen zum Teil erhebliche Verletzungen, als in den Botschaften der Schweiz, Chiles und Griechenlands drei Sprengsätze explodierten.

⁶⁹Vgl. Fabian Reinbold, Militanter Hass auf den Kapitalismus, in: Spiegel-Online vom 8. Dezember 2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/anarchistengruppe-fai-militanter-hass-auf-den-kapitalismus-a-802605.html> (gelesen am 10. Dezember 2011).

nager vor seinem Haus von einem vorbeifahrenden Motorrad aus auf die Beine schossen, als er gerade in sein Auto steigen wollte. Damit wandten sie die Methode gezielter Knieschüsse der linksterroristischen italienischen „Roten Brigaden“ und der bundesrepublikanischen RZ an. Nicht auszuschließen ist, dass bei passender Gelegenheit auch die RAZ diese Vorgehensweise übernimmt, sieht sie sich doch bekanntlich in der Tradition der RZ.⁷⁰ Bei allen Anschlägen, für die die FAI mittels Bekenner schreiben die Verantwortung übernahm, wird eines deutlich: Im Gegensatz zu bundesrepublikanischen Linksextremisten im Grenzbereich zum Terrorismus nehmen sie bei ihren Taten die Gefährdung von Menschen nicht nur billigend in Kauf, sondern legen es gezielt darauf an.

Seit Beginn der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise rückte zudem auch das krisengeschüttelte Griechenland in den Mittelpunkt eines neuen Linksterrorismus. So versandte die griechische Gruppierung „Verschwörung der Zellen des Feuers“ Briefbomben an mehrere europäische Spitzenpolitiker und Institutionen, so u. a. an das Bundeskanzleramt.⁷¹ Im Dezember 2011 erhielt zudem der damalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank AG, Josef Ackermann, eine Briefbombe, die noch rechtzeitig in der Poststelle seiner Bank in Frankfurt am Main abgefangen werden konnte.⁷² Nachdem bereits 2012 mutmaßliche Linksextremisten zahlreiche Anschläge verübt hatten, u.a. am 3. April auf das Büro des früheren Ministerpräsidenten Konstantinos Simitis, erschütterten seit Anfang 2013 mehr als 20 Brandanschläge und Attacken auf Banken, öffentliche Gebäude und Parteibüros Griechenland. Neben dem Privatbüro von Regierungssprecher Simos Kedikoglou und dem Haus eines ehemaligen Regierungssprechers traf es die Parteizentrale des griechischen Ministerprä-

⁷⁰Vgl. O. A., Manager von Atomkonzern angeschossen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Mai 2012, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/italien-manager-von-atomkonzern-angeschossen-11742941.html> (gelesen am 8. Mai 2012).

⁷¹Dirk Banse/Michael Behrendt, Verschwörung der „Zellen des Feuers“ gegen Merkel, in: Welt-Online vom 2. November 2010, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article10696516/Verschwoerung-der-Zellen-des-Feuers-gegen-Merkel.html> (gelesen am 10. Februar 2013).

⁷²Vgl. O. A., Anschlagversuch auf Ackermann bestürzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Dezember 2011, S. 11.

sidenten Antonis Samaras, auf die mehrere Vermummte Schüsse abfeuerten.⁷³

Diese Anschläge verdeutlichen, dass auch der Linksterrorismus in einer globalisierten Welt nicht vor nationalen Grenzen halt macht. Noch ist lange nicht absehbar, wie sich die globale Finanz- und Schuldenkrise weiter entwickeln wird und ob sie einer weiteren Vernetzung und Radikalisierung der linksextremistischen Szene national wie international Vorschub leistet.

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Auch wenn das 21. Jahrhundert weiter in erster Linie im Zeichen eines islamistischen Terrorismus stehen wird, so zeigen die rechtsextremistisch motivierten Verbrechen Breiviks und des NSU auf grausame Art und Weise, wie breit das Spektrum des (internationalen) Terrorismus ist. Es besteht darüber hinaus die Gefahr eines erneuten sozialrevolutionären Terrorismus.

Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keinen erkennbaren Linksterrorismus. Es mangelt ihm an den dafür notwendigen Voraussetzungen. Weder zeichnet sich innerhalb der linksextremistischen Szene ein Trend zu einer entsprechenden Organisierung ab, noch scheint die gezielte Verletzung oder gar Tötung von Menschen derzeit in das linksextremistische Umfeld vermittelbar.

Die linksextremistischen Anschläge der letzten Zeit zeigen aber, wie schmal der Grat zum Linksterrorismus auch 15 Jahre nach dem Ende der RAF ist. Zugleich machen sie damit deutlich, dass es jederzeit auch wieder einen Terrorismus jenseits des islamistischen und rechtsextremistischen geben kann. War schon bislang die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber staatlichen Repräsentanten und Rechtsextremisten im Linksextremismus gering, so könnten die Ereignisse um den NSU einer weiteren Radikalisierung Vorschub leisten und zu Grenzüberschreitungen führen. Mancher Linksextremist mag versucht sein anzunehmen, in seinem Kampf gegen „rechts“ und seinen dabei gewählten Mitteln die Mehrheitsgesellschaft hinter sich zu

⁷³Vgl. O. A., Nächtlicher Terror, in: Der Spiegel Nr. 4 vom 21. Januar 2013, S. 76.

haben. Diese Annahme, gepaart mit einem zunehmenden Hass auf den Staat und seine Repräsentanten, könnte ihn möglicherweise dazu motivieren, die Grenze zur gezielten Gewalt gegenüber Menschen zu überschreiten. In einer solch zugespitzten Situation wäre die RAZ aufgrund ihrer inhaltlichen, strukturellen und methodischen Ausrichtung ein möglicher Exponent für einen künftigen Linksterrorismus.

Die Bundesrepublik versteht sich als eine wehrhafte Demokratie. Vor allem vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Schuldenkrise, die immer mehr auch zur Sinnkrise des politischen Systems zu werden scheint, bedarf es deshalb weiterhin ebenso des Blickes nach „links“, um zu verhindern, dass Entwicklungen erst wahrgenommen werden, wenn das Kind bereits in den berühmten Brunnen gefallen ist. Die Anschläge italienischer und griechischer Linksextremisten zeigen, wie fließend die Grenzen zwischen Linksextremismus und Linksterrorismus sein können.

Islamistische Ideologie in deutscher Sprache

Eine extremismustheoretische Analyse von Maududi- und Qutb-Übersetzungen

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Mit der Einwanderung von Muslimen nach Deutschland ging auch die Entstehung von hiesigen Ablegern islamistischer Organisationen¹ einher. Sie sammelten die Anhänger ihrer Ideologie in der Emigration, warben unter Muslimen wie Nicht-Muslimen für ihre politischen und religiösen Ideen und unterstützten die Mutterorganisationen in den jeweiligen Heimatländern auf vielfache Weise. Im Umfeld solcher Organisationen entstanden Koranschulen und Kultureinrichtungen, Moscheegemeinden und Vertriebsdienste. Letztere verbreiteten auch Broschüren, Bücher oder Flugschriften, die zunächst nur in arabischer oder türkischer Sprache Verbreitung fanden. Im Laufe der Zeit publizierten islamistische Verlage in Deutschland oder den Heimatländern aber auch Veröffentlichungen in deutscher Übersetzung. Damit sollten neben den sprachlich gut integrierten Muslimen der zweiten oder dritten Einwanderergeneration wohl auch mögliche Konvertiten zum Islam oder die interessierte Öffentlichkeit im allgemeinen Sinne angesprochen werden.

Zu derartigen Publikationen gehören auch Texte von den als Klassikern des Islamismus anzusehenden Autoren, die aus Sicht der politischen Ideengeschichte als Theoretiker der damit angesprochenen politischen Bestrebungen gelten können. Zu ihnen zählen vorrangig der pakistanische Politiker Sayyid Abu A'la Maududi (1903-1979) und der ägyptische Publizist Sayyid Qutb (1906-1966). Sie veröffentlichten bereits zu Lebzeiten zahlreiche Schriften, die programmatische

¹ Vgl. u.a. Johannes Kandel, *Islamismus in Deutschland. Zwischen Panikmache und Naivität*, Freiburg 2011; Armin Pfahl-Traughber, *Akteure des Islamismus in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse ihrer Aktivitäten im Lichte einer Gefahrenpotenzialeinschätzung*, in: Floris Biskamp/Stefan E. Hößl (Hrsg.), *Islam und Islamismus. Perspektiven für die politische Bildung*, Gießen 2013, S. 65-84.

Werke mit Ausführungen zu ideologischen Grundprinzipien und politischen Strategien darstellen. Mittlerweile liegen auch einige dieser Texte in deutscher Übersetzung vor und finden innerhalb hiesiger islamistischer Kreise und darüber hinaus Verbreitung. Sie sollen in der folgenden Abhandlung einer ideologiekritischen Analyse in extremismustheoretischer Perspektive² unterzogen werden. Hierbei geht es vorrangig um die Frontstellung derartiger Auffassungen gegen Individualität und Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit, Säkularität und Volkssouveränität.

Es wäre demnach anhand der deutschsprachigen Texte aufzuzeigen, inwieweit die islamistische Ideologie im Gegensatz zu den Normen und Regeln offener Gesellschaften und demokratischer Verfassungsstaaten steht. Die inhaltliche Grundlage für die folgende Erörterung bilden Maududi- und Qutb-Übersetzungen, die in der Auseinandersetzung mit dem Islamismus in Deutschland bislang kaum Beachtung fanden.³ Sie werden hier hinsichtlich der folgenden Gesichtspunkte systematisch untersucht: dem Anspruch auf die einzig wahre Islam-Interpretation, der Forderung nach einer totalen Herrschaft des Islam, der Zielsetzung einer universellen Dominanz des Islam, der Beschwörung einer homogenen Gemeinschaft, der Verdammung bestehender Gesellschaftssysteme als Jahiliya, dem Dualismus von islamischer und säkularer Welt, der Ablehnung des Prinzips der Volkssouveränität, der Rolle der Avantgarde im Kampf für den Islam, dem Jihad als aktiver Strategie des Angriffs und der Legitimation der politisch motivierten Gewaltanwendung.

² Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33.

³ Eine Ausnahme bildet hier: Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, Maududis „Als Muslim leben“ im Widerstreit mit der liberalen, rechtsstaatlichen und säkularen Demokratie, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 464-496.

2. Das problematische Verhältnis von Islam, Islamismus, Politik und Religion

Bevor auf diese Gesichtspunkte ausführlicher eingegangen werden soll, bedarf es noch einiger grundsätzlicher Anmerkungen zu dem problematischen Verhältnis von einerseits Islam und Islamismus und andererseits von Politik und Religion. Gegenüber einer weit verbreiteten Auffassung steht für Letztere nicht nur ein Bezug auf Frieden und Humanität, sind doch dem Christentum und Islam Absolutheitsansprüche und Ausgrenzungstendenzen eigen.⁴ Sie ergeben sich aus der beiden Religionen gemeinsamen Auffassung, wonach nur jeweils sie den Weg zur Erlösung und zum Heil weisen können und demnach alle anderen Glaubensformen als falsch und irrig gelten müssen. Die „blutige Spur“ in der Geschichte von Christentum und Islam war mit durch diese Prägung bedingt. Absolutheitsansprüche und Ausgrenzungstendenzen können indessen in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft nur im Bereich des Glaubens, nicht aber in der Sphäre der Politik geduldet werden – was wiederum eine konsequente Trennung von Religion und Staat nötig macht.

Hiergegen richtet sich dezidiert der Islamismus: Darunter versteht man eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Strömungen einer politischen Bewegung⁵, die ihren ideologischen Ursprung in innerislamischen Reformbestrebungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und ihre organisatorischen Wurzeln in der 1928 in Ägypten gegründeten „Muslimbruderschaft“ hat. Alle später entstandenen Strömungen ist die Absicht eigen, den Islam nicht nur zur verbindlichen Leitlinie für das individuelle, sondern auch für das gesellschaftliche Leben zu machen. Dies bedeutet notwendigerweise die Aufhebung einer Trennung von Religion und Staat als Ausdruck der Säkularisie-

⁴ Vgl. dazu aus Sicht des Autors: Armin Pfahl-Traughber, Der fundamentalistische Charakter von Religionen und die Grenzen der Religionsfreiheit im säkularen Rechtsstaat. Eine demokratietheoretisch und ideologiekritisch ausgerichtete Erörterung anhand von Christentum und Islam, in: Eric Hilgendorf (Hrsg.), Wissenschaft, Religion und Recht. Hans Albert zum 85. Geburtstag, Berlin 2006, S. 177-199.

⁵ Vgl. u.a. Nazih Ayubi, Politischer Islam. Religion und Politik in der arabischen Welt, Freiburg 2002; Gilles Kepel, Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2002.

rung und die institutionelle Verankerung der religiösen Grundlagen im Sinne eines islamischen Staates. Für die Zuordnung von Gruppierungen oder Personen zum Islamismus spielt es dabei keine herausragende Rolle, ob sie strategisch für ein gewalttätiges Vorgehen bis hin zum Terrorismus oder für einen legalen Weg wie den der Parteipolitik eintreten.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen ließe sich somit in der Theorie klar zwischen dem Islam als religiösem Glauben und dem Islamismus als politischer Ideologie unterscheiden.⁶ In der Praxis stellt sich dies gleichwohl als problematisch dar, wobei zwei Gesichtspunkte von Bedeutung sind: Zum einen besteht im Islam bereits seit seiner Frühgeschichte eine relativ enge Verkopplung von politischer und religiöser Sphäre, zum anderen berufen sich die Islamisten hinsichtlich ihres ideologischen Selbstverständnisses auf den Islam. Dies geschieht durchaus mit innerer Überzeugung, wofür die hohe Bedeutung von religiösen Verweisen im islamistischen Diskurs wie die Bezüge auf bestimmte Vorgaben des Islam in den konkreten Handlungsweisen steht. Insofern lässt sich zwischen Islam und Islamismus weder ein inhaltliches Gleichheitszeichen setzen noch ein grundsätzlicher Gegensatz konstatieren. Der Islamismus steht demnach für eine mögliche Erscheinungsform des Islam. Umgekehrt wäre von der Islamismuskompatibilität des Islam auszugehen.⁷

3. Maududi und Qutb als Klassiker islamistischer Ideologie

Bevor auf die Auffassungen der beiden Klassiker der islamistischen Ideologie hinsichtlich der erwähnten Gesichtspunkte näher eingegangen werden soll, bedarf es noch einiger kurzer Informationen zu ihnen. Der pakistanische Ideologe und Politiker Sayyid Abu A'la

⁶ Diese Auffassung vertritt etwa Bassam Tibi, vgl. Bassam Tibi, *Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?*, Darmstadt 2000, S. 2.

⁷ Vgl. als ausführlichere Darstellung der entsprechenden Anknüpfungspunkte in Basis und Geschichte des Islam: Armin Pfahl-Traughber, *Die Islamismuskompatibilität des Islam. Anknüpfungspunkte in Basis und Geschichte der Religion*, in: *Aufklärung und Kritik*, Sonderheft 13/2007, Schwerpunkt: Islamismus, S. 62-78.

Maududi⁸ hatte bereits durch die väterliche Sozialisation eine dezidiert antiwestliche Einstellung in Verbindung mit einer Hinwendung zur muslimischen Tradition angenommen. In diesem Sinne betätigte er sich auch seit Beginn der 1920er Jahre, unterstützte Maududi doch eine politische Bewegung zur Aufrechterhaltung des Kalifats. Zwischen 1937 und 1941 entwickelte er seine politischen Ideen zu einer systematischen Theorie, die auf die Einforderung eines islamischen Staates als Alternative zu den bestehenden Systemen hinauslief. 1941 gründete Maududi die „Jama' at-i islami“ als parteipolitischen Ausdruck seiner Ideologie, konnte damit bei Wahlen aber keine herausragenden Erfolge verbuchen. 1977 unterstützte er deren gescheiterten Versuch zum Sturz der Regierung in Pakistan.

Als Maududis bedeutendster Schüler gilt der ägyptische Ideologe und Schriftsteller Sayyid Qutb⁹, der nach einer Ausbildung zum Lehrer als Angestellter im Erziehungsministerium arbeitete. Es schickte ihn 1948 in die USA zum Studium der dortigen Unterrichtsmethoden. Die unmittelbare Konfrontation mit dem westlichen Alltagsleben führte zu einer Art „Kulturschock“ und verschärfte seine bislang nur latenten islamistischen Einstellungen. Nach der Rückkehr schloss sich Qutb 1951 der „Muslimbruderschaft“ an und stieg schnell zu deren „Chefideologen“ auf. 1954 verhaftete man Qutb aufgrund seines Engagements für diese Organisation und verurteilte ihn zu einer langjährigen Gefängnisstrafe. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes verbrachte Qutb die Zeit aber meist im Krankenhaus, wo seine immer extremer werdenden religiösen und politischen Schriften entstanden. Hierzu zählt auch das einflussreiche Werk „Zeichen auf dem Weg“ von 1964. Nach einer kurzen Haftentlassung und einer erneuten Festnahme wurde Qutb 1966 hingerichtet.

Zu den deutschsprachigen Übersetzungen der beiden „Klassiker“ des Islamismus, welche die Textgrundlage für die folgende Analyse bil-

⁸ Vgl. u.a. Sayed Riaz Ahmad, Maulana Maududi and the Islamic State, Lahore 1976; Seeyed Vali Reza Nasr, Mawdudi and the Making of Islamic Revivalism, New York 1996.

⁹ Vgl. Sabine Damir-Geilsdorf, Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption, Würzburg 2003; Gilles Kepel, Der Prophet und der Pharao. Das Beispiel Ägypten: Die Entwicklung des muslimischen Extremismus, München 1995, S. 35-71.

den¹⁰, gehören folgende Schriften: Von Maududi liegt das 1995 und 2001 im Cordoba-Verlag, Karlsruhe veröffentlichte Buch „Als Muslim leben“¹¹ vor, welches auf Freitagsansprachen zwischen 1938 und 1940 zurückgeht. In der „Schriftenreihe des Islamischen Zentrums München“¹² erschienen von ihm 1994 „Weltanschauung und Leben im Islam“¹³ und 1996 „Islamische Lebensweise“¹⁴, beides wie das vorgenannte Werk Übersetzungen von englischsprachigen Ausgaben. Von Qutb gibt es als deutschsprachige Schrift „Dieser Glaube der Islam“¹⁵, die von dem „International Islamic Publishing House“ in Riad in Saudi Arabien seit 1999 vertrieben wird. Auch sein politisches Hauptwerk „Zeichen auf dem Weg“¹⁶ liegt in deutscher Sprache vor, allerdings nur als PDF-Datei aus dem Internet, wobei als Druckort der Bask-Verlag in Istanbul und als Herausgeber der deutschen Ausgabe von 2005 ein „M. Rassoul, Köln“ genannt werden.¹⁷

4. Der Anspruch auf die einzig wahre Islam-Interpretation

Nun zu den einzelnen Gesichtspunkten, die aus extremismustheoretischer Perspektive für die Analyse der erwähnten Maududi- und Qutb-Übersetzungen von Bedeutung sind. Hierzu gehört als erstes

¹⁰Allgemein gilt es noch zu berücksichtigen, dass nicht die Korrektheit der inhaltlichen Übersetzung, sondern die Wahrnehmung der darin enthaltenen Positionen im Zentrum der vorliegenden Abhandlung steht.

¹¹Sayyid Abu A'la Maududi, Als Muslim leben, 2. Auflage, Karlsruhe 2001.

¹²Im „Islamischen Zentrum München“ hat die bereits 1960 gegründete „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD) ihren Sitz. Sie gilt als deutsche Zentrale des ägyptischen Zweigs der „Muslimbruderschaft“.

¹³Sayyid Abu-l-A'la Maududi, Weltanschauung und Leben im Islam, München 1994.

¹⁴Sayyid Abul A'la Maududi, Islamische Lebensweise, München 1996.

¹⁵Sayyid Qutb, Dieser Glaube der Islam, Riad (Saudi Arabien) 1999.

¹⁶Sayyid Qutb, Zeichen auf dem Weg, Köln 2005, als PDF-Datei im Internet: http://al-iman.net/index.php?option=com_remository&Itemid=26&func=show_down&... (Ausdruck vom 30. Juli 2007).

¹⁷Darüber hinaus gibt es noch die folgenden beiden Bücher in deutscher Sprache: Abul A' la Maududi, Was sagt uns die Lebensweise des Propheten?, Garching 1998; Sayyid Qutb, Kindheit auf dem Lande. Ein ägyptischer Muslimbruder erinnert sich, Berlin 1997. Sie enthalten aber kaum Ausführungen zu politischen Aspekten und können daher hier ignoriert werden.

der Anspruch auf die einzig wahre Islam-Interpretation im Sinne eines essentialistischen Deutungsmonopols. Die islamistischen Klassiker gehen dabei von nicht belegbaren Annahmen aus, wie der Behauptung, dass ihr Gott der einzig wahre Gott sei, und der Position, wonach ihre Interpretation des Willens jenes einzig wahren Gottes auch die einzig richtige Sicht sei. Damit spricht man nicht nur allen anderen Religionen ab, eine akzeptable Form des Glaubens zu vertreten. Auch den Anhängern der eigenen Religion, welche eine andere Deutung oder Konfession vertreten, wird so eine fehlerhafte bis verwerfliche Orientierung unterstellt. Die Islamisten sehen diese Auffassungen nicht nur - wie viele Christen, Juden oder Muslime - als Bestandteile ihres religiösen Selbstverständnisses an, sondern wollen sie als verbindliche Prinzipien auf den politischen Bereich übertragen.

Für Maududi konnte man nur so lange Muslim bleiben, wie man sich innerhalb der Grenzen des Islam bewegt: „Diese Grenzen sind: Das Wort Gottes und die *Sunna* seines Gesandten (s) als höchsten Maßstab für Wahrheit und Gerechtigkeit anzunehmen und alles, was dem entgegen steht, als falsch zu betrachten.“¹⁸ Die Orientierung an den Gesetzen eines säkularen Systems im Sinne der Demokratie und des Rechtsstaates gilt in diesem Verständnis als Abweichung vom Islam – was sich aus Maududis noch zu behandelnden Grundpositionen zu Säkularität und Volkssouveränität ergibt. An anderer Stelle unterschied er echte und halbherzige Muslime: „Einige Muslime bezeugen den Glauben an Gott und seinen Gesandten, erheben den Islam zu ihrer Religion, doch dann beschränken sie diesen Islam auf nur einen Teil ihres Lebens.“ Und weiter: „Die zweite Art von Muslimen sind diejenigen, die ihre ganze Persönlichkeit und ihr Dasein für den Islam einsetzen.“¹⁹ Schon die kleinste Abweichung von seiner Sicht des Islam ließ Maududi von Halbherzigen oder Ungläubigen sprechen.

Ähnliche Auffassungen vertrat auch Qutb, der sich gegen seinerzeitige Forderungen nach einer Programmatik oder Theorie des politischen Islam wandte: „Was diese Menschen wollen, ist, dass der Islam seinen Charakter, seine Weisung und seine Geschichte verändert und auf ein Niveau von gewöhnlichen menschlichen Theorien und Gesetzen redu-

¹⁸Maududi, *Als Muslim leben* (Anm. 11), S. 23.

¹⁹Ebenda, S. 72.

ziert²⁰ wird. Der Islam war in seiner Sicht kein theoretischer, sondern ein praktischer Glaube. Zunächst müsse man dessen Auffassungen verinnerlichen, dann würden sich daraus direkte politische Folgen ergeben. Für Qutb konnte man nicht von einer islamischen Gesellschaft sprechen, wenn die Menschen in ihr „ihre eigene Version des Islam erfinden, etwas anderes als das, was Allah und sein Gesandter Muhammad ... vorgeschrieben und erklärt haben, und dies zum Beispiel ‚fortschrittlichen Islam‘ nennen.“²¹ Gerade in diesem Zitat lässt sich deutlich eine Frontstellung gegen die moderne und pluralistische Deutung dieser Religion im Namen des von Qutb beanspruchten Verständnisses des wahren Islam ausmachen.

5. Die Forderung nach einer totalen Herrschaft des Islam

Als zweiter Gesichtspunkt soll hier die Forderung nach einer totalen Herrschaft des Islam innerhalb der Schriften der beiden Klassiker des Islamismus thematisiert werden: Dabei geht es um die umfassende Dominanz der Religion im gesellschaftlichen Leben und die verbindliche Ausrichtung des sozialen Miteinanders am Islam. Derartige Auffassungen gehen über ein fundamentalistisches Verständnis von Religion hinaus, welchem Merkmale wie Absolutheitsansprüche und Dogmatismus lediglich beschränkt auf die Sphäre des Glaubens eigen sind. Im Islamismus betont man demgegenüber eine Besonderheit des Islam: die ihm angeblich eigene Forderung nach einer umfassenden Ausrichtung des gesellschaftlichen und politischen Lebens nach den Geboten der Religion. Eine derartige Forderung würde zur Abschaffung säkularer und zur Etablierung theokratischer politischer Ordnungen führen. Je nach dem Grad der damit verbundenen gesellschaftlichen Kontrolle dürfte dies eine erhebliche Einschränkung von Demokratie und Grundrechten bedingen.

Für Maududi bestand gerade das Hauptmerkmal der islamischen Lebensweise darin, dass sie keinen Konflikt und keine Trennung zwischen dem religiösen und weltlichen Leben zulässt: „Sie begnügt sich nicht damit, lediglich das geistige und ethische Leben des Menschen im begrenzten Sinn des Wortes zu läutern, vielmehr erstreckt sich ihre

²⁰Qutb, Zeichen auf dem Weg (Anm. 16), S. 66.

²¹Ebenda, S. 168.

Reichweite auf sämtliche Bereiche des Lebens. Sie will das Leben des einzelnen ebenso wie die Gesellschaftsordnung in die richtigen Bahnen lenken ...²² Demgemäß beziehen sich alle Aussagen Maududis für den religiösen Bereich auch auf die weltliche Sphäre – was ebenso für das Gebot des Gehorsams zu gelten hätte. Hierüber bemerkt Maududi: „Das bedeutet, dass der Mensch ganz und gar auf seine Unabhängigkeit verzichtet und auch in der Praxis seine Ergebenheit Gott gegenüber bekräftigt, nachdem er den Glauben an Ihn durch sein Glaubensbekenntnis bekundet hat.“²³ Da sich Gott aber nicht dem Menschen direkt offenbart, bedeutet diese Forderung die völlige Unterwerfung unter eine politische Herrschaft im Namen Gottes.

Auch für Qutb sollte der Islam nicht nur das individuelle Verhältnis des Gläubigen zu Gott, sondern zwingend auch die gesellschaftliche Ordnung in Gänze prägen: „Also setzt die Glaubenserklärung die Grundlage für eine vollständige Lebensordnung für die muslimische Gemeinschaft in all ihren Einzelheiten fest.“²⁴ Es ginge demnach nicht nur um Teilbereiche der Gesellschaft, vielmehr müsste sie sich vollständig im islamischen Sinne ausrichten. Darüber hinaus würden nicht nur allgemeine Leitlinien aufgestellt, sondern sehr detaillierte Vorgaben gemacht. In der Konsequenz führt eine solche Auffassung zur vollständigen Unterwerfung des Individuums unter eine islamische Ordnung. Dem ginge für Qutb allerdings die fundamentale Verwerfung säkularer Systeme voraus: „Die erste Pflicht des Islam in dieser Welt ist es, die Gahiliya von der Führerschaft über den Menschen abzusetzen, und die Führerschaft in die Hände des Islam zu legen und den besonderen Weg des Lebens durchzusetzen, das sein dauerhaftes Merkmal ist.“²⁵

6. Die Zielsetzung einer universellen Dominanz des Islam

In diesem Zitat findet sich indirekt schon der dritte Gesichtspunkt für die vorliegende Erörterung, welcher in der von Islamisten propagierten Zielsetzung einer universellen Dominanz des Islam besteht. Es

²²Maududi, *Islamische Lebensweise* (Anm. 14), S. 7.

²³Ebenda, S. 120.

²⁴Qutb, *Zeichen auf dem Weg* (Anm. 16), S. 139.

²⁵Ebenda, S. 236f.

handelt sich hier um die konsequente Folge der zuvor angesprochenen totalen Herrschaft dieser Religion in einer Gesellschaft. Aus dem Anspruch, in ihr allseits dominierend zu sein, ergibt sich die Forderung, universell vorherrschend zu sein. Demnach wollen sich die Islamisten nicht auf die Vorherrschaft ihrer politischen und religiösen Auffassungen in den Ländern der islamischen Welt beschränken lassen. Vielmehr geht es ihnen letztendlich um eine universelle Verbreitung ihrer politischen Ideen und Systemvorstellungen. Dies läuft auf die Forderung nach der Weltherrschaft des Islam im Sinne der islamistischen Ideologie hinaus. In dieser Perspektive müssten sich die Menschen und Systeme in allen anderen Ländern den Vorgaben der im Namen des angeblichen Willen Gottes herrschenden Rechtsgelehrten vollständig unterwerfen.

Maududi sah diesen Anspruch schon in der Bezeichnung „Islam“ angelegt: Alle anderen Religionen würden sich nach ihrem Begründer oder einem Volk benennen, davon könne gerade bei diesem Glauben nicht gesprochen werden: „Das Wort *Islam* deutet keinerlei derartige Verbindung an, denn es bezieht sich weder auf irgendeinen Mann noch ein Volk oder ein Land. ... Der Islam ist eine weltumfassende Religion, deren Zweck es ist, im Menschen islamische Eigenschaften und islamische Geisteshaltung zu schaffen und weiterzubilden.“²⁶ Der Islam gilt in dieser Sicht als Gesetz des Universums. Gott habe dem Menschen zwar die Statthalterschaft auf Erden anvertraut, dabei aber immer wieder deutlich gemacht, dass nur er allein der Beherrscher und Lenker sei: „Deshalb muss das gesamte Universum und alle seine Geschöpfe, die es beherbergt (einschließlich des Menschen) sich einzig und allein Ihm unterwerfen.“²⁷ Da Gott der Herr, Lenker und Schöpfer des Universums sei, müsste man sich ihm auch überall unterwerfen.

Qutb äußerte sein Bekenntnis zu dem Anspruch des Islam, die Führung der Menschheit zu übernehmen, noch mit größerer Offenheit und Selbstverständlichkeit. Dabei konstatierte er durchaus im Sinne einer längerfristigen Strategie, wie weit man noch zu seiner Zeit von diesem Ziel entfernt sei: „Ich bin mir bewusst, dass zwischen dem Versuch

²⁶Maududi, *Weltanschauung und Leben im Islam* (Anm. 13), S. 15.

²⁷Maududi, *Islamische Lebensweise* (Anm. 14), S. 9.

einer Wiederbelebung des Islam und der Erlangung einer Führerschaft auf der Welt eine große Distanz liegt; denn die muslimische Gemeinschaft ist seit langem von der Bildfläche verschwunden und die Führung der Menschheit hat sich für lange Zeit von anderen Ideologien, anderen Nationen, anderen Konzepten und anderen Systemen leiten lassen.²⁸ Ausgangspunkt für die Überwindung derartiger Ideologien und Ordnungen mit dem Ziel universeller Dominanz müssten Bewegungen zur Renaissance und Stärkung des Islam in den muslimischen Ländern sein: „Nur eine solche Wiederbelebungsbewegung kann schließlich den Rang einer Weltführerschaft erklimmen, ob die Distanz nun groß ist oder klein.“²⁹

7. Die Beschwörung einer homogenen Gemeinschaft

Mit der Forderung nach einer totalen Herrschaft und der Zielsetzung einer universellen Dominanz des Islam geht als vierter Gesichtspunkt der vorliegenden Erörterung die Beschwörung einer homogenen Gemeinschaft einher. Das damit angesprochene identitäre Gesellschaftsbild weist verschiedene Merkmale auf: die Abwertung des Individuums, seine Unterordnung unter das Kollektiv, die Einforderung politischer Homogenität und die Ablehnung des Pluralismus. Der Einzelne erhält seine Wertigkeit nur noch über die Zugehörigkeit zur Glaubensgemeinschaft. Diese soll sich an den verbindlichen Vorgaben der Statthalter Gottes ausrichten und alle anderen Normen und Regeln als schlecht und verderblich ablehnen. Solche Auffassungen laufen auf eine eindimensionale und geschlossene Gesellschaft ohne Dissens und Opposition hinaus. Entsprechende Forderungen beziehen sich angesichts der erwähnten Grundpositionen nicht nur auf eine Einheit im religiösen Bereich, wollen sie diesen Anspruch doch auf die politische Sphäre ausdehnen.

Maududi sah gerade in dem damit einhergehenden Gesichtspunkt der Ganzheitlichkeit ein wesentliches Merkmal der islamischen Weltanschauung: Hierbei bezog er sich auf ein bestimmtes Verständnis der Scharia als der von Gott gesetzten Ordnung des islamischen Rechtes, welche Richtlinien nicht nur für das individuelle, sondern auch für das

²⁸Qutb, Zeichen auf dem Weg (Anm. 16), S. 26.

²⁹Ebenda, S. 30.

gesellschaftliche Leben vorschreibe. Es handele sich hierbei um ein organisches Ganzes: „Die gesamte Lebensordnung, die der Islam vorzeichnet, wird durch denselben Geist belebt und somit muss jede unangebrachte Teilung des Ganzen ebenso dem Geist wie dem Aufbau der islamischen Ordnung schaden.“³⁰ Jede Abweichung von den formalen und normativen Vorgaben müsste daher zur Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft führen. Denn: „Die *Schari'a* kann nur dann reibungslos funktionieren und nur dann ihre Anwendbarkeit unter Beweis stellen, wenn die gesamte Lebensweise in Übereinstimmung mit ihren Geboten ausgerichtet wird – anders geht es nicht.“³¹

Für Qutb ergaben sich ähnliche Auffassungen aus dem besonderen Verständnis des Islam, der als Religion nicht nur den Glauben der Menschen, sondern deren Leben verändern wolle: „Diese Religion entwickelt den Glauben zusammen mit der Formung einer Gemeinschaft; sie entwickelt ferner ihr Gedankensystem, während sie ihre Energie in die Durchsetzung ihrer praktischen Aspekte aufwendet.“³² Der Islam bildet in dieser Perspektive erst die Gemeinschaft, die Gottes Gebote und Wünsche ohne Abweichung und Kritik auszuführen habe. Wie stark dabei Anpassung und Unterordnung sein sollen, veranschaulicht folgende Aussage: „Die Muslime wissen, dass jede Vernachlässigung oder Verfehlung der Verbote eines Übels ist, das die gesamte Gemeinde heimsuchen kann, nicht nur jene unter ihnen die sich schuldig gemacht haben.“³³ Abweichende Einstellungen oder Verhaltensweisen hätten nicht nur negative Folgen für die verantwortlichen Individuen, sondern für die ganze Gemeinschaft – und zwar unabhängig von deren Haltung in der jeweiligen Frage.

³⁰Maududi, *Islamische Lebensweise* (Anm. 14), S. 36.

³¹Ebenda, S. 37.

³²Qutb, *Zeichen auf dem Weg* (Anm. 16), S. 76.

³³Qutb, *Dieser Glaube der Islam* (Anm. 15), S. 37.

8. Die Verdammung bestehender Gesellschaftssysteme als Jahiliya

Ebenfalls mit der Forderung nach einer totalen Herrschaft und der Zielsetzung einer universellen Dominanz des Islam geht als fünfter Gesichtspunkt die Verdammung bestehender Gesellschaftssysteme als Jahiliya einher. Der Begriff, der von Qutb in dieser Form in die islamistische Ideologie eingebracht wurde, steht für „Unwissenheit“. Er bezieht sich auf die gesellschaftlichen und religiösen Zustände einer vor-islamischen Zeit, die noch nicht die Gebote der wahren Religion kannte. Dabei kommt dem Begriff eine historische wie überhistorische Dimension zu: Im erstgenannten Sinne bezieht er sich auf die Phase vor dem geschichtlichen Auftreten des Propheten Mohammed. Abstrahiert von diesem Kontext meint die Bezeichnung Jahiliya jede Phase der gesellschaftlichen Entwicklung ohne dominierende Prägung durch den Islam, also auch Zeiten der Abweichung oder Relativierung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Dafür standen nach Qutb auch die säkular ausgerichteten politischen Ordnungen der islamischen Welt seiner Zeit.

Ähnliche Auffassungen fanden sich bereits zuvor bei Maududi, wobei sie ebenso wie bei seinem ägyptischen Schüler mit der Forderung nach grundlegender Überwindung nicht-islamischer Gesellschaftsordnungen einher gingen: „Deshalb sind Wohlstand und Glück der Menschheit nur dadurch zu erreichen, dass man die Gesellschaft an der Wurzel packt und sie von allen Kräften reinigt, die sich gegen die Gesetze Gottes auflehnen.“³⁴ Alle kritikwürdigen Bestandteile der gesellschaftlichen Entwicklung, seien es Krieg und Mord, Moralverfall und Ungerechtigkeit, führte Maududi auf die korrupten Führungen in der islamischen wie nicht-islamischen Welt zurück. Deren säkulare Ausrichtung müsse im Sinne eines weltweit gültigen Gebotes für alle Gläubigen durch eine islamische Orientierung überwunden werden: „Wo ihr euch auch befindet, in welchem Land auch immer ihr lebt, müsst ihr euch bemühen, die falsche Grundlage der Regierung zu korrigieren und die Macht denen abzunehmen, die keine Gottesfurcht haben, um selbst zu regieren und Gesetze erlassen zu können.“³⁵

³⁴Maududi, *Als Muslim leben* (Anm. 11), S. 255.

³⁵Ebenda, S. 258.

Qutb lieferte in seinen Schriften ganz im Sinne dieses Verständnisses eine Begriffsbestimmung von Jahiliya³⁶, die sich mit ihrer grundlegenden Verdammung säkularer Systeme nicht nur auf die westlichen Gesellschaften bezieht: „Die Gahiliya ist jede andere Gesellschaft als die muslimische Gesellschaft; und wenn wir eine speziellere Definition wollen, können wir sagen, dass jede Gesellschaft eine Gahiliya ist, die sich selbst nicht in ihren Überzeugungen und Gedanken, in ihren Befolgungen der Gottesverehrenden Handlung und in ihren gesetzlichen Bestimmungen der Anbetung zu Allah allein widmet. Nach dieser Definition sind heute alle existierenden Gesellschaften auf der Welt eine Gahiliya.“³⁷ Qutbs vorgenommene Begriffs- wie Feindbestimmung bezog sich demnach nicht nur auf die christlich und jüdisch geprägten Gesellschaften, er sprach dezidiert auch allen politischen Ordnungen der arabischen Welt den islamischen Charakter ab: „Letztendlich sind alle existierenden so genannten ‚muslimischen‘ Gesellschaften auch Gahiliya-Gesellschaften.“³⁸

9. Der Dualismus von islamischer und säkularer Welt

Hier deutet sich bereits der nächste Gesichtspunkt für die vorliegende Analyse der deutschen Übersetzungen islamistischer Klassiker an: der darin immer wieder beschworene Dualismus von islamischer und säkularer Welt. Die Schriften von Maududi und Qutb sind durchzogen von rigorosen Gegenpolen, die im Sinne eines typischen Gut-Böse- oder Schwarz-Weiß-Denkens weder Differenzierung noch Kompromiss kennen. Sie werteten dabei einerseits die eigenen Auffassungen als allein richtig und verteidigenswert auf und diffamierten andererseits andersdenkende Positionen als falsch und verwerflich. Das zentrale Gegensatzpaar der beiden islamistischen Denker besteht in dem von ihnen als unüberwindlich angesehenen Widerspruch von islamischer und säkularer Welt. Dabei erhoben beide ein exklusives Deutungsmonopol auf den Glauben der Muslime, lehnten Maududi und

³⁶Der vorliegende Text nutzt die in der deutschen Sprache übliche Schreibweise des Begriffs. In der in den folgenden Ausführungen verwendeten Übersetzung der Schrift Qutbs findet sich eine andere Schreibweise, die in den Zitaten um des genauen Beleges willen nicht angepasst und verändert wurde.

³⁷Qutb, Zeichen auf dem Weg (Anm. 16), S. 144.

³⁸Ebenda, S. 149.

Qutb doch im Namen des wahren Islam auch die Gläubigen mit einem anderen Verständnis ihrer Religion und die Gesellschaftssysteme der islamischen Welt rigoros als unislamisch und verderblich ab.

In dieser Perspektive führte Maududi alle kulturell und moralisch verwerflichen Entwicklungen in Gesellschaft, Politik und Religion auf den Einfluss säkularen Gedankengutes zurück. Hierdurch komme es zu einer Abkehr von Gott und einer Herrschaft von Menschen über Menschen: „Dieser Grundsatz der Einheit Gottes verneint die Vorstellung jeglicher gesetzlicher und politischer Herrschaftsgewalt des Menschen, sei es der Einzelnen oder der Gemeinschaft.“³⁹ Den Anspruch auf Herrschaftsgewalt könne weder ein Einzelner noch eine Gruppe erheben, Gott allein sei der Herrscher und seine Gebote das islamische Gesetz. Die Ausbeutung der Armen durch die Reichen, die Einschüchterung der Schwachen durch die Polizei, die Anzettelung von Kriegen durch Regierungen, der häufige Wechsel von Lebensgefährten galt Maududi als direkte Folge von Unglaube und Weltlichkeit: „Seht mit euren eigenen Augen, was in einer Welt geschieht, in der *Kufr*, Vielgötterei und Säkularismus vorherrschen. Der Mensch ist darauf aus, seine Mitmenschen zu vernichten!“⁴⁰

Qutb vertrat ähnliche Auffassungen zur Ablehnung der Säkularität, stellte dabei aber auch auf die Konsequenzen für das Handeln der islamistischen Bestrebungen ab. Hierbei betonte er zum einen, es könne mit Vertretern anderer Auffassungen noch nicht einmal im Ansatz eine Kooperation geben und Kompromisse mit ihnen seien ebenso sehr ausgeschlossen: „Wir und sie sind auf verschiedenen Wegen, und wenn wir auch nur einen Schritt mit ihr gemeinsam gehen, werden wir unser Ziel völlig verlieren und unseren Weg ebenso.“⁴¹ Damit seien Opfer und Schwierigkeiten verbunden, man müsse aber so entsprechend des Vorbildes der ersten Generation der Muslime handeln. Zum anderen verknüpfte Qutb seine fundamentale Verwerfung der Säkularität mit der Forderung nach Überwindung aller politischen Ordnungen auf weltlicher Grundlage. Über den Islam heißt es bei ihm: „Daher strebt er von Anbeginn, all diese Systeme und Regierungen abzu-

³⁹Maududi, Islamische Lebensweise (Anm. 14), S. 58.

⁴⁰Maududi, Als Muslim leben (Anm. 11), S. 39.

⁴¹Qutb, Zeichen auf dem Weg (Anm. 16), S. 45.

schaffen, die auf der Herrschaft des Menschen über den Menschen und die Dienerschaft eines Menschen über einen anderen basieren.“⁴²

10. Die Ablehnung des Prinzips der Volkssouveränität

Besonders deutlich artikuliert sich der Dualismus von islamischer und säkularer Welt in der islamistischen Ideologie in der Ablehnung der westlichen Gesellschaftssysteme, wobei hierbei die angeblichen und tatsächlichen kulturellen Verfallserscheinungen nur von sekundärer Bedeutung sind. Einen weitaus höheren Stellenwert nimmt demgegenüber der siebte Gesichtspunkt der vorliegenden Analyse ein: die Ablehnung des Prinzips der Volkssouveränität. Es geht konstitutiv und zentral davon aus, dass sich Herrschaft in einem Staat nicht durch Geburt, Gewalt oder Gott rechtfertigt. Vielmehr soll in diesem Verständnis das Volk die oberste Legitimationsinstanz und damit der eigentliche Souverän in einer politischen Ordnung sein. Im islamistischen Denken sieht man in dieser Auffassung allerdings eine verwerfliche Herrschaft von Menschen über Menschen, welche durch einen islamischen Staat überwunden werden soll. In ihm wäre die oberste Legitimationsinstanz dann wieder Gott, die Herrscher hätten lediglich die Funktion von Stellvertretern.

Maududi lehnte in diesem Sinne jegliche Form von menschlicher Herrschaft ab: „Niemand kann Anspruch auf die Herrschaftsgewalt erheben, jeder als einzelner, als Familie, Klasse oder Gruppe von Menschen, ja selbst nicht als Gesamtheit der menschlichen Rasse in dieser Welt, Gott allein ist der Herrscher und Seine Gebote sind das islamische Gesetz.“⁴³ Damit lehnte er Demokratie nicht grundsätzlich ab, deutete deren Verständnis jedoch inhaltlich um: „Was natürlich die islamische Demokratie von der westlichen Demokratie unterscheidet ist, dass die westliche auf dem Konzept der Herrschaft des Volkes begründet ist, während die islamische auf dem Grundsatz des *Khilafat* des Volkes basiert. In der westlichen säkularen Demokratie sind die Menschen die Herrscher; im Islam ruht die Herrschaftsgewalt bei Gott und die Menschen sind Seine Kalifen oder Statthalter. In der westlichen Demokratie erlassen die Menschen ihre Gesetze, in der islami-

⁴²Ebenda, S. 108.

⁴³Maududi, *Islamische Lebensweise* (Anm. 14), S. 58f.

schen müssen sie den von Gott durch seinen Propheten erlassenen Gesetzen folgen und gehorchen.“⁴⁴

Auch Qutb lehnte im Rahmen seine Kritik an den Jahiliya-Gesellschaften die säkulare Legitimation von politischer Ordnung ab und wandte sich in diesem Sinne gegen eine Herrschaft von Menschen über Menschen: „Nur in der islamischen Lebensordnung werden die Menschen frei von der Dienerschaft einiger Menschen zu anderen und geben sich nur dem Dienst allein zu Allah hin, nehmen allein Seine Führung an und verneigen sich nur vor Ihm.“⁴⁵ In dieser Frage trennte sich für Qutb die islamistische Ideologie von allen anderen politischen Legitimationsinhalten. Für ihn ergab sich daraus die der Botschaft des Islam und des Propheten eigene zwingende Notwendigkeit zur Überwindung aller säkular begründeter politischer Ordnungen: „Die ganze Geschichte hindurch ist diese Botschaft dieselbe geblieben, so dass die Menschen erkennen sollten, dass der wahren Erhalter und Herr der eine Gott, Allah, ist, dass sie sich nur Ihm allein unterwerfen sollten, und dass die Herrschaft des Menschen beseitigt werden sollte.“⁴⁶

11. Die Rolle der Avantgarde im Kampf für den Islam

Für diesen politischen Weg benannten Maududi und Qutb zwar keine konkreten Strategien, die sich auf die Einschätzung der politischen Rahmenbedingungen und die Subjekte des revolutionären Umsturzes bezogen. Gleichwohl findet man in ihren Veröffentlichungen allgemeine Hinweise zu den Akteuren, welche sich im achten Gesichtspunkt der vorliegenden Erörterung manifestierten: der Rolle der Avantgarde im Kampf für den Islam. Beide gingen davon aus, dass durch die Dominanz von Jahiliya-Auffassungen und –strukturen in der islamischen wie westlichen Welt das wahre Verständnis des Glaubens nur bei einer Minderheit präsent sei. Diese Avantgarde oder Elite müsse einen politischen Umsturz zugunsten eines angestrebten neuen Staates im Sinne Gottes anstreben. Sie müsse zuvor den wahren Glauben verinnerlichen und könne danach mit reinem Willen an die Umsetzung dieses Vorhabens gehen. Derartige ideelle Prägungen machten

⁴⁴Ebenda, S. 62f.

⁴⁵Qutb, Zeichen auf dem Weg (Anm. 16), S. 29.

⁴⁶Ebenda, S. 82.

aus Sicht der beiden islamistischen Theoretiker diese Minderheit zu den Auserwählten.

Für Maududi ließ Gott die Menschen nicht untergehen, obwohl sie sich in den seinerzeit bestehenden Gesellschaftsordnungen mehrheitlich von den Geboten der Scharia und dem Weg der Wahrheit abwandten. Er habe sie auch nicht gezwungen, den einzig richtigen Schritt in Richtung des wahren Verständnisses des Islam zu machen: „Stattdessen hat Gott bestimmte untadelige Menschen dazu *berufen*, jeweils bei ihrem eigenen Volk die verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen, den Leuten den rechten Weg ins Gedächtnis zurückzurufen und sie während ihres Erdendaseins rechtzuleiten.“⁴⁷ Demnach soll diese kleine Gruppe von Menschen der Mehrheit der anderen Menschen das richtige Bewusstsein beibringen. Erlangt haben sie dies von Gott: „Er zeichnete sie durch Seine Offenbarungen aus und gab ihnen Wissen um die wahren Zusammenhänge.“⁴⁸ Auch wenn die vorstehenden Ausführungen sich auf die Propheten in der Phase vor Mohammed beziehen, deckt sich dieses Verständnis mit der von Maududi propagierten Umbruchphase für eine islamische Zukunft.

Etwas genauere Angaben für die Rolle dieser Avantgarde für die unmittelbare Gegenwart seiner Zeit machte Qutb insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses dieser Gruppe zu der abgelehnten Gesamtgesellschaft: „Es ist notwendig, dass es einige Pioniere geben muss, die sich mit Entschlossenheit aufmachen und auf dem Pfad blieben und durch den Ozean der Gahiliya schreiten, der die ganze Welt umfasst. Während ihres Laufs müssen sie sich selbst etwas abseits von dieser alles umgebenden Gahiliya halten, müssen aber trotzdem einige Bindungen mit ihr haben.“⁴⁹ Die damit angesprochene Gruppe von Gläubigen habe sich vollkommen Gott anzuvertrauen und würde dadurch seine Religion in die Tat umsetzen: „Diese Gläubigen werden die Wolken der Unwissenheit hinwegfegen, die die menschliche Natur verdunkeln. Sie werden dem Willen Gottes Ausdruck verleihen, auf dass Sein Wort auf Erden herrschen werde und die Zügel der Macht

⁴⁷Maududi, Islamische Lebensweise (Anm. 14), S. 12.

⁴⁸Ebenda.

⁴⁹Qutb, Zeichen auf dem Weg (Anm. 16), S. 30.

Seiner Religion anvertraut seien.“⁵⁰ Kurzum, die Avantgarde muss in dieser Sicht die universelle Herrschaft des Islam vorbereiten.

12. Der Jihad als aktive Strategie des Angriffs

Der Weg dahin soll durch eine besondere Vorgehensweise geprägt sein, welche den neunten Gesichtspunkt der vorliegenden Analyse beinhaltet: den Jihad⁵¹ als aktive Strategie des Angriffs. Dieser Begriff wird in den westlichen Medien häufig als „Heiliger Krieg“ übersetzt, meint jedoch so viel wie „Anstrengung“. Innerhalb des islamischen Selbstverständnisses lassen sich zwei Varianten unterscheiden: Der große Jihad steht dabei für eine individuelle Bemühung um den Glauben oder die Moral. Mit dem kleinen Jihad meint man eine akzeptable Form des Krieges zur Erweiterung oder Verteidigung des islamischen Machtbereichs. Im politischen Diskurs spielt das erstgenannte Verständnis ohnehin keine Rolle. Bei der Bewertung der zweiten Bedeutung kommt es darauf an, ob damit ein aggressiver Angriff oder ein legitimes Verteidigungsrecht im Zentrum steht. Mitunter kann aber auch – etwa beim Anspruch auf eine Rückeroberung für den Islam – im Namen einer defensiven Absicht eine aggressive Vorgehensweise legitimiert werden.

Bei Maududi finden sich beide Varianten des kleinen Jihad, die des Angriffs ebenso wie der Verteidigung. Im letztgenannten Sinne heißt es etwa: „Wenn das angegriffene Land nicht stark genug ist, um sich allein zu verteidigen, dann ist es die religiöse Pflicht der benachbarten Muslim-Länder, ihm zu helfen; doch wenn auch sie zu schwach sind, dann müssen die Muslime der ganzen Welt den gemeinsamen Feind bekämpfen.“⁵² Weitaus dominanter in seinen Schriften war aber Maududis Auffassung vom Jihad als Angriff. Dieser bezog sich nicht primär auf die Eroberung anderer Länder, sondern auf den Sturz säkularer Regierungen. Sie sollten in Folge einer heiligen Aufgabe durch Herrscher im Namen Gottes abgelöst werden: „Ebenso seid ihr ver-

⁵⁰Qutb, Dieser Glaube der Islam (Anm. 15), S. 150.

⁵¹Auch für diesen Begriff wird eine in deutschsprachigen Veröffentlichungen übliche Schreibweise verwendet. Andere Schreibweisen in den Zitaten bleiben unverändert.

⁵²Maududi, Weltanschauung und Leben im Islam (Anm. 13), S. 140.

pflichtet, den aufrichtigen Dienern Gottes zu Führungspositionen zu verhelfen, ihre Angelegenheiten in Übereinstimmung mit Gottes Gesetzen zu bringen, und euch ständig bewusst zu sein, dass ihr in Gegenwart Gottes leben und ihm im Jenseits verantwortlich seid. Diese Anstrengung, dieser Einsatz heißt *Dschihad!*⁵³

Noch weit deutlicher trat Qutb für die Option des Angriffs im Sinne dieses Begriffs ein, er kritisierte sogar vehement eine Beschränkung des Verständnisses auf die Verteidigung: „Trotzdem versuchen jene in einer Verlierer-Psychologie vergangenen Menschen, diese beiden Aspekte zu vermischen und den Gihad darauf zu beschränken, was heutzutage als defensiver Krieg bezeichnet wird.“⁵⁴ Derartige Deutungen stammten nach Qutb von bedauernswerten und besiegten Schriftstellern, die in der Pflicht zum Jihad gar einen Makel des Islam sehen würden. Klar formulierte er dem gegenüber: „Daher ist das Ziel der Botschaft des Islam eine entschiedene Erklärung der Freiheit des Menschen, nicht lediglich auf der philosophischen Ebene, sondern auch unter realen Bedingungen des Lebens; sie muss Gihad anwenden.“⁵⁵ Es geht bei einem Vorgehen im Sinne der von Qutb vertretenen Option des Angriffs demnach nicht nur um ein ideelles Werben für die Inhalte des Islam, sie sollen definitiv auch die Lebenspraxis der Gesellschaft verbindlich prägen.

13. Die Legitimation politisch motivierter Gewaltanwendung

Über die dabei konkret anzuwendenden Mittel äußerten sich Maududi und Qutb nicht deutlich. Gleichwohl kann in ihren Schriften auch der letzte Gesichtspunkt für die vorliegende Erörterung ausgemacht werden: die Legitimation politisch motivierter Gewaltanwendung. Sie ergibt sich aus der Gesellschaftsanalyse und Umsturzoption: Wenn die bestehenden politischen Ordnungen im Sinne der Jahiliya alle so diktatorisch ausgerichtet sind, wie die beiden islamistischen Theoretiker behaupten, können sie konsequenterweise auch nur durch den Akt einer gewalttätigen Revolution überwunden werden. Da den Massen in den islamischen Ländern durch eine Abkehr oder Relativierung des

⁵³Maududi, *Als Muslim leben* (Anm. 11), S. 258f.

⁵⁴Qutb, *Zeichen auf dem Weg* (Anm. 16), S. 101.

⁵⁵Ebenda, S. 112.

Islam dazu die richtige Einsicht fehlt, soll diesem Prozess eine Avantgarde von wahrhaft Gläubigen voran schreiten. Zu deren Handlungsstilen würden neben Formen des gesellschafts- und parteipolitischen Engagements auch Gewaltanwendungen in unterschiedlichem Sinne gehören, einschließlich der dabei möglichen Opferung des eigenen Lebens.

Maududi forderte ganz in diesem Sinne: „Wenn ihr an die Richtigkeit des Islam glaubt, bleibt euch nichts anderes übrig, als eure ganze Kraft einzusetzen, um sie auf Erden vorherrschen zu lassen. Entweder schafft ihr dies, oder ihr opfert euer Leben in diesem Kampf.“⁵⁶ Die Akzeptanz des Glaubens wird in dieser Aussage mit der Forderung nach einer weltweiten Vorherrschaft des Islam und der damit verbundenen Bereitschaft zur Opferung des Lebens verbunden. Dieses Opfer müsse im Kampf für die Sache Gottes gebracht werden. Überhaupt könne man einen geringeren Verlust hinnehmen, um einen größeren Schaden zu vermeiden. Dies schloss für Maududi auch die Tötung von anderen Menschen mit ein: „Was bedeutet der Verlust einiger Menschenleben, selbst wenn es einige Tausende oder mehr sein sollten, gegenüber dem Unheil, das die Menschheit befallen würde, wenn das Böse über das Gute und der aggressive Atheismus über die Religion Gottes den Sieg davontragen würde.“⁵⁷ Es ist wohl nicht übertrieben, in solchen Aussagen die Legitimation für Massentötungen zu sehen.

Auch für Qutb stellte Gewalt ein akzeptables und notwendiges Mittel im Kampf für den Sieg des Islam dar: „Wie wir vorher beschrieben haben, gibt es viele praktische Hindernisse in der Errichtung der Herrschaft Allahs auf der Erde, solche wie die Macht des Staates, das soziale System und die Traditionen und im Allgemeinen weitere Faktoren der Umwelt und Umgebung. Der Islam verwendet (sic!) Gewalt nur an, um diese Hindernisse zu entfernen, so dass keine Wälle zwischen dem Islam und den einzelnen Menschen mehr stehen ...“⁵⁸ Damit gilt jede gewalttätige Handlung auf dem Weg zum Sieg des Islam als legitim, würden doch die Herrscher in den Jahiliya-Gesellschaften ihre Macht nicht durch Predigen abgeben. Bereits früheren Kämpfern in diesem Sinne habe man dafür eine Belohnung angekündigt: „Ihnen

⁵⁶Maududi, *Als Muslim leben* (Anm. 11), S. 268.

⁵⁷Maududi, *Weltanschauung und Leben im Islam* (Anm. 13), S. 156f.

⁵⁸Qutb, *Zeichen auf dem Weg* (Anm. 16), S. 129.

wurde für die Errichtung dieser Religion das Versprechen nur einer Sache gegeben – nicht der Sieg oder die Macht, nicht einmal, dass diese Religion durch ihre Hände errichtet wird, nichts von dieser Welt – ein Versprechen, das Paradies.⁵⁹

14. Die Verkopplung der einzelnen Gesichtspunkte in der Ideologie

Wie bereits bei der Darstellung und Erörterung der einzelnen Gesichtspunkte der Ideologie von Maududi und Qutb deutlich wurde, besteht ein inhaltlicher Zusammenhang zwischen den jeweiligen Positionen. Aus bestimmten Grundannahmen, wie etwa der Auffassung vom Islam als einzig wahrer Religion, leitet man Konsequenzen für die gesellschaftliche Sphäre ab, hier den Anspruch auf Gültigkeit für alle Lebensbereiche und die ganze Welt, und postuliert ein konkretes politisches Vorgehen, welches im Jihad mit dem Ziel der Abschaffung aller säkularen Ordnungen und Errichtung eines islamischen Staates bestehen soll. Exemplarisch veranschaulicht dies folgendes Zitat von Qutb: „Die erste Pflicht des Islam in dieser Welt ist es, die Gahiliya von der Führerschaft über den Menschen abzusetzen, und die Führerschaft in die Hände des Islam zu geben und den besonderen Weg des Lebens durchzusetzen, das sein dauerhaftes Merkmal ist.“⁶⁰ Das Bekenntnis zum Islam bedingt in diesem Verständnis also die Notwendigkeit zur Schaffung einer solchen Ordnung.

Man könnte demnach von der inneren Logik und Struktur der Ideologie sprechen, allerdings nicht im Sinne einer zwingenden Alternativlosigkeit und Verallgemeinerung der Argumentationskette. Gerade diesen Anspruch vertreten die Islamisten, indem sie ihre Auffassungen als allein akzeptable Deutung des Islam erscheinen lassen. Bei jedem der erwähnten Gesichtspunkte wäre auch eine andere Interpretation im Sinne dieser Religion vorstellbar. Genau dies lässt sich in der gesellschaftlichen Realität ausmachen, bilden die Islamisten doch nur eine Minderheit innerhalb der muslimischen Gesellschaften. In ihnen sind ebenfalls viele Gläubige der Auffassung, ihre Religion sei die einzig richtige und wahre Deutung von Gottes Wille. Sie leiten daraus aber

⁵⁹Ebenda, S. 59f.

⁶⁰Ebenda, S. 236f.

nicht die Notwendigkeit ab, alle säkularen Staatsordnungen müssten zugunsten einer auf dem Koran basierenden Herrschaft im Namen des Islam abgelöst werden. Die gegenteilige Auffassung erklärt auch, warum diese Gläubigen von den Islamisten als halbherzige Muslime kritisiert und verdammt werden.

Gleichwohl können sich die Anhänger dieser Interpretation auf Bestandteile des Islam berufen. Durch die oben ausgewerteten Schriften ziehen sich ständige Bezüge auf die Frühgeschichte des Islam oder das Grundlagenwerk des Koran, was sich in historischen Anspielungen oder zitierten Versen zeigt. Darüber hinaus nahmen sie Bezug auf spezifische Aspekte des muslimischen Selbstverständnisses, wozu etwa die Deutung des Islam als leitendes Prinzip für die Gesellschaftsordnung oder der universelle Anspruch der Religion auf Verbreitung gehören. Insofern können die Deutungen der beiden Theoretiker nicht als bloße „Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke“⁶¹ gelten, handelt es sich doch um eine von vielen möglichen Interpretationen des Islam. Gerade dies erklärt mit, warum es den Islamisten immer wieder gelang, viele Anhänger unter den Muslimen zu finden. Und in einer solchen politisierenden Wirkung besteht auch die besondere Gefahr, die von der Verbreitung der behandelten Schriften unter Anhängern des Islam in Deutschland ausgeht.

15. Schlusswort und Zusammenfassung

Die vorstehende Analyse der deutschsprachigen Übersetzungen von Maududi- und Qutb-Texten macht den extremistischen Charakter der dort vorgetragenen Auffassungen deutlich: Zwar kann die Einsicht, eine bestimmte Religion sei die einzig wahre Form des Glaubens und sollte überall auf der Welt akzeptiert werden, auch mit der Akzeptanz der Normen und Spielregeln von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit einhergehen. Der entscheidende Unterschied zu den islamistischen Positionen besteht in den angestrebten Mitteln für eine solche Zielsetzung: Sie kann in der zwanglosen Missionierung und Werbung für die Ideale einer bestimmten Religion unter Beibe-

⁶¹Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Islamismus – Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke, Düsseldorf o. J. (2003).

haltung einer säkularen Gesellschafts- und Staatsordnung zur gleichrangigen Gewährung von Religionsfreiheit für Alle bestehen. Sie kann sich aber auch in der Forderung nach einer mit gewalttätigen Mitteln erfolgenden grundlegenden Überwindung solcher politischen Ordnungen zur Errichtung einer autoritären oder totalitären Diktatur auf theokratischer Grundlage artikulieren.

Auffassungen und Ziele im letztgenannten Sinne findet man in den Schriften von Maududi und Qutb. Sie sprechen zwar davon, die Herrschaft von Menschen über Menschen solle beendet werden und nur der einzige und wahre Gott dürfe über die Menschen bestimmen. Dabei unterschlagen beide islamistische Denker allerdings ein bestimmtes Problem: Gott artikuliert sich nicht in direkter Form den Menschen, bei politischen Fragen müssten Menschen als Stellvertreter Entscheidungen treffen. Die damit gemeinten Rechtgelehrten beanspruchen zwar, die Gebote des Koran und der Sunna allein und richtig zu diesen Zwecken zu interpretieren. Die lange Geschichte dieser Religion kennt allerdings ganz unterschiedliche bis widersprüchliche Deutungen einzelner Textstellen und Vorgaben. Darüber hinaus bliebe das Problem der Auswahl und Legitimation der Rechtgelehrten bestehen, artikuliert sich doch Gott in dieser Frage ebenso wenig direkt den Menschen. Kurzum, es bliebe bei einer Herrschaft von Menschen über Menschen.

Allerdings bestünde hierbei im Unterschied zu den liberalen, rechtsstaatlichen und säkularen Demokratien das Problem, dass die Herrschenden an der Spitze eines solchen Staates die Regentschaft im Auftrag Gottes beanspruchten. Es dürfte und könnte in diesem Selbstverständnis – angesichts der Ablehnung von Gewaltenteilung und Volkssouveränität - demnach keine Ablösungs- oder Kontrollmöglichkeiten geben. Die notwendige Folge wäre eine Diktatur der Rechtgelehrten, die mit religiöser Legitimation als Elite herrschten. Auf diese Entwicklung deutet auch das Avantgarde-Modell hin, sollte doch bereits in der Jahiliya-Phase eine Gruppe von Auserwählten den Kampf für den Sieg des Islam führen. Dafür waren den beiden islamistischen Klassikern auch gewalttätige Methoden recht, welche die Tötung von vielen Menschen um dieses zukünftigen Zieles willen einschlossen. Insofern können sich auch die islamistischen Terroristen der Gegen-

wart mit ihren Taten auf die politischen Positionen von Maududi und Qutb stützen.

(Der vorstehende Aufsatz erschien in etwas anderer Form erstmals in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen [Hrsg.], Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2008/2009, Frankfurt/M. 2009, S. 279-294.)

Dschihadistische Hymnen

Begrifflichkeiten, Entstehungsgeschichte und Relevanz für die deutsche Szene

Behnam Said

1. Einleitung und Fragestellung

Staatliche Institutionen haben sich bereits seit längerer Zeit intensiv mit Musik als Rekrutierungs- und Mobilisierungsfaktor der rechtsextremistischen Szene beschäftigt. Dies schlägt sich in Berichten der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern¹ sowie in diversen Indizierungsvorgängen seitens der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) nieder.² In den Verfassungsschutzberichten des Bundesministerium des Innern wurde und wird „rechtsextremistische Musik“ zudem als gesondertes Thema aufgeführt. Sie sind dort unter anderem als „identitätsstiftend“, „Lockmittel“ und den Zusammenhalt fördernd bewertet.³ Auch die Wissenschaft hat sich mit der Thematik „rechter Musik“ beschäftigt, so dass sich hierzu diverse Literatur findet.⁴

¹ Vgl. z.B. die Publikationen: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Noten des Hasses. Rechtsextremistische Musik als Kommunikations- und Propagandainstrument*, Erfurt 2005; Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Rechtsextremistische Musik*, Köln 2007; Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), *Rechtsextremistische Musik – Lockmittel und Szenekitt*, Dresden 2008; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.), *Kultur des Hasses. Extremisten und Musik*, Potsdam 2011.

² So wurde beispielsweise die so genannte „Schulhof-CD“ durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) mit Entscheidungsdatum vom 9. September 2010 indiziert. Vgl. entsprechende Erklärung „Schulhof-CD »Freiheit statt BRD!«. Zur Indizierung der sogenannten Schulhof-CD des NPD Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern“ (Vgl. BPjM-Aktuell, 4/2010, S. 20-30).

³ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2010*, S. 101.

⁴ Vgl. z.B. Thomas Naumann, *Rechtsrock im Wandel: eine Textanalyse von Rechtsrock-Bands*, Hamburg 2009; Georg Schuppener, *Sprache des Rechtsextremismus: Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik*.

Anders hingegen sieht es bei dschihadistischer Musik aus. Hierzu wurde sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene bislang wenig geforscht und veröffentlicht.⁵ Im Zusammenhang mit Jugendkulturen finden sich im Hinblick auf die Generation westlich sozialisierter Muslime in der Diaspora – von der Journalistin Julia Gerlach als „Pop-Muslime“ betitelt – zumindest einige kurze Informationen zu der dazugehörigen subkulturellen Musik in Sachbüchern und Informationsbroschüren, die aber keinen wissenschaftlichen Charakter haben, noch den Anspruch darauf erheben.⁶ Zudem sind die dort genannten Lieder und Interpreten zwar islamisch motiviert, aber nicht als islamistisch oder gar dschihadistisch zu charakterisieren.⁷

Sicherheitsbehörden wurden auf breiterer Basis erst auf das Phänomen der dschihadistischen Lieder aufmerksam, nachdem die ersten deutschsprachigen Titel von Denis Cuspert, alias Abu Maleeq alias Abu Talha al-Almani, im Internet kursierten. Der Verfassungsschutz Berlin regte bei der BPjM eine Prüfung der Lieder an und erwirkte so die erstmalige Indizierung von drei Stücken.⁸ Zudem brachte die Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz eine Broschüre mit dem Titel „Vom Gangster-Rap zum Dschihad Aufruf – radikalisierte Hymnen neugeborener Salafisten“ her-

⁵ Vgl. als eine der wenigen Studien, die das Thema dschihadistischer Musik und Lyrik aufgegriffen haben: Tilman Seidensticker, Lieder und Gedichte als Mittel zur Mobilisierung von Religion bei Dschihadisten, in: Jamal Malik/Jürgen Manemann (Hrsg.), Religionsproduktivität in Europa. Markierungen im religiösen Feld, Münster 2009, S. 145-154.

⁶ Vgl. Julia Gerlach, Zwischen Pop und Dschihad. Muslimische Jugendliche in Deutschland, Berlin 2006; Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.), Themenheft Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus, Berlin 2008.

⁷ So werden in der Broschüre „Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus“ (vgl. Anm. 6) zum Beispiel die Band Outlandish, der Rapper Bushido und der Sänger Sami Yusuf genannt, die allesamt keine islamistischen Tendenzen aufweisen. Gemeinsam ist ihnen lediglich, dass sie in Deutschland vornehmlich von einem jungen Publikum mit herkunftsgeschichtlichen Bezügen zu muslimischen Ländern gehört werden.

⁸ Vgl. BPjM Entscheidungen Nr. 10353, 10354 und 10355 jeweils vom 30. Januar 2012.

aus.⁹ Damit wurde erstmalig von einer Sicherheitsbehörde der Schritt unternommen, eine breitere Öffentlichkeit über das Phänomen der dschihadistischen Musik zu informieren.

Der hier vorliegende Aufsatz präsentiert einige Ergebnisse eines Promotionsprojektes des Autors zum Thema „Hymnen als Teil einer dschihadistischen Kultur“: Im Rahmen der Forschungsarbeit wurden zunächst die wichtigsten dschihadistischen Foren in den Jahren 2010 und 2011 regelmäßig im Hinblick auf hochgeladene Naschids sowie Videoveröffentlichungen mit solchen Liedern gesichtet. Freie Internetrecherchen mit den Suchbegriffen *anaschid dschihadiya* oder *unschuda dschihadiya* erbrachten zusätzlich umfangreiche Naschidsammlungen dschihadistischer Prägung. Auch bei der Videoplattform Youtube erwies sich diese Suchmethode als probates Mittel. Neben der Suche nach den arabischen Begriffen *anaschid dschihadiya* oder *unschuda dschihadiya* ergab zudem die englische Version des Begriffes (*jhadi nasheeds*) viele relevante Ergebnisse. Eine Auswahl der im Internet gefundenen Naschids wurde anschließend übersetzt und gesichert sowie in einem weiteren Schritt einer literaturwissenschaftlichen und herkunftsgeschichtlichen Analyse unterzogen. Als Vergleichsmaterial dienten, neben der Sekundärliteratur, acht Naschidtextbücher aus den 1980er Jahren. Demnach will der vorliegende Aufsatz Antworten auf Fragen nach Herkunft, Funktionen und Typologien dschihadistischen Liedgutes geben. Zudem wird der Bezug zur deutschen dschihadistischen Szene beleuchtet.

2. Begriffserläuterung „Naschid“

Die dschihadistischen Lieder sind dem Fachpublikum vor allem als „Naschids“ bekannt. Dies ist zwar grundsätzlich richtig, wobei „Naschid“ mit dem Attribut „dschihadistisch“ versehen werden müsste, um deutlich zu machen, dass es sich bei dieser spezifischen Form lediglich um eine Unterkategorie eines Oberbegriffes handelt, der in der islamischen Geschichte eine lange Tradition hat. Das arabische Wort „Naschid“ (pl. „Anaschid“) leitet sich von der konsonantischen

⁹ Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Vom Gangster-Rap zum Dschihad Aufruf – radikalisierte Hymnen „neugeborener“ Salafisten, Berlin 2011.

Wurzel n-sch-d ab. Das Verb im vierten Stamm bedeutet „ein Gedicht laut rezitieren“.¹⁰ Als Synonym zu „Naschid“ wird das Wort „Unschuda“ und „Inschad“ verwendet, wobei letzteres eher den Prozess des Singens als das fertige Produkt, nämlich das Lied, bezeichnet. Laut Encyclopaedia of Islam wurde der Terminus „Naschid“ spätestens im 9. Jahrhundert im Zusammenhang mit Musik verwendet.¹¹ Das Naschid in seiner Frühzeit entsprach demnach einer kurzen vokalen Improvisation, basierend auf ein oder zwei Wörtern, dem eine längere musikalische Darbietung folgte.¹² Ebenfalls bekannt war das Naschid als Gesang, der vor einer Rezitation von Poesie oder auch vor einer Rede vorgetragen wurde.¹³ Amnon Shiloah, Verfasser eines grundlegenden Werkes zur Thematik Musik und Islam, bemerkte, dass das Naschid in einer späteren Phase „verschiedene musikalische Formen“ beschrieb.¹⁴ Spätestens seit dem 20. Jahrhundert ist das Naschid mit der Praxis sufistischer Kreise, insbesondere in Ägypten verbunden.¹⁵ In diesem Kontext charakterisiert der Ethnomusikwissenschaftler Michael Frishkopf das Naschid als „die melodisch stimmliche Darbietung arabischer Dichtung als islamische Praxis“.¹⁶

Auch heutzutage sind Naschids in der islamischen Welt keineswegs gleichbedeutend mit islamistischen oder gar militanten Liedern. So gibt es beispielsweise Naschids zu religiösen Gelegenheiten wie Hadsch und Ramadan oder auch nationale Hymnen, so genannte „wataniya“-Naschids. Für letztgenannte Kategorie bietet beispielsweise die saudische Sammlung „Sa’udiyati“ mit Gedichten von Muham-

¹⁰Vgl. z.B. William Edward Lane, *An Arabic-English Lexicon* (Part 8), Beirut 1997 (Originalausgabe von 1893).

¹¹Vgl. Amnon Shiloah, Art. „Nashīd“, in: C. E. Bosworth/E. van Donzel/W. P. Heinrichs/Ch. Pellat (Hrsg.), *The Encyclopaedia of Islam*, Bd. VII, Leiden/New York 1993, S. 975.

¹²Vgl. ebenda, S. 976.

¹³Vgl. ebenda, S. 976.

¹⁴Amnon Shiloah, *Music in the World of Islam. A Socio-cultural study*, Hants 1995, S. 5 (Übersetzung durch den Autor).

¹⁵Vgl. Earle H. Waugh, *The Munshidīn of Egypt. Their World and Their Song*, Columbia 1989; Michael Frishkopf, *Islamic Hymnody in Egypt: Al-Inshād al-Dīnī*, in: Virginia Danielson (Hrsg.), *The Garland Encyclopaedia of World Music* (Vol. 6), New York 2002, S. 165 - 175.

¹⁶M. Frishkopf (Anm. 15), S. 165 (Übersetzung durch den Autor).

mad Bin Nasir Bin Ibrahim al-Khalif aus dem Jahr 1998 ein Beispiel.¹⁷ In dieser Naschidsammlung finden sich unter anderem Hymnen auf die saudische Familie und ihre Könige, auf das Land, die Nationalfahne oder auch Loblieder auf eine Stadt.

Eine weitere Form von islamischen Liedern sind populär-religiöse Naschids, die sich an ein breites Publikum richten. Unter Jugendlichen erhalten populär-religiöse Naschids weltweit heutzutage großen Zuspruch. Das bekannteste Beispiel für einen internationalen Star dieser Szene dürfte Sami Yusuf sein. Der Sohn aserbajdschanischer Eltern ist in Großbritannien aufgewachsen und hat in London klassische Musik studiert.¹⁸ Im Gegensatz zu puristischen Naschids weisen seine Stücke durchweg instrumentale Begleitung, teilweise auch von einem ganzen Orchester, auf. Anhand der Verkaufszahlen seiner Alben wird deutlich, dass Yusufs Musik weitaus mehr Anhänger hat als dschihadistische Stücke. Sein Album „Al Muallim“ verkaufte sich über eine Million Mal und das im September 2005 veröffentlichte Album „My Ummah“ konnte diesen Erfolg sogar noch übertreffen.¹⁹ Zum Vergleich: Auf der bekannten dschihadistischen Seite *tawhed.ws* wurde das beliebteste Naschid nur ca. 28.500 Mal (Stand: Oktober 2012) heruntergeladen.²⁰

Demgegenüber stehen im Fokus dieser Abhandlung ausschließlich dschihadistische Naschids (*anaschid dschihadiya*). Dies sind Hymnen, deren inhaltliche Aussagen in die große dschihadistische Narration passen und in entsprechenden Kontexten (Videos, Internetseiten etc.) Verbreitung finden.²¹ Die Lieder werden zumeist *a cappella* dargeboten. Hinzu kommen in einigen Fällen Unterlegungen des Gesangs mit rhythmischen Instrumenten, oder mit Audioeffekten wie etwa Gewehrfeuer. Darüber hinaus wird von Mehrstimmigkeit und Hervorhebung durch Chorgesang Gebrauch gemacht.

¹⁷Vgl. Muhammad al-Khalif, Sa'udiyati – madschmu'a anaschid wataniya wamalahama shi'riya, ar-Riyadh 1998.

¹⁸Vgl. J. Gerlach (Anm. 6), S. 15.

¹⁹Vgl. ebenda, S. 16.

²⁰Audiobibliothek „Anaschid“. www.tawhed.ws/c?i=200 (gelesen am 26. Oktober 2012).

²¹Vgl. zur Definition von Dschihadismus Jarret Brachman, Global Dschihadism – Theory and Practice, New York 2009, S. 11f.

Innerhalb der dschihadistischen Naschids, können wiederum verschiedene Klassifizierungen vorgenommen werden. So sind folgende Unterkategorien des dschihadistischen Liedguts festzustellen, wobei sich die Einteilung an den zugrundeliegenden Textinhalten orientiert:

- a) Kampfnaschids,
- b) Märtyrernaschids,
- c) Trauernaschids,
- d) Lobnaschids / Naschids auf Führungspersonen,
- e) Naschids an die Mutter,
- f) Palästinanaschids,
- g) Gefangenennaschids und
- h) Naschids mit Bezügen zu aktuellen politischen Situationen.

Der quantitative Anteil der einzelnen Typen am Gesamtkorpus des Genres ist statistisch schwerlich zu beziffern, so dass hier nur grob gewichtet werden kann. Der Erfahrung nach überwiegen Kampfhymnen. Ebenfalls verbreitet sind Märtyrer- und Trauerhymnen, während Naschids mit Bezügen zu aktuellen politischen Situationen eher selten vorkommen. Auch originär dschihadistische Palästinanaschids haben nicht den hohen Verbreitungsgrad, den man annehmen könnte. Zwar finden sich in den großen Naschidsammlungen auf dschihadistischen Internetseiten auch Palästinanaschids, doch sind diese oftmals islamisch-nationalistisch und entstammen nicht der eigentlichen DschihadistenSzene. Häufig überschneiden sich die Naschidsorten auch. So finden sich in vielen Kategorien etwa Bezüge zu Palästina bzw. auf Jerusalem. Kampflieder enthalten meist auch Elemente der Märtyrerdichtung, während Trauergedichte mit Versen des Lobes versehen werden.

3. Historie der militant-islamistischen Naschids und der zugrundeliegenden Gedichte

Viele der heute in der dschihadistischen Szene kursierenden Hymnen haben ihren Ursprung in den 1970er und 1980er Jahren. Diese Phase ist als Zeit des „islamischen Wiedererwachens“ (*as-sahwa al-islamiya*) bekannt geworden und eben in diese Periode fällt die Blüte-

zeit der Literaturschule der „*shu'ara as-sahwa al-islamiya*“ (Dichter des islamischen Wiedererwachens) oder auch der „*shu'ara ad-da'wa al-islamiya*“ (Dichter der islamischen Mission). Dieser Strömung gehörten unter anderem Sayyid Qutb, Yusuf al-Qaradawi, Marwan Hadid, Walid al-'Azami und Yusuf al-'Azmi an.

Die damalige islamistische Bewegung, insbesondere in Ägypten und Syrien, richtete sich zumeist weniger gegen „den Westen“ als vielmehr gegen nominell muslimische Herrscher in den jeweiligen Heimatländern der Islamisten. Die Rebellion gegen eine muslimische politische Führung erforderte auf ideologischer Ebene ganz eigene Legitimationsmechanismen, wie entsprechende Diskurse in militant-islamistischen Kreisen zeigen.²² Zudem erforderte sie die Etablierung einer Gegenkultur. Der Kampf zwischen Islamisten und Staat in der arabischen Welt war daher auch eine Art von Kulturkampf. Emmanuel Sivan, emeritierter Professor an der Hebrew University of Jerusalem, wies anhand von islamistischen Schriften aus den späten 1970er und frühen 1980er Jahren beispielsweise nach, welche große Verachtung Islamisten in Ägypten der „popular culture“ und den gängigen Radio- und TV-Programmen entgegenbrachten, die sie als Teile einer gegen islamische Werte gerichteten Kampagne identifizierten.²³ Sivans Beschreibung deckt sich mit der Darstellung des Konflikts zwischen Islamisten und Staat in Ägypten durch den Ethnologen Charles Hirschkind. In seinem Buch „The Ethical Soundscape“ heißt es:

“Diese *khutaba`* [Prediger] waren der Ansicht, dass populäre Musik und ein Großteil des Fernsehens und der Filme, die Herzen oder Seelen korrumpieren und ihnen Begierden einflößen könnten, die sie zu unislamischen Aktivitäten verführen würden. Es geht hier nicht einfach um einen Fall der politischen Kritik, die auf das sicherere Gebiet der Kultur umgelenkt wird. Vielen *khutaba`* zufolge, beeinflussen die meisten Programme, die durch das von Staat kontrollierte Fernsehen ausgestrahlt werden, die Gefühle in Richtung einer moralischen Gemütslage und Zustand der

²²Vgl. hierzu etwa Emmanuel Sivan, *Radical Islam: Medieval Theology and Modern Politics*, New Haven 1985, S. 90-107.

²³Vgl. ebenda, S. 3-6.

Seele, die nicht mit den Werten, auf denen eine islamische Gesellschaft beruht, zu vereinbaren sind.“²⁴

Die Beschreibungen von Hirschkind und Sivan zur Etablierung einer Art von Gegenkultur finden Bestätigung in Schilderungen aus den Naschidsammlungen der 1980er Jahre. Muhammad Abd al-Hakim Khayyal, ein Muslimbruder aus Alexandria, appellierte etwa im Vorwort seines Naschidtextbuches an „Führer und Pädagogen“, sich mit „all ihrer Macht dem entgegenzustellen, was den Geist der Männlichkeit und Standhaftigkeit“ schwächt.²⁵ In den herrschenden Medien erkannte er vor allem Verwerfliches. Daher forderte der Autor die „Führer und Pädagogen“ dazu auf, „auf die Hand der schamlosen Presse, der verkommenen und ketzerischen Literatur und des frevelhaften Rundfunks und des Fernsehens jener böartigen Bazillen“ zu schlagen.²⁶

Husni Adham Dscharar und Ahmad Abd al-Latif al-Dschada‘, die Verfasser einer wichtigen zweibändigen Naschidsammlung, schrieben ebenfalls über den Kulturkampf und die Bedeutung der Naschids hierfür: „Wenn wir uns der Gegenwart zuwenden, so benötigen wir eifernde Gedichte und revolutionäre Naschids. Denn der Islam, dessen Missionare sich in einen Kampf im tosenden Meer der Feinde stürzen sowie in eine unendlich tiefe Welle der ideologischen Strömungen, benötigt Naschids, die an die glorreiche Vergangenheit erinnern, den derzeitigen Dschihad dokumentieren sowie den Weg der Zukunft zeichnen. Und die Jugend der *da‘wa* hat Bedarf an Naschids, die in ihnen (das Gefühl für) die schützenswerte Sache erwecken, und ihnen die Liebe zur Opferbereitschaft senden. ... Unsere Feinde haben versucht, uns dieses Mittel (das Gedicht und das Naschid) abzunehmen, indem sie nationale Naschids und Schundlieder verbreiteten, in der Hoffnung, dass sich die jungen Muslime ihnen zuwenden. In Wahrheit ist es aber so, dass die Dichter des Islam in diesem Zeitalter nicht vom Gebiet des Islam und der Naschids abgelassen haben. Von

²⁴Charles Hirschkind, *The Ethical Soundscape: Cassette Sermons and Islamic Counterpublics*, New York 2006, S. 127 (Übersetzung durch den Autor).

²⁵Muhammad Abd al-Hakim Khayyal, *Ansichid al-haqq wa-l-quwwa wa-l-hurriya*, al-Iskandariya, 1984, S. 12.

²⁶Vgl. ebenda, S. 12.

ihnen stammen bewegende Gedichte und bedeutungsvolle Naschids. Und einige dieser Dichter hatten bereits großen Einfluss auf die Ereignisse in der islamischen Welt.²⁷

Naschids waren in den 1970er und 1980er Jahren somit als Teil einer Strategie der Islamisten, die dem vorherrschenden Gesellschaftssystem ein eigenes ideologisches sowie kulturelles Konzept entgegensetzen wollten. Das Aufkommen der Kassette zu jener Zeit begünstigte die Verbreitung der Naschids, wie aus entsprechenden Berichten von Zeitzeugen hervorgeht. Der bekannte salafistische Hadith-Gelehrte Nasir ad-Din al-Albani berichtete hierzu beispielsweise über die ausgehenden 1970er Jahre in Syrien: „Dann verbreiteten sich diese aufgezeichneten Bänder und man machte Kopien davon. Diese aufgezeichneten Bänder wurden dann in vielen Haushalten verwendet, so dass sie nun Tag und Nacht gehört wurden, ob es dazu einen Anlass gab oder nicht. Dies wurde zu einer Art der Entspannung für diese Leute.“²⁸

Dementsprechend ging aus den 1970er und 1980er Jahren eine Reihe bekannter islamisch-politischer *munschids* (Naschidsänger) hervor, wie beispielsweise die syrischen Sänger Abu Mazin, Abu Dudschana, Abu Dschaud und Abu Ratib. Ihre Lieder waren zum Teil hoch politisch und riefen direkt zum Kampf gegen die damalige gesellschaftliche und politische Ordnung auf. Ihre Texte bezogen sie von den Dichtern der bereits erwähnten Literaturströmung der „Dichter des islamischen Wiedererwachens“. Einige der Lieder der genannten Sänger

²⁷Husni Adham Dscharar und Ahmad Abd al-Latif al-Dschada', *Anaschid ad-da'wa al-islamiya* (Bd. 1), Amman 1984, S. 9f.

²⁸Nasir ad-Din al-Albani, *Tahrim alat at-tarab*, o.O. 1997, S. 181f. Das Massenmedium der Kassette erleichterte es einzelnen Personen und Gruppen um ein Vielfaches, ihre Botschaften unter die Menschen zu bringen. Die These, dass erst die Kassette das „Islamische Wiedererwachen“ ermöglichte oder zumindest maßgeblich beeinflusste, erscheint daher nicht abwegig. Hirschkind sieht auf Kassetten aufgenommene und verbreitete Predigten als „key element“ für die Renaissance. Vgl. C. Hirschkind (Anm. 24), S. 2. Abu Ratib, einer der bekannten Naschid-Sänger in den 1980er Jahren, schreibt in seiner Kurzbiographie, dass er nach und nach in „allen Teilen der Welt“ Angebote erhielt, was er der Kassette sowie Auftritten bei verschiedenen Naschid-Festivals zuschreibt. Vgl. www.aburatib.com/content/view/127/113/lang,ar/ (gelesen am 27. Oktober 2012).

sind auch heute noch Bestandteil dschihadistischer Propaganda. So findet sich in einem Textbuch von 1984 mit Liedern, die von Abu Mazin gesungen wurden, das Stück „Bi-Dschihadina“ (Mit unserem Dschihad). Dieser Titel wurde von dem saudischen Sänger Abu Ali neu eingesungen und aufgenommen und ist heute in vielen Videos von al-Qaida zu hören. Das Naschid ist der Kategorie „Kampflieder“ zuzuordnen. Inhaltlich wird der Kampf gegen die Tyrannei und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft formuliert. Das Gedicht wurde im klassischen Kamil-Metrum verfasst:

1. „Durch unseren Dschihad zerbröckeln wir Felsen und reißen den Tyrannen und den Unglauben in Stücke.
2. Mit einer mächtigen und großen Entschlossenheit und einem unbeugsamen Willen.
3. Wir mobilisieren die Emotionen und das Denken. Mit unserem Blut werden wir die Morgendämmerung färben.
4. Oh meine Ummah, wir suchen ihn, als Sieg. Mit unserem Kampf ändern wir den Lauf der Geschichte.
5. Durch unseren Dschihad, mit der brennenden Fackel wird die Nacht der Beigesellung und der Gottlosigkeit verschwinden.
6. Wir lassen uns mutig mit Entschlossenheit und Kampf darauf ein und brechen die Unterdrückung der Ketten und Fesseln.“²⁹

Im Laufe der 1980er Jahre verbreiteten sich Naschids dann, von Syrien und Ägypten ausgehend, in immer mehr Regionen der arabischen Welt. In Palästina war die 1987 entstandene Hamas etwa darum bemüht, islamische Naschids als Mittel der Indoktrinierung zu fördern, wie es in ihrer Charta von 1988 heißt: „Bücher, Artikel, Mitteilungsblätter, Reden, Pamphlete, Poesie, *nasheed* (Lieder), Theaterstücke und weitere Materialien, sofern die Besonderheiten der islamischen Kunst hierin enthalten sind, sind für ideologische Erziehung und belebende Ergänzung notwendig, um den Kampf fortzuführen und den Geist zu entspannen. Denn der Kampf ist langwierig und voller Mühe. Die Seele wird (durch den Kampf) gelangweilt und islamische Kunst

²⁹Naschid al-kata`ib – madschmu`a anashid Abu Mazin kamila ma`a taradschum li-schu`ara` ad-da`wa, o.A., al-Mansura 1984, S. 181.

belebt den Elan, verleiht Eifer und aktiviert in der Seele die höchsten Geister und genaue Erwägungen.³⁰

Diese Haltung der Hamas spiegelt sich auch im Entstehen zahlreicher islamistischer Gesangsgruppen, wie der Gruppe „asch-Schuhada“ (Die Märtyrer), gegen Ende der 1980er Jahre in Palästina wider.

Auf der Arabischen Halbinsel erlebte das islamistische Liedgut wohl erst zu Beginn der 1990er Jahre seinen großen Durchbruch unter den Jugendlichen. Der Herausgeber einer Naschidsammlung, der sich Saif al-Islam Abu al-Fida nennt, berichtet hierzu: „Die Arabische Halbinsel erlebt in dieser neunten Dekade (1990er Jahre) eine islamische Renaissance, die in viele Plätze eindringt. Den islamischen Naschids kam dabei eine aktive und deutliche Rolle in der Unterstützung der Renaissance zu. Wir haben dies anhand der Zunahme von Audiogeschäften (*al-maktabat as-sautiya*), die sich auf islamische Naschids spezialisiert haben, bemerkt. ... Wir hatten bereits in unseren Ländern, den *bilad asch-Scham*, Naschids gehört und ihre Melodien gesungen, jedoch ohne große Beachtung der Texte. ... Und seit dem Tag, an dem es uns ermöglicht wurde, in der Region des (Arabischen) Golfs zu leben, sehen wir das Interesse der Jungen und Mädchen für die Texte der Naschids und sie fragen nach Naschidbüchern.“³¹

Im Afghanistankrieg (1979-1989) war zudem eine ganz eigene Naschidtradition unter den sich dort aufhaltenden Arabern entstanden. Zu Beginn der 1990er Jahre erschien das Album „Qawafil asch-Schuhada“ (Die Karawanen der Märtyrer), welches Lobpreisungen auf zwischen 1987 und 1990 arabische Gefallene des Afghanistankrieges enthält. Ein Beispiel hieraus ist ein Lied auf einen Krieger namens Schafiq:

1. „Schafiq ist von uns gegangen, wie eine Sternschnuppe, die kurz aufleuchtet und dahinzieht.
2. Wie ein funkelnder Stern, der den Himmel mit seinem Leuchten erfüllt hat. Wie eine singende Nachtigall, die zu ihren Singen und Pfeifen zurückgekehrt ist.

³⁰Muhammad Maqdisi, Charter of the Islamic Resistance Movement (Hamas) of Palestine, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 22, No. 4 (1993), S. 122-134, hier S. 128 (Übersetzung durch den Autor).

³¹Saif al-Islam Abu al-Fida, *Fi zilal as-suyuf*, Beirut 1990, S. 7.

3. Wie ein zarter Bach, dessen plätscherndes Geräusch das Herz melancholisch stimmt. Schafiq ist von uns gegangen.
4. Ich weiß nicht, wie wir nach ihm (weiter-) leben oder wie wir diesen Dahingeschiedenen und sein Gesicht vergessen sollen.
5. Er liebte kein kleines, zartes Mädchen, welches seine Wange kannte sondern er liebte die Eiseskälte des Krieges, welche seinen Ruhm hervorbrachte.³²

Der Film „ʿUschshaq asch-Schahada“ (Liebhaber des Martyriums) von 1996 ist eines der ersten professionellen Videos der modernen Dschihadisten. Hierin werden auch erstmals Naschids als Hintergrundmusik benutzt, unter anderem Aufnahmen von dem Album „Qawafil asch-Schuhada“.

Heutige Dschihadisten greifen zum Teil auf die alten Lieder der „Dichter des islamischen Wiedererwachens“ zurück oder sie dichten die Texte selbst, wie es etwa für Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) gilt, die sich auf diesem Gebiet besonders hervorhebt und etwa das Naschidalbum „Maʿa al-Khalidin“ (Mit den Unsterblichen) herausgebracht hat.

Als Hauptverbreitungsweg muss heute nicht mehr auf die Kassette oder andere physische Datenträger zurückgegriffen werden. Vielmehr nutzen Dschihadisten die verschiedenen Möglichkeiten des Internets (Seiten, Foren, Video- und Teilhabepattformen, Facebook etc.) für eine schnelle Verbreitung der Lieder.

4. Funktionen von Naschids auf Mikroebene

Die Funktionalität von Kunst lässt sich hinsichtlich der Mikro-, Meso- oder Makroebene untersuchen. Bereits oben wurde die Funktion von Naschids auf der Makroebene – also auf der gesamtgesellschaftlichen – in Form der Schaffung einer Gegenkultur beschrieben. Den Möglichkeiten der Untersuchung von Funktionalität von Musik und Literatur auf der Mikro- (Individuum) bzw. auf der Mesoebene (Personen, Organisationen) sind einige Grenzen gesetzt.³³ Für viele Fragen hin-

³²Aus dem Album „Qawafil asch-Schuhada` 1“. in: ar.islamway.com/nasheed/1955 (gelesen am 28. Oktober 2012).

³³Vgl. Walter Ludwig Bühl, Musiksoziologie, Bern 2004, S. 135 f.

sichtlich der Funktionalität auf der Mesoebene, etwa die soziologische Zusammensetzung der Hörerschaft, fehlt das Material. Auf Mikroebene spielen vielfältige begleitende Umstände des Musikkonsums für die Erforschung der emotionalen Wirkweise eines Liedes auf den Hörer eine Rolle. Diese begleitenden Faktoren sind zu individuell und komplex, als dass sie experimentell herzustellen und zu erfassen wären. Insofern kann auf Mikroebene zumeist - anhand von Aussagen aus dem militant-islamistischen Milieu - lediglich die Frage nach den *beabsichtigten* Funktionen der Naschids, nicht jedoch die *reelle* Auswirkung auf den Rezipienten, untersucht werden. In einigen wenigen Fällen gibt es jedoch auch Berichte von direkt oder indirekt betroffenen Naschidkonsumenten.

Mit den zuletzt genannten wenigen Berichten soll hier begonnen werden. Die wohl eindrucksvollste Schilderung über das emotionale Empfinden beim Konsum eines dschihadistischen Naschids, also das „Musikerlebnis“³⁴, stammt vom ehemaligen Herausgeber der AQAH-Zeitschrift „Inspire“, Samir Khan. In dem betreffenden Artikel äußert sich Khan zu seinem Weg aus den USA in den Jemen und wie er dabei der Kontrolle des FBI entging.³⁵ Nachdem Khan in Sanaa angekommen war, setzte er seinen Weg mittels eines Autos, vermutlich zu einem Lager der AQAH, fort. Dabei hörte Khan ein Naschid, welches ihn offensichtlich so sehr bewegte, dass er es für angemessen hielt, dieses Erlebnis relativ ausführlich zu schildern: „Ich erinnere mich an eine Reise, die Jahre zurückzuliegen scheint, als ich aus Sana'a mit einem Auto zu einer der Basen der Mujahidin fuhr. Der Fahrer spielte eines der Naschids immer wieder von neuem. Es war ‚Sir ya bin Ladin‘. Ich kannte dieses Naschid bereits, aber irgendetwas hatte sich in diesem Moment in mir festgesetzt. Das Naschid wiederholte Verse, die den Kampf gegen die Tyrannen der Welt, um der islamischen Nation den Sieg zu verschaffen, betrafen. Aber es erinnerte den Hörer auch daran, dass Schaikh Usama Bin Laden der Anführer des globalen Kampfes ist. Ich sah aus dem Fenster auf die hohen Lehmhäuser unter dem ma-

³⁴Alphons Silberman, Empirische Kunstsoziologie, Stuttgart 1973, S. 79.

³⁵Vgl. Samir Khan, „I am Proud to be a Traitor to America“, in: Inspire No 2 (Fall 1431/2010), S. 45-49.

lerischen blauen Himmel, und schloss meine Augen, während der Wind durch meine Haare fuhr.“³⁶

Dies ist einer der seltenen Texte, in dem ein Rezipient eine kontextualisierte Schilderung des Hörererlebnisses bietet, die den Ansprüchen der Musiksoziologie, wie sie unter anderem Walter L. Bühl formulierte, einigermaßen gerecht wird. Bühl schrieb, dass zur näheren Bestimmung der Wirkweise von Musik eine „spezifische Situationsbestimmung“ erforderlich ist, „die die besondere Charakteristik der sozialen Kommunikation, in der die Musik Trägern der ‚Botschaft‘ ist, die die tiefen- und entwicklungspsychologischen Besonderheiten der Musikausübenden und Rezipienten, den kulturellen Kontext und die musikalische Sozialisation aller Beteiligten einschließen muss.“³⁷ Genau diese Kontextualisierung findet sich bei Khan.

Aus dem nicht-dschihadistischen, aber dennoch militant-islamistischen Bereich, existiert ein Interview, in dem der Bruder eines Hamas-Selbstmordattentäters über die Wirkung von Videos und Liedern auf den Getöteten spricht: „Sah Muhammad sich Videos der Hamas an und hörte er deren Kassetten – die Anaschid, die Hymnen?‘ ‚Die ganze Zeit‘, antwortete der Bruder; ‚Wir hatten ein Video im Haus, und immer, wenn er Zeit hatte, verbrachte er diese damit, es sich anzusehen.‘ ‚Sie haben ihn also sehr beeinflusst.‘ ‚Oh ja.“³⁸

Der motivierende Effekt der Lieder, den sowohl Khan als auch der Bruder des Hamas-Attentäters beschreiben, ist durchaus beabsichtigt. In Naschidsammlungen aus den 1980er Jahren werden Hymnen immer wieder als Mittel beschrieben, um die Jugend vor „unmoralischen“ Einflüssen zu bewahren und ihr Werte wie „Heldenhaftigkeit“, „Opferbereitschaft“ und „islamischen Eifer“ nahezubringen.³⁹ Auch

³⁶Ebenda, S. 47 (Übersetzung durch den Autor). Bei dem erwähnten Naschid handelt es sich wahrscheinlich um das Loblied „Sir ya Usama anta saif al-haqq“. Eventuell gibt es noch eine abweichende Version, in der statt „Usama“ „Bin Ladin“ gesungen wird.

³⁷W. L. Bühl (Anm. 33), S. 135.

³⁸Anne Marie Oliver/Paul Steinberg, *The Road to Martyrs' Square. A Journey into the World of the Suicide Bomber*, New York 2005, S. 163 (Übersetzung durch den Autor).

³⁹Vgl. z.B. M. Khayyal (Anm. 25), S. 12 f.; H. Dscharar und A. al-Dschada (Anm. 27), S. 9 und Naschid al-kata'ib (Anm. 29), S. 7.

Yusuf al-Qaradawi, der nicht dem dschihadistischen Milieu sondern der Muslimbruderschaft zuzurechnen ist, schrieb, dass Naschids die „Entschlossenheit der Helden zum Dschihad und Krieg befeuern und zur Festigkeit gegenüber dem Märtyrertod anstiften“.⁴⁰ Muhammad 'Abd al-Hakim Khayyal, ebenfalls von den Gedanken der Muslimbruderschaft beeinflusst, schrieb 1984, dass Naschids ein Mittel sind, um den „Geist des Dschihads“ und den „Geist der Opferbereitschaft und der Heldenhaftigkeit“ zu verbreiten.⁴¹ Zudem würden Naschids bei den Hörern den „Geist der militärischen Gruppe und des Ruhmes der Ersten (gemeint sind hier wahrscheinlich die ersten muslimischen Generationen) anspornen, was in der entscheidenden Schlacht mit dem Lager der Beigesellung (*schirk*) und der Tyrannei als Hilfe dient“.⁴² Naschids sollen also zum Kämpfen und zur Opferbereitschaft motivieren. Diese Funktion von Liedern bestand offenbar bereits in der Frühzeit des Islam. So schreibt die amerikanisch-ägyptische Professorin Leila Ahmed in ihrer Studie „Women and Gender in Islam“ über die Rolle der Frau zu Kriegszeiten, welche unter anderem darin bestand Lieder zur Anfeuerung der eigenen Kämpfer zu singen.⁴³

Nicht zu vernachlässigen ist auch der schlichte Unterhaltungsfaktor, den Naschids bieten. So erachten Salafisten den Konsum von Musik (*musiqā*) und Gesang (*ghina`*) als grundsätzlich verboten.⁴⁴ Ausnahmen von dieser Regel bieten Naschids, die „Weisheiten und Warnungen enthalten und das ausdrücken, was zu Eifer und wachsender Sorge für die Religion anspornt, die islamischen Gefühle zum Schwingen bringen und vom Bösen und dessen Ursachen abschrecken“. So formulierte es der saudische „Ständige Ausschuss für wissenschaftliche Forschung und Rechtsgutachten“, in dem die wichtigsten wahha-

⁴⁰Yusuf al-Qaradawi, *Fiqh al-ghina` wa-l-musiqā fi dau` al-quran wa-s-sunna*, Kairo 2001, S. 227.

⁴¹M. Khayyal (Anm. 25), S. 13.

⁴²Ebenda, S. 13.

⁴³Leila Ahmed, *Women and Gender in Islam – Roots of a Modern Debate*, New Haven 1992, S. 69f.

⁴⁴Zur Thematik „Musik und Islam“ vgl. insbesondere A. Shiloah (Anm. 14). Aus dem salafistischen Bereich ist insbesondere Nasir ad-Din al-Albanis Buch „*Tahrim alat at-tarab*“ zu nennen, in dem er sich der Thematik ausführlich widmet.

bitischen Gelehrten vertreten sind.⁴⁵ Insofern gelten Naschids aus wahhabitische bzw. salafistische Sicht als eine islamisch korrekte Alternative zur weltlichen Musik. Zwar warnen wahhabitische und salafistische Gelehrte auch davor, dass das Hören von Naschids überhand nehmen und damit vom Studium des Koran ablenken könnte, doch bewerten sie Naschids rechtlich als *mubah* (neutral) oder auch *halal* (erlaubt).

Letztlich kommt Naschids, neben den Funktionen Radikalisierung und Unterhaltung, auch eine identitätsstiftende Dimension zu: Der am 30. September 2011 bei einem US-Luftangriff im Jemen getötete, ehemalige AQAH-Angehörige und Prediger Anwar al-Awlaki bemerkte in seiner Schrift „44 Ways to support Jihad“: „In der Zeit des Gesandten (saaws), hatte er (der Prophet) Poeten, die ihre Poesie nutzen würden, um die Muslime zu inspirieren und die Ungläubigen zu demoralisieren. Heute können Naschids diese Rolle spielen. Ein gutes Naschid kann so weit verbreitet werden, dass es ein Publikum erreichen kann, dass man nicht über eine Lektion oder ein Buch erreichen würde. Naschids sind besonderes für die Jugend inspirierend, welche die Fundamente des Dschihad in jedem Zeitalter und zu jeder Zeit bilden. Naschids sind reichlich auf Arabisch, jedoch spärlich auf Englisch, vorhanden. Es ist daher für talentierte Dichter und talentierte Sänger wichtig, diese Verantwortung wahrzunehmen. Das Naschid kann folgende Themen beinhalten: Martyrium, Dschihad ist unsere einzige Lösung, Unterstützung der Mujahidin, Unterstützung der heutigen Führer des Dschihad (um die Jugend an sie zu binden), die Situation der Umma, die Verantwortung der Jugend, der Sieg des Islam und die Verteidigung der Religion. Die Naschids sollten sich eher auf Gerechtigkeit als auf Friede und eher auf Stärke denn auf Schwäche konzentrieren. Die Naschids sollten stark und aufmunternd sein und nicht entschuldigend und weiblich.“⁴⁶

⁴⁵Khalid Bin 'Abd ar-Rahman al-Dscharisi, al-Fatawa asch-schari'a fi masa'il al-'asriya min fatawa 'ulama' al-balad al-haram, (12. Ausgabe) ar-Riyad 2011, S. 1567.

⁴⁶Anwar al-Awlaki, 44 Ways to support Dschihad, o.O., o.J., S. 19 (Übersetzung durch den Autor).

Somit kann man von einem bewussten Einsatz der identitätsstiftenden Funktion von Naschids sprechen. Die Lieder sollen dazu beitragen, dass sich die Hörer als Mitglied einer imaginären weltweiten Gemeinschaft fühlen. Die Gedanken al-Awlakis und anderer werden von der Szene weltweit aufgegriffen, wie ein Beitrag aus dem Dschihad befürwortendem, deutschsprachigem Internetforum *ahlu-sunnah.com* zeigt, in welches der User „Abd al-Hakam“ am 10. April 2011 zwei Youtube-Links zu niederländischen Naschids einstellte.⁴⁷ Dazu postete der Nutzer eine deutsche Übersetzung des oben angeführten Zitats von al-Awlaki. Der identitätsbegründende Moment von Naschids wirkt sich besonders auf Konsumenten in westlichen Ländern aus, die nicht aktiv am Kampfgeschehen auf den Schauplätzen des internationalen Dschihad, wie das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet oder der Irak, teilhaben können oder wollen, aber mit diesem sympathisieren. Hier stellen Naschids eine kulturelle Brücke zwischen den Daheimgebliebenen und den Kämpfern an der Front dar. Für die letztgenannte Gruppe gilt wiederum, dass Naschids eher als motivierendes und unterhaltendes kulturelles Gut begriffen werden können. Jedoch gilt auch für Teilnehmer am Kampf und für Hörer in muslimischen Ländern im Allgemeinen, dass Naschids auch Mittel zur kulturellen Abgrenzung und Identitätsschaffung sind. Dies gilt jedoch für alle Arten von Musik, wie Bühl feststellt.⁴⁸

5. Naschids in Deutschland

Nachdem bislang Naschids in der arabischen Sphäre im Zentrum des Interesses standen, soll nun abschließend der Blick auf die westliche Welt, insbesondere auf Deutschland gerichtet werden. Dschihadisten aus dem dortigen Sprachraum beschäftigen sich ebenfalls intensiv mit dem Thema Musik und Naschids. Das Interesse der deutschen Szene wird unter anderem an dem ins Deutsche übersetzte Buch „Der islamische Rechtsspruch über Musik und Gesang“ von Abu Bilal al-Kanadi deutlich, in dem aus salafistischer Sicht das Hören und das Praktizie-

⁴⁷Thread: „Holländische Nasheed“, in: www.ahlu-sunnah.com/threads/36771-Holl%C3%A4ndische-Nasheed (gelesen am 26 Oktober 2012).

⁴⁸ W. L. Bühl (Anm. 33), S. 118.

ren von Musik und Gesang als unislamisch verurteilt wird.⁴⁹ Zudem werden über Foren im Internet themenähnliche Diskussion über Musik, Gesang und Naschids geführt und die Naschids auch zum Herunterladen eingestellt. Besondere Relevanz nimmt in diesem Bereich das Ahlu-Sunnah-Forum (ASF) ein, welches für den deutschsprachigen Raum das größte und damit bedeutendste salafistisch-dschihadistisch geprägte Forum darstellt. Unter der Überschrift „Musik hören erlaubt?“ stellten Nutzer des ASF hauptsächlich Referenzquellen klassischer Autoritäten wie Ibn Qayyim al-Dschauziya (gest. 1350) oder Abu 'Abd Allah al-Qurtubi (gest. 1273) zu der im Titel gestellten Frage zusammen.⁵⁰ Dezidiert wird zur Frage der rechtlichen Stellung von Instrumenten und zu anderen Aspekten von Musik Stellung genommen. Der Tenor entspricht der salafistischen Doktrin, die Musik und Gesang gegenüber eine kritische Position einnimmt. Im ASF-Thread „Musik im Islam“ fragt der Nutzer „Marasli667“ (Fehler aus dem Original übernommen): „ich hab eine bitte ich weiß das musik haram ist aber hab keine beweise dafür :D ich weiß das in sure luqman leeres gerede oder so steht und ich weiß auch das damit musik gemeint ist aber wie kann ich das jemand beweisen“.⁵¹

Die Nutzer des ASF führen jedoch nicht ausschließlich rechtliche Debatten, sondern nutzen die Plattform auch zum Austausch der einschlägigen Lieder. Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie häufig welche Lieder, von denen viele eindeutig eine dschihadistische Ausrichtung aufweisen, im ASF mit Stand vom 18. Dezember 2011 heruntergeladen wurden. Dabei fällt auf, dass die Anzahl der Downloads für zeitlich zuerst eingestellte Lieder zumeist häufiger ausfällt, als für Naschids, die erst später hinzukamen. Darin spiegelt sich wohl eine anfängliche Euphorie über die Eröffnung des Sammelthreads wider.

⁴⁹Abu Bilal al-Kanadi, Der islamische Rechtsspruch über Musik und Gesang im Licht des Qur'an, der Sunnah und der übereinstimmenden Meinung unserer religiöser Vorfahren, Übersetzung von Umm Jamal und Umm Souhail, überarbeitet von Mohammed Benhsain, o.O. 2004.

⁵⁰Thread: „Musik hören erlaubt?“, in: www.ahlu-sunnah.com/threads/21607 (gelesen am 30. September 2012).

⁵¹Nutzer „Marasli667“, in Thread: „Musik im Islam“, in: www.ahlu-sunnah.com/threads/17988 (gelesen am 30. September 2012).

Berücksichtigung fanden nur Naschids, die als MP3-Datei zum Download zur Verfügung standen, da hier die eine quantitative Aussage über die Häufigkeit des Abrufes möglich ist. Links zu Videoplattformen oder anderen Seiten sind nicht aufgeführt. Die Schreibweise der Titel wurde aus dem Forum übernommen.⁵²

Titel	Downloads
yaa fatalislaam maadha ghayyarak	450
dostornal-qur'an	206
Hay as-shabab!	175
Namdi Junuda	153
Reejal al Iraq	94
O' Taaliban	81
Nasheed Rashedeen	126
Nasheed JAAMI	83
Abu 'Ali - Kazaih	87
gewad al fajr	67
Ayyuha l-muslim mujahid	82
Ftat al5ayr	56
Wain Ayaamnaa	69
a3throne	57
Abu Hajr- Daooni	41
kd-abomrrwan	34
Kuntu maitan	32
Allah. Allahu Allah	47
7oor Al-Janaah - 10 - 7oor Al-Janaah	86
Al Mukalla	42
Al-Qawlu Sawarim	53
Brave Women in Islam dschihad Nasheed	39
Chechnya Shaheed Dschihad Islam Nasheed	53
Live Nasheed Jama3at Al-Ansar	55
Sons of Islam II	46
ilahi – albo	266
Mücahid neshid	49
La ilaha illa allah	64

⁵²Thread: „Nasheeds“, in: www.ahlu-sunnah.com/threads/26908-Nasheeds (gelesen am 30. September 2012).

Deutschsprachige militante Naschids lassen sich erstmals 2009 in einem Video der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ mit dem Titel „Frohe Botschaft aus Afghanistan“ nachweisen. Mit den Protagonisten Mounir Chouka (Abu Adam) und Yassin Chouka (Abu Ibrahim) konnte seither durchgehend das entsprechende deutsche Zielpublikum durch die IBU angesprochen werden.

Die deutschsprachigen Naschids unterscheiden sich qualitativ zum Teil stark voneinander. Ganz unten auf der Qualitätsleiter stehen sicherlich Denis Cusperts Stücke - sowohl was lyrische Kriterien (Sprache, Reim, Metrik) als auch den Gesang angeht. Oftmals wirken Cusperts Lieder seltsam lieblos eingesungen und gedichtet.⁵³ Dies verwundert, da durch die Produktion (Dichtung, Komposition, Aufnahme, Verbreitung) ja bereits ein nicht unbeachtlicher Aufwand entstanden ist, demzufolge man zunächst davon ausgehen würde, dass die Produzenten auch ein entsprechend hochwertiges Stück abliefern wollen. Die Kluft zwischen Anspruch und Qualität, lässt sich dann eventuell nur mit Unvermögen erklären. Die Lieder wirken zudem wie eine günstige Imitation der arabischen Vorbilder bzw. greifen oftmals auch tatsächlich bekannte Naschidmelodien der arabischen Vorbilder auf. Der Charakter einer Imitation wird neben der Melodie auch an der Verwendung arabischer Ausdrücke in einem mehrheitlich deutschen Textkorpus deutlich. Durch den Rückgriff auf arabisches Vokabular soll wahrscheinlich das deutsche Publikum, welches dem Arabischen oftmals unkundig ist, beeindruckt werden. Zudem wird so der kulturelle Code der Szene bedient. Gleiches gilt auch für die immer wieder festzustellenden Bezüge auf koranische Aussagen.

Anders zu bewerten sind die Naschids von Yassin und Mounir Chouka. Hier haben sich die Sänger mehr Mühe gegeben und auch auf musikalische Besonderheiten wie Mehrstimmigkeit und Chorstimmen geachtet. Bei den Chouka-Gesängen kann von einer ernsthafteren Auseinandersetzung und Eigeninterpretation des Genres durch die Interpreten auf Basis der deutschen Sprache gesprochen werden.

⁵³Der Journalist Wolf Schmidt sprach in Bezug auf Cusperts Stücke von „rumpelreimigen *anaschid*“ und merkte an, dass durch die a cappella Darbietungen erst auffalle, „wie wenig Cuspert singen kann“, Wolf Schmidt, Jung, deutsch, Taliban, Berlin 2012, S. 127.

Doch trotz dieser Einschränkungen müssen dschihadistische Naschids in westlichen Sprachen durchaus ernst genommen werden. Die Reaktionen in den einschlägigen Foren und die Kommentare auf Youtube sprechen dafür, dass die Szene, eventuell in Ermangelung qualitativ hochwertigerer Alternativen, zu „ihren“ Stars steht.

Die Szene der dschihadistischen Sänger in Deutschland ist überschaubar. Neben den Chouka-Brüdern und Cuspert ist ein weiterer Sänger, der sich „Abu Sayfullah al-Almani“ nennt, zu erwähnen. Dieser trat in der ersten Jahreshälfte 2012 erstmalig in Erscheinung. Seine Naschids wurden auf Webseiten, die in Verbindung mit der ehemaligen „Millatu-Ibrahim“-Vereinigung, deren Verbot am 14. Juni 2012 umgesetzt wurde, in Form von Videos verbreitet. Sie enthielten das Logo von „Millatu-Ibrahim“ und später das der „Ansarul-Shariah“.⁵⁴ Doch die wenigen aktiven deutschsprachigen Sänger müssen auch vor dem Hintergrund der Neuheit dieses Phänomens gesehen werden. Es erscheint daher durchaus möglich, dass weitere Protagonisten in den nächsten Jahren hinzukommen werden.

6. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Naschids sind ein Teilaspekt einer dschihadistischen Kultur, die vermutlich ein stärkeres Mobilisierungspotenzial als die Ideologie allein aufweist. Während die Ideologie des Salafismus der nationalstaatlichen Weltordnung eine eigene kohärente Weltanschauung und damit eine vermeintliche Alternative entgegensetzen will, wird auch den „weichen Rändern“ der kapitalistischen Gesellschaften, also dem kulturellen Unterbau, ein eigenes Produkt entgegengesetzt. Diese „Soft Power“ der Bewegung, ist die „salafistische Kultur“ bzw. spezifischer noch die „dschihadistische Kultur“ als kultureller Unterbau des Dschihadismus, der als eine Unterkategorie des Salafismus zu verste-

⁵⁴Bei der hier beschriebenen „Ansarul-Shariah“ handelt es sich nicht um AQAH, die im Jemen ebenfalls unter diesem Namen operiert und auch nicht um die gleichnamigen Organisationen in Tunesien und Libyen. Vielmehr scheint die „Ansarul-Shariah“ in Deutschland nur eine virtuelle Medieneinheit gewesen zu sein, die nach dem Verbot von „Millatu-Ibrahim“ kurzfristig Aktivitäten entfaltete, dann diese jedoch wieder einstellte. So ist auch die dazugehörige Seite *ghuraba.net.ms* nicht mehr zu erreichen.

hen ist. Naschids sind ein Teilaspekt dieser Kultur, insbesondere in der salafistisch transnationalen Jugendsubkultur westlicher Dschihadisten.⁵⁵ Der Fachjournalist Yassin Musharbash benannte das Phänomen schon früh als „Pop-Dschihadismus“ und sprach von einer „Vermischung von Terror, Pop und Jugendrebellion“.⁵⁶

Das Erscheinen und die quantitative Zunahme von Naschids in Sprachen des westlichen Kulturkreises sind wichtige Indikatoren für die Ausbreitung und Verankerung des Dschihadismus unter Jugendlichen in nicht-muslimischen Staaten. Die deutschsprachigen Naschids zeigen zum einen, dass der Dschihadismus im Westen eine Art von jugendlicher Subkultur geworden ist. Dem einzelnen Individuum in einer nicht-muslimischen Umgebung wie etwa in Deutschland geben die Hymnen zudem die Möglichkeit, sich als Teil einer globalen dschihadistischen Kultur zu fühlen. Zum anderen orientieren sich die Jugendlichen zwar an den arabischen Vorbildern, doch die konkrete Ausgestaltung, nämlich die Dichtung der Texte, erfolgt auf Deutsch. Im Verbund mit weiteren Entwicklungen in der Szene, lässt dies den Schluss zu, dass der Dschihadismus in Deutschland sich Stück für Stück von seinen Wurzeln in der arabischen Welt löst und Teil einer sich verändernden extremistischen Landschaft und damit zunehmend „heimisch“ wird. Dies entspricht auch der Theorie der Transkulturalität, wie sie etwa der Philosoph Wolfgang Welsch formulierte, der von einer Auflösung der traditionellen territorial begrenzten Kulturen hin zu einer Vermengung und damit immer wieder Neuerschaffung von Kulturen spricht.⁵⁷

Naschids scheinen also ein probates Mittel der jihadistischen Propaganda darzustellen: Sie sind geeignet Personen anzusprechen, die sich allgemein für islamische Kultur interessieren, aber noch nicht islamistisch beeinflusst sind. So findet der interessierte Internetnutzer bei einer Suchanfrage zu so genannten „islamischen Naschids“ im Allge-

⁵⁵Vgl. zur Transnationalität von Subkulturen W. L. Bühl (Anm. 33), S. 96.

⁵⁶Yassin Musharbash, Die neue Al-Qaida. Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerkes, Köln 2006, S. 251.

⁵⁷Vgl. Wolfgang Welsch, Was ist eigentlich Transkulturalität?, in: Lucyna Darowska/Thomas Lüttenberg/Claudia Machhold (Hrsg.), Hochschule als transkultureller Raum? Kultur, Bildung und Differenz in der Universität, Bielefeld 2010, S. 39-66.

meinen relativ schnell auch solche aus dem salafistischen oder sogar salafistisch-dschihadistischen Milieu. Seiten, die islamische Naschids zur Verfügung stellen, gehen oftmals sehr unkritisch mit dem bei ihnen gespeicherten Material um, so dass dort auch Naschids aus dem dschihadistischen Bereich abrufbar sind. Hier genießen die bellizistischen Hymnen den Deckmantel der rein religiösen Naschids, unter denen sie sich verbergen und dem Nutzer suggerieren können, dass ihre Botschaft ebenfalls religiös sei. Stößt man im Internet erst einmal auf dschihadistische Naschids und sucht anschließend gezielt nach diesen Titeln, wird man schnell auf einschlägige Internetangebote verwiesen. Damit hätte der Nutzer nun nicht nur Kontakt zu Liedgut mit militanten Botschaften, sondern er würde sich bereits mitten im dschihadistischen Internet mit all der hier abrufbaren Propaganda bewegen. Naschids können somit zum einen als Einstiegsmittel in die dschihadistische Szene gesehen werden. Zum anderen sprechen sie die bereits aktiven Mitglieder des Milieus an und tragen zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und einer dschihadistischen Identität bei. Die Funktionalität als Lock- und Bindemittel entspricht damit der von Musik in anderen politischen Bereichen wie dem Rechtsextremismus.

Für die Arbeit der Sicherheitsbehörden können militant-islamistische Lieder bei Einzelpersonen und auch Netzwerken eine Indikatorenfunktion hinsichtlich des Radikalisierungsgrades einnehmen. So lassen einschlägige Lieder, die eine Person auf seinem Facebookprofil eingestellt hat, möglicherweise Rückschlüsse auf Kontakte in die dschihadistische Szene oder auf eine dschihadistische Gesinnung des Nutzers zu, selbst wenn ansonsten wenige Informationen über die Zielperson vorliegen.

Es ist auch vorstellbar, die Hymnen vor Gericht als Beweise zur Einbindung von Personen und Netzwerken in die dschihadistische Szene zu verwenden. Beachtung fanden Naschids in Gerichtsverfahren schon relativ früh. So nahm das Oberlandesgericht Frankfurt am Main im Urteil vom 26. März 2003 gegen Fouhad Sabour und Salim Boukhari, die einen Anschlag auf den Straßburger Weihnachtsmarkt geplant hatten, Bezug auf dschihadistische Lieder: „Während der Abfahrt aus der Innenstadt von Straßburg spielten die beiden Angeklagten – wie auch schon auf der Hinfahrt nach Straßburg – Musikkassetten, die mit indoktrinierenden Gesängen in arabischer Sprache zum ‚Heiligen Krieg‘

gegen die ‚Ungläubigen‘ aufriefen und die Aufnahmen des Video-Films unterlegten.“⁵⁸

Dies macht deutlich, dass deutsche Gerichte Naschids als Beleg akzeptieren und in ihre Urteilsfindung mit einfließen lassen. Durch entsprechende Begutachtung der Stücke von Experten und nicht nur bloße Übersetzung durch einen Dolmetscher könnte die Urteilskraft der Richter zusätzlich gestärkt werden.

⁵⁸Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main, AZ 5-2 StE 9/01-4-6/01 vom 26. März 2003, S. 30.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland

Eine vergleichende Analyse zum Kontext von Gewaltintensität und Organisationsstruktur

Torsten Kriskofski

1. Einleitung und Fragestellung

Im November 2011 wurden die Taten des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) bekannt, der Morde an neun Menschen mit Migrationshintergrund und einer Polizistin begangen sowie zahlreiche Banküberfälle verübt hatte. Besonders schockiert zeigte sich die Öffentlichkeit von dem Umstand, dass die Taten trotz der Bemühungen der Sicherheitsbehörden unentdeckt bleiben konnten. Derart planvoll und kaltblütig vorgehende Täter waren nicht mit der rechtsextremistischen Szene in Verbindung gebracht worden, traute man dieser das für die Taten notwendige Maß an Konspiration und Überlegung doch nicht zu.

In diesem Sinne äußerte sich auch der im Juli 2012 aus dem Amt geschiedene Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm: „Wir haben die jetzt bekannt gewordenen Täter nicht wirklich verstanden. Wir haben die Dimension ihres Hasses ebenso unterschätzt wie ihren Willen zur Tat. Die Ermordung von Menschen aus dem einzigen Grund, weil sie als ‚fremdländisch‘ empfunden werden, passt in die Gedankenwelt der rassistischen Täter. Das wussten wir. Und wir konnten uns das als Bombenanschlag oder als Brandanschlag oder als Brandstiftung vorstellen, aber nicht als eine kaltblütige Exekution. Dabei hätte man es durchaus besser wissen können: Schließlich kennen wir die historischen Vorbilder dieser Leute.“¹

Möglicherweise war die Organisationsstruktur der Gruppe aber auch die Gewaltintensität der verübten Taten ein entscheidendes Moment dafür, dass ein rechtsextremistischer Tathintergrund ausgeschlossen

¹ Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, am 27. November 2011, zit. nach John Goetz/Christian Fuchs, Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Hamburg 2012. S. 5.

wurde. So gaben sich die NSU-Mitglieder nach ihrem Abtauchen nach außen hin völlig angepasst, ohne Hinweise auf ihre extremistische Gesinnung. Sie gingen – anders als die Masse der bekannten Rechtsterroristen – in den „Untergrund“ und begingen ihre Anschläge aus der „Illegalität“ heraus. Die Taten waren zudem akribisch vorbereitet und wurden mit ungeheurer Brutalität durchgeführt. Fraglich ist, welche Faktoren die Intensität terroristischer Gewalt beeinflussen können.

Der Terrorismusforscher Peter Waldmann stellte die These auf, dass terroristische Gruppierungen in Bezug auf Gewalttaten eine Eigendynamik entwickeln und ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr den eigenen politischen Zielen folgen.² Dieses Phänomen der „Inversion“ hänge möglicherweise mit den „spezifischen Bedingungen“ des bewaffneten Kampfes zusammen, so Waldmann. Demnach lägen besonders im „Untergrund“ bzw. der „Illegalität“ zahlreiche Faktoren vor – etwa durch den Druck entdeckt zu werden sowie die intensive soziale Kontrolle durch die terroristische Gemeinschaft - die zu einer eigenen Realitätssicht führen können.³ Das münde wiederum in eine „Militarisierung des Denkens und Handelns“.⁴

Der Frage, ob dies auch auf die Taten des NSU zutrifft und ob die Art der Organisationsform im Rechtsterrorismus eine Auswirkung auf die Intensität der verübten Gewalt hat, soll im Folgenden nachgegangen werden.

Ausgehend von diesem erkenntnisleitenden Interesse gilt es zu klären, wo die Besonderheiten im Hinblick auf Gewaltintensität und Organisationsstruktur des NSU im Vergleich zu den bisher bekannt gewordenen Taten deutscher Rechtsterroristen liegen. Vorweg steht ein Exkurs zum Rechtsterrorismus in der Weimarer Republik, wo zahlreiche Attentate durch rechtsterroristische Gruppen begangen wurden. Dabei haben die Attentäter der Weimarer Republik durchaus noch Vorbildcharakter für Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland. Das zeigen die jüngsten Ereignisse um den Grabstein der Mörder von

² Vgl. Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998. S. 163-167.

³ Ebenda. S. 165.

⁴ Ebenda. S. 167.

Reichsaußenminister Walther Rathenau.⁵ Möglicherweise können so Analogien zu gegenwärtigen Rechtsterroristen deutlich gemacht werden, da die Szene bis heute eine intensive Vergangenheitsfixierung (z.B. zur „Kampfzeit“) aufweist. Dabei ist durchaus klar, dass ein direkter Vergleich aufgrund der „völlig anderen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen“⁶ nur eingeschränkt möglich ist.

Im Anschluss an diesen historischen Exkurs folgt ein systematischer Vergleich im Sinne der Fragestellung, bei dem ausgewählte rechtsterroristische Gruppierungen der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden.

Zunächst bedarf es aber noch einer Definition zentraler Arbeitsbegriffe: „Terrorismus“ wird verstanden als nachhaltig geführter Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in §129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Mit „Organisationsstruktur“ ist der Aufbau einer terroristischen Gruppierung gemeint. Neben verschiedenen Organisationsformen und strategischen Organisationsmodellen – etwa „Zellenstruktur“, „Leaderless Resistance“ etc. – kann im deutschen Rechtsterrorismus noch zwischen „Feierabendterroristen“ und Untergrund-Terroristen unterschieden werden. Unter „Feierabendterroristen“ sind solche Personen zu verstehen, die weiter in ihr persönliches Umfeld eingebunden sind und erst in ihrer Freizeit – nach „Feierabend“ – militante Aktionen durchführen. Dagegen leben Terroristen im „Untergrund“ bzw. der „Illegalität“ in der Regel unter Verwendung einer falschen Identität („Tarnidentität“) in konspirativ angemieteten Wohnobjekten unter Vermeidung sozialer Kontakte bzw. dem Abbruch der Beziehungen zu ihrem bisherigen persönlichen Umfeld. Auch „Mischformen“ sind möglich, die jeweils zur einen oder anderen Ausrichtung tendieren können.

⁵Vgl. hierzu u.a. Julia Jüttner, „Gedenken an Rathenau-Mörder. Stein des Anstoßes“ (24. Juli 2012); in: www.spiegel.de; (gelesen am 25. August 2012).

⁶Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995. S. 232.

Mitunter dürfte eine trennscharfe Einordnung in der Praxis nur schwer möglich sein.

Unter „Gewaltintensität“ ist einerseits die Zielrichtung der verübten Anschläge – gegen Sachen oder Personen – sowie die Art der Tatbegehung – durch Sprengstoffanschläge, Schusswaffengebrauch etc. – zu verstehen. Der Intensitätsgrad richtet sich dabei danach, inwieweit bei terroristischen Aktionen Menschenleben gefährdet bzw. der Tod von Menschen gezielt beabsichtigt oder in Kauf genommen wird.

2. Gewaltintensität und Organisationsstruktur von rechtsterroristischen Gruppierungen in der Weimarer Republik

Erste als rechtsterroristisch zu bezeichnende Taten gab es in Deutschland bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Vor allem zu Beginn der Weimarer Republik verübten rechtsextremistische Gruppierungen – die zum Teil, aus den „Freikorps“ hervorgegangen waren – zahlreiche Morde an politischen Gegnern.⁷ Ziel dieser Kette von politischen Attentaten war es, eine bürgerkriegsähnliche Situation zu provozieren, ausgelöst durch Aufstände linker Gruppen, bei der die Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung die nationalistischen „Freikorps“ zur Hilfe rufen musste. Die auf diese Weise eroberte Machtposition wollte man anschließend zur Abschaffung des demokratischen Verfassungsstaates nutzen. Bekannt wurde diese „Provokationsstrategie“⁸ durch die Mordversuche an dem Zentrumspolitiker und Reichsfinanzminister Matthias Erzberger im Jahr 1921, an dem sozialdemokratischen Politiker Philipp Scheidemann im Jahr 1922 sowie durch den Mord an Reichsaußenminister Walther Rathenau ebenfalls 1922.⁹

Mit diesen Taten brachte man in erster Linie die sogenannte „Organisation Consul“ (OC) des Marineoffiziers Hermann Erhardt in Verbin-

⁷ Vgl. Wilhelm Hoegner, *Der politische Radikalismus in Deutschland 1919-1933*, München 1966. S. 17ff.

⁸ Vgl. zu „Fememorde“ und „Provokationsstrategie“ u.a. Walter Laqueur, *Terrorismus*, Kronenberg/Ts. 1977, S. 80.

⁹ Organisationsstruktur und Vorbereitung der Attentate wurden von dem wegen seiner Beteiligung an der Ermordung Rathenaus zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilten Ernst von Salomon in der autobiographischen Schrift „Die Geächteten“ geschildert.

dung.¹⁰ Es gelang ihr, ein konspirativ organisiertes, engmaschiges Netz aus kleinen Gruppen und Einzelpersonen über Deutschland zu legen. Nach den Anschlägen konnten sich die Täter zumeist auf dieses Unterstützernetzwerk verlassen und wurden – wie im Fall der Erzberger-Mörder – ins benachbarte Ausland gebracht. Ein Abtauchen in die „Illegalität“ war somit nicht notwendig. Auffällig ist, dass selbst bei den durch Weltkrieg und Freikorpskämpfen gewalterfahrenen Terroristen der Weimarer Republik moralische Skrupel bei Ausführung der Morde bestanden, was u.a. Ernst von Salomon in seiner Schrift „Die Geächteten“ von 1930 verdeutlicht.

Auch lassen sich hier Aspekte in Bezug auf rechtsterroristisches Vorgehen verorten, die man eigentlich dem modernen Terrorismus zuschreibt. Das zeigen beispielhaft die Ereignisse um die „Landvolkbewegung“ Ende der 1920er Jahre.¹¹ Hier verübten „Spezialisten“ aus der OC und anderen rechtsextremistischen Organisationen zahlreiche Anschläge.¹² Sie richteten sich – anders als die Morde der OC – in erster Linie gegen Sachen, obwohl Tote billigend in Kauf genommen wurden.

Nicht zuletzt wird ein zentraler Unterschied zwischen den Terroristen der 1920er Jahre und denen der Bundesrepublik Deutschland deutlich: Waren die Ziele rechtsterroristischer Attentäter in der Weimarer Republik – abgesehen von den Tötungen im Rahmen von Kampfhand-

¹⁰Bei der „Organisation Consul“ handelt es sich um eine Geheimorganisation, die sich aus der Freikorpsbrigade des Korvettenkapitäns Hermann Erhardt gebildet hatte. Deren Netzwerk erstreckte sich über ganz Deutschland.

¹¹Die Landvolkbewegung entstand in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund einer sich ständig vertiefenden Agrarkrise, die weite Teile der Bauernschaft an eine Existenzkrise führte. Der Konflikt eskalierte schließlich im Spätherbst 1928, als die Landvolkbewegung vom passivem zum aktiven Widerstand überging. Im weiteren Verlauf wurden zahlreiche weitere Sprengstoffanschläge in der Regel auf Sachen verübt. Vgl. Susanne Meinl, Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000. Seite 143ff.

¹²Vgl. Herbert Volck, Rebellen um Ehre. Mein Kampf für die nationale Erhebung 1918-1933, 5. Auflage, Gütersloh 1941. S. 351. Das Buch ist auch in anderer Hinsicht interessant, gewährt es doch auf anschauliche Weise Einblick in die Gedankenwelt eines Rechtsextremisten, wobei sich viele Gemeinsamkeiten zum Denken der heutigen rechtsextremistischen Szene ergeben.

lungen im Bürgerkrieg – in der Regel ausgewählte Politiker oder doch zumindest politische Gegner sowie „Verräter“ in den eigenen Reihen – richteten sich die Taten der meisten Rechtsterroristen der Bundesrepublik Deutschland zwar zum einen gegen Sachen, zum anderen willkürlich gegen völlig unbeteiligte Personen. So wurden die Opfer des NSU beispielsweise fast ausschließlich wegen ihres Migrationshintergrundes ausgewählt. Demnach entsprach das Vorgehen der damaligen Terroristen in der Weimarer Republik eher dem Vorgehen späterer Linksterroristen, wie der RAF, die ab den 1970er Jahren Vertreter von Staat und Wirtschaft angriffen.

3. Vergleich der Entwicklung ausgewählter rechtsterroristischer Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich Gewaltintensität und Organisationsstruktur

3.1 Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland

Rechtsterroristische Strukturen entwickelten sich in der Bundesrepublik Deutschland erst mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Ein wichtiger Auslöser dürfte die aus Sicht der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) verlorene Bundestagswahl im Jahr 1969 gewesen sein, die vielen Rechtsextremisten deutlich machte, dass eine „Machtergreifung“ mit legalen Mitteln nicht zu erreichen war. Die daraus resultierende Zersplitterung der Szene führte in den Folgejahren zu ersten terroristischen Attacken. Aber auch die mediale Präsenz und der gesellschaftliche Umbruch durch die Studentenrevolte – die Achtundsechzigerbewegung – dürfte für die Entstehung einer Gegenbewegung verantwortlich sein, die auch vor Terrorismus nicht zurückschreckte.

Neben Einzeltätern – wie dem Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke durch den rechtsextremistisch beeinflussten Josef Bachmann am 11. April 1968 – war die „Wehrsportgruppe Hengst“ eine der ersten Gruppen. Sie verübte - wie die Mehrzahl der Rechtsterroristen bis zum Ende der 1970er Jahre - in erster Linie Anschläge aus antikommunistischen Motiven, wie etwa im Jahr 1968 auf ein Büro der „Deut-

schen Kommunistischen Partei“ (DKP).¹³ Aber auch andere rechtsterroristische Gruppierungen wie die „Europäische Befreiungsfront“ (EBF), die „Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland“ (NSKG), die „Nationale Deutsche Befreiungsfront“ (NDBB), die „Gruppe Neumann“, die „Gruppe Otte“ und die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA) machten in erster Linie linke Einrichtungen zum Ziel ihrer Aktivitäten, was sich in der Regel aber in Vorbereitungshandlungen erschöpfte. Allerdings kamen später auch antisemitische und geschichtsrevisionistische Motive – wie der Angriff auf Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus – hinzu. Etwa ab den 1980er Jahren wurden Anschläge verstärkt aus rassistisch-ausländerfeindlichen Motiven durchgeführt. Trauriger Höhepunkt rechtsterroristischer Aktivitäten war der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980 mit 13 Toten. Die Bombe zündete Gundolf Köhler, ein der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ angehörender Student.¹⁴ Etwa gleichzeitig bildeten sich mit den „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA) sowie der „Hepp-Kexel-Gruppe“ besonders aktive rechtsterroristische Gruppierungen, deren zahlreiche Anschläge dazu führten, dass die Zeit als Hochphase des deutschen Rechtsterrorismus wahrgenommen wurde.¹⁵ Solche Aktivitäten unterlagen in Deutschland Wellenbewegungen. So gab es in den 1990er Jahren keine Gruppierung. Erst mit dem „Freikorps Haveland“, einer Gruppe aus sich selbst radikalisierenden Jugendlichen ohne Anbindung an die Szene, und der sogenannten „Schutzgruppe“ um Martin Wiese, traten wieder rechtsterroristische Gruppierungen in der ersten Hälfte der 2000er Jahre in Erscheinung.

¹³Vgl. Klaus-Henning Rosen, Rechtsterrorismus. Gruppen-Taten-Hintergründe; in: Gerhard Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1989. S. 52.

¹⁴Vgl. u.a. Tobias von Heymann, Die Oktoberfest Bombe. München, 26. September 1980 – Die Tat eines Einzelnen oder ein Terror-Anschlag mit politischem Hintergrund?, Berlin 2008.

¹⁵Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse zu Entwicklung, Gruppen und Vergleich; in: Einsichten und Perspektiven, Nr. 1/2012, S. 65.

3.2 Vorüberlegungen in Bezug auf grundsätzliche Unterschiede von rechtsextremistischer und linksextremistischer Gewalt

Im Unterschied zu Linksterroristen erfolgt rechtsextremistischer Terrorismus mit aufgrund des Besitzes und der Affinität zu Waffen. Zahlreiche Affekthandlungen zeugen davon. Bei Rechtsextremisten lässt sich die Abfolge von Planung, Beschaffung und Tatausführung – anders als bei Linksterroristen – selten nachweisen.¹⁶ Das kann auch an den zahlreichen Einzeltätern („Lone Wolf-Konzept“) im rechtsextremistischen Terrorismus abgelesen werden, ein Phänomen, das in linksextremistischen Zusammenhängen kaum bekannt ist.

Darüber hinaus finden sich in rechtsterroristischen Organisationen eher selten Frauen, was mit dem traditionellen Rollenbild vieler Rechtsextremisten korrespondiert.¹⁷ Gleiches gilt für die soziale Herkunft der Täter, stammen doch rechtsextremistische Terroristen eher aus der unteren Mittelschicht bzw. „Arbeiterschicht“. Studenten wie Odfried Hepp sind eher eine Ausnahme. Möglicherweise hat diese „Bildungsferne“ von Rechtsterroristen auch Auswirkungen auf das Fehlen von strategischen Papieren und Taterklärungen. Demgegenüber veröffentlichen linke Terroristen oftmals seitenlange Abhandlungen.

Im Folgenden werden mehrere rechtsterroristische Gruppierungen in Bezug auf Organisationsstruktur und Gewaltintensität näher beleuchtet. Hierbei geht es zunächst um allgemeine Grundinformationen, danach um die Gruppenstruktur und schließlich um die Gewaltintensität.

4. „Deutsche Aktionsgruppen“ (DA)

4.1. Allgemeine Grundinformationen

Die „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA) waren verantwortlich für zwei Brand- und fünf Sprengstoffanschläge, die sie in erster Linie aus ras-

¹⁶Vgl. K.H. Rosen. (Anm. 13) S. 70.

¹⁷Das scheint sich zumindest in den letzten Jahren für das Gesamtphänomen geändert zu haben. Vgl. Andrea Röpke/Andreas Speit, Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin 2011.

sistischen Motiven begingen.¹⁸ So griff die DA vorwiegend Asylbewerber und Ausländerwohnheime an, verübte aber auch Anschläge aus geschichtsrevisionistischen Motiven, etwa auf eine Auschwitz-Ausstellung. Bei den Anschlägen wurden mehrere Personen verletzt und zwei Vietnamesen getötet. Als Initiator der Gruppe wirkte der Alt- und Neo-Nazi Manfred Roeder (Jg. 1929).¹⁹

4.2. Gruppenstruktur

Er stellte die uneingeschränkte Führungsfigur im Hintergrund dar. Seine wenigen Mitstreiter – der Arzt Heinz Colditz, der Werksmeister Raymund Hörnle und die spätere Vertraute und Geliebte von Roeder, die medizinisch-technische Assistentin Sybylle Vorderbrügge – waren ihm intellektuell nicht gewachsen. Die Gruppierung soll einschließlich ihres Unterstützerumfeldes aus insgesamt 16 Personen bestanden haben.²⁰

Einer drohenden Gefängnisstrafe entzog Roeder sich 1978 durch Flucht ins Ausland. Später reiste er unter konspirativen Umständen wieder in die Bundesrepublik Deutschland ein, wo er sich in Hannover-Münden versteckt hielt.²¹ Aus dem Freundes- und Bekanntenkreis seines Anhängers Heinz Colditz rekrutierte Roeder die weiteren Mitglieder seiner Gruppe – Hörnle war ein Patient und Vorderbrügge eine Freundin der Tochter – wobei jeder bereits rechtsextremistisch vorgeprägt war. Ein zunehmender Realitätsverlust bei Roeder weitete sich auch auf die Mitglieder der DA aus, so dass besonders Hörnle und Vorderbrügge ab Januar 1980 zum Bruch mit ihren bürgerlichen Existenzen bereit waren. Allerdings agierte die Gruppierung im Sinne von „Feierabendterroristen“ und ging nicht in die „Illegalität“.

¹⁸Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1982, Bonn 1983. S. 126.

¹⁹Eine ausführliche Biographie findet sich in: Rabert (Anm. 6) S. 273ff.

²⁰Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1980, Bonn 1981. S. 44. Davon wurden 10 Personen zu Freiheitsstrafen verurteilt, vgl. hierzu Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1982, Bonn 1983. S. 126f.

²¹Vgl. K.H. Rosen (Anm. 13). S. 63.

Bereits 1979 hatte Roeder in seinem „Rundbrief Nr. 3“ der „Europäischen Freiheitsbewegung – Deutsche Bürgerinitiative“ eine illegale Veränderung der herrschenden Machtverhältnisse durch eine „reguläre Befreiungsbewegung“ gefordert, die sich auch durch „spektakuläre Aktionen“ Achtung verschaffen sollte.²² Das setzte man nach der Gründung der DA in die Tat um, indem zahlreiche Attentate im gesamten Bundesgebiet verübt wurden.

4.3. Gewaltintensität der Taten

Wahrscheinlich führte die Flucht ins Ausland Roeder zunehmend die Erfolgslosigkeit seiner Bemühungen vor Augen, woraus eine stärkere Radikalisierung folgte. Zunächst beabsichtigte er gegen „Reichsverräter“ – u.a. Staatsanwälte und Richter – vorzugehen.²³ Im weiteren Verlauf bestand für die Anschläge der DA ein breites Spektrum von Motiven. So richtete sich eine der ersten Aktionen am 21. Februar 1980 gegen eine Auschwitz-Ausstellung im Landratsamt Esslingen.²⁴ Am 27. April 1980 fand ein Anschlag auf die Janusz-Korczak-Schule in Hamburg statt und am 30. Juli 1980 auf das Bundessammellager für Flüchtlinge in Zirndorf. Am 17. August 1980 wurde ein Sprengstoffanschlag auf ein Asylbewerberheim in Lörrach verübt. Am 7. August 1980 folgte ein weiterer Anschlag auf ein Ausländerwohnheim in Leinfelden und ein Asylbewerberheim in Hamburg. Bei dem letztgenannten Anschlag wurden zwei Vietnamesen getötet. Roeder selbst konnte die Beteiligung an den Taten nicht nachgewiesen werden. Er wurde später aber wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt.²⁵

Zwar beabsichtigte die DA wohl nie direkt Menschen zu töten, allerdings wurden Tote billigend in Kauf genommen. Denn spätestens

²²Vgl. B. Rabert (Anm. 6). S. 276.

²³Ebenda. S. 276.

²⁴Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Der Nationalsozialistische Untergrund im Lichte der Entwicklung des deutschen Rechtsterrorismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 24, Baden-Baden 2012, S. 180-196, hier S. 181f.

²⁵Vgl. K.H. Rosen (Anm. 13). S. 64.

nach den ersten Verletzten hätten die möglichen Folgen der Anschläge bekannt sein müssen.

5. Die „Hepp-Kexel-Gruppe“

5.1. Allgemeine Grundinformationen

Die „Hepp-Kexel-Gruppe“ orientierte sich an linksterroristischen Vorbildern. Ihre für Rechtsextremisten eher ungewöhnliche ideologische Einstellung zeigte sich an dem Grundsatzpapier „Abschied vom Hitlerismus“, in dem sie sich zum nationalrevolutionären Flügel der historischen NS-Bewegung um die Gebrüder Strasser bekannte und eine Zusammenarbeit von linken und rechten Kräften im Sinne einer „Volksfront“ forderte.²⁶ Gegründet wurde die „Hepp-Kexel-Gruppe“ im Jahr 1982 durch den Studenten Odfried Hepp, der zuvor in der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ aktiv war²⁷, sowie dem Elektroinstallateur Walther Kexel, einem früheren Mitglied der von Alt- und Neonazi Friedhelm Busse gegründeten „Volksozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA).²⁸ Sie planten zweigleisig vorzugehen: So war beabsichtigt eine politische Bewegung zu schaffen, deren Aktivitäten zunächst durch die Bildung einer illegalen Zelle finanziert werden sollte. Hierzu beging man während der Existenz der „Hepp-Kexel-Gruppe“ zahlreiche Banküberfälle.²⁹ Im weiteren Verlauf wollten sie mit terroristischen Anschlägen auf das politische Anliegen aufmerksam machen. Anschlagziel waren Einrichtungen der US-Armee in Deutschland. Dadurch sollte ein Klima der Angst unter den US-Amerikanern geschaffen werden, um diese zum Abzug aus Deutschland zu bewegen.

²⁶Vgl. Walther Kexel/Odfried Hepp, Abschied vom Hitlerismus, in: Schwarzer Rebell Nr. 4/1985. S. 6.

²⁷Vgl. Yury Winterberg/ Jan Peter, Der Rebell. Odfried Hepp: Neonazi, Terrorist, Aussteiger, Bergisch Gladbach 2004.

²⁸Aus der VSBD/PdA sind diverse rechtsterroristische Aktivitäten und Einzeltäter hervorgegangen. Neben Walther Kexel auch der Neonazi Frank Schubert, der am 24. Dezember 1980 einen Schweizer Polizisten und einen Schweizer Zollbeamten erschossen hat. Vgl. K.H. Rosen (Anm. 13). S. 65.

²⁹Vgl. Y. Winterberg (Anm. 27). S. 167.

5.2. Gruppenstruktur

Neben Odfried Hepp – dem intellektuellen Kopf der Gruppe³⁰ – und Walther Kexel bestand die Gruppierung aus dem Bürokaufmann Helge Blasche, dem Schlosser Hans-Peter Fraas, dem Dachdeckergehilfen Dietrich Sporleder sowie dem Landarbeiter Ulrich Tillmann.³¹ Sie versuchten, die konspirativen Techniken der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) sowie der „Revolutionären Zellen“ (RZ) zu kopieren, indem sie konspirative Wohnungen in Frankfurt/Main anmieteten³² sowie Erddepots für Waffen und Sprengstoffe anlegten.³³ Die Gruppe lebte zeitweise in der „Illegalität“ und finanzierte ihren Lebensunterhalt durch Banküberfälle, wobei einzelne Aktivisten eher aus kriminellen als aus politischen Motiven gehandelt haben dürften.³⁴ Ob allerdings von einem völligen Abtauchen in die „Illegalität“ – wie es die linksterroristische RAF vorexerziert hatte – gesprochen werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Vielmehr dürfte es sich um eine der zuvor beschriebenen „Mischformen“ handeln.

5.3. Gewaltintensität der Taten

Die „Hepp-Kexel-Gruppe“ verübte im Jahr 1982 zunächst einige kleinere Anschläge auf Fahrzeuge von US-Amerikanern.³⁵ Wenig später ging man auch direkt gegen US-Armee-Angehörige in Frankfurt-Fechenheim, Butzbach und Darmstadt Opfer mit Sprengstoffanschlägen vor, wobei zwei Soldaten schwer verletzt wurden.³⁶ Auch die „Hepp-Kexel-Gruppe“ plante nicht direkt die Ermordung von Menschen, nahm jedoch Schwerverletzte und Tote billigend in Kauf. Das gilt hier umso mehr, da die bei den Anschlägen benutzten Sprengkörper direkt unter den Fahrersitzen der Fahrzeuge deponiert bzw. in

³⁰Vgl. B. Rabert (Anm.6) S. 289.

³¹Vgl. A. Pfahl-Traughber (Anm. 25), S. 182f.

³²Vgl. K.H. Rosen (Anm. 13). S. 67.

³³Vgl. Hans Josef Horchem, Die verlorene Revolution. Terrorismus in Deutschland, Herford 1988. S. 113.

³⁴Vgl. B. Rabert (Anm. 6) S. 292. So fuhr man nach einem Banküberfall mit dem geraubten Geld gemeinsam nach Italien in den Urlaub.

³⁵Vgl. B. Rabert (Anm. 6). S. 293.

³⁶Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1983, Bonn 1983. S. 158.

zwei Fällen sogar durch Druckkontakt bei der Belastung des Fahrersitzes gezündet wurden.³⁷ Anders als im Fall von RAF und RZ, die ihre Opfer gezielt aussuchten, agierte diese Gruppierung nach einem typisch rechtterroristischen Muster. Die Opfer wurden wahllos einzig aufgrund ihres US-Passes ausgesucht. Kurz vor der Entdeckung soll sich die „Hepp-Kexel-Gruppe“ weiter radikalisiert haben, was möglicherweise bei einem etwas anderem Verlauf – nicht zuletzt aufgrund der Art der Tatbegehung – bis zur gezielten Ermordung von Menschen geführt hätte.³⁸

6. „Freikorps Havelland“

6.1. Allgemeine Grundlagen

Das „Freikorps Havelland“ fällt in Zusammenhang mit der Aufzählung rechtsterroristischer Gruppierungen aus dem Rahmen. Denn die jugendlichen Täter zwischen 15 und 19 Jahren gehörten zuvor nicht der rechtsextremistischen Szene an, sondern hatten sich überwiegend selbst politisiert und radikalisiert. Sie verübten als „Feierabendterroristen“ im Zeitraum von August 2003 bis Mai 2004 neun Brandanschläge und eine Sachbeschädigung gegen Imbissbuden und Geschäfte von Ausländern in Brandenburg.

6.2. Gruppenstruktur

Die Gruppe bestand aus zwölf Jugendlichen, darunter drei Schüler und mehrere Auszubildende. Der Bauernhof der Eltern des Rädelsführers – einem neunzehnjährigen Abiturienten aus Brandenburg – diente der Gruppe als Jugendtreff. Zum Teil waren die jungen Männer zusammen aufgewachsen oder kannten sich seit vielen Jahren. Sie gehörten zuvor keiner rechtsextremistischen Gruppierung an und hatten darüber hinaus keine nennenswerten Bezüge zur örtlichen rechtsextremistischen Szene. Anfang der 2000er Jahre spielten sie zunächst in verlassenen NVA-Anlagen „militärisch anmutende Spiele“.³⁹ Alle

³⁷Vgl. ebenda. S. 158.

³⁸Vgl. Y. Winterberg (Anm.27) S. 196-199.

³⁹Vgl. Urteil des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 7. März 2005. (AZ: 1-5600 OJs 1/04), S. 11.

Mitglieder vertraten ein diffuses rechtsextremistisches Weltbild, wobei eine Selbstpolitisierung durch das Hören und Kopieren rechtsextremistischer Musik – „Landser“, „Zillerthaler Türkenjäger“ usw. – stattgefunden haben soll. Ende 2002 radikalisierte sich die Gruppe deutlich, was im Juli 2003 in der Gründung der „Kameradschaft“ „Freikorps Havelland“ als „Untergrundorganisation“ zum Ausdruck kam.⁴⁰ Formal wies die Organisationsstruktur eher die eines Kleintierzüchtervereins auf, als die einer terroristischen Kadergruppe. So wurde ein „Protokoll“ durch den „Protokollführer“ verfasst, „Anführer“, „Schriftführer“ und „Kassenwart“ durch die anwesenden Mitglieder „demokratisch“ gewählt. Als Ziel der Organisationsgründung vermerkte das Protokoll: „Anschläge“. Darüber hinaus beabsichtigte man nach dem Vorbild der SS, sich die Blutgruppenbezeichnung auf den Körper zu tätowieren und Uniformen mit der Armbinde „Freikorps“ zu tragen.⁴¹

6.3. Gewaltintensität der Taten

Auch die bei der polizeilichen Durchsuchung des Bauernhofes aufgefundene „Bewaffnung“ ließ erkennen, dass es sich bei der Gruppe kaum um professionell agierende Terroristen handelte, sondern eher um naive Heranwachsende. So wurden neben möglichen Zutaten für Spreng- und Brandvorrichtungen, Luftgewehre und eine Gas-Pistole gefunden.⁴²

Das „Freikorps“ verübte mehrere Brandanschläge auf Geschäfte von in der Region lebenden Ausländern. Damit sollte einerseits deren wirtschaftliche Existenzgrundlage vernichtet und gleichzeitig ein Klima der Angst geschaffen werden.⁴³ Alle Taten wurden in der Nacht bzw. nach Geschäftsschluss durchgeführt, um so eine Verletzung bzw. Tötung von Personen auszuschließen.

⁴⁰Vgl. ebenda. S. 17.

⁴¹Vgl. ebenda. S. 63f.

⁴²Vgl. ebenda. S. 11.

⁴³Vgl. ebenda. S. 19.

7. Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU)

7.1. Allgemeine Grundlagen

Die Taten des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) wurden nach dem 4. November 2011 öffentlich bekannt. Die Haupttäter, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, töteten sich selbst, nachdem sie nach einem Banküberfall durch die Polizei aufgespürt worden waren. Ihre Komplizin Beate Zschäpe stellte sich später den Strafverfolgungsbehörden. Damit endete eine 13 Jahre währende Flucht und Untergrundtätigkeit, die zu zahlreichen Banküberfällen und neun Morden an Migranten sowie einer Polizistin führte. Darüber hinaus werden dem NSU noch zwei Bombenanschläge in Köln zur Last gelegt.

7.2. Gruppenstruktur

Der NSU bestand in seinem Kern aus drei Personen: Der gescheiterte Gymnasiast Uwe Mundlos galt als eigentlicher Anführer der Gruppe und stammte aus einer Akademikerfamilie. Uwe Böhnhardt – gelernter Hilfsarbeiter⁴⁴ – beteiligte sich schon vor den NSU-Taten im Jahr 1996 in rechtsextremistischer Weise, als er einen Puppentorso mit gelbem Judenstern an eine Autobahnbrücke hängte. Im Jahr 1997 war er zudem für den Versand von Briefbombenattrappen und den Bau einer funktionsfähigen Bombe verantwortlich, die er in einem mit Hakenkreuz versehenen Koffer auf dem Theaterplatz in Jena abstellte. Beate Zschäpe betätigte sich ebenfalls früh in rechtsextremistischen Kreisen. Alle drei gehörten zuvor dem neonazistischen „Thüringer Heimatschutz“ (THS) an.

Um sie herum hatte sich ein kleines Unterstützerumfeld gebildet, dessen Rolle für die ersten Jahre nach dem Abtauchen im Januar 1998 noch nicht abschließend geklärt ist. Mutmaßlich besorgten Protagonisten dieses Netzwerkes auch die Waffen – zumindest die Tatwaffe – eine Ceska 83 mit Schalldämpfer. Sicher ist, dass sie in den ersten Wochen nach der Flucht bei „Kameraden“ unterkommen konnten.⁴⁵

⁴⁴Vgl. Andrea Röpke, Das Gesicht des braunen Terrors in: Blick nach Rechts vom 15. November 2012 (www.bnr.de gelesen am 6. März 2012). S. 2.

⁴⁵Vgl. J. Goetz/C. Fuchs (Anm. 1). S. 26.

Inwieweit diese Unterstützer aber um die Taten des NSU wussten, ist bislang unklar.

Um seiner drohenden Verhaftung zu entgehen, tauchte das Trio im Februar 1998 ab, hielt in der Folgezeit zumindest noch vereinzelt Kontakt zur rechtsextremistischen Szene. Das lässt sich u.a. an gefundenen Ausweispapieren belegen. Wie sich das Leben in der „Illegalität“ tatsächlich gestaltete, darüber gibt es bis heute nur Mutmaßungen. Wahrscheinlich trifft die Schlagzeile des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zu, der den NSU „In der Parallelwelt“ vermutete.⁴⁶

7.3. Gewaltintensität

In den ersten Monaten nach dem Untertauchen konnte sich das Trio durch die Solidarität der rechtsextremistischen Szene – aber auch durch den konspirativ organisierten Verkauf von T-Shirts und dem „Monopoly“ ähnlichen Spiel „Pogromly“ – seinen Lebensunterhalt verdienen.⁴⁷ Nach einiger Zeit begannen die Mitglieder der „Zwickauer Zelle“ Banküberfälle zur Sicherung ihres Lebensunterhalts zu verüben.⁴⁸ Der erste Mord fand am 9. September 2000 in Nürnberg statt. Erst zweieinhalb Jahre nachdem die Gruppe in den Untergrund gegangen war, hatte sie sich soweit radikalisiert, dass man bereit war Menschen zu töten. Die Mordserie, der weitere acht Menschen mit Migrationshintergrund zum Opfer fielen, endete erst – scheinbar unvermittelt – mit dem Mord an einer Polizistin in Heilbronn am 25. April 2007. Ungewöhnlich für Rechtsterroristen ist zudem die akribische Planung der Taten. So wurden die späteren Mordopfer sowie die Tatorte zuvor durch den NSU ausgekundschaftet. Hinzu kommt die ungeheure Brutalität der Taten, die eher an einen Profikiller der Organisierten Kriminalität erinnerte. Lediglich bei der Auswahl der Opfer hielt man sich an bekannte rechtsterroristische Muster, indem diese aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie ausgesucht wurden. Hinzu kommen am 19. Januar 2001 und am 9. Juni 2004 zwei

⁴⁶Vgl. Thomas Heise u.a., In der Parallelwelt, in: Der Spiegel Nr. 8 vom 20. Februar 2012, S. 60-66.

⁴⁷Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher, Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012, S. 79.

⁴⁸Vgl. T. Heise (Anm. 46) S. 60.

Sprengstoffanschläge in Köln. Besonders mit dem zweiten Anschlag versuchten die Täter zahlreiche Menschen zu töten bzw. schwer zu verletzen. So war der Sprengsatz eine „Nagelbombe“, deren Streuwirkung erhebliche Verletzungen verursachen kann.

8. Schlusswort und Zusammenfassung

Hinsichtlich der erkenntnisleitenden Fragestellung in Bezug auf Organisationsstruktur und Gewaltintensität hat der Vergleich ergeben, dass bis auf den NSU alle bisher bekannt gewordenen Gruppen ihre Gewalt primär gegen Sachen gerichtet haben.⁴⁹ Dabei wurde allerdings – in unterschiedlicher Ausprägung – eine Tötung von Menschen billigend in Kauf genommen. Besonders bei der „Hepp-Kexel-Gruppe“ kann aufgrund der Art der Tatbegehung – Bomben unter dem Fahrersitz von Autos – schon von einer Tötungsabsicht gesprochen werden. Der NSU tötete seine Opfer kaltblütig und geplant, ohne Anzeichen moralischer Skrupel. Selbst Rechtsterroristen der Weimarer Republik, die Töten in Krieg und Bürgerkrieg „gelernt“ hatten, schienen durchaus von moralischen Fragen in Bezug auf ihre Opfer geplagt gewesen zu sein. Letztere wählten – ähnlich dem Vorgehen von Linksterroristen späterer Jahre – ihre Ziele bewusst aus und töteten nicht wahllos Angehörige einer bestimmten Opfergruppe.

Von daher stellt sich die Frage, warum die Taten von „Hepp-Kexel-Gruppe“ und NSU eine höhere Gewaltintensität aufwiesen, als die anderer bekannter rechtsterroristischer Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Was beide Gruppierungen verband und sie zugleich von anderen unterschied, war ihre Organisationsform. Besonders der NSU, aber auch – abgestuft und wahrscheinlich weniger konsequent – die „Hepp-Kexel-Gruppe“ lebten und planten ihre Taten aus dem „Untergrund“ heraus, führten ihr Leben in der „Illegalität“. Zudem verübten beide

⁴⁹Hinzu kommt, dass der Vergleich rechtsterroristischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland ergeben hat, dass die genannten Gruppen in der Regel kein dem Linksterrorismus vergleichbares Sympathisantenumfeld aufweisen konnten. Lediglich einzelne Aktivisten der rechtsextremistischen Szene boten Hilfestellung an, ob mehr aus politischen oder mehr aus privaten Gründen muss dahingestellt bleiben.

zur Finanzierung ihrer Aktivitäten zahlreiche Banküberfälle, eine Parallele, die sich im Vorgehen russischer Terroristen des 19. Jahrhunderts sowie der linksterroristischen RAF im 20. Jahrhundert widerspiegelt. Auch dürfte der Konspirationsgrad durch die Anmeldung konspirativer Wohnungen, dem Anlegen von Erddepots sowie dem nicht mit letzter Konsequenz durchgeführten Abbruch sozialer Beziehungen für deutsche Rechtsterroristen einzigartig sein. Hinzu kommt eine starke Fixierung auf die Gruppe und ihre Mitglieder, die bei der „Hepp-Kexel-Gruppe“ u.a. ansatzweise an dem gemeinsamen Italien-Urlaub nach erfolgreichem Banküberfall abzulesen ist. Dagegen waren die anderen rechtsterroristischen Gruppierungen der Bundesrepublik Deutschland eher in der Form von „Feierabendterroristen“ organisiert. Das heißt, sie lebten weiterhin unauffällig an ihrem Wohnort, arbeiteten, pflegten soziale Kontakte und verübten erst in ihrer Freizeit Anschläge.

Unterschiede bestehen allerdings in Bezug auf die Existenzzeit im „Untergrund“. Wurde die „Hepp-Kexel-Gruppe“ schon nach einem halben Jahr zerschlagen, verbrachte der NSU 13 Jahre in der „Illegalität“. Hier zeigt sich, dass das Leben in der „Illegalität“ mit den dabei stattfindenden gruppensoziologischen Gesetzmäßigkeiten, Auswirkungen auf die Gewaltintensität der Taten haben kann. So wurden die Morde des NSU – anders als die Banküberfälle - erst zweieinhalb Jahre nach dem Abtauchen durchgeführt und auch die „Hepp-Kexel-Gruppe“ soll erst einige Zeit nach ihrer Gründung radikalere Ansichten bis hin zum terroristischen „Mehrfachanschlag“ entwickelt haben. So ist es denkbar, dass rechtsterroristische Gruppen im Untergrund – wie der NSU - aufgrund der isolierten Lebensweise, der Gruppen- und Sachzwänge, etwa der Angst vor Entdeckung und der Schwierigkeit, den Lebensunterhalt zu erwirtschaften, sich deutlich stärker radikalisieren als Gruppen, die im Sinne von „Feierabendterroristen“ weiterhin ein „normales“ Leben führen. Demnach kann das Leben in der Illegalität dazu führen, dass die Gruppenmitglieder eine eigene Wahrnehmung entwickeln, die alternative Formen von Realität außerhalb des Gruppenzusammenhangs abwegig erscheinen lässt. Letztlich führt dies möglicherweise auch zu einer Intensivierung der Gewalt bei Anschlägen. Die Gewalt wird zum Selbstzweck, was ebenfalls beim NSU geschehen sein dürfte.

Daraus lässt sich ableiten, dass terroristische Gruppierungen zwingend bereits in der Anfangsphase durch die Sicherheitsbehörden zerschlagen werden müssen. Allerdings scheint hier eine Art „Karenzzeit“ zu bestehen, in der sich die Gruppierung sukzessive radikalisiert. So dürfte bei kaum einer terroristischen Gruppierung des deutschen Links- oder Rechtsterrorismus von Beginn an das Ziel im Vordergrund gestanden haben, Menschen zu töten.

Die Lehren aus dem Fall „Breivik“: Einsamer Wolf-Terrorismus als Phänomen sui generis innerhalb des Terrorismus¹

Florian Hartleb

1. Einleitung und Fragestellung

Der „Kleinzelltäter“ scheint zu einer neuen sicherheitspolitischen Bedrohung zu werden, der die Terrorismusbekämpfung zentrale Aufmerksamkeit schenken muss.² Das Phänomen wurde durch die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) und die Pannen deutscher Sicherheitsbehörden, insbesondere der Verfassungsschutzämter³ auf dramatische Weise virulent.⁴ Eine solche Art von Terrorismus fiel aus dem bürokratisch geprägten Blickwinkel von Polizei- und Verfassungsschutzbehörden sowie professioneller Beobachter. Dies geschah auch, wie der langjährige, kontinuierlich beobachtende Extremismusforscher Uwe Backes selbstkritisch konstatiert, weil „sich das Gros dem Typus expressiver, emotional-hassgeladener, wenig planhafter und organisierter Taten zuzurechnen lässt... Insbesondere der Spezies der politisch motivierten Mehrfach- und Intensiv-

¹ Der Beitrag ist eine überarbeitete Fassung von Florian Hartleb, Die Analyse des Falls „Breivik“: Einsamer Wolf-Terrorismus als wichtiges, aber vernachlässigtes Phänomen sui generis innerhalb des Terrorismus, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Sicherheit 2012/2013, Frankfurt/M. 2012, S. 71-92.

² Vgl. Florian Hartleb, Kommentar Kleinzelltäter. Anders Breivik und die Nazi-Attentäter des NSU haben eines gemeinsam: Für ihre Morde brauchten sie keine Zelle, in: The European vom 5. August 2012, <http://www.theeuropean.de/florian-hartleb/11876-terroristische-einzeltaeter> (gelesen am 2. Februar 2013).

³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber: Die Lehren aus der Nichterkennung der NSU-Serienmorde. Plädoyer für eine Reform der Sicherheitsbehörden hin zu mehr Analyse, in: Kriminalistik, 67 (2013) 1, S. 17-21.

⁴ Vgl. z. B. Armin Pfahl-Traughber, Gibt es doch eine ‚Braune Armee Fraktion‘? – Die Besonderheiten des ‚Nationalsozialistischen Untergrundes‘, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Sicherheit 2012/2013, Frankfurt/M. 2012, S. 93-107.

täter wurde bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.“⁵ So spielt das Konzept des „Einsamen-Wolf-Terrorismus“ im deutschen Kontext bislang keine Rolle, obwohl es zahlreiche Fälle dafür im internationalen Kontext gibt. Offenbar fehlt das Gespür für mögliche Szenarien. Der erste erfolgreiche islamistische Anschlag in Deutschland im Frühjahr 2011 ging von einem Einzeltäter aus. Aufgehetzt von einem Internetvideo, das angeblich die Vergewaltigung von muslimischen Frauen durch US-Soldaten zeigte, radikalisierte sich der junge Kosovare Arid Uka innerhalb von wenigen Tagen. Wenig später passte er eine Gruppe von US-Soldaten auf dem Frankfurter Flughafen ab, fragte einen der GIs nach einer Zigarette und zog dann seine Waffe. Er erschoss zwei Soldaten, nur eine Ladehemmung verhinderte Schlimmeres.⁶ Das Gericht verurteilte ihn zu lebenslanger Haft. Die Anklage hatte sich überzeugt gezeigt, dass Uka mit der Tat seinen persönlichen Beitrag zum Dschihad leisten wollte. Er habe sich zum „Herrn über Leben und Tod gemacht“ und seine Opfer willkürlich ausgesucht. Uka sei ein Einzeltäter, der sich über das Internet radikalisierte. Uka selbst erklärte vor Gericht: „Ich musste etwas tun und habe geglaubt.“⁷

Innerhalb von Al-Qaida gibt es einen Strategiewechsel aufgrund eigener Schwächung: Operationen werden weniger von Islamisten aus dem Westen durchgeführt, die in Terrorlagern im Ausland ausgebildet werden und dann in ihren Heimatländern Terrorzellen gründen, sondern Muslime im Westen angestachelt, selbstständig loszuschlagen. Die US-Regierung nennt Al-Qaida heute eine geschwächte Organisation. Vor allem die USA seien sicherer geworden. Zu großen Anschlägen sei Al-Qaida nicht mehr in der Lage, die Kampfmentalität schlecht. US-Drohnenangriffe und gezielte Aktionen in pakistanischen Stammesgebieten schränken auch die Ausbildung von Nachwuchs ein.

⁵ Uwe Backes, Formen und transnationale Netze im Vergleich, in: Politische Studien, 63 (2012) 5-6, S. 56-67, hier S. 56.

⁶ Vgl. Christoph Sydow, Islamistische Terroristen. Die Gefahr der einsamen Wölfe, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/toulouse-attentaeter-passt-ins-bild-islamistischer-einzeltaeter-a-822829.html> (gelesen am 18. Juli 2012).

⁷ Vgl. mit Zitaten Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Lebenslange Haft für Flugzeugattentäter Arid Uka, Pressemitteilung vom Februar 2012.

Deshalb sei es die neue Strategie, kleine Zellen und Einzeltäter zu Terrorakten im Westen anzustiften.⁸

Der drastischste Einzeltäteranschlag der Gegenwart, auch von der Quantität, ereignete sich in Norwegen, wo der 32-jährige rechtsterroristische Einzeltäter Anders Behring Breivik am 22. Juli 2011 erst eine Autobombe im Regierungsviertel von Oslo zur Explosion brachte, die unter anderem acht Menschen tötete. Nur wenige Stunden später richtete er, als Polizist verkleidet, auf einer kleinen Insel, 30 km von Oslo entfernt, mit einer Schusswaffe ein Massaker an. Breivik nutzte dabei die Gelegenheit eines Massenaufzugs, ein traditionelles Zeltlager der sozialdemokratischen Jugendorganisation auf Utøya. Im Laufe von mehr als einer Stunde fielen dem Terroristen 69, meist junge Personen zum Opfer. Der perfide Akt kann nur deshalb nicht als Amoklauf bezeichnet werden, weil der Täter vor seinen Taten eine wenn auch krude politische Botschaft – ein Europa frei von „Kulturmarxismus“ und Islamismus“ hinterließ und vorgeblich aus politisch-destruktiven Motiven handelte. Diese Botschaft fand ihren Ausdruck in einem in englischer Sprache verfassten „Manifest“, das mehr als 1500 Seiten umfasst, und einem you-tube-Video, in dem sich der Täter zum „Kreuz- und Tempelritter“ stilisiert.

Dachte man ob der Kaltblütigkeit vorschnell an einen Akt von Al-Qaida⁹, stellte sich trotz der Behauptungen des Täters, er sei Teil einer Bewegung und einer obskuren Zelle, schnell heraus, dass er als Einzeltäter gehandelt hatte. Unabhängig vom im Prozess gegen ihn aufkommenden Streit um seinen Geisteszustand zeigt sich ein rationalakribisches Vorgehen, da Breivik sich jahrelang, beim Schreiben und bei der intensiven Vorbereitung auf die Terrorakte kühl-berechnend vorbereitet hatte. Er wurde dann auch im einstimmigen Urteil vom 24. August 2012 nach einem zehnwöchigen Prozess als zurechnungsfähig

⁸ Vgl. Alexander Ritzmann, Al-Quaida setzt auf Einzelkämpfer, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-09/al-qaida-kampf-911> (gelesen am 14. Februar 2013).

⁹ Der ZDF-Terrorismusexperte Elmar Theveßen spekulierte etwa auf einen islamistisch motivierten Anschlag. Vgl. den bissigen, aber treffenden Kommentar <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/2.1756/fernsehkommentare-zum-terror-wer-solche-experten-kennt-braucht-keine-laien-11109925.html> (gelesen am 5. Januar 2013).

erklärt und dementsprechend zur Höchststrafe von 21 Jahren mit anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt. Breivik war zuvor nicht strafrechtlich-polizeilich erfasst worden. Ein Verständnis vom Agieren dieses Terroristen ist dabei essentiell, um für die Zukunft zu lernen und präventiv wirken zu können.¹⁰ Das gilt auch für die ausführliche ideologische Begründung der Tat – schon bei Adolf Hitlers „Mein Kampf“ weist die Ideengeschichtlerin Barbara Zehnpfennig nach, dass es sich dabei um ein in sich logisches Gedankenkonstrukt handelt, das ebenfalls erst theoretisch manifestiert, dann praktisch umgesetzt wurde.¹¹ Im Fall „Breivik“ sind zudem Nachahmungstäter nicht ausgeschlossen.¹² In Polen wollte im November 2012 ein mutmaßlicher Terrorist in Orientierung an Breivik das Parlamentsgebäude in die Luft sprengen, was im Vorfeld vereitelt werden konnte.¹³

Das Potential des „Einsamen-Wolf-Terroristen“ wird inzwischen immens hoch eingeschätzt. US-Präsident Barack Obama äußerte unter dem Eindruck der Ereignisse in Norwegen und auf Konsultation seiner Sicherheitsberater: „Das Risiko, mit dem wir zunehmend konfrontiert sind, geht von einem Einsamen-Wolf-Terroristen aus, jemand mit einer einzigen Waffe, der in der Lage ist, Massaker zu verursachen, wie wir soeben in Norwegen gesehen haben. Eine Person, geleitet von einer hasserfüllten Ideologie, kann viel Schaden verursachen, und es ist viel schwerer, die Spuren dieser Einsamen-Wolf-Operationen rechtzeitig aufzuspüren.“¹⁴

¹⁰Vgl. Pelle Billing/Kristian Stålne, Learning from the Unfathomable: An Analysis of Anders Behring Breivik, in: Internal Review, (2011) 7, S. 149-160, hier S. 151.

¹¹Vgl. Barbara Zehnpfennig, Hitlers „Mein Kampf“. Eine Interpretation, München 2006.

¹²Vgl. O. A., Tscheche wollte offenbar Breivik imitieren, in <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/chronik/norwegen/3095242/tscheche-wollte-offenbar-breivik-imitieren.story> (gelesen am 15. August 2012).

¹³Vgl. O. A., Terroranschlag auf Polens und Führung Polens vereitelt, in: <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/Terroranschlag-auf-Parlament-und-Fuehrung-Polens-vereitelt-article908961.html> (gelesen am 5. Januar 2013).

¹⁴Obama: biggest fear is the lone wolf. CNN Situation Room, 16. August 2011, in: <http://security.blogs.cnn.com/2011/08/16/obama-biggest-terror-fear-is-the-lone-wolf/> (gelesen am 16. Juli 2012; eigene Übersetzung).

Der folgende Beitrag will anhand des „Einsamen-Wolf“-Konzeptes diese Form des Terrorismus beleuchten und anhand des Falles „Breivik“ hinterfragen, was für Lehren aus dem Terrorismus des norwegischen Falles gezogen werden können. Dabei geht es um Ursachen, Motive, Gefahrenpotentiale und Prävention. Wie der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke in einem biographischen Porträt über Michael Kühnen deutlich macht, „sollten Biographien von sogenannten ‚Extremisten‘ als Indikatoren verstanden werden, die etwas über Bedingungen und Verlaufsformen fehlgeschlagener demokratischer politischer Sozialisation, von politischen und sozialen Desintegrationsprozessen einer sich demokratisch verstehenden Gesellschaft aussagen können, denn: Niemand wird als ‚Faschist‘ oder ‚Extremist‘ geboren und niemand stellt sich aus gänzlich freien Stücken ins politische und gesellschaftliche Abseits.“¹⁵

2. Einordnung des Einsamen-Wolf-Terrorismus

2.1. Konzept

Die konzeptionelle Beschäftigung mit dem Terrorismus ist stark von inhumanen, perfiden und propagandistischen Aktionen abhängig.¹⁶ Das mediale Weltereignis des 11. September 2001 und weitere Anschläge im Dunstkreis von Al-Qaida bewirkten ein starkes Forschungsinteresse am islamistischen Fundamentalismus und an den Möglichkeiten seiner Bekämpfung. Der deutsche Kontext ist stark vom Linksterrorismus der RAF beeinflusst, der im Kontext der deutschen Nachkriegsgeschichte gesehen wird.¹⁷ Das zeigt die aktuelle Diskussion um Rechtsterrorismus in Deutschland. Die Spezifika dieser Terroristen eignen sich für Vergleiche, um die neuen Dimensionen des Terrorismus im 21. Jahrhundert auch mit Blick auf die psycholo-

¹⁵Hans-Gerd Jaschke, Biographisches Porträt: Michael Kühnen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 4, Bonn 1992, S. 168-180, hier S. 168.

¹⁶Vgl. Martha Greshaw, The Psychology of Terrorism: An Agenda for the 21st Century, in: Political Psychology, 21 (2000) 2, S. 405- 420, hier S. 410.

¹⁷Vgl. statt vieler Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006.

gischen Aspekte herauszuarbeiten.¹⁸ Rechtsterrorismus selbst firmiert als eine Sammelbezeichnung für einen Teilbereich des „Terrorismus“, der im Namen ethnischer Identität, Reinheit und Überlegenheit einschlägige Gewalthandlungen von Anschlägen gegen Einrichtungen bis zu Morden an Menschen begeht.

Terrorismus ist nach herrschender Meinung weitgehend ein Gruppenphänomen, das durch Interaktion von Personen entsteht. Definitionen sprechen dann auch von terroristischen Akteuren (im Plural) und einer gewissen organisatorischen Befehlsstruktur.¹⁹ Auch die Suche nach einer international trag- und konsensfähigen Terrorismusdefinition klammert individuellen Terrorismus per definitionem bislang aus und bezieht Terrorismus auf substaatliche oder transstaatliche Gruppen.²⁰ Auch wenn Terroristen in der Darstellung der Medien und der allgemeinen Wahrnehmung häufig zunächst einmal einzelne Personen sind, zielt eine nähere Betrachtung direkt auf einen unmittelbaren terroristischen Gruppenhintergrund, einen Unterstützer- und Sympathisantenkreis.²¹ Der dem Terrorismus attestierte hohe Organisationsgrad scheint den Einzeltäter nicht zu erfassen. So äußert der Terrorismusforscher Peter Waldmann: „Die planmäßige Vorbereitung gezielter Anschläge unter den schwierigen Bedingungen des Untergrunds, die Kalkulation des Schockeffekts – all dies setzt ein gewisses Maß an operativer Intelligenz voraus und grenzt das Spektrum möglicher Akteure ein.“²²

Die häufige Exklusion des Alleintäters nimmt nicht wunder, da er rein statistisch eine *quantité négligeable* darstellt. *Nicht einmal zwei Pro-*

¹⁸Vgl. Melani Barlai/Florian Hartleb, RAF und Al Qaida. Ein psychologischer Vergleichsansatz der Motive, Ziele und Mittel, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Sicherheit 2008/2009, Frankfurt a. M. 2009, S. 227-234.

¹⁹Vgl. Bruce Hoffmann, Inside Terrorism, New York 2000, S. 42-43.

²⁰Vgl. Uwe Backes, Auf der Suche nach einer international konsensfähigen Terrorismusdefinition, in: Martin H.W. Möllers/Robert Ch. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/03, Frankfurt a.M. 2003, S. 153-165.

²¹Vgl. etwa Christian Büttner, Mit Gewalt ins Paradies. Einige psychologische Anmerkungen zu Terror und Terrorismus, in: Politische Studien, 53 (2002) 11/12, S. 21-41, hier S. 22.

²²Peter Waldmann, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Determinanten des Terrorismus, Weilerswist 2005, S. 11-28, hier S. 15.

zent aller terroristischen Anschläge gehen von einem Einsamen Wolf aus, wobei die Häufung der Fälle in den USA signifikant ist. Ideologisch gibt es ein breites Spektrum.²³ Nach herrschender Auffassung ist „der Terrorist“ also eine ideologische Person, die mit einer hohen Gruppenkohärenz in einer fest organisierten, arbeitsteiligen Struktur eingebunden ist.²⁴ Einsamer-Wolf-Terrorismus bezieht sich auf intendierte Akte, die von Personen begangen werden, welche

- (1) individuell operieren,
- (2) vorgeben, aus politischen Überzeugungen zu handeln,
- (3) die nicht einer organisierten Terrorgruppe oder einem Terrornetzwerk angehören,
- (4) die ohne direkten Einfluss eines Anführers oder einer irgendwie gearteten Befehls- und Gehorsamshierarchie handeln,
- (5) dabei für die Propaganda, die kommunikative Verbreitung ihrer extremistischen Ideologie selbst sorgen, und
- (6) deren Taktik und Methoden (modus operandi) umgesetzt werden von dem Individuum ohne direkten Befehl oder direkte Führung von außen.²⁵

Der Einsame Wolf-Terrorismus ist das Produkt der Selbstradikalisierung eines Individuums, die von einer im Einzelfall zu gewichtenden Mixtur aus persönlichen Kränkungen und politisch-ideologischen Motiven ausgelöst wird. Im Unterschied zum Amoklauf ist der Einsame-Wolf-Terrorismus politisch motiviert und systematisch geplant. Es kann hier gleichwohl gewisse Überschneidungen geben, wenn der Terrorist im öffentlichen Raum agiert, wahllos Menschen tötet und dabei völlig emotionslos vorgeht. Bei Breivik wird eben genau dieser Aspekt thematisiert, da er auf der Insel wie ein Amokläufer agierte.²⁶

²³So in einer Auswertung Ramón Spaaij, *Understanding Lone Wolf Terrorism. Global Patterns, Motivations and Prevention*, Heidelberg 2012.

²⁴Vgl. Astrid Bötticher/Miroslav Mareš, *Extremismus. Theorien – Konzepte – Folgen*, München 2012, S. 63.

²⁵Vgl. Ramón Spaaij, *The Enigma of Lone Wolf Terrorism. An Assessment*, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 33 (2010), S. 854-870.

²⁶Vgl. Tore Wehling/Stefan Hansen, *Breivik, Terrorist oder Amokläufer?*, in: Joachim Krause/Stefan Hansen (Hrsg.): *Jahrbuch Terrorismus 2011/2012*, Op-laden 2012, S. 121-148.

Der Amokläufer bringt in einem willkürlichen Akt jedes Opfer einzeln aus unmittelbarer Nähe und nacheinander um. Die Psychiaterin Nahlah Saimah macht den Unterschied deutlich: „Während es Amoktätern oft um Rache oder Kränkung geht, entwickeln politische Mörder häufig ein bizarres, pathologisches Gerechtigkeitsempfinden mit einem aggressiven Gewissen für richtig oder falsch. Das stützt das fragile Selbstwertgefühl wie eine Prothese.“²⁷

Ein Grenzfall ist in dem gezielten Anschlag auf prominente Politiker oder andere Autoritäten wie etwa den Papst oder Wirtschaftsbosse zu sehen. Mitunter haben die Attentäter politische Botschaften hinterlassen, mitunter aber auch nicht. Vieles bleibt manchmal auch unklar. Terroristen handeln auf Grundlage fest gefügter Überzeugungen, die sie durch Gewalt Wirkung verleihen wollen. Die kommunikative Botschaft ist dabei wichtiger als die Tat(en) selbst. Öffentlich bekannte Opfer dienen als Verstärker der terroristischen Propaganda: Auch Breivik hatte auf der Insel neben den Jugendlichen eine prominente Vertreterin der Politik im Visier, die er als Symbol des Multikulturalismus ausmachte. Im Verhältnis zu seinen ursprünglichen Plänen hatte er sich verspätet, was der langjährigen Ministerpräsidentin Norwegens, Gro Harlem Brundtland, die dort am frühen Vormittag einen Vortrag gehalten hatte, wahrscheinlich das Leben rettete. Brundtland hatte die Insel wenige Minuten vor Breiviks Ankunft verlassen.

Prominente Anschlagziele, Figuren aus dem öffentlichen Leben, können gleichermaßen auf Attentat wie auf den Gesamtkomplex von Terrorismus hindeuten; mitunter lassen sich Grenzen schwer ziehen: Lee Harvey Oswald, Attentäter auf den US-Präsidenten John F. Kennedy am 22. November 1963, wurde kurz nach seiner Tat ebenfalls ermordet, so dass offener Raum für Spekulationen, Verschwörungen und größere Komplotttheorien bleibt. Oswald leugnete die Tat. Wegen des fehlenden Propagandahintergrunds kann er nicht als Terrorist bezeichnet werden.

²⁷Zitiert nach Hans Klumbies, Mörderische Abgründe gibt es in jeden Menschen, in: <http://www.wissen57.de/morderische-abgrunde-gibt-es-in-allenmenschen.html> (gelesen am 17. Juli 2012).

Volkert van der Graaf, Attentäter auf den niederländischen rechtspopulistischen Politiker Pim Fortuyn in dessen Wahlkampf für die Parlamentswahl 2002, galt als militanter Umwelt- und Tierschützer, hatte also ein direktes politisches Motiv. Er gab an, seine Tat im Alleingang länger vorbereitet zu haben und Muslime schützen zu wollen – als Ziel war Fortuyn ausersehen, der aus seiner Islamfeindlichkeit keinen Hehl machte. Der Täter kann daher als Einsamer-Wolf-Terrorist bezeichnet werden.

Am 13. Mai 1981 feuerte der türkische Rechtsextremist Mehmet Ali Ağca aus nächster Nähe mindestens zwei Pistolenschüsse auf Johannes Paul II. ab, als dieser im offenen Papamobil auf dem Weg zur Generalaudienz in langsamer Fahrt die auf dem Petersplatz versammelte Menschenmenge passierte. Der Papst konnte gerettet werden. Der Täter hatte bereits kurz vorher den Chef der türkischen Zeitung „Milliyet“, den Journalisten Abdi İpekçi, ermordet, allerdings mit einem Komplizen. Bei der Tat auf den Papst wird zudem über die Mitwirkung von Geheimdiensten spekuliert. Der Täter stand auch als Mitglied einer rechtsextremistischen Organisation, den „Grauen Wölfen“ nahe. Summa summarum passt er nicht in die Kategorie.

Der Amerikaner Timothy James McVeigh fällt ebenso nicht unter diese Definition. Er verübte im Jahr 1995 den Bombenanschlag auf das Murrah Federal Building in Oklahoma City, in dessen Folge 168 Menschen starben. 1997 wurde er für diese Tat verurteilt und 2001 hingerichtet. Mc Veigh hatte einen Mittäter, der ihm bei der Vorbereitung entscheidend half und „eingeweiht“ war.

Der Bombenleger von München, Gundolf Köhler, der am 26. September 1980 durch eine Bombenexplosion während des Oktoberfests 13 Menschen tötete und über 200 zum Teil schwer verletzte, entstammte der rechtsextremistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“, weshalb seine Alleintäterschaft fraglich ist.

Die Bezeichnung „Einsamer-Wolf-Terrorist“ wurde von US-Behörden eingeführt und popularisiert. Sie geht zurück auf den militanten weißen Rassist Alex Curtis, der Ende der 1990er Jahre Gleichgesinnten empfahl, ganz auf sich gestellt Anschläge zu begehen. Immer wieder spielt dabei die Assoziation des Begriffs eine Rolle - der Wolf, der das Rudel verlassen hat. Einsamer Wolf wird immer wieder synonym für

Eigenbrötler, Einzelgänger, Individualist, Außenseiter, Underdog und Einzelkämpfer gebraucht,²⁸ in gewisser Weise auch im Gegensatz zu einem Teamplayer oder Rudelführer. Nicht umsonst spielen narzisstische Persönlichkeitsmuster bei dieser Form des Terrorismus eine besondere Rolle. Die Assoziation eignet sich auch deshalb, weil der Terrorist jahrelang unauffällig inmitten der Gesellschaft lebt, auf einmal in Aktion tritt und gewalttätig handelt. Wichtiges Merkmal der Einsamen Wölfe scheint zu sein, dass sie eine Phase der eigenen Radikalisierung durchleben, die sie mitunter im stillen Kämmerlein, neuerdings via Internet und soziale Medien erfahren. Isoliert vom Gros der Gesellschaft planen sie offenbar ihre Taten professionell, gar minutiös. Im virtuellen Zeitalter besteht verstärkt die Befürchtung, dass die unterschiedlichen Extremismen in Zukunft gestärkt durch das Internet wesentlich loser agieren, Individuen auch durch praktische Anleitungen und ideologisch-fanatisches Material im Internet zu Terroristen mutieren und somit die „Propaganda der Tat“ zunimmt. Mitunter wird das Internet als „Jagdgebiet der einsamen Wölfe“²⁹ ausgemacht.

Der Einsame-Wolf-Terrorismus steht in begrifflicher Verwandtschaft zum Konzept des Leaderless Resistance (Führerloser Widerstand), der Anschlagplanung durch kleine, unabhängige und im Alltag unauffällige Zellen, wie offenbar trotz mancher Auffälligkeiten und Spuren im Falle der NSU. Leaderless Resistance verzichtet auf zentrale Kommandostrukturen, setzt hingegen auf bewegliche Kleinstgruppen mit einem hohen Maß an Planungsautonomie und Flexibilität. Das propagierte System basiert auf Zellen, die trotz eines notwendigen gemeinsamen Ziels unabhängig voneinander operieren. Das gilt auch für die Anschlagziele, die an verschiedenen Orten durchgeführt werden. Louis Beam prägte als Aktivist des Ku-Klux-Clan Anfang der 1980er Jahre mit einem Essay diesen Begriff, der in „NS-affinen Szenen“ die Bildung von Terrorzellen auch weiterhin stimulieren könnte.³⁰ Wich-

²⁸Vgl. <http://www.openthesaurus.de/synonyme/einsamer+Wolf> (gelesen am 11. Juni 2012).

²⁹Manfred Seeh/Ulrike Weiser: Internet als Jagdgebiet der einsamen Wölfe, in: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/680543/Internet-als-Jagdgebiet-der-einsamen-Woelfe> (gelesen am 12. Mai 2012).

³⁰So Uwe Backes, Formen und transnationale Netze im Vergleich, in: Politische Studien, 63 (2012) 5-6, S. 56-67, hier S. 66.

tige Schlüsselmerkmale zur Analyse terroristischen Handelns können auch auf den Einsamen-Wolf-Terrorismus angewandt werden: Gewaltstrategien, Durchsetzung politischer Ziele, mediale Perzeption, Schaffung eines Klimas von Angst sowie ein Agieren aus dem Untergrund.

2.2. Historisch-empirische Referenzpunkte

Als Referenzpunkt für viele Arten von Terrorismus, aber auch für den Einsamen-Wolf-Terrorismus gilt der russische Anarchismus um Michail Alexandrowitsch Bakunin (1814-1876) mit dem Konzept „Propaganda der Tat“, das im 19. Jahrhundert in diesen Zirkeln entwickelt wurde. Solange der Boden für den finalen Umsturz noch nicht bereitet sei, müsse eben nicht eine hierarchisch strukturierte Großorganisation agieren, sondern ein Individuum oder eine kleine Gruppe mit Gewaltakten die verzweifelte Lage der Ärmsten entschlossen kundtun.³¹ Einige „utopische Sozialisten“ glaubten, Russland könne unter Umgehung des Kapitalismus durch eine Bauernrevolution zum Sozialismus kommen. Ihr Ziel wollten sie hauptsächlich mit den Mitteln des individuellen Terrors erreichen. Lenin sah in ihnen grundsätzlich legitimes Handeln, lehnte aber eben diesen individuellen Terror ab. Der Terrorismusforscher Walter Laqueur erkennt in dieser politischen Aktion zwei Dimensionen: Erstens wird die intendierte Botschaft verstärkt, zweitens ein Machtanspruch zum Ausdruck gebracht, der im terroristischen Akt hervortritt.³² Die Geschichte des individuell-solitären Terrorismus zeigt, dass der „Einsame Wolf“ seine Taten mit ganz unterschiedlichen Grundideologien begründet. Anarchistische Revolutionäre, religiöse Fanatiker wie islamistische Fundamentalisten, radikale Umwelt- und Tierschutzaktivisten, rassistische Fanatiker einer „weißen Überlegenheit“ und Rechtsterroristen im Allgemeinen verübten solche terroristischen Akte.

Theodore („Ted“) John Kaczynski, ein US-amerikanischer Mathematiker und Bombenleger, handelte als Einsamer-Wolf-Terrorist. Im

³¹Vgl. Walter Laqueur, Die globale Bedrohung: Neue Gefahren des Terrorismus, München 2001, S. 21.

³²Vgl. Walter Laqueur, The New Terrorism: Fanaticism and the Arms of Mass Destruction, New York 1999, S. 3-4.

Zeitraum von 1978 bis 1995 soll er 16 Briefbomben an verschiedene Personen in den USA verschickt haben, wodurch drei Menschen getötet und weitere 23 verletzt wurden. Bevor seine Identität bekannt wurde, bezeichnete man ihn als „Unabomber“ (university and airline bomber), da der Terrorist die Bomben vornehmlich an Universitätsprofessoren und Vorstandsmitglieder von Fluggesellschaften schickte. Ab 1970 lebte Kaczynski in den Bergen von Montana in einer kleinen, selbst gebauten Holzhütte, nachdem er sich von der Universitätskarriere, später vom zivilisierten und sozialen Leben verabschiedet hatte. 1995 verschickte Kaczynski anonym ein 35.000 Wörter langes Manifest mit dem Titel „Die industrielle Gesellschaft und ihre Zukunft“ (Industrial Society and its Future, auch bekannt als Unabomber-Manifest) an verschiedene Adressaten mit dem Angebot, die Bombenattentate zu beenden, falls dieser Text in einer bekannten Zeitung publiziert würde. Am 19. September 1995 veröffentlichten die „New York Times“ und die „Washington Post“ das Manifest, um Hinweise auf den Täter zu bekommen. Nach dem Zeitungsabdruck des Manifests erkannte Kaczynskis jüngerer Bruder David darin den Schreibstil seines Bruders und verständigte nach eigenen Ermittlungen die Behörden. In seinem Manifest schilderte Kaczynski, warum er der Menschheit wünscht, die Technisierung der Gesellschaft möglichst bald zu überwinden.³³

Ein Einsamer-Wolf-Rechtsterrorist war auch der Österreicher Franz Fuchs, der ebenfalls unter die Rubrik nicht-parteilicher Rechtsextremismus fällt.³⁴ Vier Jahre, von 1993 bis 1997, hielt der fremdenfeindlich motivierte Täter die Republik Österreich mit zahlreichen Brief- und Rohrbomben in Atem. Hinter der „Bajuwarischen Befreiungsarmee“, angeblich Drahtzieher der Briefbomben, verbarg sich der offenbar geistig verwirrte³⁵ Einzeltäter Franz Fuchs. Er war entge-

³³Vgl. Alston Chase, Harvard and the Making of the Unabomber, in: <http://www.theatlantic.com/past/docs/issues/2000/06/chase.htm> (gelesen am 4. Januar 2013).

³⁴Vgl. Florian Hartleb, Extremismus in Österreich, in: Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 265-281, insb. S. 277 f.

³⁵Die schreienden Auftritte im späteren Gerichtsprozess deuten zumindest auf eine starke Persönlichkeitsstörung hin. Dort brüllte er, wohl eine geplante Inszenierung bis zur Heiserkeit und zu einem Prozessausschluss Parolen wie

gen vieler Mutmaßungen ohne soziale Kontakte und gänzlich ohne Verbindungen zu einschlägig bekannten Organisationen und Personen – also ein klassischer „Einsamer Wolf“. Auch mit politischen Äußerungen trat Fuchs, in eigenen Worten „Patriot“, nicht in Erscheinung. Die mit breiten historischen Diskursen angereicherten Bekenner-schreiben indizierten allerdings eine deutschnationale und minderheitenfeindliche, insbesondere antislawistische und antitürkische Gesinnung. In den Bekenner-schreiben befanden sich zudem deutschnationale Versatzstücke sowie die Ablehnung der Zweiten Republik, besonders der parlamentarischen Institutionen und des Justiz- und Sicherheitsapparats.³⁶ Die Bombenanschläge richteten sich vornehmlich gegen Angehörige von ethnischen Minderheiten. Vier Roma starben am 5. Februar 1995 durch eine Rohrbombe, nachdem sie versucht hatten, das am Rande einer burgenländischen Roma- und Sintisiedlung aufgestellte Schild „Roma zurück nach Indien“ zu entfernen. 15 Menschen, darunter der populäre Wiener Altbürgermeister Helmut Zilk, wurden bei den Anschlägen zum Teil schwer verletzt. Weitere 25 Briefbomben konnten rechtzeitig entdeckt werden, was eine größere Opferzahl verhinderte. Bei einer routinemäßigen Verkehrskontrolle am 1. Oktober 1997 zündete Fuchs eine Rohrbombe, weil er glaubte, man hätte ihn entlarvt. Schon vorher hatte Fuchs sich in einen Verfolgungswahn gesteigert. Bei einem Suizidversuch trennte er sich beide Hände ab und verletzte die Beamten.³⁷ Er wurde festgenommen und im März 1999 schließlich zu lebenslanger Haft verurteilt. Am 26. Februar 2000 beging Fuchs, zu lebenslanger psychischer Verwahrung verurteilt, Selbstmord in der Zelle.

„Ausländerbrut: Nein, danke! Minderheitenprivilegien: Nein, danke Tschuschenregierung: Nein, danke!“ Als Ziel der Bajuwarischen Befreiungsarmee nannte Fuchs, die slawische Völkerwanderung zu stoppen. Sein freilich irrationaler Hass ergab sich wohl aus persönlichen Motiven. Fuchs lebte im Grenzgebiet zu Slowenien.

³⁶Vgl. Sebastian Reinfeldt, *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*, Wien 2000, S. 188.

³⁷Vgl. zu diesen Angaben, einschließlich der biografischen Angaben des Täters und den technischen Details der Anschläge Bundesinnenministerium für Inneres (Hrsg.), *Staatsschutzbericht 1997*, Wien 1998, S. 34-36.

3. Neue Dimension durch Anders Behring Breivik

Durch Breivik hat der Einsame Wolf Terrorismus eine neue Dimension erfahren, die sich kaum nachvollziehen lässt. Durch seine ausführliche Begründung der Taten geht er als einer der „schlimmsten, aber am besten dokumentierten Massenmörder in der Geschichte“³⁸ ein. Eine wissenschaftliche Annäherung kann durch verschiedene, schwer zu gewichtende Faktoren und Indikatoren erfolgen. Diskutabel sind persönliche Kränkungen, Narzissmus und Selbststilisierung, eine Phase der Radikalisierung, die Rolle des Internets, das Abfassen des Manifests, ein Prozess der Entmenschlichung, Selbstisolierung und Entemotionalisierung, das Agieren wie ein aufgeputschter Amokläufer und die Entzauberung im Gerichtsprozess. Der Terrorist wurde mit vielen Labels assoziiert³⁹:

- christlicher Fundamentalist (Selbstbezeichnung bzw. -überhöhung),
- konservativer Revolutionär (Selbstbezeichnung),
- mittelalterlicher Kämpfer oder antimodernistischer Terrorist (Selbststilisierung als Tempelritter),
- erster antiislamistischer Terrorist in Europa oder Repräsentant des europäischen Antiislamismus (wegen seines anschlussfähigen Hasses auf dem Islam),
- Terrorist 2.0 (wegen seiner Affinität zum Internet, zu Blogs und virtuellen Kriegsspielen),
- copy-paste- oder wikipedia-Terrorist (wegen der mehrheitlichen Plagiate im „Manifest“ und der Referenz wikipedia, in den Worten Breiviks die wichtigste Inspirationsquelle),
- Rechtspopulist (wegen seiner kurzzeitigen Mitgliedschaft in der Jugendorganisation der norwegischen „Fortschrittspartei),
- Rechtsextremist (wegen seiner menschenfeindlichen, demokratiefeindlichen Anschauungen),

³⁸So Pelle Billing/Kristian Stålné, Learning from the Unfathomable: An Analysis of Anders Behring Breivik, in: Internal Review, (2011) 7, S. 149-160, hier S. 151.

³⁹Vgl. Florian Hartleb, Europe under shock. Terrorism in Norway. Causes and Consequences, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, Regional Centre for Strategic Studies, gehalten am 23. August 2011 in Colombo/Sri Lanka.

- und einfach als Psychopath (Gesamtbild, teilweise auch gutachterliche Expertise im Vorfeld des Gerichtsprozesses).

3.1. Narzissmus und Selbstkränkung

Einsame Wolf-Terroristen sind unbarmherzige Narzissten, verbunden mit Selbstkränkungen und einer dadurch ausgelösten völligen Gefühlskälte. Breivik zog sich völlig aus dem sozialen Leben zurück, war stets ohne Beziehung und lebte bei seiner Mutter. Er musste zugeben, dass die Firmen, die er gegründet hatte, allesamt im Konkurs endeten. Breivik war folglich nicht, der erfolgreiche Unternehmer, als der er sich im Prozess ausgab. Auf seiner schnell enthüllten Facebook-Seite gab Breivik sich als Direktor von Breivik Geofarm (in Wahrheit seines angemieteten Bauernhofes zur Vorbereitung des Terrorismus) aus, ebenso, wie viele Stunden (14.500) er für sein Studium aufgewendet habe. Seine religiöse Ansicht sei christlich, seine politische Einstellung konservativ. Allein betrügerischen Erfolg konnte Breivik für sich verbuchen: Nachforschungen der Polizei ergaben, dass er zwischen 2003 und 2006 knapp eine halbe Million Euro durch den Verkauf von gefälschten Universitätsdiplomen vor allem in die USA verdiente. Vor Gericht zu seinen Betrugereien befragt, äußerte er, der Verkauf von gefälschten Diplomen über eine Firma sei „moralisch verwerflich“ gewesen.⁴⁰ Breivik verbrachte jeden Tag, selbst am Neujahrestag, zwei Jahre lang zwischen 12 und 16 Stunden mit dem Computerspiel World of Warcraft, sein exponierter Favorit neben Modern Warfare 2 auf der Facebookseite des Täters hinsichtlich persönlicher Spielinteressen, die darauf basieren, dass man Menschen töten muss.

Diese Zeit beschrieb er schönfärberisch als Sabbatical, als „Märtyrertum-Geschenk“, das er zur Vorbereitung seines als Selbstmordattentat geplanten Anschlags nutzen wollte. Breivik nahm vor dem Massaker auf der Insel Stereoide – Substanzen, die aggressiv machen, die Ausdauer stärken und die Sensibilität schwächen, dazu hörte er auf einem i-pad laute Musik. Nach eigener Aussage hatte er Jahre vor seinen Bluttaten ein gezieltes Training zur Unterdrückung von Emotionen

⁴⁰O.A., Befragung durch Staatsanwaltschaft, in: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/attentaeter-anders-breivik-lobt-al-qaida-vor-gericht-a-828103.html> (gelesen am 17. Dezember 2012).

begonnen.⁴¹ Jahrelang arbeitete Breivik dabei an seinem „Manifest“. Wie stark er auf den für Terroristen essentiellen Propagandaerfolg zielte, zeigt bereits der Beginn. Er verwies auf sein you-tube-Video, sprach davon, dass das Urheberrecht des Buches „allen Europäern“ gehöre, zur unbegrenzten Möglichkeit, es in die jeweiligen Landessprachen zu übersetzen (am liebsten zunächst auf Deutsch, Französisch und Spanisch).

Im Prozess verglich er seine „Revolution“ mit der kubanischen von „Che“ Guevara und Fidel Castro – ganz im Sinne seines Größenwahns.⁴² In einer gottesähnlichen Macht maßen sich Einsame-Wolf-Terroristen an, über Leben und Tod zu richten. Breivik ist ein beredtes Beispiel dafür. Er posiert im Video wie im Manifest als selbstverliebter „Tempelritter“ in Uniform, ein Bild, in dem er gesehen werden will. Im Prozess gegen ihn entlarvt sich viel als Lüge, vor allem die Behauptung, Teil einer Zellenorganisation zu sein. Breivik behauptet, außer ihm gebe es noch zwei weitere Terrorzellen in Norwegen und ungefähr 80 in Europa, die allzeit bereit für einen Anschlag seien. Namen nenne er deshalb nicht, da diese Personen sonst verhaftet werden würden. Im Manifest unterzeichnet Breivik die Einleitung als Kommandeur von Tempelrittern, einer von verschiedenen Anführern einer nationalen, paneuropäischen Patriotischen Widerstandsbewegung. Die Einlassungen gelten als wenig glaubwürdig. Zahlreiche Aussagen sind nach Ansicht seiner eigenen Mutter „eine Lüge“. Die Hälfte von dem, was Breivik der Polizei unter anderem über seine Reisen und seine Ausbildung erzählt habe, sei gelogen, teilte sie in einer vor einem Osloer Gericht verlesenen Stellungnahme mit. Darin beschrieb sie ihren Sohn als einen aggressiven und verschlossenen Einzelgänger.⁴³

⁴¹Vgl. Gerald Traufetter: Gescheiteter Gernegroß. Breivik vor Gericht, in: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/anders-breivik-spricht-ueber-die-vorbereitung-seiner-attentate-a-828455.html> (gelesen am 17. Juli 2012).

⁴²Vgl. Anette Ramelsberger/Gunnar Herrmann, Nicht zu fassen. Ist Anders Behring Breivik irre?, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Juni 2012, S. 3.

⁴³Vgl. O.A.: Mutter von Attentäter Breivik bezichtigt ihren Sohn der Lüge, in: <http://www.derwesten.de/panorama/mutter-von-attentaeter-breivik-bezichtigt-ihren-sohn-der-luege-id6767622.html> (gelesen am 12. August 2012).

„Ich habe den raffiniertesten und spektakulärsten politischen Angriff in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg unternommen“, prahlte Breivik vor Gericht.⁴⁴ Dass er sich als Auserwählter, als „Tempelritter“ betrachtet, hat vielerlei Ursachen. Wie stark sein Narzissmus ist, zeigen extensive Selbstinterviews im hinteren Teil des „Manifests“. Er spricht dabei auch „von seinem persönlichen Leben und seinen Selbstüberzeugungen“, besonders auch verstörend-verklemmt von Sexualität, ausführlich im Kontext mit Geschlechtskrankheiten. In seinem Stiefvater und einigen seiner eigenen, besten Freunde sah der Verfasser „lebende Manifestationen des kompletten Zusammenbruchs der Sexualmoral“. Im Selbstinterview stellt er die Frage, ob er eine Freundin oder Frau habe und auf Parties gehe.

Breivik versuchte in einem Verhör mit seinen Verteidigern zu erklären, warum er zum Radikalen und Islamhasser geworden sei. Seine „Beweiskette“ entpuppte sich als kümmerlich: Sie reichte von seinem Fahrrad, das von einem Türken zerstört wurde, als Breivik sieben war, über eine stinkende Abfalltüte, die eine Flüchtlingsfamilie angeblich vor die Tür seiner Mutter stellte, bis zu physischen Konfrontationen mit muslimischen Gleichaltrigen. Der Attentäter behauptete vor Gericht, er sei Kommandeur des antiislamischen Netzwerks „Knights Templar“. Laut Staatsanwaltschaft und norwegischem Nachrichtendienst existiert diese Gruppe aber gar nicht. Breivik sagte dazu, er habe nie behauptet, dass es sich um eine riesige Organisation handele: „Ich bin eine unabhängige und selbstverantwortliche Zelle und stehe in Verbindung mit zwei weiteren, die ebenfalls unabhängig und selbstverantwortlich sind, es gibt also drei Zellen.“⁴⁵

Der wohl entlarvendste Moment spielt sich während der Gerichtsverhandlung ab. Staatsanwalt Holden ließ das you-tube-Video Breiviks vorführen, in dem der Attentäter vor der Gefahr einer islamischen Unterwanderung der westlichen Länder warnt. In dem Moment, da man

⁴⁴O.A., Breivik holte sich Anregungen bei Al-Qaida, in: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/prozess-gegen-norwegischen-attentaeter-breivik-holte-sich-anregungen-bei-al-qaida-1.1334346> (gelesen am 12. August 2012).

⁴⁵Zitiert nach O.A., Befragung durch Staatsanwaltschaft: Breivik bekundet Hochachtung für Al-Qaida, in: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/attentaeter-anders-breivik-lobt-al-qaida-vor-gericht-a-828103.html> (gelesen am 12. Juli 2012).

ihn zwischen all den historischen Bildern von Kreuzrittern eingeblendet sieht in seiner Uniform, die er sich aus dem Billigversand bestellt hatte, füllten sich plötzlich seine Augen mit Tränen. Breivik, der Narzisst, schien in diesem Moment gerührt von seiner eigenen Person. Dieser Moment war auch der emotionalste im Gerichtsprozess. Für die Opfer und deren Vertreter hingegen zeigte er keinerlei gefühlmäßige Regung.⁴⁶ Entlarvend war auch, als er im Gerichtssaal eine Kurzfassung seines Manifests präsentierte. Breivik las ab, klammerte sich an vorformulierte Aussagen, wurde mehrmals unterbrochen, wenn es zu grausam war. Das Morden ist offenbar eine Nebenwirkung für das Erreichen eines größeren Ziels, als ein im Leben Gescheiteter durch Terrorismus in die Geschichtsbücher einzugehen. Daran arbeitet er auch in Haft, wo Briefe entstanden, um mit Gleichgesinnten „ein Netzwerk rechtsradikaler Gefängnisinsassen“ aufzubauen.⁴⁷ Schnell beklagte Breivik sich über inhumane Haftbedingungen, nachdem er zunehmend isoliert und kontrolliert wird.

3.2. Verbindungslinien zu Blogs und Internetaktivitäten

Der Terminus des Einsamer-Wolf-Terrorist oder des autistischen Extremisten sollte nicht verschleiern, dass es gerade im virtuellen Raum zahlreiche Referenzpunkte für eine geistige Brandstiftung gibt. Besonders der dort kursierende Antiislam-Diskurs gibt Anlass zur Diskussion. Breivik bezog sich im Manifest immer wieder auf einen islamfeindlichen Blogger Fjordman, seine wichtigste Quelle. 320 Seiten Text des Bloggers sind im Manifest kopiert. Auch der Titel „A European Declaration of Independence“, eine Art Unabhängigkeitserklärung, stammt aus einem Artikeltitel des Bloggers. Fjordman, der sich im Zuge der Breivik-Debatte als Peder Nøstvold Jensen outete, distanzierte sich von Breivik, bezeichnete ihn als „Wikipedia-Terroristen“

⁴⁶Vgl. Gerald Traufetter, Breivik-Prozess: Ein Narzisst entlarvt sich selbst, in: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/prozess-vs-anders-breivik-attentaeter-von-norwegen-hat-selbstmitleid-a-827860.html> (gelesen am 12. Juli 2012)

⁴⁷Vgl. O.A., Oslo-Attentäter Breivik schreibt Gesinnungsgenossen, in: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1270895/OsloAttentaeter-Breivik-schreibt-Gesinnungsgenossen?_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/749521/index.do&direct=749521 (gelesen am 17. August 2012).

und „ungebildeten Popanz mit Gotteskomplex“.⁴⁸ Im norwegischen islamfeindlichen Forum „Document.no“ hat er 75 Beiträge hinterlassen. Unter anderem erklärte Breivik hier, warum er die in seinen Augen zu gemäßigte und etablierte rechtspopulistische „Fortschrittspartei“ wieder verlassen habe. Breivik bezeichnete es als Fehler der Partei, dass sie „multikulturellen Forderungen und den selbstmörderischen Idealen des Humanismus“ nachgegeben habe.⁴⁹

Wie stark sich Breivik im Internet bewegte, zeigt auch der Blog „Gates of Vienna“. Er postete 2008 zwei Beiträge mit Bezug auf Fjordman⁵⁰, übernahm dessen Symbolik – Gates of Vienna, das intendierte Wiederaufleben einer Schlacht wie 1683, als der Ansturm der Türken vor Wien gestoppt wurde. Sein plagiertes Manifest betitelte Breivik „2083: A European Declaration of Independence“, also 400 Jahre nach Wien sollte es erneut zu einem Kulturkampf kommen. Dem Blog ist zumindest vorzuwerfen, diese Interpretation eines Kampfes in böswilliger Absicht (wie bei Breivik) schnell zuzulassen. Immerhin ist die zentrale Botschaft die Übertragung der Schlacht von Wien auf heute. Unter der großen Abbildung heißt es: „Mit der Schlacht von Wien im Jahr 1683 schien der Islam das christliche Europa überrannt zu haben. Wir sind in einer neuen Phase eines sehr alten Kriegs.“⁵¹ Breivik beschrieb mit diesen Anleihen die Schlacht von Wien.

Die sozialen Medien benutzte Breivik exzessiv, auch zur Verbreitung seiner Propaganda. In seinem you-tube-Video inszenierte er sich, mit der martialischen Musik und seinen Selbstporträts. Er hatte auch einen facebook- und twitter-account. Anders Behring Breivik zeigte sich auf seinem Facebook-Profil im Freimaurer-Schurz als Mitglied der nor-

⁴⁸Zitiert nach Hannes Gamillscheg, Es wird einsam um den Faschisten Breivik, in: <http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/prozess-anders-behring-breivik-es-wird-einsam-um-den-faschisten-breivik,10834438,16304338.html> (gelesen am 16. August 2012).

⁴⁹Vgl. Clemens Wirries, Norwegens rechter Rand, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-07/norwegen-fortschrittspartei-breivik> (gelesen am 13. Februar 2013).

⁵⁰Vgl. die eigenen Angaben des Blogs <http://gatesofvienna.blogspot.it/2011/07/comments-by-breivik-at-gates-of-vienna.html> (gelesen am 2. August 2012).

⁵¹Übersetzung des Autors.

wegischen Johannesloge. Via facebook versandte er das Manifest kurz vor den Anschlägen an nicht-gefragte 1003 E-Mail-Empfänger. Breivik prahlte, am Ende 5700 Facebook-Kontakte und 8000 E-Mail-Adressen gehabt zu haben. Um sich nicht als Plagiator (Realität), sondern als Intellektuellen (Fiktion) zu gerieren, zitierte er auf seiner Facebook-Seite Machiavelli, Kant und John Stuart Mill. Auf twitter paraphrasierte er letzteren, um indirekt seine terroristischen Taten a priori als Akt des Gemeinwohls zu rechtfertigen: „Eine Person mit fester Überzeugung ist der Macht von 100.000 ebenbürtig, die allein interessengesteuert sind.“⁵² Damit kann die social media-Aktivität als komplementär zum Narzissmus des Täters eingeschätzt werden.

Der bereits erwähnte Arid Uka, der im März 2012 den ersten islamistisch motivierten Anschlag mit Todesopfern in Deutschland durchführte, gilt ebenfalls als Einsamer-Wolf-Terrorist, der sich im virtuellen Raum selbst radikalisierte. Im Internet suchte Uka unter seinem Pseudonym „Abu Reyyan“ (Wächter der Himmelpforte) einschlägig bekannte islamistische Diskussionsforen auf, in denen er eigene Beiträge veröffentlichte. Durch die Foreninhalte und -diskussionen sei er zu der festen Überzeugung gelangt, dass sich seine Glaubensbrüder in einem permanenten globalen Krieg mit den USA befänden. Auf dem Computer und dem iPod des Attentäters fanden sich hunderte von dschihadistischen Dateien, so Vorträge des radikalen Predigers Anwar al-Awlaki und eine deutsche Übersetzung des Buchs „Die Verteidigung der muslimischen Länder“ des als Mentor von Osama bin Laden geltenden Abdallah Azzam.

3.3. Verbindungslinien zum Rechtspopulismus und -extremismus

Breiviks Terrorismus hatte eindeutig einen politischen Hintergrund. Zu seinen Opfern zählten Jugendliche aus der ihm verhassten sozialdemokratischen Partei. Wie andere Einsame-Wolf-Terroristen oder Attentäter wollte er auch die langjährige Ministerpräsidentin Norwegens, Gro Harlem Brundtland, auf der Insel ermorden. Er selbst sprach immer wieder davon, dass ihm zahlreiche Politiker aus ideologischen Gründen verhasst sind. Dieser Umstand legt es nahe, Breivik in politische Kategorien zu verorten. Der Journalist Bernhard Schmid sieht in

⁵²Übersetzung des Autors.

seinem Buch „Distanzieren, leugnen, drohen. Die europäische extreme Rechte nach Oslo“ durch den inhumanen Akt von Breivik eine Zäsur innerhalb der extremen Rechten in Europa. Seine Bemühungen, Breivik als Teil eines Netzwerks, auch etwa innerhalb der Freimaurer darzustellen, überzeugen indes nicht, sind gar mitunter selbst verschwörungstheoretisch und bereichern sachliche Forschung im Bereich von terroristischen Netzwerken nicht.⁵³ Breivik war einst Jungfunktionär der norwegischen „Fortschrittspartei“. Er trat aus der Partei aus, da sie ihm zu moderat erschien. Im europäischen Vergleich ist die immigrationsfeindliche „Fortschrittspartei“ weit weniger radikal als etwa der „Front National“, die „FPÖ“ oder der „Vlaams Belang“. Rassistische Untertöne weist sie nicht auf. Breiviks „Manifest“ passt auch entgegen der Meinung einiger Beobachter⁵⁴ überhaupt nicht zur rechtspopulistischen Programmatik. Obwohl Breivik im Manifest neben vielen anderen, aus dem Internet kopierten Verweisen auf die Erfolge rechtspopulistischer Parteien und ihren Antiislamismus rekurriert, wäre es nicht fair, eine direkte Verbindungslinie zu ziehen.

Breivik sieht Europa vor dem Untergang: Ausgelöst werde die Katastrophe durch eine marxistisch-muslimische Konspiration, die durch einen „reinigenden Bürgerkrieg“ bekämpft werden müsse. Dies ist eine gerne verwandte These von kontra-jihadistischen Verschwörungstheoretikern. Breivik bediente sich etwa der Gedanken von Gisele Littmann, einer britischen Autorin, und spricht immer wieder von Eurabien. Unter ihren Pseudonymen Bat Ye‘or (Hebräisch: „Tochter des Nil“) und Yahudiya Masriya publizierte sie mehrere Bücher, in denen sie sich mit der Geschichte des Islams im Nahen Osten auseinandersetzt. Darin warnt die Autorin vor einer „Islamisierung“ Europas, in deren Folge die Region zu einer islamisch-arabischen Kolonie – von Littman als „Eurabien“ bezeichnet – verkäme. Sie behauptet in

⁵³Vgl. Bernhard Schmid, Distanzieren, leugnen, drohen. Die europäische extreme Rechte nach Oslo, Münster 2011.

⁵⁴„Die politische Position des Anders Breivik ordnet sich ziemlich gut ein in die Positionen des europäischen Rechtspopulismus“, sagte fälschlicherweise der deutsche Parteienforscher Tim Spier in einem Beitrag von Fabian Löbe, Rechte spielen Unschuldslamm, in: Financial Times vom 26. Juli 2011. <http://www.ftd.de/politik/international/:attentate-in-norwegen-rechte-in-europa-spielen-unschuldslamm/60083830.html> (gelesen am 27. Juli 2011).

ihrem Buch „Eurabia: The Euro-Arab Axis“, dass die politischen Eliten der Europäischen Union spätestens seit 1973 systematisch auf die Verschmelzung Europas mit der arabischen Welt hinarbeiteten und dabei eine „Islamisierung“ Europas und die Vernichtung Israels zumindest billigend in Kauf nähmen.⁵⁵ Ihr Buch, das in dem akademischen Fachverlag „Fairleigh Dickinson University Press“ veröffentlicht wurde, fand auch bei Intellektuellen positives Gehör, etwa bei dem namhaften britischen Historiker Niall Ferguson.⁵⁶

Breivik nimmt im Manifest häufig Bezug auf die britische antiislamische „English Defence League (EDL)“ – er gab vor, in einem norwegischen Ableger als einer der Gründungsväter involviert zu sein, sich seines Netzwerks zur britischen Organisation rühmend. Vor Gericht bestritt er aber den Kontakt zur EDL.⁵⁷ Diese Organisation entstand im Jahr 2009 in einem Londoner Vorort, wo es zu häufigen Konflikten zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der muslimischen Minderheit, inklusive militanten-islamistischen Gruppierungen gekommen war. Die EDL, finanziert von einem islamfeindlichen Millionär namens Alan Lake, rekrutiert sich aus Fußballhooligans und Anhängern der „British National Party“ (BNP) und „United Kingdom Independence Party“ (UKIP). Die EDL hat keine formale Mitgliedschaft und ist stark im virtuellen Raum aktiv.

Breivik muss aber auch unter dem Blickwinkel eines isolierten Terroristen betrachtet werden, nicht als Anhänger einer Bewegung, zu der er sich ähnlich wie Franz Fuchs als typisches terroristisches Propagandainstrument stilisierte. Die rechtspopulistischen Parteien distanzieren sich nach Breiviks Massaker von dem „Werk eines aus dem seelischen Gleichgewicht gebrachten Einzelnen“, wie der französische „Front National“ erklärte. Sie wiesen all jene zurück, „die mit Terror, Angstmacherei, mit Gewalt und dem Aufruf zur Gewalt agieren“ wie die „Dänische Volkspartei“, und betonten, dass der „Widerstand gegen die multikulturelle Idee keinem Aufruf zur Gewalt gleichkomme“,

⁵⁵Bat Ye’or, *Eurabia, The Euro-Arab Axis*, Madison 2005.

⁵⁶Vgl. Pressemitteilung des Verlags vom Januar 2005, http://www.fdupress.org/book_descriptions/0838640761.html (gelesen am 12. August 2012).

⁵⁷Vgl. Helen Bidd, *Anders Behring Breivik denies contact with the EDL*, in: <http://www.guardian.co.uk/world/2012/apr/20/anders-behring-breivik-edl-trial> (gelesen am 18. August 2012).

wie Geert Wilders' niederländische „Partei für die Freiheit“ äußerte.⁵⁸ Generell lässt sich kein Zusammenhang zwischen der Stärke von rechtspopulistischen Parteien und der Anzahl rechtsextremistischer Gewalttaten nachweisen. In Deutschland etwa ist letztere hoch, obgleich es keine nennenswerte rechtspopulistische Partei gibt. Breivik passt mit seinem Traum von einem mittelalterlichen Barbarentum auch nicht in das klassische rechtsextremistische Gedankengebäude. Dieses basiert auf dem Germanentum, nicht auf mittelalterlichen Kreuzzugsideen. Auf obskure Weise wünschte sich Breivik als angeblich christlich-fundamentalistischer Tempelritter das Mittelalter zurück, wandte sich stark gegen den behaupteten „Kulturmarxismus“ in Europa nach 1945 und die vermeintliche „Massenimmigration durch Islamisten“. Der Bezug auf das Mittelalter passt nicht recht in die rechtsextremistische Denkschablone. Der Terrorist gab im Selbstinterview zudem an, die größten Staatsmänner seien Otto von Bismarck und Winston Churchill gewesen.

Breivik ist auch im Unterschied zu vielen Rechtsextremisten kein Antisemit, sondern proisraelisch und nicht antiamerikanisch eingestellt. Der Terrorist offenbarte eine Faszination für den Staat Israel und dessen militärische Kräfte. Dem entspricht auch seine große Abneigung gegenüber dem Nationalsozialismus: „Wenn es eine Figur gibt, die ich hasse, ist es Adolf Hitler“ schrieb er, und fantasiert über Zeitreisen, um in die Vergangenheit zurückzukehren und ihn zu töten. Hitler selbst bezeichnet er als schlimmen Massenmörder. Im Judentum sieht Breivik das sicherste Bollwerk gegen den Islam. Breivik meldete sich in einem Internetforum für Neonazis an, aber offensichtlich nur mit der Absicht, diese zu überzeugen, dass zwar einige Ideen des Führers zum Volkstum richtig waren. Sein größter Fehler sei aber die Verkenning der Tatsache gewesen, dass die reinsten und edelsten Vertreter des Westens Juden sind. Wenn der Nationalsozialismus schon jeman-

⁵⁸Skandalös hingegen war die Äußerung von Mario Borghezio, Europa-Abgeordneter der italienischen Lega Nord, der das Pamphlet des Attentäters verteidigte: „100 Prozent der Ideen Breiviks sind richtig, manche sind sogar ausgezeichnet“; einen Tag später korrigierte sich Borghezio. Vgl. O.A., Reaktionen rechtspopulistischer Parteien, in: <http://www.faz.net/reaktionen-rechtspopulistischer-parteien-schlag-ins-gesicht-der-anti-islam-bewegung-11114756.html> (gelesen am 12. Februar 2013).

den auslöschen wollte, so hätte er sich im Nahen Osten gegen die Moslems wenden müssen.⁵⁹

Im Manifest schrieb der Terrorist auch: „Ein Multikulturalist ist genauso schlecht wie ein Nazi, der wiederum genauso schlecht ist wie ein echter Moslem, Kommunist oder Faschist.“ Der Nationalsozialismus, der Kommunismus und der Islam sind für Breivik drei Seiten ein und derselben antiwestlichen Doktrin, und alle drei sollten laut ihm verboten werden. Offenbar passt Breivik hier, wie auch der österreichische Rechtsterrorist Franz Fuchs, in das Schema des Einsamen-Wolf-Terroristen: Diese „erschaffen ihre eigene Ideologie, welche breitere politische, religiöse oder soziale Anliegen mit persönlichen Aversionen, Frustrationen und Kränkungen kombiniert.“⁶⁰ Breivik will provozieren, etwa mit seinem Gruß, ein ausgestreckter rechter Arm mit geballter Faust an den ersten Gerichtstagen. Sein Weltbild offenbart manichäisch-menschenfeindliche Züge, in der strikt zwischen gut und böse unterschieden wird.

3.4. Verbindungslinien zu terroristischen Mustern

Breiviks Ideenklau im Manifest legt nahe, nach Bezugspunkten innerhalb des Terrorismus zu fahnden. Wie stark sein Wunsch nach Andocken an andere Terroristen, Massenmörder und Amokläufer ist, zeigt sein Brief aus der Haft an Beate Zschäpe, Teil des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU). Ebenfalls schrieb er an den Hecken-schützen von Malmö, Peter Mangs, der mit zahlreichen Schüssen aus dem Hinterhalt mordete. Zwei seiner Mord-Opfer waren Einwanderer. Ein drittes Todesopfer war eine junge Schwedin, die neben einem Einwanderer saß. Breivik spricht auch in Haft davon, ein Netzwerk

⁵⁹Vgl. Massimo Introvigne, Wahnhafte Mission. Die krude Gedankenwelt des norwegischen Attentäters Anders Breivik, in: Sonntagsblatt vom 19. August 2011, http://www.sonntagsblatt-bayern.de/news/aktuell/2011_31_01_01.htm (gelesen am 17. August 2012).

⁶⁰Ramón Spaaij, Understanding Lone Wolf Terrorism. Global Patterns, Motivations and Prevention, Heidelberg 2012, S. 44.

von Gleichgesinnten aufbauen zu wollen. Er sucht – so makaber es klingen mag – nach Brieffreundschaften mit Terroristen.⁶¹

Breivik äußerte im Manifest den Wunsch, den mutmaßlichen bosnisch-serbischen Kriegsverbrecher Radovan Karadžić kennenzulernen. Der in Den Haag angeklagte Serbenführer wurde von Breivik wegen seiner Bemühungen, Serbien „vom Islam zu befreien“, als ehrenhafter „Kreuzritter und europäischer Kriegsheld“ beschrieben. Im „Manifest“ machte er immer wieder Andeutungen auf eine größere antiislamische und anti-multikulturalistische Bewegung, prahlte mit angeblichen Geheimtreffen zwischen ihm und weiteren Gesinnungsgenossen.⁶² Das meiste lässt sich kaum überprüfen, vor Gericht verstrickt sich Breivik immer wieder in Widersprüche. Hier gibt es auch Unterschiede zum klassischen Bild des Rechtsterrorismus, wonach die meisten Rechtsterroristen vor ihrer besonderen gewalttätigen Aktivität einschlägigen Gruppen oder Parteien aus diesem politischen Lager angehörten.⁶³ Breivik hingegen war entgegen eigener Verlautbarungen isoliert, gleichwohl im virtuellen Raum sehr aktiv. Bei den Opfergruppen von Rechtsterroristen handelt es sich häufig um Personen mit Migrationshintergrund – Breivik zielte hingegen auf vornehmlich einheimische Jugendliche der sozialdemokratischen Partei. Seine Rechtfertigung sieht er in der von ihm konstruierten Verbindung zwischen „Kulturmarxismus“ (Ursache) mit Protagonisten der „Frankfurter Schule“ und des Multikulturalismus (Folge).

Vor Gericht betonte Breivik, er habe viel von Al-Qaida gelernt. Danach lieferte ihm die Organisation die Idee, beim Massaker auf Utøya eine Polizei-Uniform zu tragen. Er habe sich Hunderte von Stunden mit Al-Qaida und der baskischen ETA beschäftigt. Das Terrornetzwerk sei „die erfolgreichste militante Organisation der Welt“, Breiviks angebliche Tempelritter ein Gegenpol zu Al-Qaida. Breivik bewunde-

⁶¹Vgl. Reinard Wolff, Der Terrorist als Netzwerker, in: <http://www.taz.de/!98163/> (gelesen am 12. Januar 2013).

⁶²Vgl. Markus C. Schulte von Drach, Wie Breivik sein wirres Weltbild ersponnen hat, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/das-manifest-des-attentaeters-terror-im-namen-der-eingeborenen-europaeer-1.1124452> (gelesen am 12. Januar 2013).

⁶³So Armin Pfahl-Traugher, Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, in: Einsichten und Perspektiven, (2012) 1, S. 56-71.

re deren Glauben an das Märtyrertum. Er selbst habe fest damit gerechnet, dass Sicherheitskräfte ihn während der Anschläge im Juli mit einer Kugel zur Strecke bringen würden. Breivik habe nicht gedacht, seine Anschläge zu überleben, diese seien als Selbstmordattentate geplant gewesen.⁶⁴ Freilich muss diese Aussage angesichts der Selbstüberhöhung des Täters mit Vorsicht bewertet werden. Ungeachtet dessen kann sein Terrorismus als pervertierter Al-Qaida-Terrorismus angesehen werden, da es viele Parallelen in Propaganda wie Ausführung gibt. Der Vergleich verbirgt aber die Besonderheiten des Einsamen-Wolf-Terroristen. Breivik ließ ähnlich wie ein Franz Fuchs verlautbaren, er gehöre einer Organisation an, handelte aber allein. Auch zu einem anderen Einsamen-Wolf-Terroristen gibt es Anknüpfungspunkte. In das Pamphlet von Breivik wurden mehrfach Passagen aus dem „Unabomber-Manifest“ Kaczynskis einkopiert und dabei die Bezeichnungen „Linke“ durch „Kulturmarxisten“ sowie „Schwarze“ durch „Moslems“ ersetzt.⁶⁵

4. Mögliche Bekämpfungsstrategien

Die Terrorismusbekämpfung erreichte unmittelbar nach dem 11. September 2001 eine neue Dimension, besonders in den USA mit dem US-Patriot Act. Die Ermittlungsbehörden wurden ermächtigt, im großen Stil Daten untereinander auszutauschen und eine weitreichende Überwachung und Kontrolle der Zivilbevölkerung durchzuführen. Einschneidende Veränderungen gab es auch für Menschen ohne amerikanische Staatsbürgerschaft. Die direkt als „Einsamer Wolf“ bekannte Bestimmung erlaubt die spezielle Überwachung von Einzelpersonen, die keiner terroristischen Vereinigung zuzuordnen sind. Dazu war auch der CIA ermächtigt, der vorher nur im Ausland tätig sein durfte. Der Patriot Act bestimmte überdies, dass Ausländer bei vorliegendem Verdacht ohne Gerichtsverfahren auf Anweisung des Justizministers

⁶⁴Vgl. O.A., Breivik hält sich „strafrechtlich gesehen gesund“, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fuenfter-prozesstag-breivik-haelt-sich-fuer-strafrechtlich-gesehen-gesund-11724279.html> (gelesen am 4. November 2012).

⁶⁵Vgl. u.a. Andrew Hough, Norway shooting: Anders Behring Breivik plagiarised 'Unabomber', in: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/norway/8658269/Norway-shooting-Anders-Behring-Breivik-plagiarised-Unabomber.html> (gelesen am 22. August 2012).

für unbestimmte Zeit festgehalten werden dürfen. Da Einsame-Wölfe häufig aus dem Nichts kommen, darf die Effektivität der Bestimmungen bezweifelt werden. Anders als beim herkömmlichen, von Gruppen organisierten Terrorismus geht dem Anschlag nicht unbedingt eine Ausbildung in einem Terrorcamp voraus, sondern der Radikalisierungsprozess der Attentäter vollzieht sich wie bei Breivik individuell. Ungeachtet der abnormalen Persönlichkeitsstruktur eines Breiviks (oder auch eines Franz Fuchs) wäre die Annahme ein falscher Ansatz in der Terrorismusbekämpfung, wonach Terroristen anomale, psychisch gestörte oder gar geistig kranke Persönlichkeiten seien, deren Zurechnungsfähigkeit folglich eingeschränkt wäre. Damit ignoriert man das rationale, minutiös geplante Vorgehen bei der Ausführung.

Immer wieder wird auch über die Rasterfahndung, ein Verfahren zur vernetzten Durchsuchung von Datenbeständen diskutiert. Diese wurde in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren für die Fahndung nach RAF-Terroristen entwickelt. Der Fall Franz Fuchs hätte ein durch die Rasterfahndung gelöster Fall werden können, wenn Fuchs nicht schon vor dem offiziellen Start der Rasterfahndung festgenommen worden wäre. Am 1. Oktober 1997 trat als Reaktion auf die Briefbombenattentate ein Gesetz in Kraft, welches die damals umstrittene Rasterfahndung zuließ. Der Attentäter Fuchs wurde jedoch ohne Einsatz der Rasterfahndung eher zufällig, pikanterweise am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes verhaftet. Die Furcht von Fuchs vor der öffentlich breit diskutierten Rasterfahndung dürfte jedoch zu seiner Nervosität am Tage seiner Verhaftung beigetragen haben. Doch auch Fuchs gab zu, dass er Angst vor dem frühen Einsatz der Rasterfahndung gehabt habe. Ein Fuchs oder ein Breivik hatten zuvor keine Vorstrafen, waren polizeilich nicht erfasst.

Die Bekämpfung des Einsamen-Wolf-Terrorismus stellt die Sicherheitsbehörden vor höchst komplizierte Herausforderungen, die im Wesen dieses Terrorismus begründet sind.⁶⁶

- Einsame-Wolf-Terroristen operieren alleine und gehen äußerst diskret mit ihren geplanten Operationen um.

⁶⁶Vgl. Ramón Spaaij, *Understanding Lone Wolf Terrorism. Global Patterns, Motivations and Prevention*, Heidelberg u.a. 2012, S. 83.

- Obwohl es durchaus Warnzeichen (gerade im virtuellen Raum) geben kann, sind diese Terroristen wahrscheinlich sozial isoliert und vermeiden als autistische Extremisten Kontakte.
- Grundsätzlich können sie aus ideologischen Motiven handeln, die zudem mit persönlichen Kränkungen, Hassstriden und Aversionen angereichert sind.
- Prinzipiell ist es schwierig, zwischen gewalttätigen und nichtgewalttätigen Extremisten zu differenzieren (das gilt insbesondere für den Fall „Breivik“ und der Diskussion um geistige Brandstiftung via islamfeindliche Blogs).
- Einsame Wölfe führen manchmal nur eine einzige Tathandlung aus (das gilt für Breivik, nicht aber für den Briefbomber Franz Fuchs oder den Unabomber; es gibt also auch keine Terroristengenerationen wie etwa im Fall der RAF).

Im Gegensatz zu den völlig isoliert handelnden Fanatikern sind in terroristische Netzwerke eingebundene Attentäter aufgrund ihrer Reisebewegungen und Kommunikation wesentlich einfacher zu identifizieren und aufzuhalten. Aber auch Einsame-Wolf-Terroristen sind aufzuhalten. Ein gutes Jahr nach den Anschlägen in Norwegen warf eine von der norwegischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission den norwegischen Polizeibehörden schweres Versagen vor. In einem 481-seitigen Bericht kommen die von der Regierung bestellten Experten zu dem Schluss, dass „der Angriff auf das Regierungsviertel am 22. Juli 2011 hätte verhindert werden können durch die Umsetzung lange geforderter Sicherheitsmaßnahmen“. Umfassende Sicherungsmaßnahmen gegen Autobomben standen schon lange auf der politischen Agenda. Das sieht das norwegische Sicherheitsgesetz von 1998 vor. Weder Parlament noch Regierung verabschiedeten aber Ausführungsbestimmungen, nach denen Straßensperren oder Poller eingerichtet worden wären. Erst im Oktober 2010 wurden die nötigen Bestimmungen erlassen; sie traten am 1. Januar 2011 in Kraft, sollten aber erst nach einer Übergangsperiode von drei Jahren umgesetzt werden. So hatte Breivik am 22. Juli freie Fahrt zum Regierungsgebäude. Der Bericht nannte die Schwachstellen bei der Polizei „wohlbekannte Probleme“, wie etwa mangelnde Koordinierung zwischen einzelnen Dienststellen. So fuhren mehrere Polizeistreifen mehrmals

hinter Breivik auf seinem Weg nach Utøya, ohne ihn anzuhalten – obwohl sein Kennzeichen der Polizei zu diesem Zeitpunkt schon bekannt war. Es wurde nur nicht an die Wagen weitergegeben. Auch das Morden auf Utøya hätte früher beendet werden, die Polizei auch früher auf Utøya sein können. Die Notrufzentralen seien zudem überlastet gewesen. Berichte von Augenzeugen, die Breivik nach den Anschlägen im Osloer Regierungsviertel gesehen hatten, wurden nicht an die richtige Stelle weitergeleitet.⁶⁷

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Der Fall „Breivik“ steht für eine neue Dimension des Terrorismus, die nicht in ein klassisches Schema passt, zumal Terrorismus stark mit gruppenbezogenem Handeln assoziiert wird. Breivik, ein politisch motivierter Gewalttäter, passt eher in das narzisstische Handeln eines Einsamen-Wolf-Terroristen denn in klassische Kategorien. Einsamer-Wolf-Terrorismus bezieht sich auf intendierte Akte, die von Personen begangen werden, welche individuell operieren, vorgeben, aus politischen Überzeugungen zu handeln, nicht einer organisierten terroristischen Gruppe oder einem terroristischen Netzwerk angehören, die ohne direkten Einfluss eines Anführers oder einer irgendwie gearteten Befehls- und Gehorsamshierarchie handeln, dabei für die kommunikative Verbreitung ihrer extremistischen Ideologie selbst sorgen und deren Taktik wie Methoden umgesetzt werden von dem Individuum ohne direkten Befehl oder direkte Führung von außen.

Die barbarische Gewaltanwendung wie die Selbststilisierung des Terroristen, nicht nur durch sein 1500-Seiten-Manifest machen eine nüchterne Auseinandersetzung schwierig. Ungeachtet des Geisteszustands weist sein minutiöses Vorgehen stark rationale Züge auf, die mit Phasen der Radikalisierung, Selbstisolierung und Entemotionalisierung zu charakterisieren sind. Auch ideologisch passt der Täter mit seinem vornehmlich plagiierten Substrat nur schwer in klassische Kategorien, besonders in die der Rechtsextremisten. Durch seine Anschauungen steht Breivik aber einem Weltbild nahe, das in Multikulturalismus und

⁶⁷Vgl. zum ganzen Absatz <http://www.welt.de/vermishtes/weltgeschehen/article108601040/Breivik-hatte-freie-Fahrt-bis-ins-Regierungsviertel.html> (gelesen am 16. August 2012).

Islamismus die ideologischen Feindbilder sieht. Durch den gemeinsamen Feind ergibt sich eine gewisse Anschlussfähigkeit zum Rechtsextremismus, die aber nicht zu einer Etikettierung Breiviks als Rechtsextremisten, höchstens als Rechtsterroristen mit ausgeprägtem kulturellem Fremdenhass besonders gegenüber dem Islam führen kann. Gleichwohl gibt es manche Berührungspunkte, etwa die Anschuldigung, dass „Kulturmarxisten“ die politische Korrektheit verursacht haben. Immer wieder wird in „rechten“ Kreisen über eine „Post-68-Political Correctness“ lamentiert.

Im Rechtsterrorismus ist es üblich, dass der ideologische Gegenpart bekämpft wird. Von „rechts“ politisch motivierte Gewaltkriminalität wird häufig als Problem der intellektuell minderbegabten Jugendlichen mit pathologischen Störungen des Sozialverhaltens gesprochen.⁶⁸ Breivik ist sicherlich kein Intellektueller, doch war er in der Lage, eine komplex-wirre und doch rational begründete politische Botschaft zu hinterlassen, zu der es trotz der Plagiate einiger Anstrengung bedurfte. Oftmals existiert die Annahme, der Terrorismus korreliere mit dem politischen Entwicklungsstand eines Landes: Je demokratischer, rechtsstaatlicher und sozial gerechter ein Gemeinwesen sei, desto besser sei es gegen terroristische Angriffe aus der eigenen Gesellschaft gefeit. Im Fall Breivik trifft das nicht zu. Norwegen ist ein wohlhabendes Land, mit einer funktionierenden Demokratie und ohne größere Immigrationsprobleme oder soziale Spaltungen. Breivik hatte vor Gericht ausgesagt, dass er zur Waffe gegriffen habe, weil die politisch korrekte norwegische Gesellschaft seine Meinung und die anderer Radikaler ausgrenze und somit keine wirklich demokratische Gesellschaft sei.

Bei dem Massenmörder Breivik fällt auf, wie stark virtuelle Räume und das Internet an sich zu böswilligen Zwecken genutzt werden können. Der Täter stand in Kontakt mit anderen Menschen, nicht physisch, aber virtuell, von einem kleinen Zimmer bei seiner Mutter aus. Auf der Insel agierte er wie einer seiner Helden im Gewaltspiel oder wie er sich selbst sieht, als „Gladiator“ (einer seiner Lieblingsfilme

⁶⁸Wolfgang Frindte, Rechtsextreme Gewalt – sozialpsychologische Erklärung und Befunde, in: Hans-Werner Bierhoff/ Ulrich Wagner (Hrsg.), Aggression und Gewalt. Phänomene, Ursachen und Interventionen, Stuttgart 1998, S. 165-205, hier S. 186.

auf Breiviks Facebook-Seite). Eine Diskussion um geistige Brandstiftung durch Internet, Blogs und Gewaltspiele liegt daher nahe und muss geführt werden. Der Terrorismus von „Breivik“ kann folgendermaßen charakterisiert werden:

- Narzissmus und persönlicher Misserfolg,
- Selbstradikalisierung ohne polizeiliche Auffälligkeit,
- minutiöse Planung theoretisch und praktisch in jahrelanger Eigenregie,
- hohes Maß an operativer Intelligenz (Umsetzung an zwei verschiedenen Orten; perfide Verkleidung als Polizist auf der Insel etc.),
- ungeachtet der anormalen Persönlichkeitsstruktur rationales Vorgehen,
- gezielte Entemotionalisierung,
- Massaker als geplantes und gezieltes Ermorden,
- Aufbau einer eigenen virtuellen Wahn- und Parallelwelt mit exzessiven Internetaktivitäten,
- geistiger Nährboden durch den grassierenden europäischen Antislamdiskurses im Sinne eines böse interpretierten und missbrauchten „Kampf der Kulturen“,
- Aufbau einer individualisierten Kränkungsideologie, die nur schwer in ein Schema passt,
- Versuch, sich selbst mit vielen Labels in Szene zu setzen („christlicher Fundamentalist, Tempelritter etc. sowie ein Andocken an rechtspopulistische und rechtsextremistische Organisationen, ohne wirklich dazuzugehören, Mär von politischen Zellen),
- Selbststilisierung des Täters zum Retter „gegen Entmarxismus“ und Islamismus,
- propagandistischer „Feldzug“ und Andocken an das Böse als terroristische Kommunikationsstrategie mit dem Ziel einer Unterstützungsgemeinschaft,

- propagandistisches Ziel, als Ein-Mann-Zelle in einem angeblichen Zellsystem neue Zellen zu inspirieren mit dem Fokus auf die im „Manifest“ dargelegten Ziele und
- Terrorismus unabhängig vom Zustand des Landes (Norwegen als Wohlstandsdemokratie ohne größere Immigrationsprobleme).

Breivik kann auch als Produkt des besonders virtuell grassierenden europäischen Antiislamdiskurses gesehen werden. Einsame-Wolf-Terroristen basteln sich dennoch als Spiegel der gesellschaftlichen Paradigmata ihr Denkgebäude selbst zusammen, das persönliche Frustrationen und eigene Konstruktionen einschließt. Ihre Botschaften sind dann fanatisch-paranoide Kränkungsideologien. Gerade deshalb lassen sich politisch motivierte Einzeltäter untereinander weitaus besser vergleichen. In Breiviks Behauptung, Teil einer fingierten Gruppierung zu sein, bestehen etwa Parallelen zu Franz Fuchs, der ebenfalls die Existenz einer imaginären Organisation behauptete. Vieles ist aber auch allein durch die für Einsame-Wolf-Terroristen unübliche Quantität des Mordens neu.

Offenbar kann der Kleinzelltäter eine freiheitliche Gesellschaft bis ins Mark erschüttern. Gerade diese Kategorie ist als Phänomen sui generis innerhalb des Terrorismus zu betrachten, nicht als ein analytisch zu vernachlässigender Sonderfall des Terrorismus. Politik, Behörden und Öffentlichkeit sollten sich von der tradierten Vorstellung lösen, dass feste Organisationen und Kommandostrukturen hinter Anschlägen stecken müssen. Dieses Bild ist nach RAF, Rote Brigaden, IRA und Al-Qaida immer noch virulent. Al-Qaida spricht neuerdings von der brutalen Effektivität des Einsamen-Wolf-Terroristen, der wie Breivik entgegen dem Klischee eben nicht emotional handelt, sondern entemotionalisiert, kühl-berechnend. Dieser Umstand ist nichts Neues. Die „Propaganda der Tat“ als ehernes Gesetz des Terrorismus wurde schon im 19. Jahrhundert zugrundegelegt. Der anarchistische Revolutionär und Terrorismustheoretiker Johann Most konstatierte im Jahr 1884: „Wenn eine solche (terroristische) Aktion abgeschlossen ist, ist die wichtigste Sache, dass die Welt davon durch die Augen der Revolutionäre erfährt. Um den gewünschten Erfolg mit höchster Perfektion zu erzielen, sollten, sobald die Aktion ausgeführt wurde – speziell in der Stadt, in der sie stattfand – Poster aufgehängt werden, auf denen

die Gründe (für den Anschlag oder die Anschläge) erläutert werden, damit aus der Aktion der größtmögliche Nutzen gezogen werden kann.“⁶⁹ Inzwischen wird das klassische Poster durch das Internet – virtuelle, globale und schwer nachvollziehbare Räume – ersetzt, wie der Fall „Breivik“ drastisch vor Augen führt.

⁶⁹Johann Most, zitiert nach Walter Laqueur (Hrsg.), *The Terrorism Reader*, New York 1978, S. 100 und S. 105.

Zusammenfassungen

Tom Mannewitz: Ein Vierteljahrhundert nach dem „Ende der Geschichte“. Stand und Perspektiven der empirischen Extremismusforschung

Durch das Aufkommen des international operierenden Islamismus, der verstärkten Konfrontation zwischen den politischen Rändern und das sogenannte „Web 2.0“ hat der politische Extremismus unlängst an Bedeutung gewonnen. Unter diesem Eindruck fragt der Beitrag nach aktuellen Forschungsdesideraten der empirischen Extremismusforschung. Sie sind etwa im Mangel einer einheitlichen Einstellungsmessung und bei der Vernachlässigung von Persönlichkeitsmerkmalen bei der Ursachenforschung zu suchen. Überdies hat die Forschung lange Zeit den aktionsorientierten Extremismus, die Interaktionsdynamiken und die Entwicklungsprozesse im Extremismus zugunsten organisierter Formen vernachlässigt. Der Forschungsstand, wie er bei der rechten Variante des Extremismus besteht, ist bei anderen ideologischen Spielarten nach wie vor wünschenswert. Präventions-, Interventions- und Repressionsmaßnahmen evaluativ zu erforschen, würde dem Selbstbild der Extremismusforschung als der Demokratie verhaftete Wissenschaft gerecht werden, fragt sie doch nicht nur nach den antidemokratischen Phänomenen, sondern auch nach geeigneten Gegenmaßnahmen. Mit Blick auf die grundsätzliche Arbeitsweise der Extremismusforscher sind eine verstärkt (international) vergleichende Methodik und interdisziplinäre Kooperationen wünschenswert.

Armin Pfahl-Traugber: Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen

Seit ihrer Herausbildung in der Politikwissenschaft ist die Extremismustheorie kontinuierlich einer kritischen Kommentierung ausgesetzt gewesen. Idealtypisch kann man die gemeinten Ausführungen folgenden Vorwürfen zuordnen: Extremismus als nicht existierendes Konstrukt, inhaltliche Relativität der Extremismuszuschreibung, Extremismus als politischer Kampfbegriff, Extremismus als Ausdruck von Antipluralismus und Ausgrenzung, Extremismus zur Diskreditie-

rung von Kapitalismuskritik und des Sozialismus, Nutzung einer unangemessenen Links-Rechts-Unterscheidung, Extremismus als Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene, mangelnde analytische Reichweite der Extremismustheorie und Extremismustheorie als Ausdruck etatistischer Verfassungsorientierung. Die Einwände sind in ihrer Tendenz nur eingeschränkt angemessen, nötigen aber nicht notwendigerweise zum Verzicht auf das Konzept. Die Kritik etwa zur mangelnden analytischen Reichweite können auch zur Erweiterung der Extremismustheorie konstruktiv aufgegriffen werden.

Armin Pfahl-Traugber: Das identitäre Demokratieverständnis im Rechtsextremismus. Ideengeschichtliche Hintergründe und gegenwärtige Erscheinungsformen

Rechtsextremisten agieren als Feinde der Demokratie heute auch gern im Namen der Demokratie. Man macht es sich in der Auseinandersetzung aber zu einfach, wenn derartige Bekundungen nur als Ausdruck eines Manipulations- und Täuschungsversuchs gelten. Die intellektuelleren Rechtsextremisten bemühen sich mitunter schon darum, aus der langen und vielschichtigen ideengeschichtlichen Tradition des Demokratieverständnisses Ansatzpunkte für ihre politische Selbstdarstellung abzuleiten. Dabei greifen sie in instrumenteller und selektiver Perspektive sowohl auf das antike Athen wie auf Rousseaus Gesellschaftsvertragsmodell zurück. Mit diesem Rekurs will man die identitäre gegen die pluralistische Demokratieauffassung ausspielen. Dagegen sollte immer daran erinnert werden, dass Demokratie als Volksherrschaft nicht nur eine Herrschaft im Namen der Mehrheit bedeutet. Inhaltlich verkoppelt mit diesem Ordnungsmodell sind auch Grundrechte, Minderheitenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit.

Thomas Pfeiffer: „Nationalismus ist Mädchensache“. Eine Analyse zu Geschlechterrollen und Geschlechterbildern im Rechtsextremismus

Der Beitrag geht dem Anteil von Frauen und Mädchen an verschiedenen Ausdrucksformen des Rechtsextremismus nach und nimmt Entwicklungen der Geschlechterrollen und Geschlechterbilder dieser

Szene in den Blick. Ideologisch fundierte Rollenbilder – des Kämpfers und der Mutter – haben sich im Rechtsextremismus nicht grundlegend verändert. Demnach sind die Rollen naturgegeben, sie nehmen die Geschlechter in die Pflicht – eine Wahlfreiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Dieses Denken spiegelt sich in der Volksgemeinschaftsideologie, die den Einzelnen dem Kollektiv unterordnet. Slogans wie „Nationalismus ist Mädchensache“ und Organisationen wie der „Ring Nationaler Frauen“ verweisen auf einen stärkeren Anspruch der Anhängerinnen dieser Szene auf Teilhabe. Slogans und Organisationen wie diese stehen auch für strategische Interessen, die männliche Wortführer mit der Agitation von Mädchen und Frauen verbinden. In dem Maße, in dem sich die Ästhetik und – genereller – die Selbstinszenierung der rechtsextremistischen Szene modernisiert, verbreitern sich ihre Zielgruppen: Die Attraktivität für Mädchen und Frauen nimmt zu, auch formal höher gebildete Personen sind eher als in der Vergangenheit erreichbar.

Elmar Vieregge: Rezeption eines historischen Gewalttäters. Die Bedeutung von Kurt Eggers als Freikorpskämpfer, NS-Dichter und SS-Soldat für den Rechtsextremismus

Zeitgenössische Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis, beziehen sich nicht nur auf ideologische Theoretiker aus der Zeit vor 1945, sondern auch auf historische Vorbilder, deren konkrete Handlungen sie idealisieren. Dabei stehen sie vor dem Problem, dass viele ihrer Ideengeber selber nicht als opferbereite Kämpfer gelebt haben. Mit Kurt Eggers (1905-1943) steht ihnen jedoch ein nationalsozialistischer Dichter und SS-Mann zur Verfügung, der als „politischer Soldat“ akademische Bildung mit einem aktiven Kriegseinsatz verbunden hat. Die Erinnerung an ihn gibt gegenwärtigen Aktivisten nicht nur die Hoffnung, ihre Position der Machtlosigkeit irgendwann einmal überwinden zu können, sondern dient ihnen auch als Motivation, um ihr eigenes Leben als „Einheit von Wort und Tat“ zu gestalten. Dabei entfaltet die von Eggers zunächst geforderte und dann tatsächlich mit dem eigenen Leben bezahlte Haltung eines bedingungslosen Rebellen und opferbereiten Kriegers noch heute eine radikalisierende Wirkung. Der Beitrag beleuchtet, wie Eggers noch nach Jahrzehnten einen Terroristen wie

Odfried Hepp beeinflusste und welche Bedeutung er für den heutigen Rechtsextremismus hat.

Armin Pfahl-Traugber: Das neue Programm der Partei „Die Linke“ (2011). Eine Analyse aus demokratie- und extremismustheoretischer Perspektive

Der Text des neuen Programms der Partei „Die Linke“ enthält ebenso wenig eine klare Bejahung der Normen und Regeln einer modernen Demokratie noch eine offene Positionierung gegen die damit gemeinten Minimalbedingungen. Zwar bekennt man sich zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, dies geschieht aber meist nur bezogen auf die Handlungsmöglichkeiten im Kapitalismus auf dem angestrebten Weg zum Sozialismus. Es bleibt daher unklar, ob die beschworenen Normen und Regeln als Eigenwert inhaltliche Akzeptanz finden. Der Hinweis darauf, dass man doch für einen „demokratischen Sozialismus“ sei, trägt nicht. Damit ist ideen- und realgeschichtlich gesehen etwas anderes gemeint als die Partei „Die Linke“ in ihrem Programm beschwört. Über diesen Gesichtspunkt hinaus verdient die offene Einforderung eines „Systemwechsels“ besonderes Interesse. Zwar findet diese Bezeichnung primär bezogen auf die Abschaffung des Kapitalismus inhaltlich Verwendung – und das Plädoyer für eine andere Wirtschaftsordnung kann nicht grundsätzlich als extremistisch gelten. Gleichwohl bewegt sich der Text des Programms der Partei „Die Linke“ in einem ideologischen Kontext, der im marxistischen Sinne einen inhaltlichen Zusammenhang von „Basis“ und „Überbau“ postuliert. Demnach läuft der „Systemwechsel“ in der Ökonomie auch auf den „Systemwechsel“ in der Politik hinaus.

Udo Baron: Linksautonome auf dem Weg zum Linksterrorismus? Das Gefahrenpotential einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt

Denken wir an Terrorismus im 21. Jahrhundert, so haben wir zu allererst einen international agierenden islamistischen und somit religiös motivierten Terrorismus vor Augen. Die rechtsextremistisch motivierten Anschläge des Anders Behring Breivik und des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ haben gezeigt, dass es noch weitere Formen

der gewaltsamen Bedrohung pluralistischer Gesellschaften gibt. Vor diesem Hintergrund kann auch ein erneuter Linksterrorismus nicht pauschal ausgeschlossen werden. Unter Rückgriff auf den linksextremistischen Gewaltbegriff und die Erfahrungen mit dem deutschen Linksextremismus des 20. Jahrhunderts versucht dieser Beitrag der Gefahr einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt und dessen potentiellen Akteuren nachzugehen. Vor allem die Linksautonomen werden dabei einer kritischen Analyse mit Blick auf das von ihnen ausgehende Bedrohungspotential für den demokratischen Rechtsstaat unterzogen.

Armin Pfahl-Traughber: Islamistische Ideologie in deutscher Sprache. Eine extremismustheoretische Analyse von Maududi- und Qutb-Übersetzungen

Der pakistanische Politiker Sayyid Abu a'la Maududi (1903-1979) und der ägyptische Publizist Sayyid Qutb (1906-1966) gelten als „Klassiker“ der Ideologie des Islamismus. Einige ihrer Schriften erschienen auch in deutscher Übersetzung. Die vorliegende Abhandlung versteht sich als extremismustheoretische und ideologiekritische Analyse von deren politischen Kernaussagen. Sie werden darin hinsichtlich der folgenden Gesichtspunkte systematisch untersucht: dem Anspruch auf die einzig wahre Islam-Interpretation, der Forderung nach einer totalen Herrschaft des Islam, der Zielsetzung einer universellen Dominanz des Islam, der Beschwörung einer homogenen Gemeinschaft, der Verdammung bestehender Gesellschaftssysteme als Jahiliya, dem Dualismus von islamischer und säkularer Welt, der Ablehnung des Prinzips der Volkssouveränität, der Rolle der Avantgarde im Kampf für den Islam, dem Jihad als aktiver Strategie des Angriffs und der Legitimation der politisch motivierten Gewaltanwendung.

Behnam Said: Dschihadistische Hymnen. Begrifflichkeiten, Entstehungsgeschichte und Relevanz für die deutsche Szene

Musik in extremistischen Zusammenhängen wurde in Deutschland bislang hauptsächlich im Bereich des Rechtsextremismus untersucht. Jedoch verfügt auch der deutsche Salafismus, worin die dschihadistische Richtung enthalten ist, über eigene Hymnen und Ge-

sänge (Naschids). Diese waren bis zur zweiten Hälfte der 2000er Jahre vornehmlich in Arabisch verfasst und daher einem breiteren Publikum in der westlichen Welt kaum zugänglich. Mittlerweile existieren Naschids jedoch in fast allen großen europäischen Sprachen und so erfreuen sich auch deutschsprachige dschihadistische Kampflieder einer zunehmenden Popularität. Der Beitrag zeichnet zum einen diese Entwicklung nach, zum anderen unternimmt er den Versuch, das Phänomen im Kontext einer dschihadistischen Subkultur zu verordnen, die unter einigen westlichen Jugendlichen durchaus Zuspruch findet und aktiv mitgestaltet wird.

Torsten Kriskofski: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergleichende Analyse zum Kontext von Gewaltintensität und Organisationsstruktur

Der Beitrag fragt nach dem Kontext von der Intensität terroristischer Gewalt und der spezifischen Organisationsstruktur einzelner Gruppen. Hierzu werden frühere rechtsterroristische Gruppierungen der Bundesrepublik Deutschland vergleichend betrachtet. Demnach radikalisiert sich in den „Untergrund“ abgetauchte terroristische Gruppierungen nach einiger Zeit. Die Wechselbeziehung zeigt sich besonders an der ansteigenden Gewaltintensität der Taten. Deutlich wird dies anhand der „Hepp-Kexel-Gruppe“ und dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Auch wenn die Existenzzeit im „Untergrund“ beim NSU weit länger war, lassen sich auch bei der „Hepp-Kexel-Gruppe“ zumindest im Ansatz radikalisierende Tendenzen in Richtung einer höheren Gewaltintensität erkennen.

Florian Hartleb: Die Lehren aus dem Fall „Breivik“: Einsamer Wolf-Terrorismus als Phänomen sui generis innerhalb des Terrorismus

Die Blutspur in Norwegen, die der Einzeltäter Anders Behring Breivik am 22. Juli 2011 nach akribischer Vorbereitung hinterließ, ist mehr als ein drastischer, in der Tatausführung besonders perfider Einzelfall im Sinne eines herkömmlichen Massakers, sondern steht für eine neue Dimension innerhalb des Terrorismus. Offenbar nimmt diese Art im

Zuge der neuen Technologien zu. Allgemein wird sie als schwer zu bekämpfende sicherheitspolitische Bedrohung in verschiedenen Kontexten ausgemacht. Breivik war es möglich, sich über eine Parallelwelt im virtuellen Raum zu radikalieren und seine persönlichen Kränkungen in eine Ideologie umzumünzen, die unter anderem den grassierenden Antiislamdiskurs in Westeuropa aufnimmt. Die Taten Breiviks führen zu neuen Reflexionen jenseits gängiger Terrorismusbetrachtungen, die unter dem Konzept des Einsamen-Wolf-Terrorismus zu subsumieren sind. Einsamer-Wolf-Terrorismus löst sich von festen Organisations- und Kommandostrukturen. Er bezieht sich auf intendierte Akte, die von Personen begangen werden, welche individuell operieren, vorgeben, aus politischen Überzeugungen zu handeln, und dabei für die kommunikative Verbreitung ihrer extremistischen Ideologie selbst sorgen.

Autorenverzeichnis

Dr. Udo Baron, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Referent im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Dr. Florian Hartleb, Jahrgang 1979, ist Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Universität Bonn und an der Hochschule für Politik München sowie Research associate beim Brüsseler Think Tank Centre for European Studies.

Torsten Kriskofski, M.A., Jahrgang 1972, ist Historiker und arbeitet zu Themen des politischen Extremismus.

Dr. Tom Mannewitz, Jahrgang 1987, ist Postdoc-Stipendiat der Fritz-Thyssen-Stiftung und Lehrbeauftragter der TU Chemnitz.

Dr. Armin Pfahl-Traugher, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Soziologe und arbeitet als Professor an der Fachhochschule des Bundes in Brühl sowie als Lehrbeauftragter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Dr. Thomas Pfeiffer, Jahrgang 1970, ist Diplom-Journalist, wissenschaftlicher Referent für den Bereich Rechtsextremismus in der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW und Lehrbeauftragter im Fach Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Behnam Said, Jahrgang 1982, ist Islamwissenschaftler, schreibt derzeit seine Dissertation über Naschids als Teil einer dschihadistischen Kultur und arbeitet als wissenschaftlicher Referent an der Hamburger Behörde für Inneres und Sport.

Elmar Vieregge, M. A., Jahrgang 1968, ist Historiker und arbeitet zu rechtsextremistischen Deutungen der Geschichte, subkulturellen Aspekten des Rechtsextremismus sowie extremistischen Erscheinungen im Fußball.

Spielregeln für Beiträge für das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET)

1. Das JET veröffentlicht nur Beiträge mit wissenschaftlichem Anspruch, d. h. ihnen soll eine klare Frage- und Problemstellung eigen sein und alle Aussagen müssen über Angaben in Fußnoten offen belegbar sein. Rein beschreibende Texte mit einer Aneinanderreihung von Informationen und Zahlen erfüllen diesen Anspruch ebenso wenig wie umgearbeitete Vortragsmanuskripte mit allgemeinen Aussagen und nicht näher belegten Angaben.
2. Stichtag für die Einreichung von Themenvorschlägen ist jeweils der 15. September eines Jahres. Die Texte sollen spätestens am 1. März des folgenden Jahres vorliegen. Die inhaltlichen Schwerpunkte wären zuvor mit der Redaktion abzustimmen, besteht doch ansonsten die Gefahr der Dopplung von „Mode“-Themen (Kontakt: Armin.Pfahl-Traughber@fhbund.de). Grundsätzlich sollten die Beiträge eine bundesweite oder internationale Dimension aufweisen. Gleichwohl wären Analysen zur Situation in den einzelnen Bundesländern möglich, allerdings nur im Sinne von Fallstudien.
3. Um eine möglichst einfache und schnelle Weiterverarbeitung der Texte zu ermöglichen, sollten die Beiträge mit 2,5 cm Rändern links und rechts und oben und unten versehen sein und im Blocksatz mit einer 16 p-Schrift und einfachem Zeilenabstand in Times New Roman und ohne automatische oder mechanische Trennung erstellt werden. Wenn sich Bilder und Tabellen vermeiden lassen, sollten sie vermieden werden.
4. Die Texte sollen mit Zwischenüberschriften untergliedert werden. Darüber hinaus hat am Beginn der Punkt „1. Einleitung und Fragestellung“ und am Ende der Punkt „?. Schlussfolgerung und Zusammenfassung“ zu stehen. Im Anhang soll eine halbseitige Zusammenfassung des Textes und eine Angabe zum Autor gedruckt werden. Die einzelnen Aufsätze dürfen einen Rahmen von 15 bis 35 Seiten nicht unter- oder überschreiten und sollen der Zitierweise der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“) folgen.

5. Die Aufsätze sollten von den genannten Autoren stammen. Die Unterzeichnung eines Textes von einem Untergebenen durch einen Vorgesetzten mag in Behörden üblich sein, für den hier benannten wissenschaftlichen Publikationskontext gilt dies nicht.
6. Autoren, die aus Behörden stammen, müssen evtl. ihr Publikationsvorhaben mit Vorgesetzten abstimmen. Dies wäre direkt in den entsprechenden Arbeitskontexten abzuklären. Es können aber auch Texte mit dem Zusatz „Der vorliegende Beitrag gibt lediglich die persönliche Auffassung des Autors wieder“ versehen werden. Im Vorwort jeder Ausgabe wird darüber hinaus regelmäßig darauf hingewiesen, dass die Autoren in Form und Inhalt allein für ihre Beiträge verantwortlich sind.
7. Die Erstellung eines Jahrbuchs wie des JET ist überaus arbeitsintensiv, daher die ausdrückliche Bitte, sich auch an die hier formulierten „Spielregeln“ zu halten. Gegebenenfalls müssen auch Beiträge mit dem Wunsch nach formaler oder inhaltlicher Überarbeitung im genannten Sinne zurückgeschickt werden.